



Bodleian Libraries

UNIVERSITY OF OXFORD

This book is part of the collection held by the Bodleian Libraries
and scanned by Google, Inc. for the Google Books Library Project.

For more information see:

<http://www.bodleian.ox.ac.uk/dbooks>



This work is licensed under a Creative Commons Attribution-NonCommercial-
ShareAlike 2.0 UK: England & Wales (CC BY-NC-SA 2.0) licence.

VR

2404 ε. 252





SB



WALTHER RATHENAU
GESAMMELTE SCHRIFTEN

1928

S. FISCHER · VERLAG · BERLIN

WALTHER RATHENAU
NACHGELASSENE SCHRIFTEN

ERSTER BAND

1928

S. FISCHER · VERLAG · BERLIN

Erste bis vierte Auflage
Alle Rechte vorbehalten, besonders das der Übersetzung
Copyright 1928 by S. Fischer Verlag A.-G., Berlin
Printed in Germany



POLITISCHE AUFSÄTZE

TRANSATLANTISCHE WARNUNGSSIGNALE

Wir warnen den Präsidenten Mac Kinley! Wir verweisen ihn auf die Verantwortung, die er auf sein Haupt ladet, wenn er ferner darauf besteht, in Washington die wirren Fäden dieser Kriegführung in seiner Hand zu halten!“

So rauschten unsere liberalen Seher in die Saiten. Und der Präsident der Vereinigten Staaten, der gutes Deutsch nicht versteht, vielleicht gerade deshalb aber unsere Zeitungen gern liest, faltete am Kaffeetisch sorgenvoll die Vossische Zeitung zusammen. „Ja,“ sprach er seufzend, „die Leute haben recht. Aber jetzt ist es leider zu spät. Man hätte es mir früher sagen sollen.“

Und abermals erhob sich der freisinnige Mannesmut: „Was zögert Amerika? Warum keine Seeschlacht? Sollte blasse Furcht . . .? Wir haben das Recht, eine Seeschlacht zu beanspruchen! Meint ihr, wir hätten das Geld für unsere Berichterstatter gestohlen?“ Das war — soweit es die Berichterstatter betrifft — eine Hyperbel. Sie hatten gar keine; die Nachrichten aus London und Madrid stellten sich billiger.

Diesmal sagte Mac Kinley nichts mehr. Er hatte sich schon beholfen.

Ich stand damals in dem dreieckigen Rauchzimmer des Metropole-Hotels in London und beobachtete, wie auf dem endlosen Streifen des Telegraphenapparates die großen und die kleinen Weltereignisse sich „abwickelten“.

„Wir haben ein Schiff in Grund und Boden gebohrt!“ schrien die Spanier. „Es hatte versucht, die Einfahrt von Santiago zu erzwingen. Mann und Maus ertrunken. Einen Leutnant haben wir gerettet.“

Dann kamen Sportnachrichten von Ascot und Weizenpreise von Chikago. Nach einer Weile meldete Washington trocken: „Die Nachricht aus Madrid stimmt. Das Schiff heißt Merrimac, der gerettete Leutnant heißt Hobson. Es war übrigens ein Kauffahrer, und Hobson hatte den Auftrag, ihn zu versenken.“

Noch immer jubelten die spanischen Kastagnetten über den ersten großen Kriegserfolg. Aber bald erfuhr man, daß der Merrimac, wie ein Korken in die Flasche gestopft, genau an berechneter Stelle in den engen Hals des Hafens gewürgt war, um Cerveras Flotte zu konservieren — nach dem Rezept Salomonis. Alter Sage gemäß hatte dieser große Zauberfürst die Gewohnheit, böse Geister in gläserne Flaschen zu bannen und diese, verwahrt mit seinem furchtbaren königlichen Insiegel, ins Meer zu versenken.

„Der Almirante wird eine Handvoll Dynamit nehmen“, sagten die Spanier patzig, „und das alte Wrack in die Luft sprengen. Paßt auf, gleich geht's los.“ Und damit hatten sie das letzte Wort. Aber der Almirante tat nichts dergleichen. Jetzt sitzt er schwermütig auf einem der großen amerikanischen Ironclads als Gefangener und trägt einen alten weißen Seemannshut.

Vielleicht wird die Historie als bedeutsamstes Geschehnis dieses Krieges verzeichnen, daß ein technischer Tour de main zur Peripetie der Ereignisse

emporwuchs; vielleicht wird Hobsons Name die Shafter, Sampson und Dewey überdauern. Bei den homerischen Helden entschied die stärkere Faust, bei den Römern die Schlachtordnung, bei den alten Preußen der Drill, bei den Napoleonischen Heeren die Disposition und Ökonomie des Krieges. Wer verkennt heute den Wert der Tapferkeit, der Begeisterung, der Disziplin, der Strategie? Und doch erhebt sich hinter den kämpfenden Bataillonen die schweigsame Kolonne der Geschützgießer, Konstrukteure, Chemiker, Ingenieure und Finanzleute zu furchtbarer Bedeutung. Intellekt und Kapital, diese unedlen und selbstsüchtigen Mächte ohne Ahnen und Adel, überschatten nicht mehr das bürgerliche Leben allein. Schon dämmen ihre steinernen Pfeiler den Strom der Weltereignisse, und an den stahlharten Fundamentquadern muß Kraft, Mut und Ritterlichkeit zerschellen. Unaufhaltsam vollzieht sich die Übertragung des leidigen sozialen Problems vom Leben des Einzelnen auf die Erlebnisse der Nationen; Finanz und Technik entscheiden die Geschichte der Welt.

Aus meiner Knabenzeit erinnere ich mich, daß ein starkes Riff der nordamerikanischen Küste, als der Schifffahrt hinderlich, gesprengt werden sollte. In seinem Hause saß der Präsident und hielt sein Töchterchen auf den Knien; das kleine Mädchen drückte auf einen goldenen Knopf, der elektrische Strom fuhr durch die Leitung — und mit einer Detonation, die über Hunderte von Meilen vernommen ward, löste das Vorgebirge sich und rollte ins Meer. Heute sitzt auf demselben Präsidentenstuhl ein Mann, der auch mit dem Druck seiner Hand die eisernen Flotten bewegt und die feindlichen Festen

sprengt. Das System hat sich vervollkommnet, aber nicht geändert.

Ich mag nicht glauben, daß die Kriegführung vom kurulischen Sessel aus die Zukunft beherrschen wird. Auch ist sie nicht neu, denn Lazare Nicolas Marguerite Carnot, der Organisator des Sieges, hat sie schon in den Tagen der Großen Revolution mit Erfolg gehandhabt. Genug, daß abermals ein Land und seine Regierung sich stark, reich und klug genug fühlt, diesen vornehmen und ungewöhnlichen Weg zu betreten.

Reichtum und Intelligenz, an sich mehr nützlich als liebenswürdig, heißen, von außen betrachtet, Protzerei und Geschäftswut. Oft und vielleicht mit Recht haben wir den Amerikanern diese Fehler vorgehalten. Sie antworteten brutal damit, daß sie uns als servil und neidisch schmähten. Gewiß mit Unrecht; denn wenn wir auch niemals uns erdreisten würden, gegen noch so despotische Willkür einer von Gott eingesetzten Obrigkeit uns aufzulehnen, und wenn wir uns auch nicht gerade gern dazu verstehen, jedes Anwachsen der Persönlichkeit eines Nebenmenschen jubelnd zu begrüßen, so sind diese Eigenheiten keineswegs als Fehler gehässig zu deuten, sondern lediglich als Ausflüsse tiefer Gemütsempfindung aufzufassen. Leider ist es aber unverkennbar, daß die Eigenarten der Neuen und Alten Welt sich schwer versöhnen, und so ist denn der protzige und geldgierige Yankee uns verhaßter als der diebische und gespreizte Hidalgo. Trotz allen Neutralitätsbestrebungen neigt die Sympathie der Mehrzahl aller Deutschen auf Spaniens Seite. Ob diese Sympathie im Wunsch eines spanischen Sieges

gipfelt? Sollte nicht vielmehr eine anständige Niederlage und ein gesunder Bankerott . . .? Gleichviel: der Bevorzugte ist der Spanier, der Romane, der Erbfeind — gegenüber dem Angelsachsen, dem Achtelsgermanen, dem Stammesvetter.

Hat nicht, trotz allem technisch modernen Schein, dieser Kampf etwas Vorzeitliches? Der fortgesetzte Krieg zwischen Germanen und Romanen, der bis in die jüngste Zeit die Alte Welt erschütterte, war notwendig, solange die romanischen Stämme, die Träger maßlosester Ambitionen, der Weltherrschaft fähig schienen. Sie sind es nicht mehr. Verwelkt und saftlos, verschwenden sie ihre Kräfte in fruchtlosen Regierungsrevolutionen; und die Herrschaft Englands über alle fremden Welten ist unbestritten. Inzwischen erhebt sich im Osten ein junger Riese, dessen Fuß die Hälfte von Asien und Europa bedeckt und dem das unüberwindliche Palladium eines orthodoxen Glaubens Brust und Haupt beschirmt. Wir alle wissen, daß der Kampf Rußlands gegen England um die Hegemonie der Welt das große Schauspiel unserer und der kommenden Zeit bedeutet, dem alle Ereignisse als Episoden und alle anderen Staaten als Nebenakteurs und Statisten dienen müssen. Von hier aus betrachtet erweist sich auch der jüngste germano-romanische Zweikampf als ein harmloses Zwischenspiel und Divertissement.

Uns aber weisen alle Zeichen nach Osten und Aufgang. Das Unglück — oder wer sonst? — hat es gewollt, daß seit jenem Morgen von Kronstadt, dem denkwürdigsten der letzten Jahrzehnte, der Weg zur Sonne uns gesperrt ward. Der Bund mit den Häusern Habsburg und Savoyen verlor seit diesem Tage

viel von seinen Reizen; doch blieb der Trost, mit dem englischen Vetter zu guter Weile ein neckisches Versteckenspiel zu treiben.

Sollte auch diese Freude zu Ende sein? Während wir chinesische Menschenbrüder dressieren, der Spanier Ritterlichkeit beweinen und im Gelobten Lande die Südfrüchte unserer Politik heranreifen zu sehen hoffen: vibrieren nicht die transatlantischen Kabel von anglo-amerikanischen Freundschaftsgrüßen? Wiewohl jeder dritte Mann, der auf Kuba von kleinkalibrigen Geschossen zerrissen oder vom Fieber zerfressen ward, deutschen Namen trug, kreuzt kein englischer Glückwunsch den Ozean ohne den giftigen Refrain und Hinweis auf Deutschlands übelwollende Mißgunst. Auf dem Broadway, den jeder beim Lesen der Firmenschilder für eine deutsche Geschäftsstraße hält, in Hoboken, wo man kein englisches Wort vernimmt, in Fifth Avenue, wo die Paläste der Eisenbahnkönige mit deutschem Gelde gebaut sind, flattert der Union Jack mit dem Banner des Vereinigten Königreiches brüderlich verschlungen. Der alte Groll ist vergessen. Die gemeinsame Sprache singt ihr Zauberlied. Der stolze Brite höhnt nicht mehr den Slang und vergißt, was er einst an Malicen über die Schweinezüchter von Chikago aufgebracht hat. Ein neuer Zweibund bereitet sich vor, ein Zweibund zur See; und was die Partie carrée vom Tische freiläßt — das sind die Ecken.

Und wir?

„Wir warnen den Präsidenten.“

Die Zukunft, 30. Juli 1898

DIE NEUE ÄRA

Der 5. Februar 1907 hat die Achse des Reichstags nach rechts verschoben. Die Freikugel des Kanzlers hat das Zentrum verfehlt; sie ist nach links abgewichen, und der Sozialismus liegt am Boden. Die liberalen Parteien sind etwas erholt, die Konservativen erstarkt.

Demnach darf die Regierung nur mit dem Zentrum sich vertragen, und die große konservative Ära beginnt. So will es scheinen.

Indessen, in undurchsichtigen politischen Zeiten empfiehlt es sich zuweilen, die Dinge naturgeschichtlich zu betrachten und unter Ausschaltung kleinerer Momente die Bilanz der Hauptkräfte und ihrer Abwandlungen zu ziehen. Denn Naturkräfte und Massenzustände sind stärker als Menschen, Kombinationen und Wünsche.

Bei solcher Erwägung wird oft das Einleuchtende zweifelhaft, das Unbeachtete wichtig und das Unwartete wahrscheinlich.

I

Das politische Klima Europas scheint sich ein wenig zu ändern. Im Osten versiegt ein kühlender Behälter des Absolutismus, im Westen trocknet eine klerikale Niederung. Man wird die Frage vernehmen müssen, welche Kulturgründe es rechtfertigen, daß Deutschland absolutistischer als fast alle zivilisierten Länder und klerikaler als die meisten katholischen Staaten regiert wird.

Deutschland ist nicht mehr das Land der Träumer und Professoren. Der wirtschaftliche Weltkrieg zeigt die Deutschen im Erfolge an dritter, intellektuell an erster Stelle. Es wird schwer zu motivieren sein — auch vor dem Auslande, das uns respektieren soll —, daß dem Deutschen so viel weniger konstitutioneller Einfluß auf seine Staatsgeschäfte gegönnt ist als dem Schweizer, dem Italiener, dem Rumänen.

Das Thermometer des Kontinents zeigt heute auf „Selbstverwaltung“, und es kann bei uns nicht auf alle Zeit ein Separatklima erhaltenbleiben. Die alten Fragen des Regierungssystems, die Probleme der Konstitution und des Parlamentarismus, die vierzig Jahre geruht haben, weil soziale Aufgaben wichtiger schienen, Märzgedanken und Juliphantasien werden auftauchen.

II

Daß neuere Kriege nicht mehr durch Einzelkämpfe der Heroen wie zu Homers Zeiten noch durch gedrillte Grenadiere entschieden werden, ist uns geläufig. Der Kriegsgott unserer Tage heißt wirtschaftliche Macht; und so lange nicht die Staaten nach Art der Aktiengesellschaften durch Vorweisung ihrer Bücher und Bilanzen sich unblutig besiegen können, so lange bleibt ihnen nichts übrig, als die jeweils besten Symbole und Exponenten der Landeskraft aufeinanderplatzen zu lassen: das sind heute die Panzerschiffe.

Aber auch Kriege entscheiden nur selten. Die Völker sind nicht mehr gute Feinde, sondern böse Konkurrenten, und das Mühlspiel der äußeren Politik strebt nach Stärke der Situation, nicht nach

Katastrophen. In diesem Spiel aber hat jeder so viel Steine, als seine wirtschaftliche Kraft ihm leiht, und so zeigt sich heute mit höchster Deutlichkeit, was unbemerkt zu allen Zeiten gegolten hat: daß eine Nation nach außen genau so viel Terrain gewinnen und beherrschen kann, als ihrer inneren Schwerkraft an moralischen, intellektuellen und wirtschaftlichen Werten entspricht.

Nimmt man die ersteren als stabil, so muß man zugeben, daß die Mehrung der letzteren keiner Klasse in so hohem Maße obliegt als den bürgerlichen Berufen.

Nicht Ackerbau, nicht Feudalismus, noch auch der katholische Klerus schaffen uns die enorme Zunahme wirtschaftlicher Werte, deren unsere wachsende Bevölkerung bedarf; die bürgerliche Intelligenz schafft sie. Diese aber ist heute politisch zersplittert, gesetzgeberisch wenig bedeutend und als Regierungsfaktor null. Wenn in den letzten Tagen das Auftreten eines bürgerlichen Mannes auf der Plattform der Verwaltung mit Begeisterung begrüßt wurde, so galt der befreiende Beifall nicht der Person allein, sondern zu gleichem Teil der an solcher Stelle seltenen Erscheinung eines Vertreters zünftiger Arbeit und Denkweise.

III

Für die rückläufige Richtung der deutschen auswärtigen Politik des letzten Jahrzehntes Verantwortungen zu suchen, hat in diesem Zusammenhange keine Bedeutung; es genügt, den Abfall zu registrieren. Die europäische Hegemonie ist nach Westen gewandert, ihr Meridian ist heute der von Greenwich. Unsere Alliierten bedeuten nicht viel, unsere

überseeische Position ist komplizierter und daher empfindlicher als vor Jahren, unsere vielfältigeren Exportbeziehungen vermehren die Zahl der Angriffspunkte. Die wirtschaftliche Drohung Amerikas, von Ignoranten leicht genommen, winkt uns stärker als anderen Nationen.

Es ist töricht, sich damit zu beruhigen und beruhigen zu lassen, daß diese Gefahren nicht zum Kriege führen. Um Kriege handelt es sich nicht, sondern um schlichte Geschäfte und Demütigungen. Möge die Verwirklichung uns erspart bleiben: aber die Gefahr besteht, das wissen wir. Und sie wird über lang oder kurz den inneren Naturvorgang zeitigen, den jeder äußere Druck erzeugt: Konglomeration.

So gewaltsame Schweißung aber muß die abgestorbenen Bindemittel aus den Fugen pressen, um die Flächen zu neuen Einigungen zu säubern: eine Menge toter Phrasen und Vorurteile muß heraus.

Wer in Deutschland kann heute seine Interessen verständig beurteilen und dabei für Freihandel eintreten? Allenfalls der kleine Rentier, aber auch der täuscht sich. Denn jedes gewerbliche Einkommen ist von dem einen Barometerstande abhängig: der wirtschaftlichen Lage. Diese aber beruht auf Industrie, und unsere Industrie ist wie die aller Länder der Erde (ausgenommen die rückläufige Englands) auf mäßigem Schutz und rasonabler Kartellierung gegründet. Deutschland als Freihandelsstaat inmitten nationalistisch wirtschaftender Staaten würde seine Industrie unter einer öffentlichen Ablagerungsstätte begraben sehen; vollends das Freihandelssystem, als Weltprinzip deklariert, würde den Kontinent rettungslos der amerikanischen Über-

gewalt ausliefern. Ja, man möchte sagen: es ist die Zeit vor auszusehen, wo Europa mit einem gemeinsamen Schutzgürtel gegen die Warenströme Amerikas sich wird sichern müssen. Und wollte der kleine Rentier hoffen, aus der Verbilligung verschleuderter Güter Nutzen zu ziehen, so vergißt er eines: wenn in kapitalsträgen Zeiten seine Renten sich von vier auf drei Prozent reduzieren, so hat er schließlich doch ein schlechtes Geschäft gemacht.

Nicht besser ist das Geschäft der übertriebenen Sparsamkeit und Steuerfurcht. Es wird sicherlich, solange es direkte Steuern gibt, dem Staatsbürger ein wehmütiges Gefühl bereiten, wenn er in die Tasche greifen muß und nichts dafür erhält als eine Quittung. Es wird auch für betriebsame Volksgenossen ein wirkungsvolles Agitationsmittel bleiben, Abschaffung, Minderung oder Stabilität dieser häßlichen Kontribution zu versprechen. Den Intelligenzien jedoch ist es an der Zeit zu bekennen, daß Staatsaufwendungen das bestangelegte Kapital dem Lande bedeuten, wenn, wohl gemerkt, eine verständige Legislatur und Regierung sie verfügt und verwaltet. Es ist einer sehr großen Staatsverwaltung, selbst wenn sie unfähig regiert, schwer, wo nicht unmöglich, Mittel nutzlos zu vergeuden; ist sie halbwegs befähigt, so muß jeder Pfennig mit Zins und Zinseszins in die Hände der Zahlenden zurückfließen. Denn die Staatsaufwendungen dienen der Macht, dem Verkehr, der Erziehung oder dem Geschäft der Gemeinschaft.

Die gemeinsamen Ausgaben bedeuten nicht die Unkosten, sondern den Umsatz des von allen Staatsbürgern gemeinschaftlich betriebenen Geschäftes; ein guter Kaufmann wird sich nicht bemühen, seinen

Umsatz karg zu halten. Damit soll nicht gesagt sein, daß blind darauf losgewirtschaftet werden soll: aber Einschränkung aus Prinzip, aus Freude am Sparen ist für ein modernes Staatswesen ein Irrtum, und zwar der gefährlichste.

Auch ein drittes Vorurteil ist unmodern geworden und wird nicht lange mehr vorhalten: die Leugnung allen Staatssozialismus. Denn wenn auch die soziale Gesetzgebung die politische Macht des Sozialismus nicht gehindert hat, so lehrt das Beispiel Englands, welchem Schicksal wir entgangen sind: an der industriellen Macht der englischen Gewerkvereine scheitert die englische Industrie.

IV

Über lang oder kurz müssen die neuen Kraftkomponenten zusammenwirken: die Liberalisierung Europas, das wiedererwachende Interesse an konstitutionellen Fragen, die äußere politische Spannung und das Zurückweichen überlebter Phantome. Und es wäre wohl denkbar, daß die resultierende Kraft eine bürgerlich-nationale Bewegung auslöste, an Stärke etwa der agrarischen Bewegung vergleichbar, die unserer Handelspolitik die Richtung gewiesen hat und jetzt zu einer gewissen Sättigung gelangt ist.

Eine solche Bewegung würde den konstitutionellen Gedanken des Liberalismus aufnehmen und doch, ähnlich wie in England, nicht regierungsfeindlich, sondern geschäftlich positiv in der Richtung der Landesinteressen wirken. Sie würde mit größerer Entschiedenheit als die rechte Seite unserer Mittelparteien eine Beteiligung an der Regierung fordern und innerhalb dieser die bürgerlichen Interessen gegenüber feudalen, einseitig agrarischen und ortho-

doxen vertreten; aber nicht wie die heutigen Linksliberalen ausschließlich den Wünschen des kleinen Rentiers und des unzufriedenen Teils der Gewerbetreibenden dienen. Sie würde die Modernisierung des Staatsbetriebes unterstützen und die äußere Geschäftsführung, sei es in kolonialen, sei es in Großmachtsaufgaben, weitsichtig auffassen.

Eine bürgerliche Evolution dieser Art kann das Land auf die Dauer nicht entbehren. Denn ohne sie bleibt der kräftigste Teil der Nation in zersplitterter Regierungsunfähigkeit und muß es mit ansehen, wie seine wichtigsten Interessen als Handelsobjekte zwischen unbedeutenderen, aber besser organisierten Faktoren aufgeteilt oder vernichtet werden. Die Regierung kann sie nicht entbehren, weil sie in politisch bewegteren Zeiten nicht klug täte, die Verantwortung ungeteilt einer Klasse aufzuladen; weil ihr beim fortbestehenden System des Majoritätenhandels ein Trumpf nach dem andern herausgezogen wird und sie den Augenblick voraussehen muß, wo sie aus Mangel an Kompensationsobjekten den Ansprüchen der internationalen Konkurrenz nicht mehr gerecht wird.

Freilich wird der neue Reichstag so reichen Voraussichten nur arme Erfüllungen entgegenhalten: das ist die Hysteresis der Wirkung gegen die Ursache, die es zuläßt, daß die kräftige Märzsonne oft den kältesten Tagen leuchtet und daß ein niedergehendes Haus die höchsten Feste feiert.

Wer die Zeichen beachtet muß den unsichtbaren Sieg des liberalen Gedankens erkennen. Den höchsten Stimmenzuwachs, 35 Prozent, haben die linksliberalen Parteien erhalten; 25 Prozent beträgt der Zuwachs des gesamten Liberalismus, und auch diese

Vermehrung steht an der Spitze aller Großparteien. Nahezu drei Millionen Wähler haben liberal gestimmt; ihre Zahl wird nur von den Sozialdemokraten übertroffen. Die Gleichgewichtsverschiebung in der Vertretung des Volkes ist nichts anderes als der beginnende Rückstrom der Massen vom sozialen zum liberalen Gedanken.

Dies ist in der Stille geschehen: noch bevor der deutsche Liberalismus seinen zusammenfassenden Ausdruck gefunden hat. Findet er ihn, so wird geschehen, was stets geschah, wenn neue Ideen ein Volk bewegten: die abgestanden trübe Schicht der politischen Routiniers wird weggeblasen, und es erscheint der klare Strom des Volkswillens, der neue Massen, neue Menschen und neue Gedanken emporträgt.

Hannoverscher Courier, 12. Februar 1907

DEMOKRATISCHES ERWACHEN

Geht man von der Erwägung aus, daß politische Ereignisse sich zu generellen Zuständen und Evolutionen verhalten wie das Symptom zur Krankheit oder wie das Erdbeben zur allmählichen Gestaltung der Erdkruste; daß sie mithin ein Tieferes, in der Stille sich Vollziehendes, langsam und mächtig Wirkendes offenbaren; so zwar, daß zuzeiten nur eine Ahnung und Vermutung des Geschehenden emporsteigt, dann aber plötzlich einmal, mit Gewalt hinweggerissen, der Vorhang aufliegt und das Verborgene erblicken läßt: geht man von dieser Betrachtungsweise aus, so lohnt es, die letztvergangenen Ereignisse des Beiwerks, des Gezweiges von scheinbaren Ursachen und Wirkungen, des Zufälligen zu entkleiden und zu fragen, ob sie den Blick in tiefere Werkstätten dringen lassen.

Das eigentlich Symptomatische dieser Ereignisse liegt nun wohl nicht so sehr darin, daß eine Behörde Fehler begangen hat, denn dies ist von jeder menschlichen Institution in einem gewissen Prozentsatz von Fällen zu erwarten, auch nicht darin, daß Gespräche des Monarchen Ungelegenheit brachten, denn auch dies war nach früheren Erfahrungen nicht überraschend; der Kern des Geschehnisses scheint vielmehr zu sein: daß zum erstenmal seit sechzig Jahren das deutsche Volk ungefragt das Wort ergriffen und gesprochen hat.

Es hat gesprochen in einer politischen, die Verhältnisse des Monarchentums betreffenden Frage und sich in einem die Autokratie beschränkenden

Sinne geäußert. Die Äußerung war innerhalb des Volkes wie des Parlamentes in praktischem Sinne einhellig.

Vor fünfundzwanzig Jahren konnte man gewärtig sein, daß jemand, der öffentlich in anderem als positiv monarchischem Sinne sich aussprach, der improvisierten Justiz verfiel, sofern er nicht schon zuvor der Polizei verfallen war; die Volksstimme aber erhob sich nur bei dynastischen Anlässen. Verfassungsfragen erregten kein Interesse; sie erschienen den volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben gegenüber theoretisch, ungeschäftlich und wesenlos.

Welche Änderungen des allgemeinen öffentlichen Zustandes und Bewußtseins müssen sich also vollzogen haben, um einem politisch anscheinend unmündigen Volke für einen Augenblick Sprache zu verleihen, und zwar eine Sprache, die man nicht anders als im Sinne der Geschichte demokratisch bezeichnen kann?

Man ging lange davon aus, daß ein schwer bewegliches Volk nur in wirtschaftlichen Verlegenheiten zur Selbsthilfe schreitet. Obwohl nun seit etwa Jahresfrist in Deutschland Handel und Industrie ihr Wachstum vorübergehend aussetzen mußten, ist von einem Notstand nicht die Rede; Löhne und Gehälter haben ihren hohen Stand nahezu behauptet, die Zahl der Arbeitslosen hält sich in Grenzen, die Landwirtschaft ist erstarkt, und Zeichen allgemeiner Besserung lassen sich spüren. Aus wirtschaftlicher Not hat das Volk sich nicht gerührt.

Aber vielleicht aus Sorge um die internationale Lage? Das ist an sich wenig wahrscheinlich. Deutsch-

land ist politisch nicht in so hohem Maße tätig und interessiert, daß es auswärtige Vorgänge lebhaft verfolgt, die unsere Grenzen nicht berühren. Die Manie der Bündnisse ist ein Friedensspiel, die Erfahrung zeigt, daß im Kriegsfall nur die momentanen Interessen und die (ad hoc) vom Augenblick geforderten Verbindungen wirken.

Unvollendet. November 1908

ÜBER DIE ZUKUNFT DES DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN VERHÄLTNISSES

La seconde de vos trois questions me semble la principale.

Deux grandes nations, formant le véritable centre, la moelle de l'Europe, ont-elles intérêt à se combattre physiquement et moralement, ou à se rapprocher l'une de l'autre? Toutes les deux puissantes, riches de culture et civilisation anciennes, bordées de trois mers, sans voisins prépondérants?

La politique européenne entière de notre génération, cette politique guindée, vague, sans but, sans idéal, se base sur l'antagonisme de nos deux pays.

Ces liaisons théoriques, ces ententes inéprouvées, à quoi servent-elles autre qu'à donner un aspect de soutien à ce vieux continent, brisé au milieu de son corps?

Quel rêve que de s'imaginer ces deux nations réunies!

Culture latine et culture germanique, culte du beau et culte du vrai, esprit français et âme allemande, noblesse et élan réunis à la foi et la solidité — industrialisme et épargne française, défenses nationales fusionnées, désarmement général des nations — quel sujet d'enthousiasme et de déclamation!

C'est un rêve, ne nous trompons pas. Deux nations peuvent s'allier, mais elles ne s'épousent pas.

Toutefois: l'union gallo-germanique serait l'essor d'une constellation politique et économique féconde, solide et presque inattaquable.

Cette constellation, peut-elle se réaliser? il ne faut jamais dire jamais; néanmoins il y a un grand obstacle. Les deux nations manquent de réciprocité de sentiments.

Chez nous, tout le monde connaît la langue, l'histoire, le pays, les usages, les arts des Français. Je ne parle pas de vos grands poètes et écrivains classiques qu'on lit dans nos écoles; mais vous savez bien qu'on cite et discute dans nos livres, nos journaux et nos salons vos philosophes, historiens et littérateurs des trois derniers siècles.

La France, au contraire, d'une belle force conservatrice sur laquelle se base une grande partie de cette culture traditionnelle et inégarable que nous admirons — la France n'aime pas à occuper des choses hors d'elle-même excepté sous un point de vue anecdotique; et elle considère l'Allemagne à peu près comme chez nous, il y a trente ans, on considérerait la Chine, c'est-à-dire, comme une chose très lointaine et assez curieuse.

Vous me répondrez qu'on commence, en France, à apprendre la langue allemande, à voyager dans notre pays, même d'en faire des livres. J'en suis bien content; en vingt ans il y aura des résultats.

Du reste, je ne me vante pas de notre internationalité. Au contraire, je me plains de ce que nous soyons trop enclins à estimer, à admirer et à aimer ce qui est loin de nous. Et même je suis un peu confus de constater que nous aimons la France. Ne parlons pas de snobs qui se grisent de Monte Carlo et se vantent de leur connaissance des faiseurs de la Rue de la Paix. Mais justement ceux que vous appelez l'élite de la nation, aiment ce qui vient de votre beau pays, ce pays même, la grâce de ses femmes

et l'esprit de ses hommes. C'est bien entendu qu'il s'agit ici des intellectuels, mais c'est toutefois un bon pourcentage. Le gros des peuples, dans tous les pays, manque du jugement international, mais ce gros, d'abord, ne forme pas, chez nous, l'opinion publique; puis il est sans ressentiment contre la France.

Vouz n'allez pas croire que je vous demande de nous aimer. Pendant des siècles on vous a répété que nous sommes des barbares, que nous nous nourrissons de choucroute, que nous portons des lunettes, qu'après nous être soûlés de bière nous chantons des chansons tristes dans les bras d'une blonde épaisse, molle et sentimentale — tout cela ne nous a pas embelli dans vos yeux. Je ne me flatte même pas que nous vous parussions aimables si vous voyiez toute notre réalité: cette Allemagne sérieuse, industrielle, philosophique et militaire d'aujourd'hui, ce pays fort, beau, confiant et un peu sobre, formant à peu près la moyenne entre l'Angleterre réaliste, la Russie rêveuse et l'Autriche enjouée.

Il n'y a, entre la France et l'Allemagne, pas de réciprocité de sentiments. Et puisque vous avez posé la question, il faut en parler, de ce problème psychologique et délicat, du souvenir de la guerre.

Un jour, en déjeunant dans mon club avec un de vos plus charmants et instruits confrères, nous en parlions longuement.

Vous voulez donc la guerre ? lui dis-je.

Au contraire, nous croyons que c'est vous qui la voulez.

Mais à quoi donc servent, lui répondis-je, ces allusions, ces sous-entendus, ces demimots dans vos

chambres, vos journaux, vos harangues militaires, ces variations interminables sur l'air «n'oublions jamais»? Croyez-vous que nous soyons des enfants qui ne comprennent pas, quand, à table, on prononce des phrases dans un idiome étranger? C'est comme si un monsieur qui vient d'embrasser un ami, vous refuse sa main, tout en constatant sa parfaite politesse, qui ne lui permet pas d'aller plus loin.

Mais vous n'allez donc jamais comprendre, me dit-il avec un peu d'impatience, que la France boude? Est-ce que, en Allemagne, on ne connaît que les deux alternatives: ou bien se battre ou bien coucher avec?

C'est vrai, fis-je, chez nous, on ne connaît pas ce sentiment excepté de la part d'une belle femme. Battons-nous, si vous voulez, ou bien soyons amis. Ne nous empoisonnons pas de politesses grimaçantes qui sentent la haine, la méfiance et parfois le mépris, et que l'on désigne, dans la langue diplomatique, par la belle épithète de «relations correctes».

Voilà notre petit dialogue. Je sais bien que nous en aurons, pour des années, de «relations correctes». Car autant qu'il y aura, en France, des personnes qui gagnent leur pain en appelant «traîtres» les gens qui veulent réellement ce que la politesse professe officiellement, autant il y aura un danger moral et très sérieux pour ceux qui s'occupent de nous avec impartialité. Je crains même un peu que vous, Messieurs, n'échappiez pas entièrement à ce danger en publiant ces humbles lignes.

Pour que cela change subitement, il faudrait des coïncidences extraordinaires et rares, tels que l'histoire

dans son goût d'ironie délicate se les paye parfois. Il faudrait, par exemple, un service inattendu, chevaleresque et courtois, rendu par l'Allemagne laquelle — je vous assure — ne serait que trop flattée de l'occasion; ou bien un grand danger supporté en commun et avec succès par les deux nations.

Si cette chance ne s'accuse pas, il faudra attendre patiemment. Et alors, un jour, on trouvera en France qu'on commence à se lasser un peu de l'éternel hymne russe, genre 1890, et de s'embêter un peu du réalisme égoïste de l'Angleterre. Ce sera peut-être le moment, où après avoir découvert nos curiosités esthétiques, les Schopenhauer, Wagner, Nietzsche, on découvrira l'Allemagne.

Brief an Gil Blas, Paris, 11. September 1909

ZUR PSYCHOLOGIE DER DYNASTEN

In Europa leben gegenwärtig einige Dutzend aktive und mehrere inaktive Monarchen. Wenigen Unparteiischen und Urteilsfähigen ist es beschieden, einen kleinen Teil dieses Kollegiums zu kennen; vollzählig hat kein Mensch der Erde es jemals erblickt.

Ich weiß nicht, ob in unserer Zeit der Versuch gemacht worden ist, die geistigen Lebensbedingungen der Monarchen vorurteilslos und zusammenfassend zu erörtern. Das Unternehmen ist zeitgemäß in seinen Absichten: denn keine Menschenklasse besitzt größere Macht und Publizität, keine ist trotz ihrer Publizität so unbekannt, so fremd und fern; es ist unzeitgemäß in seinen Methoden: denn unsere Epoche verwirft alle Psychologie, die nicht aus Erfahrung stammt. Diese Unternehmung aber kann sich auf keine persönliche Erfahrung stützen, denn die enge Erfahrung des Einzelnen würde Zufallsbilder schaffen, nicht Typen. So ist die Analyse beschränkt auf allgemein bekanntes Material der Geschichte und des Alltags; ihre Destillate kann sie nur abspalten auf dem Wege der dichterischen Einkehr in persönlich Unerlebtes, auf dem Wege der Einfühlung und Intuition. Diese Methode ist um einen Grad unwissenschaftlicher als die der naturgeschichtlichen Beobachtung, die schließlich auch nichts anderes als entfernte Einfühlung vermittelt; es muß jedoch nicht alles Wissenschaftliche total richtig, und es braucht nicht alles Unwissenschaftliche total falsch zu sein.

I

Häufig hört man den Satz: ein Fürst ist nicht anders als andere Menschen. Ist das so? Verdankt nicht vielmehr der Mensch einen erheblichen Teil seiner sittlichen Erziehung und Existenz dem Gesetz, daß er von seinesgleichen umgeben ist? Der irdische Teil der Sittlichkeit wenigstens erwächst aus Wechselbeziehungen gleichartiger Wesen. Nach herkömmlicher Anschauung aber — unter Ausschaltung religiöser Terminologie — ist der Monarch der einzige Lebende, der von seinesgleichen nicht umgeben ist. Er muß weit ausschauen, über die Grenzen seines Landes hinaus, um seinesgleichen zu finden, Menschen, die wie er, von irdischen Geboten kaum bedroht, unverletzlich, souverän, die lebende Welt nicht neben, sondern unter sich erblicken.

Mit diesen Menschen aber ist er blutsverwandt. Er spricht ihre leibliche und seelische Sprache, sie verstehen die seine. Sie sind die einzigen Geschöpfe, die, unter ähnlichen Verhältnissen erwachsen, durch Erinnerungen verbunden, seine Regungen und Interessen begreifen und teilen. Sie bilden eine große Familie, deren einen Zweig sein Haus verkörpert. Entfremdet Politik die Staaten, so kann vorübergehend Familienzweist sich einstellen; die Verwandtschaft des Blutes und Geistes aber dauert an und verkettet über kurz oder lang die Glieder aufs neue.

Napoleon ging zugrunde, weil seine Ehe nicht ausreichte, um ihn zum Sippen zu erhöhen; Talleyrand rettete Frankreichs Integrität, indem er die Legitimität seines Königs Ludwig emporhob.

Freilich ist es eine Familie, deren Glieder sich nur selten und auf kurze Stunden begegnen. Geschieht es, so begrüßen sie sich mit Umarmungen, zeigen

mit Stolz ihre Besitztümer, Länder, Völker, Diener, Raritäten, reden über Freuden und Sorgen des Hauses und Berufs, ungestört, mit dem seltenen Gefühl rückhaltlosen Verstehens, suchen mit verwandtschaftlicher Courtoisie Fragen zu erledigen, an denen die Bureaukratie der Regierungen sich vergeblich abmühte, und trennen sich, hocherfreut, wenn es gelang, einen Vorteil wahrzunehmen, den der Minister des Auswärtigen nicht erhoffen durfte.

Sie verständigen sich leicht, denn sie haben die gleichen Erlebnisse und Erfahrungen; Dinge, die das Volk nur im kleinsten kennt, sind ihnen im größten geläufig. Ärger mit Hofgesinde und Ministern, Verdrießlichkeiten mit Parlamenten, Enttäuschungen mit Heirats- und Bündnisplänen sind ihnen gemeinsam. Eine große, der Perspektive nach unvergleichliche Erfahrung ist den Älteren in langen Regierungsjahren erwachsen; der Wechsel der Dinge, angekündigte Sensationen machen ihnen, die vieles dergleichen vorübergehen sahen, wenig Eindruck; sie haben ein Gefühl dafür gewonnen, welche Programme sich realisieren lassen, welche Projekte unfruchtbar bleiben; sie wissen, daß Unternehmungen meist an einfachen Dingen scheitern, daß diese Dinge meist menschliche Unfähigkeiten heißen und daß es wohl tut, sie beim rechten Namen zu nennen. Wenn die Königin Viktoria zum zehntenmal einen neuen Kabinettschef empfing, so dachte sie: genau so hat sein drittletzter Vorgänger gesprochen. Jetzt kommen seine Übertreibungen, jetzt seine Theorien und jetzt seine Versprechungen; wir wissen, was daran ist und was daraus wird.

Eine gemeinsame Sorge bedrückt die Familie der Monarchen: die fortschreitende Demokratisierung

der Welt. Der arme Schwede! Der arme Portugiese! Der Sozialismus! Die Anarchisten! Vor den Geschichten der Marie Antoinette und Karls des Ersten hat jeder kleinen Prinzessin einmal gegraut.

Von allen diesen Sorgen und Wünschen, Erfahrungen und Gedanken kann man mit Untertanen nicht gut sprechen. Von ihnen darf man Devotion erwarten, aber kein letztes Verstehen, keine unbefangene Anerkennung. Was wird Karl, was wird August, was wird Otto dazu sagen; diese Frage wiegt schwerer, weil die Antwort objektiver, ja vielfach treffender ausfällt. Ist es doch ein seltsames Gesetz, daß selbst Menschen von mäßiger Begabung, wenn Reichtum, Macht und Verantwortung nebst aller zugehörigen Enttäuschung auf sie fällt, ein Urteil erwächst, das vielfach einfacher und wahrer ist als die Kalkulationen der Professionisten.

Wenige der Familienmitglieder sind in vollem Sinne mit ihren Völkern blutsverwandt. Viele haben ihre Staaten, Nationalitäten und Konfessionen vertauscht. So sind sie zwar der höchste menschliche Ausdruck der Nation, und doch nicht eigentlich national; vom Volk unter irdisch landsmännischer Form geliebt, schweben sie oberhalb menschlicher Abgegrenztheit, in letzter Linie auf sich selbst und ihresgleichen gestellt, heimatlos wie die Gottheit.

II

Auch hierin liegt eine göttliche Analogie: daß vor dem Fürsten alle Menschen gleich sind. Bürgerlichem Verstehen wird die Ausnahmslosigkeit dieses Satzes schwer faßbar, denn in unserer Perspektive erscheint ein Magnat, ein hoher Beamter unendlich näher an den Träger der Krone hinangerückt als ein

Tagelöhner. Jedoch wir müssen uns klarmachen, daß der Begriff der beherrschten Masse uns alle in Gegensatz stellt zu den wenigen Nichtbeherrschten, den Mitsouveränen. Wenn die Liebe des Monarchen alle Untertanen umfaßt, so wirkt sie auf ein Objekt, nicht auf ein Gegenbild. Ein Hirt, der seine Herde liebt, mag eines seiner Lämmer lieber sehen als ein anderes, herzlich nahe steht ihm nur seine Herde insgesamt.

Betrachtet man nun die dem Throne unmittelbar Genäherten, so wird man finden, daß sie alle außer ihrem Untertanenverhältnis noch eine definierte Abhängigkeit tragen, die nach der Seite des Kriegsdienstes, des Beamtentums oder des Hofgesindes neigt. Sie alle sind persönliche Diener, die der Monarch brav oder irrend, bittend oder dankend, schuld- bewußt oder anerkannt vor sich gesehen hat. Sie sind ihm nahe bekannt, lieb und wert, von ihm selbst erwählt und erhöht; aber als Gegenbilder, als seinesgleichen, als Genossen und als Gewissen treten sie ihm so wenig entgegen wie die anonyme Menge, die hinter ihren Schultern steht. Er mag ihnen manches anvertrauen, in manchem Sinn freundschaftlich mit ihnen verkehren: seine letzten Gedanken kann er ihnen nicht mitteilen, denn sie würden ihn nicht verstehen. Freundschaft zwischen Monarchen und Untertan, der Traum der Dichter, ist schlechthin unmöglich; denn Freundschaft beruht neben anderem auf der Illusion der Gleichartigkeit und auf der Illusion des Verstehens, die beide durch die Distanz der Souveränität aufgehoben werden.

Der Monarch ist universell. In ihm laufen alle Nerven des Volkskörpers zusammen. Sein Geist ist der wirkende Mikrokosmos des allgemeinen Geistes.

Sein beneidenswertestes Vorrecht besteht darin, daß er jede Quelle menschlicher Erkenntnis in jedem Augenblick erschließen kann. Er drückt auf einen Kontakt, und herein tritt der erste Forscher des Landes, um über ein ärztliches Problem zu berichten; der Historiker entrollt seine Manuskripte; der Dichter erläutert sein Werk. Stets vernimmt der Monarch das letzte, eigenste Wort auf die kürzeste und klarste Weise. So erscheinen ihm alle Menschen, die sich ihm nähern, als Spezialisten, als einseitig Besessene und Überschätzende; er selbst ist der einzige Geist, in dem das Verschiedenartige sich vereint und ordnet. Und wiederum reihen sich die Lieferanten des Geistes, der Kunst, der Erbauung, der Projekte ein in die große Zahl der übrigen Fournisseure, die man kennen muß, heranholt, schätzt und empfiehlt.

Da nun sie alle weitaus die ersten ihres Faches sind oder dafür gelten, so kann niemals das seltene Gefühl entstehen, das uns andere zu den wenigen Großen des Geistes hinanzieht, die uns im Leben begegnen. Deshalb bedeutet auch der Gedanke, der König solle mit dem Dichter gehen, einen Utopismus. Der Dichter, unseren Begriffen der Spiegel des Universums, kann dem Monarchen nur als Spezialist für ideelle Weltbetrachtung gelten.

Dem Fürsten in seiner Universalität und Besitzesfülle tritt selten ein Wunschloser gegenüber. Denn der Fürst hält das Schicksal aller derer in seiner Hand, die etwas wollen. Was er nicht verleihen kann, ist Geist, Talent, Charakter, Zufriedenheit; Macht, Ehre, Ruhm und Reichtum kann er verleihen. Wo er auftritt, da ist er der Gebende; schon seine Nähe ist Gunst. In Rußland sagt man: nur der ist etwas, mit dem der Zar spricht, und nur so lange, als er spricht.

Bei Mächtigen insgemein ist es der Prüfstein des Charakters, ob sie dem Menschenhaß und der Menschenverachtung entgehen, wenn sie ein Lebensalter dem Ansturm der Wünsche ausgesetzt waren; wenn jeder dritte Mensch, den ihnen der Tag zu trägt, sich im ersten stillen Augenblick in einen Bittsteller verwandelt hat; wenn sie die jähren Übergänge vom Selbstbewußtsein bei der Begegnung zur Devotion bei der Erkennung erlebt haben. Der Fürst wird diesen niederen Regungen der Unmenschlichkeit leichter entgehen, obwohl er zeitlebens nur bittende und dankende Augen erblickt, weil er sich eingesetzt weiß, zu richten und zu belohnen. Belohnung aber schließt den Dank aus; wer ständig gibt, kann nur in einem höheren Sinne sich selbst als Schuldner fühlen, zumal er auf jede frei gezollte Leistung den Anspruch schuldigen Tributs erheben darf. So fällt der umstrittene Begriff fürstlicher Dankbarkeit als wesenlos dahin; der Fürst kann zu Recht oder zu Unrecht belohnen: dankbar ist er immer oder nie.

So ist das Erstaunen gerechtfertigt, wenn Fürsten einem Menschen begegnen, der nichts von ihnen will und nichts von ihnen annimmt. Solange die Gewohnheit der Vereinigten Staaten den Bürgern vorschrieb, ausländische Ehrungen abzulehnen, war es verständlich, daß Souveräne in vornehmen Amerikanern fast ihresgleichen zu sehen glaubten und ihnen gleichsam über die Köpfe der Untertanen hinweg die Hand reichten; so daß diese, wie zurückgesetzte Mitschüler, voll Verlegenheit den sonst nicht imponierenden Kameraden über Disziplin und Autorität des Hauses hinauswachsen fühlten.

In zwei Punkten freilich ist die universelle

Wunschlosigkeit des Monarchen seinen Untertanen gegenüber begrenzt: einmal verlangt er Liebe und Ruhm; sodann erstrebt er den ungekürzten, dauernden Bestand seiner Rechte für sich und sein Haus. In der ersten dieser beiden Neigungen liegt ein beachtenswertes Korrektiv, in der zweiten eine gelegentliche Gefahr.

Das Korrektiv besteht in der Zugänglichkeit für öffentliche Kritik, jedoch nur dann, wenn diese einstimmig auftritt. Bleibt sie zersplittert, so wird der Monarch ebenso verfahren wie die meisten Mitbürger in gleicher Lage: er wird bei verantwortlichen und nahestehenden Personen Rat einholen und sich bestätigen lassen, daß die zustimmende Partei im Recht, die ablehnende in übelwollendem Irrtume sich befindet.

Eine Gefahr jedoch, zum mindesten ein fundamentaler Konflikt, tritt auf, wenn der Monarch die uneingeschränkte Erhaltung und Verteidigung seiner und seiner Nachkommen Privilegien zum obersten Grundsatz seiner Politik erhebt. Kaum ein bedeutendes Beispiel bietet die Geschichte, daß ein Souverän, ohne einer Pression nachzugeben, aus freier Entschließung, sich zugunsten der Volksentwicklung wichtiger Rechte entäußert hätte. Nun kann man betonen, daß in diesem Konservativismus eine wohltätige Hemmung im Sinne langsam-stabilen Vorrückens des Verfassungswesens gegeben sei, und es soll dieser Auffassung nicht widersprochen werden, weil schließlich doch unter allen Umständen Naturgesetze stärker sind als Institutionen. Hier aber, wo es sich um den psychologischen Aufbau der monarchischen Existenz handelt, darf nicht verschwiegen werden, daß es also doch einen Punkt

gibt, sofern man an die allmähliche Erziehung der Völker zu höherer Verantwortung glaubt, in dem das natürliche Interesse und der Wille des Monarchen grundsätzlich dem natürlichen Interesse und Willen der Untertanen zuwiderlaufen kann.

So hat es denn tatsächlich keine europäische Monarchie gegeben, die nicht zu irgendeiner Zeit mit ihrem Volke in offenen oder geheimen Kampf um die Ausgestaltung des Staatswesens getreten wäre; keine, die sich nicht durch Gewalt oder Druck der öffentlichen Meinung Zugeständnisse politischer Art hätte abtrotzen lassen. Ja, man muß, wenn man die Geschichte der letzten Jahrhunderte überblickt, eingestehen, daß die Dynastien in der wichtigsten Frage ihrer Völker, der Frage der Verfassung, Gegner ihrer Untertanen gewesen sind. Diese Gegnerschaft konnte da nur weichen, wo Monarchien ihre Existenz durch das Mittel des reinen Konstitutionalismus im Willensgrunde der Völker verankerten. Soweit dies nicht geschah, blieb und bleibt es verhänglich, von einer Stellung der Monarchie oberhalb und außerhalb der Parteien zu reden. In absoluten und halbkonstitutionellen Staaten muß notgedrungen der Monarch sich auf die Seite des Konservatismus oder der Reaktion schlagen; denn alle anderen Parteien trachten nach einem Teil seiner Rechte. Und da es durchweg konservative oder reaktionäre Völker nicht gibt, so kann ein solcher Monarch nicht anders, denn als Gegner eines Teiles, einer Majorität oder einer Gesamtheit seiner Untertanen in einer für beide Teile ernststen Frage sich fühlen; je nach seinem Temperament wird er dieser eigentümlichen, mit der herkömmlichen Phraseologie durchaus unvereinbaren Lage verschiedenen Ausdruck geben. So sind in

krankhafter Überspannung des Konfliktes einzelne Monarchen ausgesprochene Feinde und Hasser ihrer eigenen Völker geworden, als deren Väter und Hirten der Sprachgebrauch sie zu bezeichnen nicht aufhörte.

III

Ein jugendlicher Mensch, der seiner selbst und der Welt sich bewußt wird, kann dem staunenden Gefühl nicht entgehen, daß es ihm vergönnt ward, lebendig zu sein, Kräfte des Leibes und der Seele zu genießen, tätig und leidend die Natur zu empfangen. Bei vielen stumpft dies Empfinden sich ab, wenn sie im Kreise der Ungezählten im einzelnen und im ganzen sich wiederholt finden; sie wählen den Zusammenschluß, die Anpassung, sie gehen menschlich bürgerlich auf in der Gemeinschaft.

So, wie der Monarch sich zu betrachten lernt und pflegt, ist ihm diese Auflösung unmöglich. Wie er seine Stellung auch betrachten mag, als Abstammung, Vorrecht, Pflicht, Würde, Macht, Ausbildung und Erlebnis, so bleibt sie einzig. Will er sich nicht als Produkt des ungeheuerlichsten Zufalls, als das lebendig gewordene große Los, als Naturspiel empfinden, so muß er eine übernatürliche Erklärung seines Zustandes fordern. So sind und waren fast alle Monarchen, sofern sie nicht gerade durch eine unglückliche Kindheit abgelenkt wurden, tief religiös; und mehr noch ihre Frauen, da sie den Strahl der göttlichen Auswahl gewissermaßen bei Bewußtsein hatten empfinden dürfen. Nur durch einen Pakt mit der Gottheit konnte der Monarch sein Schicksal rechtfertigen, einen Pakt, der ihm tiefste, wenn auch nicht wunschlos immaterielle Hingabe auferlegte,

hingegen ihm Beständigkeit des Vorzuges, ja in dunklen Augenblicken göttliche Erleuchtung zusicherte. Gleichzeitig gab die sichtbare Übung der Frömmigkeit ein Beispiel, wie höchste Ehren zu erweisen und in berechtigtem Austausch zu empfangen seien.

Es irren somit diejenigen erheblich, die den Glaubenseifer der Monarchen, weil er ihnen materiell erscheint, in Zweifel ziehen. Ein echter Monarch kann ohne dogmatischen Glauben nicht leben; ja er muß jeden für irrsinnig oder böswillig halten, der seinen guten Glauben nicht teilt. Der Begriff des Königtums von Gottes Gnaden ist der einzige und wahre Ausdruck des aktiven und passiven monarchischen Gefühls; außerhalb dieses Begriffes verkümmert die Souveränität zur Präsidentschaft.

Die Gläubigkeit der Souveräne aber erweist sich als ein hohes politisches Moment, und zwar abermals als ein konservierendes.

Denn der Träger göttlicher Mandate wird sich nicht leicht der Verzweiflung preisgeben. In leidlichen Zeiten darf er Optimist sein, in der Bedrängnis wird er an vorübergehende, durch Einkehr abzuwehrende Prüfungen glauben und sich somit in der denkbar kräftigsten Stimmung behaupten, nämlich derjenigen, welche jedes Mißgeschick für remediabel hält. Hier kommt denn vielfach die Religiosität der Fürstin zu Hilfe, die in schweren Augenblicken ungehinderten Zugang findet; daher man gut tut, den Charakter der Gemahlin zu studieren, wenn man die Widerstandsfähigkeit des Monarchen einzuschätzen sucht.

Es genügt, zu erwähnen, daß die sittliche Seite der Religion, zumal in protestantischen Familien, die

innere Festigkeit der Monarchen sichtbar gestärkt hat. Bedeutsamer ist, daß ein inspiriertes Bewußtsein sich des Druckes autoritativer Einwirkung mit einer Selbstsicherheit entledigt, die zuweilen an Verwegenheit zu grenzen scheint. Diese Unabhängigkeit, dieses freie, ja wegwerfende Vorüberschreiten an autoritativ bewährten Kräften findet sich bei nichtsouveränen Erben alter Geschlechter und Vorrechte seltener, doch tritt auch hier, zumal im Stande der Wohlhabenheit, eine beachtenswerte Unabhängigkeit von fachmännisch beschränktem Befinden auf. Staatlich betrachtet, liegt in der Exklusivität des Urteils ein Schutz gegen unverantwortlichen Einfluß, gleichzeitig aber die Gefahr allzu spontanen Handelns. Die Gefahr erhöht sich, wenn mit innerer Konsequenz die Abneigung gegen konstitutionelle Faktoren hinzutritt. Einer Volksvertretung steht nicht, wie den ökumenischen Konzilien, die Fiktion unmittelbarer göttlicher Erleuchtung zur Seite. Widerspricht daher ein Parlamentsbeschluß den Wünschen des Monarchen, so fühlt dieser sich berechtigt, den Widerstreit höherer und niederer Einsicht zuungunsten des Konstitutionswesens auszudeuten.

Endlich wird bei einer gewissen Veranlagung zu handgreiflichem Mystizismus, die sich häufig mit transzendenzloser Frömmigkeit verbindet, vielfach der Wunsch geweckt, der Gottheit zum Entgelt für soviel Gnade auch irdischerseits etwas Besonderes zu erweisen. Pomphafte Tempelbauten, proselytische und religionspolitische Bestrebungen, Kreuzzüge und Klerikalismus sind Zeugen solcher gutgemeinten, aber nicht immer förderlichen Gesinnung.

Sofern nun die regierten Völker in einer ungebundeneren oder transzendenteren Auffassung des Göttlichen einen errungenen Fortschritt erblicken, muß ihnen die Auffassung des Monarchen außerhalb der Zeit stehend und daher rätselhaft erscheinen. Daß sie es nicht ist, daß sie sich als folgerichtiger Ausdruck antiker Heiligkeit erklärt, bleibt der Menge schwer verständlich; sie sieht daher, je mehr sie sich bemüht, das menschlich-familiäre Bild des Monarchen sich anzueignen, sein inneres Wesen in dieselben Fernen entrückt, aus denen ihr die übrigen ungreifbaren Dinge der Verehrung entgegenleuchten.

IV

Die Lebensführung des Monarchen ist eine so außergewöhnliche, den menschlichen und geselligen Gepflogenheiten so entgegengesetzte, daß dasjenige, was er sich an Übereinstimmung mit herkömmlichen Auffassungen, an natürlicher Betätigung bewahrt, nicht als das Selbstverständliche, sondern als das durch Begabung, Beobachtung und Reflexion Wiedergewonnene angesehen werden muß. Es verhält sich damit ähnlich wie mit der scheinbaren Natürlichkeit und Unbefangenheit in der Leistung des meisterhaften Reiters, Tänzers, Schauspielers und Künstlers überhaupt; diese Eigenschaften bedeuten nicht eine ungebrochene Ursprünglichkeit, sondern vielmehr die souveräne Beherrschung jener Kunstmittel, die den Lernenden weit hinweg von der Natur in die Geschraubtheiten des Metiers zu entrücken drohten; sie bedeuten jenes neue Gleichgewicht, das die unnatürlichen Kraftkomponenten des Berufes in sich aufgenommen und daher unfühlbar gemacht hat. So werden die gewollten Gemütlich-

keiten und Saloppheiten, selbst die witzlosen Leutseligkeiten leicht unterschätzt, wenn man sie nicht als kunstgerechte Produkte der Einfühlung und Disziplin betrachtet.

Der schwere Vorwurf, der immer wieder gegen die Lebensführung der Souveräne gerichtet wird, lautet: sie seien von Schmeichlern umgeben und können die Wahrheit nicht hören. Der Satz ist falsch gedacht und richtig empfunden, wie die meisten Volksurteile.

Ein normal veranlagter Herrscher wird das aufdringliche Vorrecht der Schmeichelei ebensowenig seinem Gesinde gestatten wie ein bürgerlicher Hausvater dem seinen. Er wird wahren Urteilen ebensowenig aus dem Wege gehen wie ein beliebiger Geschäftsmann, der sich bewußt ist, daß man mit Illusionen schlechte Geschäfte macht. Und doch bestehen Trübungen, welche die Beschönigung hervorlocken und die Wahrheit verdunkeln.

Mit Ausnahme derjenigen, die beständige Dienst tun, befinden sich die Menschen, die vor das Angesicht des Monarchen treten, in einem Zustande höchster Spannung, ähnlich wie vor einem Examen. Sie stecken voll Angst und Hoffnung; sie wissen, daß Länge und Stimmung der Unterhaltung, ein guter Einfall oder ein Versehen, ein Lächeln oder ein Stirnrunzeln den Gang ihres Lebens ändern kann; sie sind geputzt und haben gewartet. In solcher Stimmung ist der Durchschnittsmensch vehementen Auslösungen hingegeben; blickt der Fürst freundlich, so ist's Apollo, blitzt er sie an, so ist's der Donnergott; ein staatsmännisches Wort: Julius Cäsar; ein Scherz: Friedrich der Große. Darf man nun von diesen Bestürzten Wahrheit, Warnung und Rat er-

warten? Sie werden beglückt sein, wenn es ihnen gelang, ohne Anstoß und Widerspruch durchzukommen, eine freundliche Erwartung zu bestätigen und einen kleinen Eindruck zu hinterlassen.

Nun tritt der berufene Ratgeber der Krone auf; auch er nicht unbefangen und etwas geblendet, doch pflichtmäßig gestärkt in verantwortlichem Bewußtsein. Wagt er eine Vorstellung, so ist er vorbereitet, zu hören, daß dieser und jener anders geurteilt habe; er bleibt bei seiner Ansicht und vermeidet Konflikte, indem er mit geübter Hand Konturen verwischt und Gegensätze mildert, bis das Pastellbild der Meinungen in gefälliger Flauheit harmoniert.

Wir wissen, wie natürlich Organe erschaffen und Kraft gegen Reizbarkeit tauschen, wenn sie dauernd des Widerspiels und Widerstandes entraten. Schul-lehrer und Universitätsprofessoren erwerben Selt-samkeiten durch die Gewohnheit, wehrlosen Hörern unwidersprochene Doktrinen einzupressen. Deshalb wird auch der Monarch, dessen Geist in einem mit Kompromissen gepolsterten Behälter sich bewegt, an Sensibilität gewinnen, an Kontrastbedürfnis verlieren.

Zumal auch die Welt der Erscheinungen bei seinem Nahen sich mit einer weichen und künstlichen Schönheit bedeckt. Wohin er kommt, bringt er den Festtag mit. Er wandelt unter Baldachinen über purpurne Läufer. Vor seinen Schritten bekränzt sich das Gemäuer mit Fahnen und Gewinden; die erhitzte Menge weht, winkt und jauchzt. Täglich vernimmt er die Huldigungen der Treue, die Gelübde des Blutes, den Preis seiner Vorfahren, den Ruhm seiner Weisheit, Tapferkeit und Güte. Er ist der all-wirkende Vater des Vaterlandes, seine Gefährtin der

Spiegel weiblicher Tugend, seine Kinder die Hoffnung des Staates. Allerdurchlauchtigster, großmächtigster, gnädigster Herr lautet die Imprekation. Und er erwidert, indem er von sich im Plural spricht, indem er unbefangen von seiner Macht und Gnade, vom Glanz seines Stammbaums, von der Strenge seines Befehles und dem Glück des Gehorsams redet. Wenn nun das tausendfältige Echo immer wieder diesen ehrwürdigen Formeln zujubelt, so kann es nicht fehlen, daß die Phraseologien in seinem Herzen Leben gewinnen, wie denn auch die unablässige Sonntagswelt nicht, wie man meinen sollte, Überdruß, sondern Anpassung hervorruft. Elend, Not, Hunger, Verzweiflung, Widerstand, Aufruhr dämpfen sich hinter den Facetten des Galawagens zu Misere, Unzufriedenheit und Ungezogenheit. Die Welt verliert einen Teil ihrer Realität, ihr Anblick gewinnt etwas von der Ungefährlichkeit schrecklicher Gegenstände, die man in Vitrinen ausstellt.

Ähnlich ergeht es dem Gebiet des Geschehens, der Kausalitäten und Zusammenhänge. Alle naheliegenden Wünsche realisieren sich mühelos; das Wort „es geht nicht“ ist unbekannt. Auch das Fernerliegende ist nicht unerreichbar. Niemals endet eine Aktion mit völligem Mißerfolg; das Äußerste ist: sie wird vergessen. Somit werden eigentliche Fehler nie begangen; wohl aber fügt sich durch einen glücklichen Einfall, ein gutes Wort, eine Begegnung oft das Unerwartete.

So verschiebt sich in diesem Zeitalter der mühsamen Studien, der Vorarbeiten, Statistiken und Erhebungen, der Spezialwissenschaft, der starken Gegenkontrahenten und mühsamen Verhandlungen, kurz: in diesem Zeitalter der intensivsten Leistung

verschiebt sich der Begriff monarchischer Arbeit, so angestrengt der Tag auch sein mag, in der Richtung feuilletonistischer und anekdotischer Bravour. Warum auch nicht? Die populäre Geschichte bewahrt uns nur die dramatischen Höhepunkte auf: der Fürst erklärt den Krieg, schlägt eine Schlacht, entscheidet eine Beratung, inauguriert eine Epoche, fertigt den Gesandten ab, fährt die Generale an, äußert ein berühmtes Witzwort. Die langen Zwischenzeiten der Studien, Vorarbeiten und Vorbereitungen schlummern in den Archiven und zählen nicht. Deshalb zeigen sich die eigentlichen Leistungen, der Inbegriff des schwierigen und vielfältigen Treibens, das wir Geistesarbeit nennen und als den Motor alles gewollten Geschehens schätzen, verkürzt im Bilde bornierten Spezialistenkrams, während der Impuls, die blitzende Inspiration Vorrecht des Monarchen bleibt, dem allzuoft die Welt als Festplatz und die Zeit als Serie historischer Momente erscheint.

So kann es kommen, daß der höchste Exekutor tausendfältiger, nie verschnaufender Staatsarbeit zwar beschäftigt und informiert, doch ohne einen wahren Begriff des Schaffens und Ergründens lebt, regiert und Geschichte macht.

V

Mit dem Schauspieler und Diplomaten teilt der Monarch die Bestimmung, daß er sein Menschliches zum Werkzeuge seines Berufs herzugeben hat. Bedient sich der Schauspieler seiner Persönlichkeit zum Darstellen, der Diplomat zum Repräsentieren, so ist der Fürst beauftragt, mit seiner Person Volk, Staat und Dynastie zu verkörpern. Sein Leben folgt

nicht den Gesetzen seines Leibes und seiner Seele, sondern es bewegt sich vielmehr um den Schwerpunkt allgemeiner Ereignisse, vom Augenblick und von der Konstellation diktiert Pflichten. Er hat Trauer, Freude, Begeisterung und Wohlwollen zu empfinden, wenn Weltgeschehnisse, Gedächtnistage oder politische Anlässe es verlangen; er hat Gesundheit, Ausdauer, Interesse und Würde zu verkörpern, wenn Staatsaktionen obliegen; er hat zu reden, zu schweigen, anzuhören, zu erwidern, wenn Menschen ihm vorgeführt werden. Selbst die Mahlzeiten, die Erholungen und Unterhaltungen gehören der äußeren Bestimmung. Die Pflichten des Tages sind nicht selbstbereitete. Automatische Unterschriften, nichtssagende Empfänge und Berichte, Vorstellungen, Meldungen, Vorträge provozieren körperliche und geistige Reflexe. Die Stunden des Tages sind auf Bruchteile festgelegt; beständige Ortsveränderung, wechselnde Kostümierung und Attitüde schiebt sich ein. Und inmitten dieser beispiellosen Zwangsläufigkeit werden Entschließungen verlangt von einer Wirkungskraft, die zuweilen dem jahrelangen Ringen eines Volkes das Gleichgewicht hält; Krieg und Frieden, Sieg und Vernichtung, Perioden des Glücks und des Elends ruhen in den Falten einer Toga. Schon dies bedeutet eine erfreuliche Konstellation: wenn dem Monarchen im kaleidoskopischen Wechsel stark betonter Tagespflichten die unitäre Bedeutung jener Einzelentschlüsse bewußt wird, wenn er, aus der Serie der repräsentativen Posen sich herausreißend, die Schicksalsfragen seinem Ohr vernehmlich werden läßt. Die gleiche Entäußerung wird zur Pflicht, wenn der Völkerchronist menschliche Züge fordert, der loyale De-

putierte ein kerniges Herzenswort erwartet und der Photograph Szenen des Familienglückes zu reproduzieren begehrt.

Nichts ist einem so vielarmigen, schnellfließenden Leben schwerer abzugewinnen als Vertiefung, starke Empfindung, Nachhall. Die gewaltsam erneuerte Aufmerksamkeit bläst die Erinnerung hinweg, der rasche Wechsel der Probleme ermutigt zu leichten, formelhaften Lösungen und Leitsätzen. Alle technische Verantwortung ist abgewälzt; deshalb findet jede Enttäuschung ihren Ruhepunkt in der Ermittlung eines Schuldigen. Alle menschlichen Leidenschaften sind zu Interessen und Neigungen gemindert und haben ihre erschütternden Schmerzen verloren. Alle Lebensmühen sind in handliche Portionen, in regelmäßige, hygienisch saubere Funktionen aufgeteilt und lassen der Erholung Raum. Alle Sorgen, mit Ausnahme einer einzigen, sind unpersönliche, von vielen getreuen Schultern entlastete. Die eine, persönliche, keinem Untertanen gänzlich mitteilbare Sorge aber, die Sorge um die Zukunft der Dynastie, schwebt als ferne Wolke unter jedem Himmel und verleiht durch ihren Reflex jeder Handlung und jedem Gedanken einen Schimmer von Skeptizismus, der abermals die Härten mildert und nur einzelne, sonst wenig sichtbare Schatten vertieft.

VI

Versucht man nun, auf den Untergrund der Herkunft, des Berufes, der Umwelt und Lebensform die Färbung des individuellen Menschentums und Charakters aufzutragen, so ergibt sich, daß nur wenige Tinten auf dieser stark imprägnierten Fläche haften.

Die Herkunft aus altem, überzüchtetem Blut schränkt die primitiven Instinkte ein, schließt harte, starke Leidenschaftlichkeit nahezu aus, bevorzugt intellektuelle, problematische Mischungen und disponiert zu sensitivem, nervösem Naturell, ja zeitweilig zu den Störungen, welche die Franzosen Coups de tête nennen. Diese Eigenschaften steigern sich auf Kosten des Gleichgewichts mit zunehmendem Intellekt; auf schwächer entwickelter Verstandesgrundlage, bei erschwertem Denkvermögen erreichen die sozusagen zivileren Komponenten: Sicherheit, Geradheit, Zuverlässigkeit, Objektivität, den Höhepunkt: daher das über Erwarten wohlthätige Regime minder begabter Monarchen, die großen Erfolge alter Männer und Frauen.

Die Erziehung, eingepreßt zwischen harter Disziplin und uneingestandener Erwartung, das Doppelspiel prinziplicher Repräsentanz und vollkommener Machtlosigkeit, die skizzenhafte, rundreiseartige Information auf allen Gebieten des Staates und Lebens, das abnorme Verhältnis zu Gleichaltrigen: diese Zwangsläufigkeiten des jugendlichen Lebens wirken der Vertiefung entgegen, stumpfen die Aufnahmefähigkeit ab, schwächen die ursprünglichen Temperamente und setzen erworbene Qualitäten an ihre Stelle. Vielfach ergibt sich eine routinierte Hilflosigkeit und unter Mitwirkung vorschauender Parteigänger jene schwächliche Thronfolgeropposition, die meist nichts anderes als Unkenntnis der Schwierigkeiten und kaschierte Ungeduld bedeutet.

Zwei Typen natürlicher Veranlagung scheinen seit einigen Menschenaltern in wechselnder Mischung unter den europäischen Monarchencharakteren zu

dominieren: der des nervös Schüchternen und der des nervös Impetuososen.

Der eine, scheinbar indolent, zuweilen feminin, immer zäh und etwas hinterhältig, ist der fester verankerte. Im Augenblick der Gefahr scheinbar akkommodationsfähig, biegsam und neutral, zeigt er die Elastizität der Wasserpflanzen, die fest an ihren Wurzeln haften und am Abend des Sturms unbeschädigt in ihre Ruhelage zurückkehren. Diese Menschengattung ist schreckhaft, aber nicht zerstörbar; sie ist schwächlich und dennoch in ihrer Unangreifbarkeit stärker als ihre Umgebung; sie ist ohne eigenen Impuls meist Trägerin einer glücklichen Politik, weil sie nur dem entgegenwirkt, was ihre Mächte schmälert.

Menschlich sympathisch, ja dichterisch genießbar ist die Gattung der nervös Impetuososen. In ihre Seele ist der tragische Konflikt verwoben: lebendiger Wille gegen toten Mechanismus.

Unvollendet; entstanden nach dem 28. Oktober 1908

DEN FINGER AUF DIE WUNDE

Ne currente retro
Funis eat rota. **Horaz**

Was nützen die Pflaster der Friedensliebe und die Umschläge der Blutsfreundschaft? Wenn wir heilen wollen, so müssen wir wagen, den kranken Punkt zu berühren, mag er auch schmerzen.

Wenn zwei kontinentale Nationen auf gespanntem Fuß leben, so werden sie Kosten und Sorgen aufwenden müssen, aber sie werden sich nicht verzehren und ruinieren. Denn den Territorialarmeen sind Schranken gesetzt, die Zahl der notwendigen Festungen und Verkehrsmittel ist geographisch festgelegt, und die Bewaffnungsmittel können nicht alle Tage reformiert werden.

Wenn aber eine Kontinentalmacht mit England zu rivalisieren gezwungen wird, so kann die Not bis zur wirtschaftlichen Gefährdung steigen. Denn die See ist breit, die größte Flotte bedeutet ihr einen winzigen Punkt, ein Schiff kostet vierzig Millionen und veraltet nach fünfzehn Jahren. Vielleicht trägt England seine Flottenlast leichter als wir, denn es hat keine Volksmacht in Waffen zu ernähren; aber jedes deutsche Schiff kostet zwei englische, denn auf dem Begriff der unbestrittenen Vormacht zur See beruht das Kolonialreich und auf der Getreidezufuhr die insulare Existenz.

Es ist daher die Versicherung vollkommen glaubwürdig, aber wenig fördernd, daß keine der Nationen den Wunsch hat, sich in friedlichem Wettrüsten

zu ruinieren; es ist ferner glaubwürdig, daß von keiner Seite ein Krieg als erstrebenswert erachtet wird, der nur das eine sichere Ergebnis haben würde, die industrielle Vormacht der Welt endgültig über den Atlantischen Ozean zu werfen.

Verständigung zwischen England und Deutschland kann aber niemals etwas anderes bedeuten als Beschränkung der Rüstung, somit grundsätzlich vertrauensvolle Friedfertigkeit.

Vertrauensvoll und friedfertig kann ich einem anderen in Geschäften gegenübertreten, wenn seine Situation der meinigen einigermaßen parallel und symmetrisch ist. Ich kann es nicht, wenn er einseitig über gefährliche Waffen, Interessen und Verbindungen verfügt, denen ich nichts entgegenzusetzen habe.

In verschiedenen Richtungen ist Parallelismus und Symmetrie zwischen England und uns vorhanden: wir beide sind aufstrebende, industriell und kommerziell wirtschaftende Völker, wir haben keine europäischen Territorialambitionen, wir wünschen die Erhaltung des kontinentalen Gleichgewichts, wir hoffen unseren Kolonialbesitz zwar nicht gewaltsam zu erweitern, doch in gegebenen Grenzen zu erhalten und abzurunden, wir wünschen unsere Wirtschaftskraft gegen östliche und westliche Konkurrenz zu behaupten und friedlich neue Absatzgebiete zu schaffen.

Alle diese parallelen Interessen lassen Verständigungen zu; selbst über die Tatsache, daß Englands Flottenmacht uns gewaltig überlegen ist und bleibt, können wir mit Vertrauen und gutem Willen hinwegkommen, denn in der Stärke unserer Landmacht läßt sich, wenn man will, eine gewisse Symmetrie zu dieser Eigenart erblicken.

Zwei Umrissse aber verändern das Bild gewaltsam und heben Symmetrie und Parallelismus zu unserem Nachteil auf.

Erstens ist England durch die Entente verbündet mit einer Macht, deren Volkserziehung, öffentliche Ethik und zeitweilig ausgesprochene Politik darauf ausgeht, das Deutsche Reich um einen bedeutenden Landbesitz zu verkürzen; einer Macht somit, die als eine Deutschland unfreundliche sich seit vierzig Jahren hingestellt hat. Wir haben niemals ein Bündnis gesucht mit einer Macht, die England bedrohte; seit dem Bestehen der Entente aber müssen wir befürchten, daß jeder französisch-deutsche Zwischenfall uns in einen Krieg mit England verwickelt; wir sind politisch Frankreich gegenüber geschwächt und müssen mit Besorgnis darauf achten, wie die englische Bundesgenossenschaft dort die nationalen, deutschfeindlichen Gedanken belebt.

Zweitens betreibt England seit Jahrhunderten eine eingreifende schiedsrichterliche Politik auf dem Kontinent, während wir eine Insularpolitik niemals für uns in Anspruch genommen haben. England hält sich für verpflichtet, gegen die jeweils stärkste Kolonialmacht aufzutreten, also augenblicklich gegen uns. Mr. Balfour schreibt: „Wir haben eine zu bittere Erfahrung mit den Übeln durchlebt, welche aus dem Bestreben eines Einzelstaates, Europa zu beherrschen, durchfließen . . .“ Er nimmt damit für England in Anspruch, festzustellen, ob wir territoriale Bestrebungen auf dem Kontinent hegen (denn nur von diesem ist in seinen Darlegungen die Rede), und gegen uns einzuschreiten, wenn nach Englands Ermessen der Verdacht begründet ist.

Diese Situationen sind unsymmetrisch gegenüber der unsrigen. Wir haben nicht das Recht zu verlangen, daß England zu unseren Gunsten seine französische Freundschaft oder seine politische Tradition opfert, aber wir dürfen feststellen, daß diese Freundschaft und Tradition Ursache sind, daß eine Rüstungsbeschränkung bisher nicht möglich war. Hier liegt die Stelle, die bei der Berührungschmerz: die englische Politik schafft die Asymmetrie, die dem Vertrauen der beiden Nationen Eintrag tut. Nur ein Abkommen wechselseitiger Neutralität könnte diese Anomalie beseitigen.

Diese englische Politik ist dem Außenstehenden nur dann vollkommen verständlich, wenn er annimmt, daß das englische Volk einen Krieg in sehr kurzer Zeit herbeizuführen wünscht. Denn aus mehreren Gründen muß, wenn nicht Unerwartetes eintritt, die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes zum Kriege führen, und zwar zu einem solchen, der aus englischen Notwendigkeiten hervorgeht:

Erstens, weil der Zweimächte-Standard mit der Zeit England größere Opfer auferlegt, als irgendeine andere Macht zu tragen hat,

zweitens, weil neue technische Mittel die alte Überlegenheit der Flotte in Frage stellen können,

drittens, weil die zunehmende Konzentration der Seemacht in nordeuropäischen Gewässern die Stellung Großbritanniens in anderen Erdzonen schwächt,

viertens, weil in den Augen der Kolonien der Wettstreit zur See eine Gefährdung des Prestiges bedeutet,

fünftens, weil eine Politik, die eine andere Nation zu isolieren bestrebt ist, dauernd Erpressungen ausgesetzt ist und dauernd Opfer bringen muß.

Die englische auswärtige Politik ist die stärkste, bewußteste und erfolgreichste, die wir kennen. Daß sie die Konsequenzen ihrer Prinzipien genau einschätzt, müssen wir mit Sicherheit voraussetzen. Wir dürfen daher, wenn wir auf die Friedensliebe des englischen Volkes rechnen, die Hoffnung behalten, daß nicht die Entfesselung eines Krieges, sondern nur eine Kraftprobe beabsichtigt ist, die vielleicht wie ein guter sportlicher Wettkampf mit einem Händedruck beschlossen werden soll. Möge es nicht zu spät werden.

Die beiden Völker benehmen sich, wenn man die Gefahr der Veranstaltung in Betracht zieht, als tadellose Zuschauer.

Nord und Süd, Augustheft 1912

FRIEDENSWEGE

Seit dem ersten Tage des Krieges mit England habe ich sowohl bei der mir damals zugeteilten staatlichen Aufgabe der Versorgung unserer Kriegswirtschaft mit Rohstoffen wie auch im Kreise meiner industriellen Interessen, der mehrere hundert Aktiengesellschaften umfaßt, die Ansicht vertreten, daß die Kriegsdauer eine Reihe von Jahren beanspruchen werde. Denn ich ging von der Meinung aus, daß keine Macht sich mit einer Entscheidung, die vielleicht auf Jahrhunderte wirken würde, begnügen werde, ohne vorher jedes ihr zu Gebote stehende Kriegsmittel versucht zu haben. Meine Auffassung hat zu Anfang fast überall Widerspruch gefunden; im Interesse der Heeresversorgung wie auch der mir obliegenden wirtschaftlichen Verantwortung war es jedoch nötig, sie nachdrücklich zu vertreten.

Noch heute bin ich der Ansicht, daß die damals bestehenden Gründe fort dauern; die Verlängerung des Krieges um ein weiteres Jahr halte ich für mehr als wahrscheinlich, die Verlängerung um mehrere, vielleicht um viele Jahre durchaus für möglich.

Keine der beteiligten Mächte wird, wenn sie nicht unvorhergesehene und unverantwortliche Fehler macht, vor der Zeit zusammenbrechen, weder aus Mangel an Mannschaft, noch an Geld, noch an mechanischen und materiellen Hilfsmitteln. Auch die ärmste der kriegführenden Nationen hat so viel Kredit, um mit allen Arten von Schuldverschreibungen sich während der Kriegsdauer zu erhalten;

die beiderseitigen Einwohnerzahlen halten gegenüber den durchschnittlichen Verlusten stand, und die technischen Hilfsmittel werden auf beiden Seiten vervollkommenet und multipliziert.

Eine neue Tatsache ist jedoch eingetreten, welche die unabsehbare Verlängerung des Krieges als unverständlich erscheinen läßt. Der Krieg ist stationär geworden. Alle besetzten Gebiete werden gehalten, und die Anstrengungen, die gegenwärtigen Grenzlinien zu ändern, erfordern unverhältnismäßige Opfer und unmenschliche Kämpfe. Alle Nationen wissen, daß jeder Tag des Kampfes unwiederbringlich ihre materielle Zukunft schwächt, und auch die nichtbeteiligten Staaten werden unter der Verarmung Europas schwer zu leiden haben. Die Ergebnisse der kommenden Kriegsjahre werden unvergleichlich kleiner sein als die der vergangenen, ihre Schädigungen unvergleichlich größer; denn wenn eine gewisse Grenze menschlicher und materieller Verluste überschritten ist, verwandelt sich die Rekonvaleszenz in ein chronisches Siechtum. Es ist deshalb der größte und frivolste Fehler in diesem Kriege, wenn irgendeine Nation von sich behauptet, daß die Zeit für sie arbeitet; die Zeit arbeitet gegen alle.

Ich wage zu behaupten, daß der Friede, der im Jahre 1918 oder 1922 oder 1930 geschlossen werden wird, genau der gleiche sein wird, wie er im Jahre 1916 geschlossen werden würde, wenn die Mächte sich entschlössen, in erste Verhandlung zu treten. Fast alle Mächte haben erklärt, daß Sicherheit gegen künftige Konflikte ihr hauptsächliches Ziel sei; verschieden sind die politischen Grundlagen, die sie sich für die Erreichung dieses Ziels wünschen; an

wechselseitige Vernichtung glaubt und denkt kein ernsthafter Staatsmann.

Der deutsche Reichskanzler hat auf der Grundlage einer reinen und ausgesprochenen Sicherungspolitik zweimal den Frieden angeboten; England hat dies Angebot bisher nicht angenommen. England hat nicht einmal den Versuch gemacht, durch Verhandlungen festzustellen, wieweit sich die Auffassungen Deutschlands hinsichtlich künftiger Friedenssicherungen von seinen eigenen Auffassungen unterscheiden. Englands Staatsmänner übernehmen, falls sie auf ihrem Standpunkt bleiben, die Verantwortung dafür, daß die künftigen Kriegsjahre eine Änderung der Lage bringen, die den unerhörtesten Opfern, die je die Menschheit gebracht hat, entspricht.

Bestätigt sich meine Ansicht, daß die Zeit für niemand arbeitet und daß der Frieden vom Jahre 19xy der gleiche ist wie der von 1916, so ruht die Schuld zum mindesten der zweiten — und vielleicht längeren und härteren — Kriegshälfte auf Englands Schultern.

Meiner Meinung nach sollten Privatleute von internationaler Erfahrung und internationalem Ansehen ohne Auftrag auf eigenen Antrieb sich begeben, um festzustellen, ob die Ansprüche ihrer Nationen wirklich so unüberbrückbare Gegensätze darstellen, um die Vernichtung und Schädigung von jährlich fünf Millionen Menschenleben und die Ausgabe von jährlich mehr als hundert Milliarden europäischen Vermögens auf unbestimmte Zeit zu rechtfertigen.

17. Juli 1916

VON FRANKREICH, ITALIEN, ENGLAND, RUSSLAND UND DER SCHWEIZ AUS GESEHEN

1. Frankreich. Das Land ist allmählich industrialisiert worden. Die Industrie wirft bedeutende Gewinne ab. Die Stimmung ist auf höchste Zuversichtlichkeit gestiegen. Die Sorge hinsichtlich des Menschenmaterials wird nur in dem Sinne betrachtet, daß nötigenfalls die englische Front verlängert, die französische verkürzt werden muß. Die Franzosen behaupten (zweifellos übertrieben, jedoch möglicherweise mit einem Kern von Wahrheit), daß in absehbarer Zeit Geschütz und Material ausreichen wird, um die Zahl der Angriffspunkte zu vervielfältigen. Das Problem besteht darin, die deutsche Front zu verlängern und gleichzeitig an so vielen Punkten festzunageln, daß interne Verschiebungen unserer Truppen nicht mehr möglich sind. Es stimmt dies überein mit meinen Mitteilungen vom Juli dieses Jahres.

Der Beginn der rumänischen Kampagne hat schwer enttäuscht, indessen rechnet man auf die Verlängerung unserer Front. Friedenswünsche, die sich unter dem leidenden Teil der Bevölkerung mehren, werden durch die Regierung unterdrückt, die sich ihrerseits auf England stützt. Sehr beachtet werden die Ribotschen Darlegungen über die Finanzlage, die sich infolge wachsenden Vertrauens konsolidiert hat und sich in dauernden Zeichnungen auf Bons de la Défense Nationale ausdrückt.

2. Italien. Die Beurteilung der Politiker ist kühl; Sonnino ist das Zentrum der Kriegshetzer. Seltsamerweise gilt Salandra als halber Freund der Zentralmächte. Die Munitionsindustrie hat Fortschritte gemacht; Norditalien verdient viel Geld und ist mit dem Kriege zufrieden. Die Hoffnungen gehen nicht weiter als bis Trient. Man glaubt, nach Behebung der hauptsächlichsten Frachtschwierigkeiten sich auf England verlassen zu können.

3. England. Die offizielle Arbeitsteilung zwischen England und Frankreich besteht darin, daß England sich für Finanzierung und Munitionslieferungen stark macht, Frankreich für militärische Führung sorgt. Sowohl englische wie russische Truppen werden von französischen Offizieren angelernt und geführt.

Der Krieg ist allmählich im Lande populär geworden, und der Fall Fryatt ist, wie früher die Fälle Cavell und Lusitania, entsprechend ausgebeutet worden. Man ist auf lange Dauer des Kriegs gefaßt und rechnet noch immer mit einem Absinken der deutschen Versorgungsmöglichkeit.

4. Rußland. Die Stimmung der maßgebenden Kreise hat nie aufgehört, zuversichtlich zu sein. Es bestehen keine enthusiastischen Erwartungen, jedoch auch keine Besorgnisse wegen Mannschaft und Ernährung. Man behauptet, von sämtlichen russischen Jahrgängen sei nur ein Teil ausgehoben (angeblich ein bis zwei Drittel). Die Lebensmittelversorgung der großen Städte wird peinlich empfunden, jedoch teilweise kompensiert durch die stellenweise von 60 Kopeken auf 6 Rubel gestiegenen Arbeitslöhne. Die Versorgung des flachen Landes soll erheblich besser sein, da die Schwierigkeiten angeblich nur auf Verkehrsstockungen beruhen. Munition kommt über

Archangelsk und Wladiwostok in reichlichen Mengen. Die Murman-Bahn (Verbindung mit einem eisfreien nördlichen Hafen) soll angeblich fertiggestellt sein. Als Kuriosum wird berichtet, daß die Japaner den Russen ihre eigenen im Russisch-Japanischen Kriege abgenommenen Gewehre zu teuren Preisen verkaufen.

Den Gedanken des Separatfriedens mit Deutschland betrachtet man als eine Aufgabe der eigenen Selbständigkeit und als gefährliche Stärkung des gefürchteten Nachbarn.

5. Schweiz. Die Stimmung diesseits Bern ist entschieden für uns freundlich, jedoch in der Hoffnung, daß die mit Deutschland schwebenden Verhandlungen nicht zu ungünstig abschließen. (Es wäre dringend zu wünschen, daß wir uns diese Freundschaft nicht verscherzen.)

Die Beurteilung unserer Lage ist die, daß es den Verbündeten nicht gelingen wird, unsere Front zu durchbrechen, daß aber der Krieg sich jahrelang hinziehen und unentschieden enden wird. Man zollt uns rückhaltlose Bewunderung, schätzt aber Frankreichs Erstarkung und stellt den französischen Finanzierungsmethoden nach den Ribotschen Darlegungen ein gutes Zeugnis aus.

Übereinstimmend wird dem Wechsel in der deutschen Obersten Heeresleitung die größte Bedeutung beigemessen. Der Name der Hindenburgschen Gruppe hat in feindlichen wie in neutralen Ländern einen tiefen Eindruck hinterlassen.

16. September 1916

FESTIGKEIT

Was ist geschehen?

Ist unsere Begeisterung so schwach gewesen, daß sie sich nur halten ließ, solange der Krieg als gewonnen galt und der Friede den Unwissenden eine Frage von Monaten schien?

Was hatten all die Worte vom Durchhalten zu sagen, wenn sie nur auf sechs Monate und auf eine sichere Partie gemeint waren?

Das Volk hat das Schwerste ertragen und rührte sich nicht. Die Front hat das Höchste geleistet und blieb fest. War die Zuversicht der Gebildeten denn nur der Ausdruck einer sorglos optimistischen Meinung?

Es ist wahr: man hat die Meinung verwöhnt und die Stimmung verweichlicht. Mangelnder politischer Blick hat zugelassen, daß man über Kriegserklärungen jubelte, daß man den Unterseekrieg auf drei Monate schätzte, jede Anstrengung als die letzte erklärte, die Forderungen ins Maßlose steigerte, die Warnenden verdächtigte, beschimpfte und abtat. Das ist nicht mehr zu ändern und soll nicht nachgetragen werden. War das aber der ganze Inhalt unserer Stimmung?

Was ist denn geschehen? Die westliche Front ist eingebuchtet, im Osten sind Verluste entstanden. Was kann geschehen? Der Bestand an Helfern kann sich verringern, wir werden vermehrt auf eigene Kraft angewiesen sein.

Was weiter?

Es ist eine Hoffnung zerstört: die Hoffnung, durch den Besitz von Calais oder Paris den Frieden in diesem Jahre zu erzwingen.

War das eine Hoffnung?

Es war eine kurzsichtige, unpolitische Illusion. Der Krieg mit See- und Überseemächten wird nicht durch die Lage Frankreichs entschieden. Kein englischer Minister hätte aus Verzweiflung über Frankreichs Schicksal sich ergeben.

Was ist sonst noch geschehen?

Sonst ist nichts geschehen. Wir haben unser unberührtes Land, unser Heer, unsere Versorgung und unsere Rüstung. Das übrige hängt vom Willen ab.

Ist das ein Grund zur Besorgnis?

Ein Krieg ist an sich ein Grund zu schwerer Besorgnis, am meisten dieser, und für alle Völker der Erde. Ein Grund zur Niedergeschlagenheit, zur Minderung der Zuversicht ist nicht gegeben. Sollen wir uns von den Nerven der Pariser beschämen lassen? Der Feind steht nicht zwischen Jüterbog und Wittenberg und wird, solange wir leben, nicht da stehen; doch wenn er da stände, so hätten wir zu kämpfen. Zu kämpfen um das, was not tut: den Frieden in Ehren.

Ein für allemal: wir halten den Krieg beliebig lange aus, an Rohstoff, Nahrung, Menschenzahl, Kraft und Willen, mit mehreren, mit wenigen, mit keinen Genossen. Die Kurve der Friedensbereitschaft verläuft auf beiden Seiten in Wellen, bei uns ist sie gestiegen, bei den Gegnern gesunken. Eines Tages werden die beiden Kurven sich schneiden, an diesem Tage werden wir den Frieden haben, nicht früher und nicht später.

Wenn die Staatsmänner nicht fähig sind, auf die Kurven einzuwirken, so werden die Völker es tun.

Es ist etwas anderes, ob die zur Festigkeit mahnen, die dem österreichischen Ultimatum und der Kriegs-

erklärung an Serbien zujubelten, die den frischen, fröhlichen Reiterkrieg und das wohlgemute Verdreschen anpriesen, die jeweils zum Quartalsende den Frieden ersahen, die hundert Milliarden, Longwy, Briey und die flandrische Küste forderten, für Belgien neunundneunzig Formeln und Standpunkte fanden, über Amerika lachten, den Verständigungsfrieden verhöhnten, England in hundert Tagen auf die Knie zwingen wollten, die russische Revolution als unser Werk betrachteten, die uns belehren wollten, daß Deutschland so bleiben müsse, wie es war, weil der Erfolg das Bestehende zu heiligen schien, — oder ob wir unsere Stimme erheben, die wenigen, die man als Schwarzseher brandmarkte, die ganz wenigen, die vom ersten Tage an die Dauer, die Gefahr, die Schwere erkannten und das Land darauf einstellten, die ihre Meinung nicht gewandelt haben und die nicht überrascht werden können.

Wir haben unsere Meinung nicht geändert, aber auch nicht unsere Einschätzung des Landes. Wir wissen, daß wir stark genug sind, daß wir standhalten können, wenn wir wollen und so lange wir wollen. Es werden Tage kommen, an denen man sich des heutigen Kleinmuts schämen wird, so, wie wir heute der Urteilslosigkeit uns schämen sollten. Doch wollen wir an jenen künftigen Tagen der heutigen nicht vergessen und nicht von neuem der Maßlosigkeit verfallen.

Vergessen wir alles, was uns getrennt hat. Jeder von uns hat das Land in seiner Weise geliebt und liebt es in seiner Weise. Irrtum ist nicht Schlechtigkeit. Laßt uns nicht wieder Meinungssachen als Gesinnungsfehler rügen.

Es geht nicht an, daß man der Vaterlandslosigkeit und der Ehrvergessenheit die verdächtigt, die den Stand der Dinge abweichend von der offiziellen Meinung ansehen.

Es geht nicht an, daß eine Partei des optimistischen Urteils sich als die einzig vaterlandsliebende und die anderen als verkauft bezeichnet.

Es geht nicht an, daß man die Höhe leicht auszusprechender Forderungen als das Maß des Patriotismus hinstellt.

Es geht nicht an, daß man den Gang der Ereignisse und ihre offizielle Deutung als Erziehungsmittel benutzt, um das Volk am Hergebrachten festzuhalten.

Alle diese Dinge seien auf ewig vergessen, wir sind nur noch Deutsche und Brüder, und wehe dem, der dem anderen etwas nachträgt und die Einheit schwächt, solange der Feind uns bedroht.

Die Mündigung des Volkes geht ihren Gang, nicht den Gegnern zulieb, nicht zu Trotz, sondern weil das Volk reif ist.

Der Krieg wäre nicht, was er sein soll, die härteste Schule der Gewissen, wenn nicht die letzte Probe, die fehlte, uns auferlegt würde. Die Prüfung des Mutes, der Entsagung, des Opfers, der Schmerzen ist bestanden, die Prüfung des Willens muß bestanden werden. Sie wäre keine, wenn nicht die wahrhafte, greifbare Gefahr allen sichtbar würde.

Es ist nicht nötig, ein Gerede vom Vernichtungswillen des Gegners zu machen, wir bedürfen keiner künstlichen Erregungsmittel, die verrauchen und verkatern, um festzubleiben. Es genügt, daß wir den Kriegs- und Siegeswillen der Feinde kennen, der kein anderer ist als der unsere im Laufe von vier

Jahren. Es gibt keinen Unterschied mehr zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg, sondern jeder hat sich seiner Haut zu wehren, bis beide einsehen, daß der Kampf zwecklos und verbrecherisch war.

Heute liegt der Mangel an Einsicht allein bei unseren Gegnern. Dadurch wächst unser sittliches Recht, unsere Pflicht und somit unsere Kraft. Zugrunde geht nur der, der innerlich zugrunde geht.

Es ist Deutschland nicht bestimmt, zugrunde zu gehen. Darum: Sursum corda! Hoch die Herzen!

Berliner Tageblatt, 30. September 1918

DIE STUNDE DRÄNGT

Niemand hat von diesem Reichstag viel erwartet. Er ist überaltet, interesselos zusammengesetzt und enthält kaum einen Staatsmann. Die Reform der Parlamente ist dringender als die Reform der Regierungen. Doch das für später.

Der Parlamentarismus und Verwaltungsstaat ist ihm geschenkt worden. Es ist noch nicht lange her, da wollte er ihn nicht. Was macht er damit?

Seit Tagen währt das Markten und Feilschen der Parteien um Sitze und Ämter. Auch ein Reichspresseamt soll uns beschieden werden.

Es ist heute vollkommen gleichgültig, ob ein Reichspresseamt kommt oder nicht, ob der eine Herr sein Staatssekretär und Herr Müller sein Unterstaatssekretär wird. Es ist heute ebenso gleichgültig, ob ein Zentrumsman oder ein Sozialdemokrat mehr oder weniger, mit oder ohne Portefeuille, mit oder ohne Exzellenztitel, in die Regierung tritt.

Wir haben den Parlamentarismus erkämpft für die deutsche Zukunft, um einen aktiven Staat zu schaffen, nicht um einen Klub politischer Selbstversorger zu bilden.

Heute, in letzter Stunde, sind andere Dinge nötig. Die Zusammenraffung des Volkes, die Gesamterhebung zur nationalen Verteidigung liegt ob.

Das Land ist unerschöpft. Längst nicht alle Kräfte, längst nicht alle Herzen sind an der Front. Städte, Bahnhöfe, Kanzleien, Etappen wimmeln von Kräften, feldgrauen und stadtgrauen.

Das Volk muß die Wahrheit wissen. Nicht von solchen, denen es nicht mehr glaubt, weil jeder neue Monat sie widerlegt hat, nicht von Kniezwingern, Marineschwärmern und Lichtbildunternehmern. Nicht in der gewohnten Sprache, sondern in einer neuen.

Ein Verteidigungsministerium aus Militärs und Bürgern muß geschaffen werden, mit weiten Vollmachten, das die Kraft des Volkes zusammenfaßt und der Heeresleitung zuführt.

Der Volkswiderstand, die nationale Verteidigung, die Erhebung der Massen ist zu organisieren.

Nicht zur Eroberung, nicht zur Kriegsverlängerung, sondern zum Frieden. Doch zum würdigen Frieden.

4. Oktober 1918

VAE VICTIS

Nun liegt die Schwere des Irrtums offen zutage.

Wie konnte man dem eiligen Angebot die Form der Bitte um Waffenstillstand geben?

Glaubte man am Ende gar, Zeit zu sparen?

Wußte man nicht, daß die Bestimmung des Zeitmaßes beim Angerufenen liegt?

Befähigte Menschen, die nicht in Geschäften aufgewachsen sind und plötzlich vor große Verantwortungen gestellt werden, unterliegen einer Gefahr. Wenn ihnen unvermittelt katastrophale Nachrichten, Berichte, Depeschen vorgelegt werden, so sind sie überwältigt. Das hat in Frankreich vor Jahren der Dreyfußprozeß gezeigt.

Der Geschäftskundige sagt: Das wollen wir einmal prüfen. Es ist alles immer nur halb so schlimm.

Jene wollen sofort handeln und greifen zu übertriebenen und übereilten Mitteln.

Wilson's Vierzehn Punkte lassen in den Hauptfragen verschiedene, höchst elastische Deutungen zu.

Man konnte sagen: Wir sind erneuert, von keiner Vergangenheit belastet, wir haben das Volk hinter uns. Das Reich ist erneuert. Wir haben freiheitliche Männer an der Spitze. Kanzler ist einer der menschlichsten und großherzigsten Männer des Landes. Wir glauben ehrlich, Wilson, an eine Verständigung über deine Vorschläge. Nun sage uns, wie ist dies und das zu verstehen.

Und die Bitte um Waffenstillstand? Die restlose Annahme von etwas, das man nicht genau kennt?

Mußte das nach außen und leider nach innen nicht den Eindruck machen: das Wasser steht uns an der Kehle?

Mußte das nicht einfach — zum Ultimatum herausfordern?

Das Ultimatum, das ich voraussagte, ist gekommen.

Räumt erst die Gebiete, dann werde ich — nicht etwa die Vierzehn Punkte bewilligen; nein: dann werde ich — eure Bitte meinen Sozien unterbreiten.

Das ist keine Schlechtigkeit und keine Hinterlist von Wilson, sondern einfache, klare, geschäftsmäßige Folgerung.

Räumen wir, so sind wir wehrlos. Sollen wir in diesem Zustand abwarten, ob England, Frankreich, Italien, Japan, Serbien sagt: Wir haben vier Jahre gekämpft. Auch wir haben noch Forderungen?

Können wir von Wilson erwarten, daß er dann eigenmächtig seine Truppen zurückzieht und seine Sozien im Stich läßt?

Unser Wort müssen wir halten. Also können wir Wilson fragen: Stehst du dafür ein, daß, wenn wir räumen, keine neue Forderung gestellt wird und deine Punkte gerecht gedeutet werden?

Und wenn er antwortet: Was ich geschrieben habe, habe ich geschrieben?

Werden wir uns — nicht ihm allein, sondern seinen Sozien — auf Gnade und Ungnade unterwerfen?

Die Weltgeschichte fragt die Deutschen.

10. Oktober 1918

AUFRUF ZUR BILDUNG EINER „PARTEI DER DEUTSCHEN FREIHEIT“

I

Es ist Zeit zur politischen Erneuerung unseres Landes.

Der Krieg hat den politischen Tiefstand aller kämpfenden Staaten enthüllt; Selbstprüfung und Liebe zur Heimat zwingt uns, Mängel zu erkennen und Wiedergeburt zu erstreben.

Einzelreformen frommen nicht; mit dem inneren Aufbau des politischen Lebens müssen wir beginnen. Regierungen und Parlamente versagen, die bestehenden Parteien sind veraltet und entsprechen nicht mehr dem Bau und Willen des deutschen Volkes.

Deshalb haben wir die Partei der Deutschen Freiheit begründet.

Die Partei der Deutschen Freiheit will den freien deutschen Volksstaat, geschützt und geleitet von starker, volkstümlicher Monarchie. Sie will die ehrenvolle Beendung des Krieges und die Wiedergeburt des Landes zu Wohlstand und Ordnung, Kraft und Ansehen, Schönheit, Sitte und Geist. Sie will, daß ein Bund der Völker die Anarchie der Staaten beendet.

II

Tief reformbedürftig ist der Deutsche Reichstag. Seine geistige Ebene entspricht nicht dem, was ein hochbegabtes Volk von seiner Vertretung zu fordern berechtigt ist. Ortsgrößen und Interessen-

vertreter überwiegen, es fehlt an Staatsmännern. Weder kann dem Reichstage in seiner jetzigen Zusammensetzung eine Regierungsverantwortlichkeit gewährt werden, noch ist er imstande, aus seiner Mitte eine ausreichende Zahl führender Männer zu entsenden. An Kritik und Verarbeitung von Regierungsvorlagen gewöhnt, ermangelt er der Entschlußkraft, der Nachhaltigkeit, der Richtkraft und der schöpferischen Gedanken; den Aufgaben schwerer Zeit ist er nicht gewachsen. Seine Besetzung ist durch die fast siebenjährige Länge der Amtsdauer überaltet und entspricht nicht mehr dem gewandelten Volkswillen.

Die Reform des Reichstages erwarten wir vom Eintritt führender Kräfte des Landes in die parlamentarische Laufbahn. Der wird möglich, sobald dem Reichstage Regierungsverantwortlichkeit zusteht. Wir erwarten sie von der Umgestaltung der Parteien, mit der wir den Anfang machen. Wir verlangen die Abschaffung der unwürdigen Wahlkreisgeometrie, die Anwendung der Listenwahl auf zusammengefaßte Wahlbezirke und vor allem sofortige Neuwahl. Wir halten fest am allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlverfahren und verlangen seine Einführung in allen Bundesstaaten.

III

Das Regierungswesen muß erneuert werden. Mangelnde Auslese und kämpferische Schulung, feudale, bureaukratische, militaristische Atmosphäre und Gesinnungskontrolle berauben uns der staatsmännischen Begabungen in führenden Stellen. Kein leitender Staatsmann kann wirken, geschweige eine

weittragende Politik betreiben, weil die Staatssekretariate und die preußischen Ministerien nicht einheitliche, in sich abgestimmte und zielbewußt geleitete Kollegien bilden, sondern systemlos, nach Augenblicksbedarf zusammengewürfelte, nahezu anarchistische Körperschaften. Der einzelne Staatsmann ist machtlos gegenüber den verwickelten Instanzen, selbst gegenüber seinen eigenen Räten, weil er keine Macht hinter sich hat, die ihn im Konflikt stützt. Seine Arbeitskraft wird in Tagesaufgaben und Selbstverteidigung vergeudet.

Wandel schaffen kann nur eine parlamentarisierte Regierungsform, und zwar nicht eine solche, die durch Ausschüsse neue Hindernisse schafft, sondern eine, die dem Parlament ausreichenden Anteil an der Verantwortung für die Gesamtpolitik zuweist. Es ist nicht nötig, daß Ministerien und Staatssekretariate unverzüglich zurücktreten, wenn sie bei einer Abstimmung in der Minderheit bleiben; wohl aber ist erforderlich, daß bei jeder Regierungskrise die Ernennung des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten nach Anhören der Parteien erfolgt und daß der Ernannte die obersten Kollegien nach eigenem Ermessen unter eigener Verantwortung auswählt und zur Ernennung vorschlägt.

Die Parlamente aber sollen die Schule des Staatsmannes bilden; aus ihrer Mitte sollen vornehmlich die leitenden Verwaltungsstellen besetzt werden.

In diesem Sinne verlangen wir die Parlamentarisierung der Regierungsform, die selbsttätige Auslese der Tüchtigsten im parlamentarischen Wettkampf und das Aufhören der Gesinnungskontrolle über die Staatsbeamten, denen die parlamentarische Laufbahn freistehen muß, gleichviel welcher Partei sie angehören.

IV

Nur ein erneuertes Deutschland vermag den endgültigen und dauernden Frieden zu schließen. Das ist nicht deswegen wahr, weil unsere Gegner es sagen, sondern es ist wahr, obgleich sie es sagen. Wir dürfen unsere höchsten Pflichten nicht vergessen, nur um dem Feinde zu widersprechen.

Nur eine Regierung, hinter der die Volksmacht steht, nur eine, die unbelastet ist von dem Hin und Her der Angebote und Deutungen, nur ein erneuerter Reichstag kann die Kraft und Autorität entfalten, deren es bedarf, um endgültig zu fordern, zuzugestehen und zu verweigern. Mit Diplomatenkniffen wird der kommende Frieden nicht erhandelt.

Wir wollen kämpfen, bis der ehrenvolle Frieden errungen ist, nicht einen Tag länger. Wir kämpfen für die Unversehrtheit des deutschen Landes und Besitzes, nicht für Eroberungen. Wir kämpfen für die Beseitigung der Staatenanarchie, für einen Bund der Völker, für eine angemessene und ehrenvolle Stellung Deutschlands innerhalb dieses Bundes, für eine gemeinsame friedliche Regelung aller Wirtschafts- und Verkehrsfragen der Erde, für eine Regelung und dauernde Verwaltung dieser Fragen, die künftige Weltkriege unmöglich macht. Wir wollen die alte Gleichgewichts- und Gruppenpolitik durch organische Weltpolitik ersetzen.

Wir wollen vor allem die ehrliche, rückhaltlose Versöhnung der Völker; wir erstreben nicht den Frieden der Macht, sondern den Frieden der Gesinnung.

Solange jedoch der Friede der Versöhnung und der Gesinnung uns nicht gewährt wird, werden wir kämpfen; wir wollen lieber sterben, als unser Reich und seine Zukunft entehrt oder vernichtet sehen.

V

Der Zukunft unserer Wirtschaft blicken wir erschrocken ins Auge. Wir wollen weder Beschönigung noch Irreführung. Alle Staaten Europas sind tief verschuldet, auch der unsere. Alle sind verarmt an Besitz und Kräften.

Wir wissen, daß die alten Zeiten des Überflusses nicht so bald wiederkehren, und trauern ihnen nicht nach. Wir wissen, daß alle Vermögen von Nivellierung bedroht sind, daß vor allem der Mittelstand ernst gefährdet ist. Das Geld ist entwertet, die Produktionskraft gemindert, die Verkehrsmittel des Landes und der Erde sind zusammengeschmolzen.

Was not tut, ist Sparsamkeit des materiellen Lebens, doch nicht des geistigen. Not tut Steigerung und Verbilligung unserer Produktion und Wiederaufrichtung der Produktionskräfte.

Die gewaltigen Lasten müssen aufgebracht werden, doch unter Schonung der Armen und minder Begüterten. Der Steuerdruck darf die Produktionskraft nicht zermalmen, er muß von gesteigerter Leistungsfähigkeit aufgenommen werden.

Alle künftigen Aufgaben der Wirtschaft stehen im engen Zusammenhang mit denen der Gesellschaft.

Ein gerechter Ausgleich des Besitzes und Anspruchs ist zu erstreben. Nachhaltige Erfassung der Kriegsgewinne soll dazu beitragen, die willkürliche Ungleichheit zu mildern und den Mittelstand in seine Rechte wieder einzusetzen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter und Beamten soll gehoben, Teilnahme an den wirtschaftlichen Erträgen der Unternehmungen ihnen gewährt werden.

Eine kräftige Siedelungspolitik ist einzuleiten mit dem Zweck, die übermäßigen Bodenflächen des Großgrundbesitzes dem mittleren und kleinen Landwirt zu erschließen.

In weitestem Umfang soll das Wohnungs- und Heimstättenwesen gefördert werden. Jeder Deutsche hat Anspruch auf Arbeit, jeder arbeitende Deutsche hat Anspruch auf häusliche und gesunde Wohnung.

Für alle aus dem Felde Heimkehrenden ist Arbeit zu schaffen. Alle Beschädigten und alle Hinterbliebenen haben Anspruch auf würdige Versorgung.

VI

Die Erneuerung der Nation kann nur aus ihrem Inneren und aus ihren Tiefen kommen. Sie muß eine geistige sein und alle Volksschichten zur Mitwirkung aufrufen.

Der Aufstieg der Begabten und Tüchtigen muß verwirklicht werden. Die erbliche Trennung des Volkes in eine Oberschicht und eine des Aufstiegs beraubte proletarische Unterschicht muß enden.

Das ist nur möglich durch Reform des Unterrichts und durch Auslese und Fortbildung aller Befähigten.

Wir sehen in der Religion die heiligste Kraft des Volksgeistes. Wir fordern Schutz und Förderung für alle Bekenntnisse; alle müssen frei, keines darf bevorzugt sein. Religion und Politik sind zu trennen. Die Schule soll religiös, doch nicht konfessionell sein. Bürgerliche Rechte dürfen vom Bekenntnis nicht abhängig gemacht werden.

Wissenschaft und Kunst sind die verjüngenden Kräfte des deutschen Volkes. Ihre Werke und Jünger bedürfen des Schutzes und der Förderung des

Staates; der verarmte Staat darf sich dieser Pflicht noch weniger entziehen als dereinst der reiche.

VII

Unser Staat war bisher ein feudaler, bureaukratischer und plutokratischer Bau.

Der Volksstaat, den wir wollen, kennt keine bevorrechteten Stände, keine erblich herrschenden und erblich beherrschten Klassen, keine zulässige und unzulässige Gesinnung.

Wir wollen nicht die Herrschaft der Massen, sondern die Führung der Geeigneten. Ihre Herkunft ist nicht entscheidend, sie müssen den Beweis ihrer Eignung erbracht und das Vertrauen der Volksvertretung gewonnen haben.

Das deutsche Volk ist nicht eine beherrschte Masse, die von erblichen Kräften von Staats wegen verwaltet wird. Der Staat ist unser Haus, die Sache aller, und die, die ihn verwalten, sind seine Diener, nicht Herren und Untertanen.

Wir halten treu zur Monarchie und wollen, daß sie stark sei. Stark ist sie, nicht wenn sie durch feudale Kasten gegen das Volk geschützt wird, sondern wenn sie getragen ist von der freudigen, vertrauenden und verehrenden Zustimmung des Volkes, auf das sie sich vertrauend stützt.

VIII

Die bestehenden Parteien sind weder fähig noch gewillt, diese Gedanken zu verwirklichen und den Volksstaat zu schaffen.

Die Sozialdemokratie hängt an den Theorien des Marxismus, sie will den Kommunismus und die

Republik. Wir können manche Strecke mit ihr gehen, ihre Ziele teilen wir nicht.

Der Liberalismus ruht auf dem veralteten Bürgerideal der Franzosen und Engländer. Er will, daß jeder vom Staat so unbehelligt wie möglich bleibe, Demokratie und Parlamentarisierung sind ihm gleichgültig; den überholten Grundsatz des Freihandels hat er aufgegeben, seine Aufgabe ist heute nur noch eine gemäßigt konstitutionelle und oppositionelle, also negative; sein wirtschaftliches Streben beschränkt sich in der Wirklichkeit auf gelegentlichen Schutz des Handels.

Seitdem der Liberalismus seinen Gedanken der bürgerlichen Verfassung vor einem halben Jahrhundert verwirklicht sah, hat er einen neuen Gedankeninhalt nicht gewonnen; er ist überlebt und zur Auflösung reif.

Der Nationalliberalismus ist zu einer konservativen Partei geworden; er vertritt die schwerindustrielle, großkapitalistische und großbürgerliche Seite des Konservatismus.

Das Zentrum ist als Sondervertretung der katholischen Staatsbürger im heutigen Staatswesen da-seinsberechtigt. Im Volksstaat, der aus der Verschiedenheit des Bekenntnisses keine politischen Folgerungen zieht, wird es sich in seine freiheitlichen und reaktionären Elemente auflösen.

Den Konservatismus bekämpfen wir als die Interessenvertretung ständisch-feudaler, bürokratischer, plutokratischer und großagrarischer Klassen.

Dies ganze, auf den Bau des Staates und der Nation vor fünfzig Jahren zugeschnittene Parteiwesen ist heute überaltet und versteinert. Leblos wie seine Anschauungen und Programme sind seine Methoden.

Die Begründung der Partei der Deutschen Freiheit ist das Vorzeichen der Spaltung und Umschichtung des gesamten deutschen Parteiwesens.

Schon deshalb war sie nötig und an der Zeit. Die Aufgabe der Partei der Deutschen Freiheit aber ist, den Staat zum Volksstaat umzuschaffen und ihn der deutschen Sendung gemäß erneuter Größe und Blüte entgegenzuführen.

Oktober 1918

DREI WAHLFLUGBLÄTTER

1. RETTET DIE REVOLUTION!

War die Revolution nötig?

Ja! Sie war nötig und unaufschiebbar.

Unser öffentliches Leben war in den Händen einer kleinen erblichen Kaste aus den Ständen des Adels, des Militärs und der Beamtenschaft. Um ihre Macht zu stützen, wehrte diese Kaste, so gut sie konnte, jedem den Eintritt, hinderte jede freiheitliche Regung im Volke, machte sich Kirche und Erziehung dienstbar, verbündete sich mit der Geldmacht und führte eine geheime Politik des Macht Hungers, des Annexionismus und des Militarismus, die zur Entstehung des Krieges beitrug und seinen Verlust besiegelte.

Im Felde ist jedem Soldaten der Begriff des Klassengegensatzes in vierjährigem Dienst zum Bewußtsein gekommen.

Unser wirtschaftliches Leben war in den Händen des Kapitalismus. Eine kleine Anzahl von Menschen verfügte über die Kapitalmacht des Landes, über Entstehen und Vergehen der Unternehmungen, über den Aufstieg zu höheren Stellen.

Die Produktion war in den Händen von Syndikaten, denen es weniger darauf ankam, daß wirtschaftlich gearbeitet wurde, als daß im Inland hohe, im Ausland niedrige Preise gestellt wurden und daß jeder Besitzer eines Werkes, gleichviel ob es wirtschaftlich gesund war oder nicht, seine Rente empfing.

Die Vermögen waren in den Händen von wenigen. Jede noch so hohe Erbschaft wurde vom Staate

geschützt; Fideikomnisse befestigten den landwirtschaftlichen Grundbesitz. Jeder, der ein großes Vermögen ererbt oder erheiratet hatte, konnte mit den Seinen ein Jahrhundert lang müßig gehen. In der Bemessung der Arbeitszeit und des Lohnes herrschte die Übermacht des Unternehmers. Erziehung und Heimstättenwesen waren nicht, wie sie sein sollten.

Die Revolution hat den eisernen Ring gesprengt. Der Militarismus ist zerbrochen, die alte Wirtschaftsordnung ist im Wanken; der Entwicklung ist freie Bahn gebrochen.

Jede Revolution beginnt mit Zerstörung. Doch sie ist verderblich, wenn sie mit Zerstörung endet. Auf das Niederreißen muß der Aufbau folgen.

Hier liegt die Gefahr jeder Revolution. Die französische Revolution von 1789 schuf einen Aufbau, somit war sie wohltätig. Die russische Revolution von 1917 endete mit der Zerstörung; sie ist verderblich und ihre Folgen unabsehbar.

Von Deutschlands Kraft und Willen hängt es ab, ob die deutsche Revolution zu den vernichtenden oder zu den schaffenden gehören soll. Ihre Gefahren sind unabsehbar. Die Ziele, die sie sich stecken darf, sind groß, aber noch fern. Fast hat es den Anschein, als ob die Revolution scheitert und nicht einen Dombau, sondern einen Trümmerhaufen hinterläßt.

Noch ist das erste Erfordernis nicht geschaffen: eine Zentralgewalt. Die Vielzahl der Arbeiter- und Soldatenräte wirkt nicht zusammen. In Berlin erhält sich notdürftig eine Regierung, die vom Vollzugsausschuß der Berliner Soldaten- und Arbeiterräte abhängt. Sie behilft sich mit den Resten der

alten Organisation; eine militärische Schutzmacht steht ihr nicht zur Verfügung.

Gewaltig ist die Gefahr der Zertrümmerung des Reiches. Süddeutschland folgt einer Gefühlsabneigung gegen Berlin; das linke Rheinufer ist in den Händen des Feindes; an der Ostmark nagt Polen; von der See her droht England.

Zerreißt das Reich, so sind wir, was wir Jahrhunderte waren: eine Sammlung von Kleinstaaten, geleitet von Kirchturmsinteressen, möglicherweise gespalten durch Zollgrenzen. Deutschland hat aufgehört, ein Staat zu sein; im Kreise der Völker des Erdkreises wird es bedeutungslos, kein Völkerbund wird uns retten.

Die nationale Gefahr der Zerreißung, die politische Gefahr der Desorganisation kann nur beschworen werden durch die Schaffung einer Zentralgewalt. Eine Zentralgewalt entsteht, wenn eine Nationalversammlung aus allen Gauen Deutschlands berufen wird und auf demokratischer Grundlage den Aufbau eines neuen Reiches beschließt und durchsetzt.

Die erste Forderung ist: Sofortige Berufung der Nationalversammlung.

Die wirtschaftliche Gefahr ist nicht minder unabsehbar als die politische.

Wenn die Dinge so weitergehen wie bisher, so ist folgendes der Verlauf:

Arbeiter und Beamte bemächtigen sich der Unternehmungen, jedoch nicht auf Grund geordneter Gesetze und durchdachter Regelung, sondern nach dem Recht der Gewalt.

Arbeiter und Beamte erhöhen sich selbst nach freiem Belieben ihr Einkommen. Die Arbeitszeit

verkürzt sich von Monat zu Monat. Es tritt ein, was in Rußland geschehen ist.

Von Monat zu Monat sinken die Leistungen der Wirtschaft, die Produktionskosten verteuern sich ins Sinnlose. Es gibt nur noch Produzenten, aber keine Besteller; jeder hält mit Aufträgen zurück, weil die Kosten unerschwinglich sind. Die Arbeitsmittel verkommen, die Disziplin und Ordnung des Arbeitsprozesses hört auf; am Ende einer Zeit von ein oder zwei Jahren steht die blühende Wirtschaft vor dem Nichts.

Die erste Zeit tritt der Staat als Auftraggeber ein. Er bestellt Waren, die er nicht brauchen und nicht absetzen kann; er bezahlt sie, indem er Geld druckt. Die einzige nachhaltige Arbeit im Lande leistet die Notenpresse; sie bringt es dahin, daß der Wert der Mark auf einen Bruchteil sinkt.

Das entwertete Geld wird vom Ausland zurückgewiesen, Rohstoffe werden unerschwinglich, und abermals schwinden die letzten wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Dieser Gefahr ist die russische Wirtschaft bereits erlegen. Doch dort ist das Unglück nicht so groß, wie es bei uns sein würde, denn Rußlands Getreideflächen sind unabsehbar; auch ohne Industrie kann das Land, wenn auch von periodischen Hungersnöten erschüttert, ein dürftiges Dasein erhalten, wenn es auf alle Mittel der Zivilisation verzichtet.

Deutschland ist nicht in gleicher Lage. Auf geringer Bodenfläche haben sich siebzig Millionen Menschen angehäuft, von denen kaum die Hälfte landwirtschaftlich zu ernähren ist. Deutschland kann nur bestehen auf Grund einer Industrial-

wirtschaft; Industrialwirtschaft aber fordert Anpassung an die Weltverhältnisse.

Es ist nicht wahr, daß in Frankreich, England und Amerika eine Neigung zum Bolschewismus besteht. Führen wir ihn ein, einseitig und abseitig, wie die Russen ihn eingeführt haben, so bleiben wir vereinsamt, niemand wird uns helfen.

Die wirtschaftliche Forderung also ist: Aufrechterhaltung der Ordnung, Aufrechterhaltung des gerechten Maßes.

Entsteht eine geordnete Zentralregierung nicht, bleibt jeder Bezirk örtlich getrennt, von der Willkür einzelner Kreise und Agitatoren abhängig, kümmert sich niemand um das Gesamtwohl, blickt niemand in die Zukunft, so wird das Treiben weitergehen, die Erhöhung der Löhne und Gehälter wird im Maße der Willkür fortschreiten, sie wird wirkungslos bleiben, weil sich zugleich der Geldwert verringert und die Lebenskosten steigen; sie wird zum Zusammenbruch führen.

Rechnet euch aus: Wenn 15 Millionen Arbeiter eine Lohnerhöhung von je 1000 Mark durchsetzen, so bedeutet das 15 Milliarden. Der Gesamtwert der deutschen industriellen Gütererzeugung hat vor dem Kriege abzüglich der eingeführten Güter etwa 20 Milliarden betragen, die deutsche Gesamtersparnis etwa 6 Milliarden. Aus 6 Milliarden Ersparnis kann man nicht 15 Milliarden bestreiten. Eine Verteuerung der Produktion um etwa 70 Prozent findet keine Käufer mehr.

Also nochmals: Aufrechterhaltung des Maßes und der Ordnung; nicht willkürliches Zertrümmern des alten Wirtschaftsaufbaus, sondern durchdachtes, gesetzmäßiges

und gerechtes Überleiten in neue Formen.

Dies kann nur geschehen auf demokratischer Grundlage und durch ein geordnetes Staatswesen.

29. November 1918

2. DIE WIRTSCHAFT DER ZUKUNFT

Die rechtgläubige Sozialdemokratie erwartet alles Heil von der Verstaatlichung der Produktionsmittel. Es soll aller Grundbesitz, es sollen alle Verkehrsmittel, alle Unternehmungen, alle Güter mit Ausnahme der unmittelbaren Verbrauchsgüter in staatlichen Besitz übergeführt werden, und sofort soll eine gerechte Verteilung der Erträge und eine Blüte des Wirtschaftslebens die Folge sein.

Der Staat trägt jede Verantwortung und sorgt für alles. Jeder einzelne ist Staatsbeamter; ausgeschaltet ist jede freie Initiative, außer auf dem Wege der politischen Agitation.

Es hat keinen Zweck, jetzt diese Lehre zu entkräften oder zu bekämpfen; mit Ausnahme von einigen theoretischen Schwärmern denkt niemand an ihre Verwirklichung.

Am wenigsten aber ist jetzt daran zu denken, Wirtschaftsexperimente zu machen, wie die Welt sie noch nicht gesehen hat, jetzt in dem Augenblick, wo wertvolle Teile des Landes uns entrissen oder gefährdet sind, wo die Gefahr der Zerreißung des Reiches bevorsteht, wo wir einem schweren Frieden der Belastung entgegehen, wo wir unsere Kolonien und unseren Anteil am Welthandel so gut wie verloren haben.

Müssen wir deshalb auf Sozialisierung verzichten? Müssen wir die alte Wirtschaft wieder nehmen, wie sie war? Müssen wir trotz der Revolution und Befreiung uns den alten Mächten beugen?

Wir werden eine Wirtschaft errichten, die nicht die marxistische sein wird, die aber allen Gliedern des Volkes mehr Gerechtigkeit, Frieden und Arbeitsfreude bieten wird als die andere und dennoch im Wettbewerb der Völker standhält.

Das Ziel des wahren und gesunden Sozialismus ist nicht die Verstaatlichung, sondern die Durchstaatlichung; es ist die Ordnung, die Durchdenkung und Regelung des bisherigen zuchtlosen und willkürlichen Produktionsvorganges.

Nur dann ist Wohlstand und Auskommen der Allgemeinheit einer Verbesserung fähig, wenn der Erzeugungsprozeß vervollkommnet wird, so daß er mehr hergibt und weniger kostet. Nur dann ist eine Sozialisierung gesund, wenn sie nicht auf dem Reichssäckel lastet, sondern sich durch neue Gedanken und neue Formen die Mehrgewinne schafft, die der Allgemeinheit zugute kommen sollen.

Es kommt jemand in eine Fabrik und fragt: Wozu dient denn dieser Nebenbetrieb? Man antwortet: Hier wird ein bestimmter Stoff hergestellt. Die Einrichtung ist zwar unmodern, aber sie ist abgeschrieben, das Produkt kann von der Konkurrenz billiger hergestellt werden, aber wir haben keine Veranlassung, den Zweig aufzugeben, denn mit Hilfe der hohen Syndikatspreise bringt er noch einen Überschuß, und den nehmen wir mit. — Ja, macht es euch denn nichts aus, daß hier Kohlen, Transporte, Menschenkräfte vergeudet werden, die erspart werden würden, wenn der Betrieb rationeller vor sich

ginge? Darauf gibt es keine Antwort, denn das überlegt niemand.

Es ist wahr, daß wir in Deutschland auf hoher wirtschaftlicher Stufe stehen. Und dennoch: das, was durch unrationellen Betrieb an Material, Arbeitskraft und Transport vergeudet wird, geht ins Bodenlose. Es ist ausgerechnet worden, daß wir ein Drittel unserer Kohlen ersparen, exportieren oder zu produktivem Zweck verwenden könnten, wenn nur die Kraftherzeugungen aller großen, mittleren und kleineren Betriebe vervollkommen wären.

Die gleichen Fehler der Vergeudung liegen im Handel und seiner maßlosen Konkurrenz. Vertriebsorganisationen und Vertriebsreklamen kosten Hunderte von Millionen und vergeuden die Lebensarbeit von Hunderttausenden. Ganze Waldungen werden jahraus, jahrein vom Inseratenwesen verschlungen. Es gibt Einzelfirmen, die zwischen ein und drei Millionen jährlich für Reklamezwecke ausgeben.

Die Zahl müßiggehender Kräfte im Lande war vor dem Kriege nicht zu ermessen, noch weniger die Zahl der Menschen, die nach vollbrachter Arbeit am Abend sich nicht sagen konnten, daß durch ihre Hände oder ihren Kopf irgendein neuer Wert dem Lande zugeflossen war.

Milliarden haben wir dem Auslande geopfert, um sogenannte Luxusartikel und Überflüssigkeiten einzuführen, Milliarden haben wir im Inlande vertan, um solche Dinge zu erzeugen.

Wenn man die Arbeit jedes Deutschen so geleitet hätte, daß sie an jedem Tage einen wirklichen, brauchbaren Wert dem Lande geschaffen hätte, so wäre unsere Gütererzeugung nicht 30, sondern 60 Milliarden wert gewesen, und an Stelle von

6 Milliarden hätten wir das Doppelte oder Dreifache jährlich erspart.

Die Ordnung und Versittlichung der Wirtschaft ist das Ziel, dem der neue Sozialismus dienen muß.

Dies Ziel kann freilich nur erreicht werden durch Eingreifen und Mitwirken des Staates. Doch soll er nicht Besitzer von allem sein; er soll die freie Initiative nicht unterdrücken, er soll regelnd, ausgleichend wirken, er soll vor allem es erzwingen, daß an der Mehrerzeugung sowie an den Ersparnissen der Hauptanteil den Arbeitern und Angestellten zugute kommt, daß sie auf das Schicksal der Unternehmungen, mit denen sie verbunden sind, einen wachsenden Einfluß gewinnen, jedoch nicht in den Formen der Anarchie, der Gewalt, sondern der organischen Mitwirkung.

Diese Tätigkeit des Staates wird nicht beginnen mit der Enteignung der Einzelunternehmungen, sondern mit der Kontrolle der Syndikate, die nicht mehr Organe des reinen Kapitalismus zu sein haben, sondern die Aufgabe erfüllen müssen, der Neuordnung und Versittlichung der Wirtschaft zu dienen.

Hier liegen die Aufgaben eines großen Baus, nicht einer willkürlichen und anarchischen Zerstörung. Nicht örtliche Organisationen, nicht Eingriffe von Arbeiter- und Soldatenräten können dieses Ziel erreichen, sondern eine demokratische, durchdachte und volksfreundliche Gesetzgebung. Eine solche zu schaffen ist die erste Aufgabe des neuen Verfassungsstaates, der nicht anders als durch die Nationalversammlung begründet werden kann.

29. November 1918

3. KAPITALISMUS

Wir haben in einer Zeit des hochgespannten Kapitalismus gelebt.

Was bedeutet das?

Erstens: Es gab bisher zwei Stände: Bürgertum und Proletariat. Die Zugehörigkeit war erblich. Selten gelang einem Proletarier der Aufstieg. Er wußte, daß seine Kinder und Kindeskindern Proletarier bleiben würden.

Warum?

Die Bildung war ihm verschlossen. Sie war Alleinbesitz des bürgerlichen Standes.

Hier wird Wandel geschaffen. Der Aufstieg steht künftig einem jeden frei, durch die Reform des Schulwesens wird jedem Befähigten der Weg zur Bildung erschlossen.

Zweitens: In der Mitbestimmung seines Lohns und seiner Arbeitsbedingung war der Arbeiter und Angestellte bisher gehemmt. Er war der Schwächere.

Von jetzt ab ist ihm die unbeschränkte Freiheit der Versammlung, des Vereins, der Koalition gewährt. Seine Verbände und Gewerkschaften werden vom Staat und vom Unternehmer anerkannt. Der Anspruch auf Arbeit wird gewährleistet werden.

Drittens: Die Macht des Unternehmertums war auf einzelnen Gebieten zu groß. Die Syndikate waren unkontrolliert. Einige Zweige der Privatwirtschaft wuchsen zu Monopolen aus. Wenige Menschen bestimmten das Schicksal ganzer Wirtschaftsgebiete. Die Schwerindustrie, die auf dem Monopol des Kohlensyndikats und des Stahlwerksverbandes beruhte, übte vor dem Kriege und während des Krieges starken politischen Einfluß aus.

Syndikate werden in Zukunft der Aufsicht des Staates unterliegen. Geeignete Betriebe werden vergesellschaftet werden, vor allem solche, die zur Monopolbildung neigen. Ein wahrhaft demokratisches Staatswesen gestattet keiner privaten Gruppe einen unterirdischen und unverantwortlichen Einfluß.

Dies waren die Gefahren des Kapitalismus; sie müssen abgestellt werden, und sie werden abgestellt.

Die Sozialdemokratie aber geht weiter. Zu Unrecht verurteilt sie alle Privatwirtschaft als Kapitalismus. Zu Unrecht verdächtigt sie jeden Führer und verantwortlich Mitwirkenden der freien Wirtschaft als Diener des Kapitalismus und als Kapitalisten.

Die Sozialdemokratie will die gesamte Wirtschaft, selbst die Landwirtschaft, verstaatlichen. Niemand ist mehr Besitzer seines Geschäftes, seines Hofes oder Unternehmens; jeder ist Angestellter; werbendes Vermögen gibt es nicht mehr; niemand besitzt etwas anderes als Gebrauchsgüter und bekommt etwas anderes als Arbeitslohn. Die Wirtschaft ist eine einzige große Bureaukratie, Wettbewerb und Unternehmungsgeist, Freude am eigenen Boden, am eigenen Werk, an eigener Schöpfung hat ein Ende.

Dieses traurige Ideal lehnen wir ab. Wir wollen die freie Entschlußkraft, die freie Verantwortung, die unabhängige Tüchtigkeit, die Freude am Wirken und Schaffen erhalten.

Deshalb erhalten wir die Eigenwirtschaft und das Eigenvermögen in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe.

Verwechselt nicht Kapitalismus mit Eigenwirtschaft und Eigenvermögen!

Laßt nicht jeden als Kapitalisten und Kapitalsknecht verdächtigen, der durch eigene Tüchtigkeit und Erfindungsgabe seinen Betrieb in die Höhe bringt und dadurch der Gemeinschaft dient und uns dem Ausland gegenüber zu Kraft und Ansehen hilft.

Ohne unsere Eigenwirtschaft, ohne das Pflichtbewußtsein, den Unternehmungsgeist und Erfindungsgeist unserer Eigentümer, Betriebsleiter, Angestellten und Arbeiter wären wir hoffnungsloses Land und könnten unsere sechzig Millionen Menschen nicht ernähren. Durch freie Wirtschaft und freie Tüchtigkeit werden wir zu neuem Wohlstand erstarken.

23. Dezember 1918

ZUR FRAGE DER „ENTINDUSTRIALISIERUNG BELGIENS“

Ein Aufsatz im ersten Morgenblatt Nr. 13: „Friedensvertrag und Kriegsentschädigung“ legt es mir in ausgesprochener Weise nahe, mich über mein Verhältnis zu der „Entindustrialisierung Belgiens“ auszusprechen.

Ich folge dem Wunsche gern, weil die Fassung des Aufsatzes von der Objektivität erfüllt ist, die mir Ihr Blatt seit vielen Jahren besonders schätzbar gemacht hat.

Als 1914 der Krieg begonnen hatte und in wenigen Monaten durch die englische Blockade die deutsche Rohstoffwirtschaft zu erliegen drohte, konnte das Reich an den Vorräten, die in Belgien und in Nordfrankreich lagen, nicht vorübergehen, um so weniger, als die Stoffe, um die es sich handelte, in erster Reihe Wolle und Salpeter, kaum eine andere Verwendung als die für die Kriegswirtschaft dienende zuließen. Die Rechtsverhältnisse wurden eingehend geprüft, und es ergab sich, daß die Haager Landgerichtsordnung die ordnungsmäßige Beschlagnahme von Rohmaterialien gestattete.

Ich leitete damals die Rohstoffabteilung des Preussischen Kriegsministeriums und hatte für die Aufteilung und Bewirtschaftung der beschlagnahmten Materialien zu sorgen. Obwohl ich über den Kreis der Aufgaben, der mir gezogen war, hinausging, legte ich den größten Wert darauf, dahin zu wirken, daß gleich von Anfang an vorgearbeitet würde, um eine gerechte und unparteiische Bewertung aller

beschlagnahmten Waren und eine volle Entschädigung der Vorbesitzer zu ermöglichen. Ich setzte mich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung, und gemeinschaftlich zwischen diesem und dem Kriegsministerium wurde der Plan erörtert und durchgeführt, durch Reichsgesetz einen eigenen, unabhängigen Gerichtshof zu bilden, der unbeeinflußbar von jeder Amtsstelle nach freiem Ermessen die Werte aller beschlagnahmten Waren bestimmte und die Enteigneten vergütete. Der Gerichtshof erhielt den Namen „Reichsentschädigungskommission“; er besteht seit vier Jahren unter dem Vorsitz eines hochbewährten Juristen und ist seinen Aufgaben in vollem Maße gerecht geworden.

Alle übrigen Wirtschaftsmaßnahmen, die in Belgien getroffen worden sind, insbesondere die Wegführung belgischer Arbeiter und der Abbau belgischer Fabriken haben mit meiner Tätigkeit, die acht Monate währte und am 1. April 1915 beendet war, nichts zu tun. Als Privatmann habe ich, soweit es innerhalb meines Wirkungskreises lag, mich wiederholt gegen jede Härte ausgesprochen, die gegen eines der besetzten Gebiete in Anwendung kommen konnte; einen näheren Einblick in die Verhältnisse habe ich nicht gehabt, und mein Urteil darüber ist daher kein unmittelbares.

Weder in meinem „Offenen Brief an Oberst House“ noch im Aufruf „An alle, die der Haß nicht bindet“ habe ich die Notwendigkeit der Vergütung kriegswirtschaftlicher Schäden in den besetzten Gebieten — die übrigens im Wilsonschen Programm enthalten und vom Reich anerkannt ist — in Abrede gestellt; ich habe vielmehr darauf hingewiesen, daß ich diese Schäden auf etwa zwanzig Milliarden Mark

schätze, freilich auch betont, daß jede darüber hinausgehende Forderung eine nackte Kriegsentschädigung bedeuten würde.

Der Herr Verfasser Ihres Artikels verweist auf zwei im Jahre 1918 veröffentlichte Aufsätze „Stimmung“ und „Sicherungen“. Es wird dem Herrn Verfasser der Gesamtsinn dieser Aufsätze nicht entgangen sein, die unter dem Druck der Zensur nicht geraden Wegs auf ihr Ziel losgehen konnten. Im Aufsatz „Stimmung“ habe ich mich gegen diejenigen Tendenzen gewendet, die unter der Devise „dem Lande muß die Stimmung erhalten werden“ für Kriegsverlängerung eintraten. In den „Sicherungen“ habe ich nachzuweisen versucht, daß selbst unter den günstigsten militärischen Voraussetzungen ein militärischer Endsieg nicht errungen werden könne.

Wer die damaligen deutschen Zensurverhältnisse kennt, wird finden, daß diese Gedanken so deutlich zum Ausdruck kamen, wie es sich irgendwie in der Öffentlichkeit ermöglichen ließ. Wem aber noch irgendwelche Zweifel bleiben, der mag meine Schrift „An Deutschlands Jugend“ durchblättern, die im Juli 1918 unter dem Höhepunkt militärischer Situation geschrieben und im Herbst 1918 veröffentlicht wurde.

Brief an die Neue Zürcher Zeitung, 14. Januar 1919

UNSERE KRIEGSGEFANGENEN

Das Unrecht, das wir in Belgien begangen haben, ist nicht zu bestreiten.

Auch die gefeierte Verwüstung der Rückzugszone in Frankreich war ein Unrecht.

Ein Unrecht war die Vernichtung der belgischen und nordfranzösischen Industriewerke und der Abtransport der belgischen Arbeiter.

Das Reich hat sich verpflichtet, das Unrecht durch Entschädigung gutzumachen.

Gutmachen bedeutet Wiederaufbau. Es ist gerecht, daß wir den Aufbau übernehmen und ihn durch freie deutsche Arbeitskräfte ausführen lassen.

Es ist ungerecht und nicht zu dulden, wenn Frankreich an Stelle freier Arbeit Fronarbeit verlangt und zu erzwingen sucht.

Nie hätte eine deutsche Hand die Unterschrift unter jenen Vertrag des Waffenstillstandes setzen dürfen, das unvergängliche Blatt der Schmach, das Deutschland vernichtet.

Empörend wie das übrige ist die Bestimmung, daß unsere gefangenen Volksgenossen nicht heimkehren. Antike Sklaverei, Hohn auf Christentum und Neuzeit ist es, wenn sie, die Duldenden, über Waffenstillstand und Friedensschluß hinaus — ist das ein Friedensschluß? — den Feinden frönen sollen.

Brief an die Frankfurter Zeitung, 30. Januar 1919

BRIEF AN LAZARE WEILLER, MITGLIED DER FRANZÖSISCHEN DEPUTIERTEN- KAMMER

Im Pariser „Matin“ veröffentlichte Herr Lazare Weiller einen Aufsatz, den er „Le désespoir de Walther Rathenau“ nennt. Da Herr Weiller die Schweiz als den Ort seiner Beobachtungen angibt, dürfen diese Zeilen die Aufmerksamkeit schweizerischer Leser erbitten.

Herr Weiller sagt, ich habe den Krieg vorbereitet. Einen Beweis erspart er sich; es genügt ihm die Schlußfolgerung: les remarquables efforts de son génie organisateur portent la marque, non d'une improvisation hâtive, mais d'une longue et minutieuse préparation.

Ich lehne dieses böse Lob ab und erkläre, was ich schon 1915 öffentlich gesagt habe: daß ich für meine Arbeit ebensowenig vorbereitet war wie das Kriegsministerium. Niemals habe ich mich vor dem Kriege mit irgendeiner Kriegsvorbereitung befaßt.

Herr Weiller geht weiter. Er wirft dem ehemaligen deutschen Regime die Grausamkeiten der Kriegführung vor und macht mich mitverantwortlich, weil ich nicht bei der Regierung und öffentlich protestiert habe.

Herr Weiller weiß, daß ich als Privatmann gegen gewisse Vorgänge bei den zuständigen Stellen protestiert habe. Ich weiß es durch einen angesehenen Schweizer Bürger, der mich schriftlich befragte, bevor er meinen Aufruf „An alle“ Herrn Weiller zusandte. Herr Weiller weiß — oder konnte es fest-

stellen —, daß ich es 1914 abgelehnt habe, die Erklärung der 93 Notablen zu unterschreiben. Herr Weiller weiß, daß ich in einem kriegführenden Lande lebte, das, ebenso wie Frankreich, unter Pressezensur stand, und in einer Stadt, über die ebenso wie über Paris der Belagerungszustand verhängt war.

Nicht genug. Herr Weiller ruft mir zu: Vous l'avez voulue, cette guerre! Vous l'avez voulue!

Auch für diesen, den furchtbarsten Vorwurf gibt er nicht den Schatten einer Begründung.

Im ersten Bande meiner Schriften sind Aufsätze vereinigt unter dem Titel „Mahnung und Warnung“, Aufsätze, die von 1908 bis 1914 erschienen sind und immer wieder auf das drohende Verhängnis hinweisen.

Ich greife einige Stellen heraus.

1911. „Ich kämpfe gegen das Unrecht, das in Deutschland geschieht, denn ich sehe Schatten aufsteigen, wohin ich mich wende. Ich sehe sie, wenn ich abends durch die gellenden Straßen von Berlin gehe; wenn ich die Insolenz unseres wahnsinnig gewordenen Reichtums erblicke; wenn ich die Nichtigkeit kraftstrotzender Worte vernehme oder von pseudogermanischer Ausschließlichkeit höre... Seit Jahrzehnten hat Deutschland keine ernstere Periode durchlebt als diese . . .“ (S. 206)

1912. „Jeder andere Ausgang des Krieges kann außer Betracht bleiben. Wie er aber auch fiele: immer läge der Hauptvorteil auf der Seite der Vereinigten Staaten, und die amerikanische Wirtschaftsfrage käme in ein so verändertes Stadium, daß möglicherweise alle anderen Ergebnisse sich ihr unterordneten.“ (S. 213)

1912. „Die Zeitläufte ähneln in seltsamer Weise der Epoche Friedrich Wilhelms II. Möge es diesmal keiner schweren Erschütterungen bedürfen, um das innere Gleichgewicht herbeizuführen.“ (S. 232)

1913. „Nicht äußere Verhältnisse und politische Konstellationen, sondern innere Gesetze, ethische und transzendente Notwendigkeiten führen mit Gewalt unser Schicksal herbei. Unser zähes Volk ist mit dem gleichen Mittel erzogen worden, mit dem es seine Kinder zu erziehen liebt: mit Schlägen. Früher hat der Trotz der Herrschenden die Schicksalsschläge herbeigezogen, nun gesellt sich zu diesem Trotz die Indolenz des Landes, das nicht um seine Verantwortung kämpfen will und daher um seine Sicherheit wird kämpfen müssen . . . Die Leidenschaft, die heute den Interessen des materiellen Lebens dient, wird dann der Sorge um die Dinge der Gemeinschaft und des Staates weichen, und zugleich mit den Erschütterungen des überreichen Gebäudes unserer Wirtschaft werden morsche Rechte und Mächte dahinsinken. In einer Stunde stürzt, was auf Äonen gesichert galt; was heut vermessene Forderung scheint, wird selbstverständliche Voraussetzung . . . Bis dahin mögen wir das Jahr 1813 feiern und des Jahres 1806 gedenken.“ (S. 262)

1914. Am Tage vor Ausbruch des Krieges. „Ohne den Schutz dieser Treue konnte Österreich seinen Schritt nicht wagen. Deutschlands Regierung und Volk haben den Anspruch, zu wissen, welche Wünsche Rußland ausspricht und Österreich ablehnt. Eine Frage wie etwa die, ob österreichische Kommissare bei den serbischen Umtriebsermittlungen mitzuwirken haben, ist kein Anlaß für einen Völkerkrieg.“ (S. 305)

Nein, Herr Weiller, ich habe den Krieg nicht gewollt. Sie sind Franzose, ich bin Deutscher. Wir führen nicht mehr Krieg, doch kann ich Ihnen nicht verwehren, mich als Feind zu betrachten. Wir beide aber stammen von einem Volke, das auf zwei steinernen Tafeln zehn Grundgesetze bewahrte. Diese Gesetze gelten heute in aller Welt, und Sie werden nicht behaupten, daß Landesfeindschaft sie außer Kraft setzt. Eines dieser Gesetze lautet: Du sollst nicht falsches Zeugnis ablegen wider deinen Nächsten.

Neue Zürcher Zeitung, 24. Februar 1919

VERSAILLES

Wer an die fünfjährige Haßgewalt des Krieges denkt, wird begreifen, diese Abrechnung mußte furchtbar sein.

Wer an die rückständige Anmaßung, an die herzlose Mechanisierung des alten Reiches denkt, wird begreifen, dieser Niederbruch mußte vollkommen sein.

Wer an die frechen Forderungen der Annexionisten von Belgien, Briey, Brest denkt, wird begreifen, diese Forderungen mußten ungeheuer sein.

Wer an den Jubel über zerstörte Schiffe, zerstörte Länder und zerstörte Leben denkt, wird begreifen, diese Vergeltung mußte erschütternd sein.

Wer aber an Deutschland denkt, das Land der Münster und Hohen Schulen, der Lieder und Gedanken, an zwei Jahrtausende der Gesinnung und des Geistes, der wird, und wenn er sieben Leben hätte, grübeln und nicht fassen können, daß ein Urteilsspruch in die Welt geht, ein Urteilsspruch von lebendigen Menschen, die denken und fühlen, die reden und wissen, wachen und schlafen, und daß dieser Urteilsspruch, dieses Wort des Todes, unsere Heimat vernichtet, unsere Städte entvölkert, unsere Menschen begräbt.

Ein wissenschaftlicher Mord, kalt, klar, klug und blutlos, vernichtet das Werk der vergangenen und das Leben der kommenden Geschlechter.

Vae Victoribus! Auch wenn wir ihnen vergeben, das Weltgeschehen vergibt ihnen nicht, und das Blut der Unschuldigen kommt über ihr Haupt.

Nach diesem Morde kann die Welt nicht wieder froh werden.

Der Spiegel, 15. Mai 1919

DAS ENDE

Noch immer stehen wir in Deutschland unter der geistigen und politischen Vormundschaft der Umlerner.

Dieses Geschlecht beliebter Vereinsredner, in der Gründerzeit geboren, in der Streberzeit erwachsen, hat seit einem Vierteljahrhundert auf jedem politischen Gebiet versagt und fühlt sich darum in seiner Mission nur bestärkt. Es unterscheidet sich von allen Politikern der Erde dadurch, daß es nichts begreift, nichts lernt und stets das Gegenteil von dem voraussieht, was geschieht. Aber es ist und bleibt über die Maßen beliebt, weil es genau dasselbe denkt und sagt wie der halbgebildete Durchschnitt und die Meinung der Mittelmäßigkeit mit öligen Phrasen salbt.

Diese Barden und Vereinspfründner haben vor dem Krieg vor jeder Freiheit gezittert und den Parlamentarismus mit Grausen abgewehrt. Vom Krieg haben sie nichts geahnt. Als er kam, haben sie die große Zeit gefeiert, England verflucht und sich zum Mundstück jeder offiziellen Lüge gemacht. Den Unterseekrieg herbeigejubelt, Kriegserklärungen begrüßt, Amerika verhöhnt, Belgien und Briey annektiert, Randstaaten gegründet, baltische Hohenzollernkronen verteilt. Jedem Besonnenen haben sie ihre Lieblingsworte „Flaumeier“ und „Miesmacher“ ins Gesicht gespien.

Als die Niederlage kam, beeilten sie sich, statt der Liquidation den Bankrott zu erklären, trösteten sich über jede Lansingnote, auch die vernichtende



letzte, den Waffenstillstand und die Schmach der Flotte.

Als die Abdankung kam, wurden sie Republikaner. Als die Revolution kam, wurden sie Sozialrevolutionäre.

Als die Nationalversammlung kam, saßen sie wieder auf ihren Stühlen. Und als die Gegenrevolution kam, waren sie wieder bei 1914 angelangt.

Inzwischen hatten sie Wilson lieben gelernt, den sie bis dahin den Heuchler nannten, und erwarteten, trotz Weltkrieg, Welthaß, Wehrlosigkeit, einen schönen Frieden.

Jedesmal, wenn man diesen Menschen ihre falschen Voraussagen, ihre blöden Irrtümer, ihre verkehrten Entschlüsse nachwies, sagten sie: „Wir lernen um.“ Und bei jedem Umlernen wurde es schlimmer. Je kindlicher sich die Unfähigen ihrer Macht freuten, desto tiefer trieben sie uns ins Unglück.

Der Friedensentwurf traf ein, wie er zu erwarten war: ein Dokument wissenschaftlicher Entmachtung. Als ich am 5. Oktober vor dem Bankrott warnte, waren die Umlerner nicht zu finden. Jetzt, da der Gerichtsvollzieher kommt, rufen sie zum Widerstand.

1914 mit untauglichen Mitteln.

Eine neue Volksbewegung wird angefacht. Wenn abermals das belogene Volk sich hinreißen läßt, so kann es diesmal nicht mit dem Verdummungsapparat des Militarismus entschuldigt werden.

Freilich ist unerträglich, was von uns verlangt wird: Zerreißung des deutschen Landes, Entfremdung deutscher Menschen, Schuldfron, Verarmung, Bevormundung. Man sage es dem Volk; aber man sage ihm die Wahrheit.

Man sage ihm, daß durch die Bankrotterklärung, die unsere Umlerner billigten, durch die Entmannung des Waffenstillstandes jeder Widerstand, aktiver und passiver, unmöglich ist. Man sage ihm: wenn der Waffenstillstand gekündigt ist, wenn die Kohlengruben in Ost und West von Feinden besetzt sind, bricht nach kurzer Frist Verkehr, Ernährung, Wirtschaft zusammen. Nach kurzer Frist ist das Land leiblich und seelisch am Ende, und gleichviel ob inzwischen eine neue Revolution erfolgt oder nicht: so geht eine zweite Friedensdelegation, aus anderen Umlernern bestehend, nach Paris und unterschreibt blindlings, was man ihr vorlegt. Das werden nicht mehr die jetzigen Bedingungen sein, sondern andere, und weder das Reich noch die letzte Spur von Selbständigkeit wird bestehen bleiben.

Warum sagt man das dem Volk nicht? Aus Schlaueit, um den Feind zu täuschen? Das wäre dieselbe Schlaueit wie damals, als man Versenkungszahlen fälschte in der Hoffnung, den Feind über seine eigenen Verluste zu täuschen.

Oder um der schönen Geste willen? Gewiß ist es ein echtes Gefühl, zu sagen: Wir wollen lieber sterben, als den Vertrag unterschreiben. Die Einwohner von Numantia und die meisten von Jerusalem sind gestorben, weil sie sich nicht ergaben. Aber glaubt ein Mensch, daß sechzig Millionen Deutsche sterben werden?

Also saget nicht die halbe Wahrheit, sondern die ganze. Saget: Der Vertrag ist unerträglich; aber fügt hinzu: dennoch wird er, sofern wir uns nicht zu neuem Entschluß aufraffen, bevor der Sommer zu Ende geht, unterschrieben sein, dieser, ein ähnlicher oder ein schlimmerer. Weder aktiver noch passiver

Widerstand bessert das mindeste daran; im Gegenteil: er verschlechtert.

Nicht ein Wort von dem, was geschehen wird oder geschehen kann, ist in den Reden der Umlerner zu vernehmen. Sie lassen sich vom armen, abermals irregeleiteten Volke bejubeln und legen sich schlafen. Nicht ein einziger von ihnen hat gewagt, den Menschen zu sagen, was ihnen bevorsteht; allenfalls ein vieldeutiges, verlegenes „Komme, was kommen mag“. Hazard der Borniertheit, von außen kühn, von innen feig.

Was also soll geschehen?

In Versailles muß das Äußerste darangesetzt werden, den Vertrag entscheidend zu verbessern. Gelingt es, gut. Dann unterschreiben. Gelingt es nicht: was dann?

Dann darf weder aktiver noch passiver Widerstand versucht werden. Dann hat der Unterhändler, Graf Brockdorff-Rantzau, das vollzogene Auflösungsdekret der Nationalversammlung, die Demission des Reichspräsidenten und aller Reichsminister den gegen uns vereinten Regierungen zu übergeben und sie aufzufordern, unverzüglich alle Souveränitätsrechte des Deutschen Reichs und die gesamte Regierungsgewalt zu übernehmen. Damit fällt die Verantwortung für den Frieden, für die Verwaltung und für alle Leistungen Deutschlands den Feinden zu; und sie haben vor der Welt, der Geschichte und vor ihren eigenen Völkern die Pflicht, für das Dasein von sechzig Millionen zu sorgen. Ein Fall ohne gleichen, unerhörter Sturz eines Staates; doch Wahrung der Ehrlichkeit und des Gewissens.

Für das Weitere sorgt das unveräußerliche Recht der Menschheit — und der klar vorauszusehende Gang der Ereignisse.

Die Zukunft, 31. Mai 1919

ES WAR KEINE REVOLUTION

Bloß ein Zusammenbruch. Die Türen sprangen auf, die Aufseher liefen davon, das gefangene Volk stand im Hof, geblendet, seiner Glieder nicht mächtig.

Wäre eine Revolution gewesen, dann hätten die Kräfte und Ideen, die sie erzeugten, fortgewirkt. Jede Bewegung und jede Wesenheit wird nur erhalten durch die Kräfte, die sie zeugen.

Das Volk wollte nichts als Ruhe. Ruhebedürfnis ist keine bewegende Kraft.

Der Sozialismus war antirevolutionär und ideenlos. Er hatte vierzig Jahre agitiert und gewirtschaftet, nicht gedacht.

Die Bourgeoisie wollte zurück zum Gelderwerb und zur Streberei.

Die beamtete Gelehrsamkeit stand sprachlos vor dem Zusammenbruch ihres hundertjährigen akademischen Festprogramms mit königlich privilegierter historischer Illumination.

Das Volk hatte den Krieg führen und verlieren müssen, weil es sich standhaft weigerte, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung zu tragen.

Umstellung!

Man kann sich in einem Winter auf Kohlrüben oder Hilfsdienst umstellen. Aber ein Volk wird nicht in einem Jahr politisch denkend, verwaltungsfähig, urteilend, menschenkennend. Man wurstelt. Man mißtraut. Man schiebt und wird geschoben.

Es herrscht die Beliebtheit und das bürgerliche Begriffsvermögen. Woher soll in einem Jahr die poli-

tische Unterscheidungskraft für Menschen und Gedanken kommen? In der Regierung sitzen teilweise brave Menschen. Auf dem Theaterzettel von Dakota steht: Es wird gebeten, auf den Tenor nicht zu schießen, der Mann tut sein Bestes.

Das erste Jahr hat ein Maß von Ordnung gebracht. Das war zu erwarten, denn wir sind ein ordentliches Volk. Es hat bürgerliche Maßnahmen, eine altmodische Republikverfassung und dergleichen gebracht. Gedanken und Taten hat es nicht gebracht.

Die Politik wird vom Ausland beherrscht. Die Wirtschaft wird vom Handel beherrscht. Das Denken wird von der Partei beherrscht. Wir sind, was wir waren, und bleiben, was wir sind.

Auf immer? Nein. Denn jetzt erst beginnt der Druck, der uns flüssig macht und umschmilzt.

Diese Monate waren hart, doch wenn man später zurückdenkt, wird man sie leicht finden. Wie Ferien vor Schulbeginn. Die volle Fremdherrschaft hat noch nicht angefangen, die Kommissionen sind noch nicht da. Der Druck der Entschädigungen hat noch nicht begonnen, die Lasten und Abgaben sind noch nicht da. Wir leben weit über unsere Verhältnisse, verzehren ein Mehrfaches von dem, was wir produzieren, kaufen Getreide und Metall, Wolle und Schokolade auf Pump und wundern uns über den Stand der Währung.

Das geht so noch einige Zeit, doch nicht auf lange. Die Glocke hat geschlagen, die kärgliche Erholungszeit ist um. Die nächsten Jahre sind da, um die Probleme zu begreifen. Dann wird sich zeigen, ob unsere Kraft weiter reicht als zur Kopie der bürgerlichen Demokratien und Wirtschaften des vorigen Jahrhunderts. Ich glaube, ja.

Die Welt am Montag, 6. November 1919

WIE KANN DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE DEUTSCHLANDS GERETTET WERDEN?

Der Fight the Famine Council erwartet, daß wir uns aussprechen über Wege und Mittel, die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu retten.

In dankbarer Empfindung für diese menschliche Gesinnung haben wir unsere Lage tief geprüft und sind zu dem Schluß gekommen, daß eine Reihe von Voraussetzungen geschaffen sein muß, die jeder wirtschaftlichen Gesundung vorausgehen.

Diese Voraussetzungen betreffen nicht Fragen der Hilfsbereitschaft, sondern Fragen der Gerechtigkeit. Wir bitten, daß jeder billig Denkende, gleichviel wie er sich zu unserem Land und Volke stellt, prüfen möge, ob diese Grundsätze mehr enthalten als Forderungen einfacher und verständlicher Gerechtigkeit.

1. Das deutsche Volk muß wissen, wie hoch sich seine Verpflichtungen zur Wiedergutmachung belaufen.

Die Wiedergutmachung wird auf lange Jahre die angestrengte Arbeit des deutschen Volkes fordern. Eine solche Aufgabe hat bisher noch kein Volk erfüllt. Das deutsche Volk will sie leisten. Sie kann nur geleistet werden, wenn jeder einzelne ihren Umfang kennt, wenn er weiß, daß dieser Umfang begrenzt ist und nicht beliebig erweitert werden kann, daß die Aufgabe mit Anspannung aller Kräfte von einem physisch geschwächten und verarmten Volke geleistet werden kann und nicht zur Vernichtung führt.

2. Die Dauer der Entschädigungsleistung darf ein Menschenalter nicht überschreiten.

Das Volk muß wissen, daß, wenn die Lebenden ihre Bürde abgearbeitet haben, ihre Kinder dereinst von den Lasten des Krieges frei sein werden, den sie nicht erlebt haben. Ein Volk kann nicht arbeiten, wenn ihm keine Hoffnung bleibt.

3. Die Entschädigung kann nur vom Produktionsüberschuß des Landes gezahlt werden.

Die Arbeitsmittel des Landes müssen erhalten bleiben. Wird die Entschädigung aus der Substanz, das heißt den Arbeitsmitteln des Landes gezahlt, so verarmt das Land immer weiter, seine Zivilisation hört auf, seine Arbeits- und Leistungsfähigkeit schwindet.

4. Die Abstimmung in Oberschlesien darf nicht unter politischem Druck erfolgen.

Deutschland hat den wesentlichsten Bestandteil seiner Erze, einen großen Teil seiner Kohlen, seine Auslandsinvestitionen, seine Schiffe und seine Kolonien verloren. Deutschlands Rohstoffe und Nahrungsmittel reichen für seinen Bedarf nicht entfernt. Für den Einkauf von Nahrungs- und Bekleidungsmitteln allein hat Deutschland jährlich eine beträchtliche Anzahl von Goldmilliarden zu zahlen. Diese Rechnung wurde ehemals beglichen durch die Zinsen ausländischer Investitionen, Leistung von Seetransporten, Kohlen und Erz und deren Produkte, andere Produkte industrieller Arbeit.

In Zukunft wird Deutschland versuchen müssen, den Ausfall durch industrielle Lohnarbeit, das heißt Verarbeitung ausländischer Rohstoffe, zu begleichen.

Verliert Deutschland Oberschlesien, das mehr als den fünften Teil seiner verbleibenden Kohlenförderung enthält, so tritt ein weiterer Mangel an Rohstoffen ein.

Die deutschen Einwohner Oberschlesiens, die in einzelnen Distrikten, zumal in den Städten, überwiegen, in anderen Distrikten eine starke Minderheit bilden, sind die Träger der Zivilisation des Landes und die Schöpfer seiner Industrie. Werden sie unter fremde Herrschaft gezwungen, so entsteht ein schweres östliches Problem.

Soll die Abstimmung durchgeführt werden, welche die schwere Gefahr dieses Problems in sich trägt, so muß es in streng unparteiischer Weise und ohne politischen Druck geschehen.

5. Die Kosten der linksrheinischen Besetzung müssen geregelt und vermindert werden.

Das linksrheinische Deutschland ist ein friedliches Land. Es hat keinen Anlaß zu der Annahme gegeben, daß es sich der Okkupation widersetzen könne oder wolle.

Die Besatzungsarmee dieses Gebietes, das weniger als den zwanzigsten Teil des deutschen Bodens ausmacht, beläuft sich auf etwa 150000 Mann, das Anderthalbfache der Truppenmenge, die für den Schutz ganz Deutschlands zu sorgen hat. Die Besatzungsarmee besteht zum Teil aus farbigen Truppen.

Die Kosten der Besetzung hat Deutschland zu tragen. Sie belaufen sich, soweit die Rechnungen bis jetzt eingereicht sind, auf mehr als fünfzehn Milliarden Mark der gegenwärtigen deutschen Währung. —

Zu diesen physischen Voraussetzungen treten moralische.

1. Die deutsche Regierung hat mit der Unterschrift des Versailler Vertrages die Verantwortung Deutschlands für den Krieg unterzeichnet. Der Versailler Vertrag wirkt auf das deutsche Volk nicht nur als ein Friedensvertrag, sondern auch als ein Vergeltungsvertrag.

Das deutsche Volk weiß in seiner großen Mehrheit nicht, was es sich unter einer persönlichen Schuld der Nation und des Einzelnen vorzustellen hat. Die überwiegende Mehrheit ist in den Krieg gezogen und hat den Krieg geführt, so wie die Obrigkeit es angeordnet hatte. Sie war gewohnt, den Anordnungen der Obrigkeit zu folgen und ihren Erklärungen Glauben zu schenken.

Um dem deutschen Volke Klarheit darüber zu geben, worin seine Schuld besteht, sowohl der Allgemeinheit wie des Einzelnen, ist eine unparteiliche Untersuchung durch neutrale und unbeteiligte Beurteiler nötig.

Es müssen untersucht werden die Kriegsursachen und die Kriegführung, beides mit Hinblick auf die Fragen: ob und wie weit Deutschland für sich allein oder mit anderen schuldig ist, ob und wie weit solche Schuld die Regierung, die Gesamtheit oder den einzelnen Deutschen trifft.

2. Die Folgen des Versailler Vertrages werden für alle absehbare Zukunft Deutschlands Schicksal bestimmen. Von jedem Deutschen der Gegenwart und Zukunft wird verlangt, daß er den Vertrag als rechtskräftig anerkennt.

Der Versailler Vertrag beruht auf einem anderen Vertrage: dem Waffenstillstandsabkommen vom

11. November 1918. Dieses Abkommen ist getroffen auf Grund eines verbindlichen und feierlichen Notenwechsels, der die Annahme der Vierzehn Wilsonschen Punkte für die Sieger und die Besiegten zur Grundlage des Friedensschlusses machte, mit der einen Ausnahme, daß England sich gegen den Grundsatz der Freiheit der Meere verwahrte.

Nicht nur in Deutschland, sondern von hervorragenden Autoritäten der Alliierten ist in Zweifel gezogen worden, ob der Versailler Vertrag die Vierzehn Wilsonschen Punkte, die feierliche Grundlage des Friedensabkommens, erfüllt oder verletzt. Über eine solche Grundfrage darf ein Zweifel nicht bestehen, wenn es sich um das Schicksal von Nationen handelt.

Es sollte also auch hierüber eine Entscheidung neutraler und unparteiischer Rechtsgelehrter von höchstem Range erfolgen, wenn die Legalität des Versailler Vertrages eindeutig gesichert werden soll. Der Grundsatz der Heiligkeit der Verträge, für den im Kriege siegreich gekämpft worden ist, sollte auch hinsichtlich der Vierzehn Wilsonschen Punkte nicht in Zweifel gezogen werden dürfen, und das Recht der kleinen Nationen auf Anerkennung der ihnen gemachten Zusagen sollte auch für Deutschland, das sich in der Lage einer schwachen Nation befindet, durch klare Entscheidung gesichert sein, damit die ihm auferlegten Lasten getragen werden können.

An den Fight the Famine Council, Entwurf um die Jahreswende 1919/20

AN FRANKREICH

Männer und Frauen Frankreichs!

Durch die Jahrhunderte trugt ihr die Fackel des klaren Gedankens. Ihr habt Europa die Formen und Normen einer starken und freien Zivilisation gegeben.

Ihr glaubt, daß wir formlosen Gefühlen und dunklen Regungen der Seele hingegeben sind, und weil ihr unser Volk als willenlose Kriegsmaschine empfindet, nennt ihr uns mit barbarischen Namen.

Laßt uns in der Sprache des klaren Gedankens reden, ohne dunkle Gefühle, ohne heiße Leidenschaften und ohne Hintergedanken.

Die Forderung, achthundert deutsche Männer, vom Feldherrn bis zum Soldaten, auszuliefern, ist gesetzlich begründet. Denn sie ist durch die Unterschrift des deutschen Volkes anerkannt. Wir wollen nicht erörtern, ob wir sie erfüllen müssen, sondern ob ihr sie stellen dürft.

Wie? Man sollte eine Forderung nicht stellen dürfen, auf die man gesetzlichen Anspruch hat?

Nein. Es gibt Fälle, in denen man solche Forderungen nicht stellen darf. Es gibt menschliche Gesetze, die der Nützlichkeit dienen, der scheinbaren oder der wahren Nützlichkeit, und es gibt übermenschliche Gesetze, die dem göttlichen Wesen der Menschheit entfließen.

Ihr selbst habt die Menschenrechte aufgestellt, als eine Norm, die der menschlichen Würde entspringt und von keiner Nützlichkeit beschränkt wird.

Shakespeare hat das Problem des menschlichen und übermenschlichen Rechts erörtert und entscheidet:

Though justice be plea, consider this, —
That in the course of justice none of us
Should see salvation: we do pray for mercy,
And that same prayer doth teach us all to render
The deeds of mercy.

Das Gesetz der Juden verbot nicht, das Bett des Armen zu pfänden; doch der Zorn Gottes kam auf den, der nicht im Namen des höheren Gesetzes vor Sonnenuntergang es zurückgab.

Im Namen des übermenschlichen Gesetzes darf es nicht geschehen, daß ein Volk das andere zwingt, ehrlos zu werden.

Ihr antwortet und weist auf die furchtbaren Taten des Krieges, auf die Zerstörung eures Landes. „War das nicht auch gegen das ewige Gesetz?“

Ja! der Krieg war gegen das ewige Gesetz, und aller Schrecken, der im Taumel des Krieges geschah, war gegen das ewige Gesetz.

Kann jemals Unrecht durch Unrecht gesühnt werden? Deutschland wird seinen Teil am Unrecht sühnen durch Wiedergutmachung. Die zerstörten Landstriche sollen wiederaufgerichtet werden, blühender, als sie jemals waren. Deutschland wird jeden seiner Staatsbürger zur Verantwortung ziehen, der die Kriegsgesetze verletzt hat, gleichviel, ob die anderen Staaten das gleiche tun oder nicht.

Durch Unrecht aber wird Unrecht nie gesühnt. Weder dadurch, daß Deutschland sich selbst entehrt, noch dadurch, daß Angeklagte vor Richter geführt werden, die Partei sind.

Ihr sagt, es soll ein abschreckendes Beispiel gegeben werden für alle Zeiten.

Unrecht schreckt nicht ab, sondern erbittert.

Der Deutsche neigt nicht zur Ranküne und zur Rache. So wenig, daß er manchem träge und indolent scheint. Sagen nicht heute schon viele, daß wir die Zerstückelung unseres Landes, die Vernichtung unserer Geltung in der Welt mit Gleichgültigkeit ertragen? Ja, wir sind geneigt, das Schwerste als Schicksal hinzunehmen, die Schuld in uns zu suchen und den Gegner von der Verantwortung zu befreien.

Die Gewissen, in denen bisher ein Rachegefühl lebendig war, waren nicht das Gewissen des Landes.

Deutschland will keinen Rachekrieg und wird keinen Rachekrieg führen.

Dennoch muß Frankreich, wenn es auf der Selbstentehrung Deutschlands besteht, seiner eigenen Sicherheit wegen die logische Konsequenz ziehen: es muß sechzig Millionen Deutsche vernichten. Zieht es diese Konsequenz nicht, so gibt es kein Mittel, die Sicherheit und Existenz Frankreichs auf Jahrhunderte zu schützen. Denn die Erinnerung eines furchtbaren und beispiellosen, nicht in der Leidenschaft des Krieges, sondern in der kühlen Überlegung des Friedens begangenen Unrechtes bleibt in Europa lebendig. Sie bleibt lebendig durch die Fortexistenz der deutschen Nation, und sie wird immer wieder gegen Frankreich geltend gemacht werden, gleichviel ob Deutschland es will oder nicht will, von jedem, der mit Frankreich einen Zwist hat.

Unter Geschöpfen, die so nahe leben wie die Glieder einer Familie, der europäischen Familie, stirbt die Erinnerung an eine Blutschuld nicht aus, bis sie durch guten Willen gesühnt ist. Sie schreit zum Himmel, und die Völker kommen nicht zur Ruhe.

Frankreich ist heute politisch sehr stark: durch eine große und siegreiche Armee und durch mächtige Bündnisse. Auch wenn diese Bündnisse fünfhundert Jahre lang mit Italien, England, Amerika standhalten, ohne sich einen Augenblick zu lockern, wird jeder weitsichtige Mensch Frankreich nur den einen Rat geben können: Verlaßt euch nicht darauf. Vernichtet Deutschland im eigentlichen Sinne, tötet seine Menschen, besiedelt sein Land mit anderen Völkern. Es genügt nicht, daß ihr das Reich in kleine Staaten zerstückelt. Wollt ihr eure Nachbarnation entehren, so vernichtet sie, damit ihr Gedächtnis zugrunde gehe. Es bleiben genug mächtige Völker übrig; wenn sich eines gegen euch erhebt in einem Augenblick, wo ihr nicht auf der Höhe eurer politischen Stärke seid, so wird es mit der Erinnerung der deutschen Schmach gegen euch kämpfen und diese Erinnerung gegen euch geltend machen. Vernichtet die Erinnerung, indem ihr das deutsche Volk vernichtet.

Seid ihr euch dessen bewußt? Wollt ihr das? Ist das die Mission Frankreichs? Gut. Was wir noch zu verlieren haben, einschließlich des Lebens, lohnt kaum der Mühe. Eure Heere sind bereit, marschier!

Wollt ihr es nicht? Dann, Männer und Frauen Frankreichs, schafft den Frieden. Der aber kann nicht beruhen auf Entehrung und Unrecht, sondern auf dem, was ihr bisher vertreten habt: dem Gedanken der Menschlichkeit und der Menschenrechte.

6. Februar 1920

REDEN WIR DEUTSCH!

I

Es handelt sich jetzt nicht darum, die Zukunft, sondern die Gegenwart zu betrachten. In diesem Augenblick können wir nicht Weltanschauungen verwirklichen, sondern bestenfalls Existenzen wahren.

Es hat keinen Zweck, den tiefen und wachsenden Groll des Radikalismus zu verhehlen, der den Bestand des Reiches bedroht. Den Bestand des Reiches; denn darüber wird selbst jeder denkende Radikale klar sein; eine Räterepublik ist zwar in jedem Augenblick in Deutschland möglich, doch ihre Dauer ist nicht länger als sechs Monate, und sie hinterläßt die Wirtschaft zertrümmert und das Reich zerstückt.

Weshalb? Weil die geographischen und ständischen Gegensätze in Deutschland zu groß sind, weil auf die Dauer kein Landesteil und kein Volksteil stark genug ist, sich auf sich selbst, auf seinen eigenen Willen und auf seine eigenen Interessen zu stützen.

Dennoch greift die radikale Leidenschaft um sich. Desperadowesen? Zum Teil. Führerehrgeiz? Auch wohl. Glaube an Gerechtigkeit und Wohlstand? Zum kleinen Teil. Waldbrandtheorie? Bei einigen. Was in der Hauptsache? Enttäuschung, Erbitterung, Ranküne.

Ein gänzlich unpolitisches Volk, das nur zwei politische Prinzipien gekannt hat: Verherrlichung des Landesherrn und Parteidisziplin, ohne eigentlich einen Widerspruch zwischen beiden zu spüren, wird durch einen unerwarteten, ungewollten Umsturz auf sich selbst gestellt. Alle Autorität ist gebrochen, der

Unterdrückte wird zum Herrn. Nun müßte das Tausendjährige Reich beginnen: Freiheit, Gerechtigkeit, Wohlstand für alle. Das Wichtigste ist, darüber darf man sich nicht wundern, der Wohlstand.

Da stellt sich heraus: der verteilbare Mehrwert, den der Ausbeuter geschluckt hat, ist so gering, daß er ein Pfund Butter jährlich auf den Kopf der Bevölkerung ausmacht.

Ist das möglich? Alle die Gärten, die reichen Straßenzüge, die Automobile und Equipagen, die prunkenden Läden und Vergnügungsorte, das alles, aufgeteilt auf die Massen, sollte nicht mehr ausmachen?

Leider nicht. Der Luxus nimmt viel Platz weg, er ist mehr sichtbar, man hat ihn immer vor Augen; die große Zahl der Massen hat man nicht vor Augen, sechzig Millionen kann man nennen, aber nicht sich vorstellen.

Der Kapitalismus hat viel für sich verbraucht, aber noch viel mehr gespart. Er war die billigste Verwaltungsform der Weltwirtschaft; jede künftige Verwaltungsform wird unendlich kostspieliger sein. Das war nicht sein Verdienst, sondern die Folge seiner Leidenschaft für Machterweiterung durch buchmäßige Besitzrechte; es war aber seine Rechtfertigung für die abgelaufene Wirtschaftsepoche, die nur durch ihn den Wohlstand so vermehren konnte, daß er mit dem Volkszuwachs Schritt hielt, ja ihn weit überflügelte.

Mit dem Kapitalismus ist es zu Ende, doch die erwartete Erbschaft des Mehrwertes ist nicht vorhanden. Der Erblasser konnte mehr als behaglich leben, auf die große Zahl der Erben entfällt so gut wie nichts.

Das ist im Augenblick der ferneren Zukunft ohne Bedeutung. Es ist Bahn geschaffen für eine freie, gerechte und solidarische Wirtschaft und Gesellschaft. Doch sie wird aus ärmlichen und mühseligen Anfängen erwachsen und viel Rückschläge erleben und viel Zeit brauchen.

Das soll nun das Ergebnis einer sozialen Revolution sein? Von neuem Vertröstung auf eine ferne Zukunft? Und in der Zwischenzeit geht das Leben seinen Gang, bleibt der Unterschied zwischen arm und reich, spreizt sich der Reichtum wie nie zuvor, bereichert sich jeder, der die Schliche kennt.

Ja, wie ist es denn in Rußland? Freilich auch nicht schön, wenn man ehrlich und genau zusieht. Von der Sowjetrepublik ist nichts mehr übrig als ein privatwirtschaftlicher Agrarstaat von hundertfünfzig Millionen Bauern und ein Scheinsozialismus für eine Million Arbeiter. An der Spitze steht eine oligarchische Diktatur, die Sowjets haben nichts mehr zu sagen, der Zentralsowjet ist ein Parlament wie jedes andere, nur gefügiger, in der Fabrik herrscht nicht der Betriebsrat, sondern der Regierungskommissar, die Arbeitszeit ist zehn bis zwölf Stunden, die Ernährung ist schlecht, und der Haushalt ist unerschwinglich.

Dennoch geht von der Sowjetregierung ein Zauber aus, der weder von der falschen Firma noch von der unausgeschöpften Zukunftskraft des dereinstigen wahren Rätegedankens herrührt.

Immer wiederholt Lenin das eine Wort, das er glaubt und das ein großer Teil der Welt ihm glaubt: Wir haben die Ausbeuter vernichtet. Er sagt: „die Ausbeuter“, nicht die Ausbeutung. Und selbst der russische Arbeiter, der ausgebeutet wird wie nie

zuvor, schickt sich darein, denn er sieht es, und es ist wahr: der Ausbeuter, der Burjui und der Tschinownik sind vernichtet. Die Ausbeutung ist anonym, ist pro fisco.

Der Schätzung nach gab es in Rußland neben hundertfünfzig Millionen Bauern und drei Millionen Arbeitern einige hunderttausend Großbürger, Gutsherren, Beamte, Intellektuelle, kurz Burjui. Arbeiter gibt es nach den Aufstellungen der Sowjetrepublik noch eine Million, die Burjui sind erledigt.

Die Stärke und Haltbarkeit der Sowjetrepublik liegt darin, daß sie keine ist: indem sie die bäuerliche Privatwirtschaft der hundertfünfzig Millionen nicht angetastet hat, vielmehr Gewähr dafür leistet, daß es bei der Landaufteilung bleibt und die Gutsherrschaft nicht zurückkehrt.

Der Zauber der Sowjetrepublik liegt darin, daß die Bourgeoisie vor aller Augen vernichtet ist. Generale betteln, oberste Richter verkaufen alte Kleider, junge Fürstinnen hausieren in Kaffeehäusern, alte Hofdamen verhungern (nämlich soweit sie nicht erschossen oder geflüchtet sind). Das Blatt hat sich gewendet, die Rache ist vollzogen, die Leute, die in Automobilen jagen, sind sichtlich die früheren Enterbten; in dieser Richtung bleibt nichts zu wünschen. In Ländern, die kein eigentliches Freiheitsbedürfnis haben, ist die Revolution der Ranküne nun einmal die stärkste negative Treibkraft: wahrscheinlich auch bei uns. Muß es bei der Ausbeutung bleiben, so soll wenigstens niemand Vorteil davon haben: das ist der Bodensatz jeder wirtschaftlich und sozial mißglückten Revolution.

Das wissenschaftliche Aushängeschild — dessen man noch kurze Zeit bedarf — ist das Sowjetspiel,

das für weniger als ein Prozent der Bevölkerung gespielt wird. Heute schon recht nachlässig, mit zweiter Besetzung, beinahe zynisch.

Es herrscht, wie seit jeher in der russischen Geschichte, mit autokratischer Macht eine Horde von anfänglich einigen Tausend, jetzt einigen Dutzenden, bald wenig Einzelnen, nur ist die Horde diesmal kein Stamm, sondern ein Klub.

Der Heeresapparat des Landes funktioniert dank dem Talent des größten russischen Organisators, der Wirtschaftsapparat ist tief zerrüttet, läßt sich aber in einigen Jahrzehnten in Ordnung bringen. Rußland ist bestimmt, nicht nur die größte Macht, sondern das Schicksal Europas zu werden.

Gleichviel, wie weit die enge Theoretik der führenden russischen Staatsethiker sich Mühe gibt, das Sowjetideal zu verwirklichen oder seinen Schein zu wahren: der geistige Golfstrom, der von diesem Lande ausgeht, ist nicht zu dämmen. Auf die Hefe eines jeden Volkes wirkt die durchgeführte Revolution der Ranküne, auf die Geistigen eines jeden Volkes wirkt der nicht verwirklichte, nicht entwickelte und dennoch fühlbar gewordene Kern des überdemokratischen Gedankens, der von mittelmäßigen und mechanisch anschauenden Naturen als Rätegedanken verstanden und angebetet wird.

Es gehört wenig dazu, in Deutschland die sogenannte Diktatur des Proletariats — nämlich die Diktatur der Agitatoren unter dem Schutz der Straße — und die Räterepublik — nämlich eine auf die städtische Fabrikarbeiterschaft aufgebaute Verfassung — zu errichten. Die Dauer dieses Zustandes läßt sich, wie gesagt, auf Monate veranschlagen. Die Gegenkräfte, die ihn beseitigen, sind leicht zu ermessen:

zunächst würde sich nicht das ganze Land unterwerfen. Das besetzte Gebiet bleibt ausgeschlossen. Der größte Teil von Süddeutschland splittet ab, wahrscheinlich für immer. Das Bauernland lehnt sich auf und weigert die Ernährung der Städte. Es entsteht ein Inselkomplex von kleinen Räterepubliken, von denen Brandenburg die größte und entsetzlichste sein wird. Diese Gebiete aber können nicht wirtschaften, weil unsere Produktion nur durch Massenverkehr und Massenabsatz leben kann. Auch wenn die Entente darauf verzichtet, uns die Rohstoffe zu sperren, erliegen nach wenigen Wochen die Werke aus Mangel an Aufträgen, Transport und Betriebsmitteln. Ein hochentwickelter Auslands- und Finanzverkehr läßt sich nicht auf ein zersprengtes Kantonwesen überleiten. Die Bürgerschaft, die nicht wie in Rußland einen Prozentbruchteil, sondern einen erheblichen Teil der Bevölkerung ausmacht, kann weder vernichtet noch zur wirksamen Mitarbeit gezwungen werden; der Einschlag der bürgerlichen Arbeit aber ist in einem lohnarbeitenden Industriestaat von feinstem Werkmechanismus ein anderer als in einem Agrarstaat. Es bedarf daher keines Eingriffs von außen, um eine mechanisch erzwungene proletarische und Rätediktatur in Wochen oder Monaten zu fällen.

Verzweiflungspolitik wäre es, diese hundert Tage des Umsturzes zu ersehnen, damit Ruhe eintritt, wenn einmal die Massen erkannt haben, welche Bewandnis es mit dem Paradiese hat, das ihnen die Räteapostel versprechen. Von Menschenopfern und Wertverlusten nicht zu reden: die deutsche Einheit und politische Geltung bleibt vernichtet, der Mechanismus der Wirtschaft und Verwal-

tung zerbrochen, und der Reaktion ist die Bahn geebnet.

Soll demnach der heutige Zustand bestehenbleiben? Soll unter der gebrechlichen Kruste einer scheinbaren Regierungsordnung die Ranküne von links und die Ranküne von rechts weiterfressen, bis der unterhöhlte Boden unter dem Tritt des Zufalls einbricht?

Der herrschende Zustand unserer politischen Impotenz, dem man die Bezeichnung der Idiokratie nicht länger wird versagen dürfen, vertröstet uns auf eine „republikanische Armee“. Muß man es aussprechen, daß ein solches Ding, in Form einer Söldnerschaft, eine Unmöglichkeit ist? Natürlich kann man immer wieder eine Anzahl Statisten mieten und in grüne, graue oder blaue Röcke stecken, die in jedem Konfliktsfalle sich „neutral erklären“ oder „über den Parteien stehen“ oder „sich entwaffnen lassen“. Aber wo ist der gesunde, charakterfeste, arbeitsfähige und arbeitswillige „organisierte Arbeiter“, der sich entschließt, sein freies Leben, seinen Tagesverdienst von vierzig Mark, sein Streik- und Versammlungsrecht gegen einen zwölfjährigen Söldnervertrag, straffe Disziplin und Versorgungsschein zu vertauschen? Heute haben wir noch eine Anzahl stellenloser Bäcker, Fleischer und Bauernburschen in Uniform; es sind tüchtige Leute darunter, doch die gesuchten, „zielbewußten Republikaner“ scheinen sie nicht zu sein, sonst würde man ja wohl nicht andere wünschen.

Und wo sind die gesuchten republikanischen Offiziere? Wer unter dem alten Regime Offizier wurde, von dem darf man, ohne seiner Ehre zu nahezutreten, nicht annehmen, daß er als heimlicher Sozialist

und Republikaner seinem Obersten Kriegsherrn Treue schwor. Sucht man Novembersaulusse? Oder Mißvergnügte, Verschuldete, in der Karriere Gescheiterte? Oder Zivilisten, die man in Unkenntnis ihrer verhöhlten Gesinnung im Kriege avancieren ließ?

Wo sind die Truppen der „republikanischen Armee“, und wo sind ihre Führer? Und hätte man sie gefunden: mit welchen Mitteln wollte man aus diesen Mustersöldnern ein Gebilde der Disziplin, ein Werkzeug der „Ruhe und Ordnung“ machen?

So lange eine Miliz uns verwehrt, ein Söldnerheer uns auferlegt ist, haben wir uns mit dem Gedanken abzufinden, daß unsere Armee eine reaktionäre Gefahr birgt, die sich nicht unfehlbar, doch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit bändigen läßt: nämlich mit denjenigen bekannten Mitteln der Teilung und Kontrolle, die man in anderen, ähnlich gefährdeten Ländern zu üben gelernt hat. Diese Gefahr ist nicht unbedenklich, aber zeitlich begrenzt und jedenfalls vorzuziehen einem theoretisch dozierbaren, praktisch unmöglichen Zustand einer angeblich revolutionären oder auch nur republikanischen Truppe, die bei jedem Konflikt zunächst unterhandelt, dann versagt. Um sie zu erledigen, bedarf es keiner militärischen Operation, sondern nur einiger schlagfertiger Agitatoren.

Mit der Armee ist es also auch nichts. Sollen wir nun die Hände in den Schoß legen und uns dem Schicksal ergeben, das als Verwahrlosung, Putsch oder Diktatur über uns kommt?

II

Unsere Demokratie ist Fäulnis vor der Reife.

Wir sind in der Lage der lichtlosen Städte vor fünfundzwanzig Jahren, die noch rasch eine Gasanstalt bauten, als die anderen von Gas zur Elektrizität übergingen.

Demokratie war die gegebene Regierungsform des liberalen und plutokratischen Jahrhunderts. Unser borniert professoraler Liberalismus verschmähte sie; er ließ sich dafür belohnen, daß er die rückständig und unsittlich gewordene Autokratie und Feudokratie einfach als nicht vorhanden hinstellte und das „freieste Wahlrecht“ eines impotenten Reichstages verherrlichte.

Demokratie, zu deutsch Volksherrschaft, die Regierungsform mit dem schönsten Namen und dem herrlichsten Phrasenschatz, bedeutet keineswegs Herrschaft des Volkes.

Sie bedeutet, daß das Volk etwa alle vier oder fünf Jahre einmal abzustimmen hat, und zwar über fünf bis sechs Wahlprogramme, die untereinander zum Verwechseln ähnlich und voll von törichten, unaufrichtigen, verschwommenen und unverbindlichen Redensarten und Versprechungen sind. Gebunden an diesen Phrasenzettel, wählt es einen Abgeordneten, der ihm von einer Art Klub präsentiert wird und den es von Bierversammlungen her kennt, wo er mit großem Stimmaufwand und heftigen Armbewegungen grobe Versprechungen gemacht und auf die Gegenparteien geschimpft hat. Viel anderes weiß das Volk nicht von diesem Mann und von dem, was er kann und will. Natürlich hat er sich durch Sonderversprechungen mit allen möglichen einflußreichen Vereinen, Verbänden, Zutreibern und Geldgebern verständigt.

Ist der Mann gewählt, so ist das Unglück geschehen. Auf Jahre wird man ihn nicht wieder los. Man kann froh sein, wenn man nicht den dümmsten Agitator, sondern einen ungefährlichen subalternen Parteibeamten, einen fleißigen Gewerbspolitiker oder eine Finanzsäule der Partei erwischte hat. Die Hoffnung besteht, daß er nicht Minister wird oder, wenn er es wird, es nicht lange bleibt oder, wenn er lange bleibt, nicht zuviel Schaden anrichtet.

In den westlichen Ländern hat Demokratie während der Periode des Liberalismus und Hochkapitalismus sich vorzüglich bewährt und jeder anderen Regierungsform, insbesondere der unseren, sich als überlegen erwiesen. Sie war eben die Fortsetzung der plutokratischen Wirtschaftsform auf politisches Gebiet, und wie die hochkapitalistische Wirtschaftsform die einzige war, die die Welt reich machen konnte, so war die plutokratische Regierungsform die einzige, die die Staaten aktiv, geschickt und mächtig machte.

Demokratie war einfach die uneingestandene Herrschaft der Wissenden, Gebildeten und Wohlhabenden über das Stimmvieh. Der Wahlmechanismus war Cliquen- und Geldsache, und so erklärt es sich, daß in allen diesen Ländern die Proletarier zwar in der Mehrzahl, die Parlamente aber rein bürgerlich sind. Frankreich, die Republik der Republiken, konnte keine Einkommensteuer durchsetzen.

Freilich lagen in jenen Staaten die Verhältnisse damals anders als heute in Deutschland. Zunächst ließ das Stimmvieh sich gar nicht ungern täuschen. Aus langer Schulung kannte es seine Parteien, seine Abgeordneten und Staatsmänner, es wußte, was die Parteien wollten und was von den Männern zu er-

warten war. Denn auch diese Männer waren in langer Schulung gezüchtet und erwachsen, allenthalben bestand ein bewährtes, hochgebildetes und geschäftsgeübtes, teilweise erbliches Staatspatriziat, ein republikanischer und demokratischer Adel, der nicht wie der unsere agrarisch und dynastisch beschränkt, sondern durch Kampf, Auslese und Leistung qualifiziert war.

Sodann waren die Verhältnisse stetig, nicht revolutionär, der Wohlstand groß und wachsend, die Plutokratie unerschüttert. Die Politik lief seit Jahrzehnten, in England seit Jahrhunderten, wie ein stetiges Schiff in ruhigem Wasser, es bedurfte verhältnismäßig geringer, wohlüberlegter Steuerbewegungen, um von weitem einer Klippe oder Strömung auszuweichen. Das Volk war neben seiner Eigenschaft als Stimmvieh doch nicht ganz ungewohnt, diesen Steuerbewegungen zu folgen; es verstand mehr von den Interessen des Staates als von seinen Eigeninteressen, es glaubte, nicht ganz mit Unrecht, daß, wenn es den Reichen gut ging, für die Armen etwas abfiel. Es war etwas von dem übrig, was man im achtzehnten Jahrhundert Verständnis für Politik nannte und was Verständnis für die Politik der Großen war, während es eine Politik der Kleinen einfach nicht gab, sondern bestenfalls eine Fürsorge.

Vor allem aber ist man im Westen an Plutokratie gewöhnt. Natürlich spricht man nicht davon; natürlich gibt es auch dort radikale Proletariate; doch die Schätzung des Eigentums ist eine überaus hohe, die unterbewußte Forderung lautet: auch ich will wohlhabend sein, nur fehlt der mittel- und osteuropäische Nachsatz: wenn ich es nicht bin, soll

es auch mein Nachbar nicht sein. Man betrachtet — uneingestanden — die Plutokratie als eine Art von Auslese; das ist sie auch in gewissem Sinne, zumal unter gesunden und aufstrebenden Wirtschaftsverhältnissen. Uns darf sie als Auslese nicht genügen, weil sie den Intellekt gegen die Gesinnung bevorzugt und zu einer für uns gefährlichen Erblichkeit neigt; im Westen ist die Gesinnung ausgeglichener, der Wettbewerb freier; Verstand und Erfolg werden bewundert, weil man Gesinnung voraussetzt. Eine plutokratische Regierungsform, zumal da man sie als solche nicht erkennt, ihrer gewohnt ist und der Vergleiche entbehrt, hat daher in jenen Staaten nichts Abstoßendes.

Dennoch ist im Westen der formaldemokratische Gedanke schwer erschüttert: durch das Entsetzen des Krieges, durch die tiefere Forschung nach der Ursache, durch die Stärkung der Proletariate, durch Not und Teuerung, durch die Atmosphäre der kontinentalen Revolutionen, durch Rußland. England wird der erste Staat sein, der ohne viel Theorie, ohne viel Gerede und ohne starke Erschütterung die demokratisch-plutokratische Staatsform durch neuzeitliche Gebilde ersetzt.

In diesem Augenblick führen wir die formale Demokratie in ihrer herrlichsten Form ein; als letzte Neuheit in der Form von 1848. Kein Hauch eines neuen Gedankens hat sich in Weimar geregt, der alte Liberalismus feierte goldne Hochzeit in Vatermördern und Krinoline.

In keinem Lande ist Biedermeierdemokratie gefährlicher als bei uns, und zu keiner Zeit war sie gefährlicher als heute.

Wir haben keinen stetigen Kurs wie England, sondern leben in Revolution. Wir haben kein einheit-

liches, zentralisiertes Land wie Frankreich, sondern stehen vor der Zersplitterung. Wir bestimmen unsere Macht nicht selbst wie der Westen, sondern stehen unter feindlicher Aufsicht. Wir sind im Kampfe aller gegen alle, in voller Auflösung der Sitte, im wirtschaftlichen Bankrott. Niemand hält seine Abrede, niemand glaubt, niemand bindet sich oder fühlt sich gebunden. Wenn ein Schiedsspruch fällt, wird er nicht angenommen. Wenn ein Tarifvertrag vereinbart ist, wird er nicht gehalten. Da soll sich jemand an einen vierjährigen Stimmzettel binden? Da soll das Schicksal davon abhängen, daß einer nach einem verwaschenen Wahlprogramm irgend jemand gewählt hat, den er nachträglich als einen Schlauberger oder Dummkopf erkennt? Da soll jemand im Ernst glauben, daß er mit seinem souveränen Willensanteil den Staat regiert, weil er an irgendeinem Sonntag nach dem Grundsatz des kleineren Übels eine Wahlhandlung vollzogen hat? Da soll einer, wenn ein neues Parlament sich in der ganzen Unfähigkeit seines Rummel- und Klüngelwesens zu erkennen gibt und aus Angst vor Männern Prämien auf Mittelmäßigkeit setzt — da soll einer diese Anstalt als eine ihn bindende und verpflichtende höchste Geistesautorität des Staates ansehen, ihre Abstimmungsergebnisse als Gesetze und die Verlegenheitsregierung, die ihr entsteigt, als verkörperte Staatsgewalt verehren?

Kurzbeiniger, krummbeiniger Schwindel. In der Reichstagsgarderobe blüht der Respekt, die Briefumschläge mit dem runden Stempel sehen vertrauenswürdig aus, die grauen Autos machen sich gut. Daß man die Backenstreiche der Entente würdevoll grollend einsteckt, ist kein Vorwurf; das

liegt in der Zeit. Daß man Verantwortung mit Versorgung verwechselt, ist schlimm. Daß man den Staatswillen im Lande nicht durchsetzt, ist schlimmer. Daß der Staat, der bellt, aber nicht beißt, in jedem seiner Gesetze mit der Miene der Ahnungslosigkeit das Undurchführbare und Zweckwidrige verlangt, ist lächerlich. Daß er aber starr in den Souffleurkasten der Nebenregierung blickt, während er aus gepreßter Kehle seine Arien singt und der Unkenruf „Ultimatum“ dem Publikum vernehmlich ins Ohr steigt, das scheint zwar bloß lächerlich, führt aber zur Katastrophe. Das ist der Zustand vor und unter Kerenski. „Unter keinen Umständen lasse ich mir euren Willen aufdrängen“, sagt die unerbittliche Staatsgewalt. „Doch war ich eben im Begriff, ihn aus eigenem Antrieb zu erfüllen“, setzt sie verbindlich zürnend hinzu.

Ultimatum Kapp — man vergesse nicht, daß es praktisch, obwohl mit entrüsteter Ablehnung, angenommen wurde. Ultimatum der Gewerkschaften, Ultimatum Bielefeld, Ultimatum Foch — das ist der Inbegriff formaldemokratischer Souveränität.

Man nehme dazu den Anblick der Führerschaft, des Parlaments, der Finanzwirtschaft, der Vermögensvergeudung und Schieberei, und man erhält den Inbegriff formaldemokratischer Staatskunst, Politik und Wirtschaftsführung. Glaubt ein Mensch, das könne so weitergehen? Glaubt ein Mensch, das werde sich von selbst ändern? Glaubt ein Mensch, diese Art des „Aufstiegs der Tüchtigen“ werde Deutschland zu einem geistig geleiteten, selbstverantwortlichen Volk machen?

Das Volk, so zersplittert, mißhandelt, enttäuscht und verhungert, hat in diesen achtzehn revolutio-

nären Monaten einen Beweis gegeben, der manche böse Erfahrung aufwiegt und die erste Hoffnung einläßt: den Beweis einer Richtkraft. Abgelenkt nach links, nochmals nach links, scharf nach rechts und wieder nach links, hat es sich immer wieder, der Magnetnadel vergleichbar, in seine eigene Richtung eingestellt. Diese Richtung aber ist: Wille zur Arbeit, Abneigung gegen Extremismus, Wille zur Ordnung.

Das ist noch nicht viel. Noch fehlt nationales Bewußtsein, politischer Sinn, Unterscheidungsfähigkeit für Menschen und Gedanken. Dennoch darf man jener Richtkraft vertrauen; sie wird sich mit jedem Einbruch von rechts oder links verstärken. Die erste Urteilsregung, die hinzutritt, aber wird diese sein: daß nicht Symptomkuren, nicht Hausmittel und nicht Gewaltstreiche uns frommen, sondern daß der krankhaft falsche formaldemokratische Aufbau unseres Staatswesens nur durch Zellerneuerung aus der Tiefe gesunden kann.

III

Die Gegensätze unseres vielgestaltigen Interessen- und Gedankenlebens sind zu mannigfaltig und zu groß, als daß sie durch sechs Parteiformeln ausgedrückt werden können.

Die Funktionen unseres öffentlichen Lebens sind zu vielfältig, als daß ein durchschnittliches Zufallsparlament sie begreifen oder gar meistern kann.

Die Aufgaben der Neuordnung sind zu schwierig, die Zahl der beträchtlichen Köpfe ist zu klein, als daß eine Partei-, Klub- und Cliquenwirtschaft die erforderliche Geistes- und Willensmenge erschwingen kann.

In den Zellen des Volkskörpers, nicht in einem entfremdeten Parlamentsgehirn, in beständiger Fühlungs- und Reibungsarbeit, nicht in vierjährigen Wahlperioden und angeblich „hochpolitischen“ — in Wirklichkeit albernen, zuweilen pöbelhaften — Debatten müssen die Gegensätze ausgeglichen, die Willensmeinungen destilliert und die führenden Geister auserlesen werden.

Hier liegt der zukunftstragende, dunkel erschaute Kern des noch nirgends — am wenigsten in Rußland — verwirklichten Rätegedankens. Wenn in täglicher Gemeinschaftsarbeit heute schon die Arbeiter, Angestellten und Betriebsleiter etwa des Metallgewerbes ihre eigenen Angelegenheiten beraten, so entsteht Verständnis, Respekt, Personenkenntnis, Problemerkfassung, Interessen- und Gedankenvertretung wenigstens innerhalb eines beschränkten Berufskreises. Entsendet ein solcher Verband Delegierte in einen höheren, etwa allgemeinen Industrieverband, so kann man sicher sein, es sind geeignete Leute, sie verstehen etwas von den bewegenden Problemen, sie bleiben mit ihren Genossen in Fühlung, sie wissen, was sie wollen.

Man fürchte sich doch nicht vor „imperativen Mandaten“. Niemandes Mandat ist in höherem Maße imperativ als das des heutigen „freien Volksvertreters“. Er ist der Troupier — nicht etwa eines Volksteiles — sondern einer bornierten, unbelehrbaren Fraktion, die nicht nach Menschenverstand, sondern nach unbelehrbaren Grundsätzen urteilt und ihren eigenen Auftraggebern gegenüber Politik treibt. Die für die gewaltigen Unterschiede menschlicher Qualitäten überhaupt keinen Sinn hat, weil sie nur aus Durchschnittlern besteht und das durch-

schnittlichste ihrer Mitglieder jeder Aufgabe für gewachsen hält: denn nebenher hat der Durchschnittler auch keinen Begriff von Problematik und Schwierigkeit, das merkt man aus jeder seiner Reden.

Der Leib Europas ist krank. Der Osten und Südosten zeigen Erscheinungen der Zersetzung. Deutschland liegt darnieder, gefährdeter als je in seiner Geschichte. Was tut man, um Deutschland zu heilen? Man macht eine allgemeine Abstimmung: Wer ist für Monarchie? wer für Schwerindustrie, Handel, Kirche, Sozialreform oder Räterepublik? Man setzt die Produkte der Abstimmung in einen Oberlichtsaal und erwartet, daß diese Leute, von denen nicht der zehnte auch nur die Probleme begreift, auf die es ankommt, mit eigener Hand oder durch ihre Ausschüsse die tausendfältige Krankheit heilen. Das mag einem Journalisten einleuchten, der die Früchte seines Studiums zum dogmatischen Maßstabe geistvoller Kritiken nimmt, der nie verantwortlich Hand anzulegen gezwungen wird und dem es freisteht, seine Irrtümer zu vergessen und seine Wahrsprüche aufzuwärmen. Wenn aber sein Kind erkrankt, so wird er sich hüten, einen Parlamentsausschuß nach Diagnose und Therapie zu fragen, sondern er wird einen ärztlichen Fachmann rufen.

Es gibt keine katholische Steuergesetzgebung, keine königstreue Zollpolitik und keine demokratische Statistik. Die Probleme, an denen unser Leben und Sterben hängt, sind Fachprobleme. In ihrer einzelheitlichen Gegensätzlichkeit begreift sie der Fachmann, in ihrer Gesamtheit mögen sie von zwölf Deutschen begriffen werden. Der Fachmann ist freilich Partei, er ist einseitig, interessiert und selten

objektiv zuverlässig. Doch der Fachmann, gekuppelt mit seinem Gegeninteressenten, gibt ein brauchbares Paar; die Kenntnis bleibt, die Interessen halten sich die Wage und fordern die Synthese, die Unzuverlässigkeit tritt kontradiktorisch zutage und wird aufgehoben. Die Kämpfe werden langatmig, mildern sich schließlich durch gegenseitiges Verstehen und können, wenn sie dennoch unentschieden bleiben, von dritten ohne allzu große Ungerechtigkeit geschlichtet werden. Das ist immerhin etwas anderes, als wenn in einer parlamentarischen Abendsitzung eine Zufallsmehrheit von gähnenden, übermüdeten, abreisebegierigen Nichtkennern Lebensfragen des Volkes nach dem Gesetz des kleinen Widerstandes und des plausiblen Mißverständnisses entscheidet oder wenn in einer apathischen Kabinettsitzung entscheidende Beschlüsse von der Suade des letzten Besuchers, von journalistischer oder fraktioneller Rücksichtnahme oder vom Schlummer der minderbeteiligten Ressorts abhängen.

Man vergesse doch nie: daß die Parlamente in problemlosen Zeiten entstanden sind, genauer gesagt in Zeiten, die ihre Probleme nicht wesentlich behandelten, nicht wesentlich zu behandeln brauchten; man schuf sie als Steuerbewilligungsmaschinen. Das sind sie, trotz aller Substitution des Grundes, bis auf den heutigen Tag geblieben, sie funktionieren daher nur in gesunden Staaten. Sie sind Maschinen und funktionieren, solange der Dampfer seetüchtig ist, sie können jedoch weder ein Leck stopfen noch ein veraltetes Schiff umbauen, dazu braucht's Ingenieurarbeit. Die großen Staatsingenieure vom Schlage Richelieus und Colberts waren Volkshirten, Hüter unmündiger Bevölkerungen.

gen nach der Art Melchisedeks und Agamemnons; selbst die problematische Figur Lenins ist von diesem Schlage. Eine Staats- und Wirtschaftsreform alter Zeit aber war als Aufgabe zwar größer, doch nicht komplizierter als heute die Reform einer großen Gutsherrschaft, Aktiengesellschaft oder Stadtverwaltung. Die Aufgabe heutiger Staats- oder Wirtschaftsreform wollen und dürfen wir nicht durch Volkshirten lösen — obzwar es möglich wäre —, wir wollen und dürfen es nicht, weil der Respekt vor Interessenverletzung bis zur Krankhaftigkeit gesteigert ist, weil er eigentlich der einzige Respekt ist, der uns erhalten blieb. Parlamente jedoch und ihre Werkzeuge, Kabinette und ihre Ministerien können die Aufgabe überhaupt nicht erfassen, und könnten sie es, so könnten sie sie so wenig lösen, wie ein Trambahnfahrer in voller Fahrt den Kontroller und Motor seines Wagens umkonstruieren kann.

In der Schrift vom Neuen Staat habe ich dargestellt, wie der absterbende politische Staat durch Fachstaaten ersetzt werden wird. Der bornierte Liberalismus, der ein Jahrhundert mit Neid auf England geblickt hat und gar zu gerne die glänzende Victorianische Epoche mit uns parlamentarisch nachüben möchte, wird nie begreifen, daß die politische Aufgabe Deutschlands darin liegt, nachdem wir die Epoche des Gaslichts verschlafen haben, von der Öllampe unmittelbar zur Elektrizität überzugehen. Die Unproduktiven, die nur die Vergangenheit kennen und an *Epigonitis romantica* leiden, wollen die bekannten Rollen eines Gladstone, Disraeli, Thiers und Gambetta geben, weil sie nicht wissen, daß Politik Verwirklichung des Künftigen, nicht die Neueinstudierung des Alten ist, weil sie

nicht begreifen, daß an die Stelle republikanischen, kolonialen, diplomatischen und parlamentarischen Ausbaus die Neugestaltung der Wirtschaft und in ihrer Folge die der Gesellschaft getreten ist.

Es entsteht demnächst das erste deutsche Wirtschaftsparlament, genannt Reichswirtschaftsrat. Seine Erschaffung war die einzige schöpferische Tat der endlich erledigten Nationalversammlung würdelosen Angedenkens; leider keine freiwillige, sondern durch Gewerkschaftsultimatum erzwungene. Das ist — oder, da wir unreif sind: das sollte sein — der erste Schritt zur Sprengung des hinfällig gewordenen rein politischen Staates und zu seinem Ersatz durch den neuständischen Fachstaat.

Glückverheißend — wenn auch mit geringer Hoffnung: denn wir sind unreif — ist das Widersprechende, Regellose, Undefinierte seines Aufbaus und seiner Stellung.

Es ist ein Parlament und ist kein Parlament. Aus Ratlosigkeit wird es Rat geheißen. Wohl ihm, wenn es begreift, daß es kein Parlament und deshalb mehr als ein Parlament ist. Wehe ihm, wenn es mit allen herkömmlichen Ungezogenheiten, Unzuständigkeiten, Unverantwortlichkeiten Parlament spielen will.

Der grundlegende Fehler wird gemacht, wenn das Wirtschaftsparlament nach alter Schulregel sich in Fraktionen teilt. Möge fürs erste eine Teilung in bürgerliche und sozialistische Gruppen oder, solange das paritätische Schlagwort herrscht, in Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen sich vollziehen; das ist einer der vielen unschädlichen Übergänge.

Der zweite Grundfehler wird gemacht, wenn das Wirtschaftsparlament sich allemal darauf festlegt, Beschlüsse zu fassen. Seine Stärke ist Beratungsarbeit und Klärung. Mögen dabei Mehrheits- und Minderheitsvoten herauskommen oder Gutachten mit mehrfachen Schlußfolgerungen entstehen: während unserer politischen Schulzeit ist Gesetz und Gesetzgebung minder wichtig als Verständnis, und wenn fürs erste die Lotteriezziehung oder Gesetzmacherei weiterhin durch das politische Parlament der Fraktionäre erfolgt, so ist es nicht schlimmer als jetzt und nicht schlimmer als bei gewöhnlichen Verlosungen, bei denen, soviel ich weiß, Waisenknaben verwendet werden. Im Ernst gesprochen: Unsere notwendige wirtschaftliche Umwälzung ist Experimentationsarbeit und kann, bei Unwissenheit und Zersplitterung, nicht mit einem Schlage gelingen. Der größte Teil der Gesetzarbeit wird immer von neuem revidiert und rückgängig gemacht werden müssen, bis Stabilität eintritt. Dieses Hin und Her mag bis auf weiteres von der abgenutzten politischen Maschine besorgt werden; es genügt, wenn im Wirtschaftsparlament durch stets erneute Arbeit Klärung und Richtung entsteht. Pedantisch erzwungene Majoritätsbeschlüsse werden diesen Gang hemmen. Zumal die Zusammensetzung zum wohltätig regellosen Irrationalen gehört. Über dem Ganzen schwebt der fromme Glaube an Parität: an das gottgegebene Gleichgewicht zwischen tausend Arbeitern und einem Unternehmer. Auch das schadet nicht; denn das Wirtschaftsparlament sollte, mit Hilfe der politischen Maschinen, sich selbst erneuern und umgestalten. In diesem Maße, wie es zur Vergildung der Wirtschaft vordringt, muß es seine ganz

willkürlich gegriffenen Präsentationskörper und Präsentationszahlen durch rationale Gildenvertretung ersetzen. Jede revolutionäre Zelle ist von Anfang an durch Willkür gebildet, in komischem Gegensatz zu der späteren pathetischen Ordnung der sekundären Gebilde. Eine Reichstagswahl vollzieht sich mit strengstem notariellen Pomp; und niemand fragt danach, ob in den Novembertagen die Wahlen zum Zirkus Busch auch nur einigermaßen rational kontrolliert werden: obwohl aus dieser Zelle sich die Verfassung mit allen ihren Ordnungsschikanen entwickelt hat.

Auch die Stellung des Wirtschaftsparlaments zur politischen Maschine ist erfreulicherweise so undefiniert wie möglich. Auf dem Papier stimmt es einigermaßen. Doch zu den fruchtbarsten Kämpfen ist Gelegenheit, wenn dermaleinst Konflikte entstehen und Proteste und Ultimaten der Gewerkschaften und Verbände auf die hilflose politische Maschine hageln. Freilich nur dann, wenn der Wirtschaftsrat nicht den parlamentarischen Weg geht; andernfalls kommen die Ultimaten von beiden Seiten, wie bisher, ungerufen.

Auch das ist gut, daß das Wirtschaftsparlament überwiegend aus Leuten mit imperativen Mandaten besteht. Denn zum mindesten eine Erkenntnis wird sich durchsetzen: daß kein Mandat und Programm restlos zu realisieren ist. Es wird sich also zwischen Gewählten und Wählern ein anderes Verhältnis ergeben als zwischen Abgeordneten und periodischem Stimmvieh. Es wird nicht genügen, daß man alle vier Jahre den üblichen Phrasenhonig ums Maul schmiert, sondern man wird sich dauernd mit den Auftraggebern abzufinden haben, und das schein-

bar imperative Mandat wird sich in sein Gegenteil verkehren, indem nicht der Wähler dauernd das Unmögliche verlangt, sondern der Gewählte ihm das Mögliche klarmacht.

Wird das Wirtschaftsparlament tragfähig — es ist nicht ausgeschlossen, obwohl wir unreif sind —, so wird es nicht bloß zum Ausblick in eine neue politische Welt, eine überdemokratische, sondern zum Übergang in die neue Wirtschaftsform, die der Welt not tut und uns zumeist und die nur deshalb nirgends verwirklicht wird, weil sie nirgends begriffen ist, die deshalb nicht begriffen wird, weil Schlagworte und Schieberinteressen ihr entgegenstehen. Ihre Verwirklichung aber wird an dem Tage beginnen, wo die politische Maschine sich gezwungen sieht, die Geldbeschaffung auf das Wirtschaftsparlament abzuwälzen, und dieses die Probe besteht, die Last zu übernehmen.

IV

Der Erfolg der Wahlen wird zeigen, daß das Volk sich unter der formalen Demokratie nichts vorstellt. Die liberalen Ideen von 1848 sind die nebensächlichsten und die zeitfremdesten, die es heute gibt. Eine Partei, die ihre Ziele verwirklicht hat, mag sie heißen wie sie will, ist konservativ und nicht einmal reaktionär. Sie steht in der Defensive, trägt Verantwortungen, denen sie nicht gewachsen ist, kann nichts versprechen und bieten, ausgenommen gleichgültige Verbesserungen und gute Verwaltung, und kann beides nicht halten.

Das Beste an der demokratischen Partei ist nicht ihr Bau, sondern das Grundstück, auf dem er steht. Die „gutgeschnittene Ecke“ rechts vom soi disant

Marxismus und links vom großbürgerlichen Block. Auf dieser Ecke wird das Haus der Zukunft stehen, gleichviel, von wem es errichtet wird. Aber eines müssen die Architekten begreifen: um „Kratien“ handelt es sich künftig nicht mehr, sondern um Organismen der Gemeinschaft, nicht der Individualitäten.

Was heißt denn das, eine „Kratie“, gleichviel ob Aristokratie, Feudokratie, Plutokratie, Monokratie? Daß einer oder einige die andern beherrschen, herrschen heißt *κρατεῖν*. Es wird aber in Zukunft niemand imstande sein, einen andern zu beherrschen, und niemand gewillt sein, sich beherrschen zu lassen. Auch der Demos wird niemand beherrschen, geschweige sich selbst. An die Stelle der Demokratie tritt die Akratie — nicht die Anarchie. Es besteht nicht Herrschaft, sondern Gemeinschaft, nicht Regierung, sondern Verwaltung, nicht Kommando, sondern Verantwortung. Gemeinschaft, Gemeinordnung und Gemeinwirtschaft. Es werden nicht vom Demos Herrscher auf Zeit gewählt, wie die Frösche sich den Storch, die Tiere sich den Löwen und die Juden sich den König wählten, sondern Vertrauensleute walten ihres Amtes. Das scheint das gleiche und ist etwas ganz anderes.

Freilich werden immer Einzelmenschen die Führung haben, und das sollen sie. Sie sollen noch mehr Vertrauen haben als die jetzigen, größere Verantwortung, unbeschränktere Vollmacht und ungestörtere Arbeit. Doch sie sollen ihre Vollmacht nicht erhalten durch die Zugehörigkeit zu einem Klub oder Wahlverein, durch Goldleistung, Wahlgeschrei und auf Grund der lächerlichen Fiktion, daß ein vierjähriger Wahlturnus die Befähigten aussiebt.

Daß dies nicht der Fall ist, beweist der Augenschein und wird die bevorstehende Wahl von neuem beweisen. Daß man den Unsinn bisher gutgläubig hinnahm, liegt daran, daß man sich mit den Problemen nicht befaßte und stillschwieg und glaubte, daß es andere Lösungen nicht gibt. Bis vor zwei Jahren war der Begriff der Demokratie in Preußen gesellschaftlich strafbar; solange er ein Fortschritt war, wagten die Fortschrittsleute nicht, sich zu ihm zu bekennen, nach dem Zusammenbruch merkt keiner, daß er in seiner formalistischen Gestaltung zum Rückschritt geworden ist, zum Rückschritt in die Plutokratie.

Heute liegt die Aufgabe nicht in der Verwirklichung einer Kratie, sondern im Aufbau einer Gemeinschaft, politischen und wirtschaftlichen. Um ihn zu schaffen, braucht man keine Genialitäten, aber auch keine Dummköpfe. Und damit nicht wieder irgendeine Kratie herauskomme, eine Herrschaft der Wohlhabenden, der Privilegierten, Zöglinge oder Erblinge, bedarf es der allgemeinen Erziehung und Bildung und solcher Ausleseformen, wie sie die kommende Wirtschaftsgestaltung mit sich bringt, nämlich die Auslese bei der täglichen Arbeit. Als erster — freilich durchaus ungewollter und unzulänglicher — Versuch mag das Wirtschaftsparlament willkommen sein.

Je größer die Unreife, desto unerschütterlicher die Dogmatik. Fanatische, an Irrsinn grenzende Dogmatik Einzelner hat etwas Großartiges und kann die Welt in neue Bahnen lenken. Irrsinnige können Religionsstifter sein. Der russische Klubfanatismus ist die stärkste Triebkraft unserer Zeit. Doch Dogmatik aus Impotenz, kalter Fanatismus aus Urteils-

schwäche und Nachahmung ist politischer Infantilismus.

Wenn die Russen mit klarer Überlegung mehrere hunderttausend Menschen und Existenzen vernichten und die Mechanik ihres Landes zugrunde richten, um die sogenannte Ausbeutung zu beseitigen, nämlich um eine harte Form der persönlichen Ausbeutung durch eine härtere Form der anonymen Ausbeutung zu ersetzen, so schaffen sie nicht nur der Gewalt des Ressentiments Luft, sondern sie leiten eine Reihe von Experimenten ein, denen auf Jahrhunderte bestimmender Studien- und Agitationswert zukommt.

Wenn dagegen bei uns ein verlorener Krieg dazu führt, daß einfache Naturen den Krieg als „größtes Übel“ schlechthin in den Mittelpunkt des Denkens stellen — die Ausrottung eines materiellen Übels, und wenn es die Schwindsucht wäre, kann niemals Mittelpunkt organischen Denkens sein —, wenn sie ferner diesen Standpunkt der Nation aufzuzwingen suchen, so ist dies einfach erklärliche Reflexwirkung.

Das gleiche, wenn als Reaktion gegen gern ertragenen, unerwartet abgedankten Feudalismus, Kapitalismus, Autokratismus und Militarismus das Hurragegefühl mit verändertem Vorzeichen sich in Kleidertracht, Redeweise und Bildlichkeit als voraussetzungslosen Radikalismus hinstellt und den Anspruch sittlicher Ausschließlichkeit erhebt.

Zunächst: warum jetzt erst? warum nicht früher? Wo steckten denn damals alle die Ultras? Waren nicht manche darunter, die damals Flaumeier und Miesmacher schrien? Bekehrungen nach dem Erfolge sind allezeit bedenklich.

Bedenklich aber überhaupt ist eine Zeit, die nach dem Eintritt unerwarteter Ereignisse plötzlich ins Moralische und Moralisierende umschlägt, ohne zuvor auch nur die geringsten Anzeichen gegeben zu haben.

Je unbedingter die moralische Forderung sich hinstellt, je unbekümmerter sie die Kräfte des Ressentiments und des Interesses in ihre Dienste nimmt, desto überflüssiger findet sie es, eine Brücke von der Weltanschauung zum politischen Anspruch zu schlagen. Die Fragen: ob durch Einrichtungen Gesinnungen erzwungen werden können, ob das Gesetz der Seele sich in wirtschaftlichen Ansprüchen auswirkt, ob Interesse oder Opfer die wirkenden Kräfte sein sollen, ob Glück oder Idee das Ziel ist oder ob andere Gesetze regieren, ob wirtschaftlicher und politischer Moral schlechthin der Primat über kulturelle Vertiefung zukommt: diese Fragen werden mit dogmatischen Antworten bedacht. Ein Menschengefühl, das durchaus nicht Liebe ist, sondern bestenfalls sublimiertes Erleben der Kriegs- und Abenteuergemeinschaft, gibt die Stimmung.

Und das ist die beste Seite der herrschenden Dogmatik. Ihr gegenüber steht das Ressentiment der ständisch Geschädigten und die freche Skrupellosigkeit der Bereicherten.

Obwohl expressionistische Kleiderschränke sich in Ausstellungen sehen lassen, ist der Weg von Wertumkehrung, Mode, Ressentiment, Interesse und Dogmatik zu geistiger Erneuerung noch nicht begonnen. Sorgenvoller noch der Blick — da die Zeitendenz schon ihren Gipfel überschritten hat und umzuschlagen beginnt — in die bevorstehende Antithesis, die sich nach dem Gesetz des Kontrastes den

Ausgleich mit der westlichen Hemisphäre zur Aufgabe stellen wird.

Wir sind in tiefer, dogmatischer Abhängigkeit, heute vom Osten, morgen vom Westen. Wenn uns noch Eigenkräfte beschieden sind, so müssen sie freigemacht werden. Das kann nicht geschehen durch Interessenkampf, Dialektik, mechanisches Richtungsrübeln, gewollte Chaotik und endloses Geschwätz, sondern durch strenge und bewußte Arbeit an der Bildung unser selbst und der Kommenden.

Anfang Juni 1920

WAS SOLLEN WIR HERRN REBOUX ANTWORTEN?

Viele von uns haben vor dem Kriege um Frankreich, um Frankreichs Versöhnung geworben. Auch ich. Wir durften es; wir waren die Sieger, und es wäre schön gewesen, um der Menschheit willen den Besiegten, auch durch Opfer, zu versöhnen.

Was war die stehende Antwort? *La France boude*, Frankreich schmolzt. Für uns schwer verständlich. Der Sinn war: Nicht als Besiegte, nur als Sieger. Sonst ewigen Haß.

Man kann unseren Staatsmännern viel vorwerfen, eines nicht. Sie haben den Krieg nicht in den Frieden getragen, zum mindesten nicht, solange Frankreich schwach war. Friede war Friede. Er wurde nicht vergiftet.

Frankreich aber war stets beleidigt, lange vor Marokko und ganz abgesehen von Elsaß-Lothringen. Seine Geste war: nicht zu nahe. Das sei nicht als Vorbild erwähnt, sondern zum Verständnis des Charakters und der heutigen Haltung.

Frankreich hat im Kriege furchtbar gelitten. Das Land, das wie kein anderes am Besitze hängt, steht nach großen heroischen und martyrischen Opfern vor dem Ruin.

Es fühlt sich vollkommen schuldlos, brutal vergewaltigt, dauernd bedroht, gefährlich geschwächt. Alle Leidenschaften des Hasses, der Verachtung, der Rache, des Siegesgefühls und der Furcht sind entfesselt — und mit der einzigen Hoffnung verknüpft: der Hoffnung, daß unser Tod ihr Leben sei.

In Erziehung, Disziplin, Jurisdiktion, Geschäft ist es immer Frankreichs Prinzip gewesen, jeder interessierten Grausamkeit und Härte eine Seite abzugewinnen, als sei der tiefverletzten Moral noch lange nicht Genüge geschehen. Die schwerste, unerhörteste Buße ist immer nur eine verschwindende Abschlagszahlung, mit der sich das edelmütige Opfer der Ungerechtigkeit beim besten Willen nicht begnügen kann. Ein uns schwer verständliches Wort lautet: *Il n'y a qu'une chose plus hideuse que l'assassin, c'est la victime*. Wahrscheinlich hatten die mittelalterlichen Folterknechte bei ihrer Funktion die ehrliche Meinung, sie eigentlich hätten im Namen des gekränkten Rechtes sich zu beklagen, und der Delinquent, das Scheusal, käme noch immer viel zu milde fort.

Frankreich, blutend, verzweifelt, rasend und in dem Gefühl, ein gutes und nützliches Werk zu tun, hat seinen Todfeind an der Gurgel. Jeder Staatsmann und Exekutor hat hinter sich die öffentliche Meinung, den Beifall vieler Alliierten und Neutralen, die ganze Ranküne aus der Mißliebigkeit Deutschlands und der Freude, ihm etwas zu versetzen, eine starke Armee, das Bewußtsein einer wohlthätigen und gottgefälligen Handlung, die Hoffnung auf Sicherheit und Gewinn.

Da sollen wir uns wundern, wenn jeder Fetzen vom zuckenden deutschen Leibe gerissen wird, wenn in der raffiniertesten, wissenschaftlichsten, stilisier-
testen Form Kränkung auf Kränkung, Demütigung auf Demütigung folgt, wenn nur der eine Gedanke die Politik leitet: wie kann man ein Maximum von Zersplitterung, Schwächung, Entnervung mit einem Maximum an Ausbeute vereinigen? Und wie schön

ist es, daß alle diese herzerwärmenden, volkstümlichen und rachesättigenden Dinge nur für die gute Sache, zur gerechten Buße des Unrechts, zur nötigen Erziehung, zur Abschreckung aller Untäter, zur Wiederherstellung Europas, *ad majorem Dei gloriam* geschehen!

Nun kommt Herr Reboux. Es ist mutig, daß er kommt, denn es ist kein Vergnügen, gegen die öffentliche Meinung aufzutreten — auch bei uns nicht. Vielleicht hat er viel, vielleicht wenig zu verlieren, jedenfalls nichts Erhebliches in seinem Lande zu gewinnen.

Was sagt er? Das berühmte Wort Corneilles, bei dem (im Theater) jeder Hörer schmilzt: *Soyons amis, Cinna*?

Nein, er plädiert Nützlichkeit. Nützlichkeit für Frankreich, auch für Deutschland, sogar für Europa. Ob diese Nützlichkeit angenehm ist, läßt er dahingestellt. Nun, immerhin etwas.

Er plädiert? Eigentlich auch das nicht. Er läßt seinen Romanhelden plädieren. Ich kenne den Roman nicht. Es gibt Helden, die recht behalten, es gibt solche, die man *ad absurdum* führt. Nehmen wir an, der seine behält recht. Eine wissenschaftliche Abhandlung, wie die von Keynes, mit der unverhüllten Meinung des Autors, wäre mehr.

Man sagt, eine Schwalbe macht keinen Sommer. Die Ausnahme bestätigt die Regel. Das spricht nicht gegen Herrn Reboux.

Gegen ihn spricht gar nichts. Für ihn auch nichts. Es wäre ja seltsam, wenn unter vierzig Millionen Franzosen nicht einige abweichende Meinungen sein sollten. Nur bitte ich, in solchen selbstverständ-

lichen Vereinzelungen nicht ohne weiteres „Symptome“ zu sehen.

Was sollen wir Herrn Reboux antworten? L'Allemagne boude? N'en parlons jamais, pensons y toujours? Revanche? Nein.

Wir sollen ihm nichts antworten.

Wir haben in Jahrzehnten viel verschuldet und werden von der geschichtlichen Gerechtigkeit furchtbar gestraft. Frankreich macht sich zum Vollstrecker der Marter. Es ist niemals ein Segen gewesen, Vollstrecker von Martern zu sein, am wenigsten, wenn man es mit Lustgefühlen und mit Vorteilen war. Wir wollen nicht zu Vollstreckern einer rückwirkenden Ausgleichung werden. Durch Rache wird keine Schuld gesühnt.

Wir dulden und werden dulden. Vielleicht werden andere, vollere Stimmen sich Herrn Reboux und seinem Romanhelden Jacques Réal anschließen. Ich glaube es. Aber es wird zu spät sein.

Auf eine Anfrage im „Tagebuch“ III, Berlin, 19. September 1920

AMERIKA UND WIR

Amerika schläft.

Amerika hat den Krieg der Welt beendet, den Frieden inspiriert, den neuen Zustand der europäischen Dinge geregelt und damit den Hauptteil der Verantwortung für Europa, vor allem für den leidenden Teil Europas, übernommen. Nun lehnt es ab, sich um die kleinlichen Verhältnisse Europas zu kümmern.

Weiß Amerika, was in Mitteleuropa geschieht?

Weiß Amerika, daß Österreich, das heiterste, lebensfreudigste Land des Kontinents, langsam ermordet wird und in Verzweiflung stirbt?

Weiß Amerika, daß Deutschland, das tätigste Land des Kontinents, die Heimat der Musik, der Philosophie und der Dichtung, an der Grenze seiner Kräfte um sein Leben kämpft und von der Vernichtung seiner kulturellen und physischen Existenz bedroht ist?

Das Problem Deutschlands ist Übervölkerung. Clémenceau hat gesagt: Es gibt zwanzig Millionen Deutsche zuviel. Die „Action française“ sagt, es wäre das beste, wenn dreißig Millionen deutsche Revolutionäre und dreißig Millionen deutsche Reaktionäre sich gegenseitig töteten.

Das technisch mögliche Maximum der Auswanderung war 200000 Menschen im Jahr, um 1900. Das ist der dritte Teil der Volkszunahme.

Der deutsche Boden kann nur drei Viertel seiner Einwohner ernähren. Deutschland muß ein Viertel seiner Nahrung im Ausland kaufen.

Um die Rechnung zu bezahlen, die mehr als eine Milliarde Dollar jährlich ausmacht, hatte Deutschland nichts weiter als seine Kohle und seine Erze. Mit Arbeitskraft mußte es überdies seinen Bedarf an Wolle, Baumwolle, Kupfer bezahlen.

Durch den Versailler Vertrag hat Deutschland fast seine sämtlichen Erze und einen Teil seiner Kohlenlager verloren. Als Entschädigung muß es außerdem monatlich zwei Millionen Tonnen Kohlen ohne Gegenleistung an Frankreich liefern. Die verbleibende Kohle reicht nicht mehr entfernt für den eigenen Bedarf, zur Bezahlung der Nahrung bleibt nichts. Aber der Nahrungsbedarf ist gewachsen, denn die Provinzen des Getreideüberschusses sind polnisch geworden.

Nicht genug damit; es wird der stärkste Druck ausgeübt, damit Oberschlesien mit einem Drittel der deutschen Kohlenerzeugung polnisch werde.

Im Elsaß waren von zwei Millionen Einwohnern etwa zweitausend Intellektuelle französisch gesinnt, der Rest war indifferent. In Oberschlesien ist die gesamte zivilisierte Bevölkerung deutsch und deutsch gesinnt. Die polnische Unterschicht hat zur Kultur des Landes nicht mehr beigetragen als die farbigen Bevölkerungen zur Kultur Amerikas. Trotzdem soll Oberschlesien polnisch werden. Man hat das elsässische Unrecht gutgemacht, um das schlesische Unrecht zu begehen. Oberschlesien wird für die kommenden Zeiten das potenzierte elsässische Problem des Ostens sein.

Weiß Amerika das?

Weiß Amerika, daß man starke Kräfte daran setzt, um Deutschland weiter zu zersplittern? In den friedlichen Städten des Rheinlandes stehen 150000

Mann französische und belgische Truppen, die Deutschland mit fünfzehn Milliarden Mark jährlich bezahlen muß, bereit, im gegebenen Augenblick den Rhein zu überschreiten, das Kohlengebiet der Ruhr und Westfalens zu besetzen und den Westen Deutschlands, den einzigen Teil, der sich selbst ernähren kann, loszulösen. Gleichzeitig soll Bayern als katholischer Südstaat von Norddeutschland getrennt werden. Damit hört Deutschland auf, ein politischer Begriff zu sein.

Deutschland hat seine Kolonien, seine Handelsflotte, seinen gesamten Auslandsbesitz an Investitionen, Guthaben und Rechten opfern müssen. Seine Menschen sind ausgehungert, seine Unternehmungen heruntergewirtschaftet: nun soll es jährliche Kriegsentschädigungen zahlen, die weit höher sind als seine gesamten nationalen Ersparnisse in der Zeit des Wohlstandes, und daneben seine Nahrung und Kleidung kaufen.

Weiß Amerika das?

In Deutschland gibt es heute keine wohlhabenden Menschen mehr, mit Ausnahme der Kriegsgewinner, die mit dem Auslande in Verbindung stehen und unter dem Schutz ausländischer Rechte Vermögen erworben haben. Der alte Wohlstand des Landes ist vernichtet.

Vor dem Kriege galt jemand als sehr reich, wenn er ein Vermögen von zehn Millionen Mark hatte. Er konnte jährlich über etwa 100000 Dollar verfügen. Heute hat er von seinem Vermögen sechzig Prozent abgegeben, es bleiben ihm vier Millionen. Von dem Zinsertrag von 200000 Mark hat er an Kapitalrentensteuer und Einkommensteuer siebenzig Prozent abzugeben; es bleiben ihm 60000 Mark, die einen

Kaufwert von tausend Dollar haben. Er muß, auch wenn er alt ist, sein Leben von neuem beginnen.

Das macht uns keine Sorge. Denn wir wollen arbeiten. Sehr traurig aber ist die Lage der kleinen Rentenempfänger und Arbeitsunfähigen.

Deutschland will arbeiten und wird arbeiten. Wie aber soll ein Land seine ganzen Kräfte daran setzen, um sich eine neue Existenz zu schaffen, wenn es weiß, daß es trotzdem hungern muß, daß es kaum in der Lage ist, mit aller Arbeit seine notwendigste Einfuhr zu bezahlen, daß ein Gläubiger vor der Tür steht, der ihm die schwersten Kontributionen auferlegt und gleichzeitig mit beständiger Drohung an der Zersplitterung des wehrlosen Landes arbeitet?

Ich weiß, auf alle diese Dinge lautet die stereotype Antwort: Frankreich hat schwerer gelitten. Tag für Tag jagen die Autos mit Touristen und Sightseers über die zerstörten Gebiete Frankreichs, und jeder, der diese Schrecken gesehen hat, sagt, Deutschland muß zahlen.

Ja, diese Gebiete sind schrecklich. Sie werden unvergeßlich bleiben wie die Schrecken des Krieges. Doch ist es ein Trost, der dem Touristen nicht immer deutlich wird: die zerstörten Gebiete sind weniger als ein Prozent der Fläche eines sehr glücklichen und reichen Landes.

Frankreich ist schwach bevölkert. Es hat fast ebensoviel Boden, und weit besseren Boden als Deutschland, und wenig mehr als die Hälfte von Deutschlands früheren Einwohnern. Es hat ein gewaltiges, durch den Krieg vermehrtes Kolonialreich und einen großen, durch unsere Verluste erhöhten Auslandsbesitz. Es hat eine vermehrte Flotte. Es hat durch den Krieg die größten Erzlager Europas und

bedeutende Kalilager, Kohlen- und Eisenwerke erhalten. Es kann seine Bevölkerung reichlich ernähren, es wird durch Fremdenzufluß bereichert. Es erhält schon heute den vierten Teil unserer Kohlenproduktion als Kriegsentschädigung und hat den Anspruch auf gewaltige Zahlungen.

Freilich ist die augenblickliche Finanzlage Frankreichs, wie die der meisten europäischen Staaten, nicht befriedigend. Im Gegensatz zu der unseren aber ist sie von glänzender Aussicht und erfordert nicht, daß ein Land wie Deutschland gänzlich vernichtet werde, um sie zu sichern.

Hier erwidert man nun: Mag Deutschland an der Vergeltung zugrunde gehen! Das deutsche Volk ist am Kriege schuld, für das Verbrechen des Krieges ist keine Buße zu hart.

Vor hundert Jahren dachte man anders. Nicht fünf, sondern zehn Jahre lang hatten die napoleonischen Heere bis tief nach Rußland hinein Europa verwüstet und fast alle friedlichen Völker des Kontinents unterworfen und ausgesogen. Schließlich wurde Frankreich besiegt, und der Kongreß von Wien wurde zum Völkergericht, wie hundert Jahre später Versailles.

Nicht wie in Versailles wurde der Besiegte von den Verhandlungen ausgeschlossen. Der Vertreter Frankreichs, Talleyrand, erschien und erklärte: ein Volk kann nicht schuldig sein, wenn es unter den Befehlen eines Autokraten steht. Nicht Frankreich ist schuldig, sondern der Usurpator, Napoleon. Frankreich hat gelitten wie alle Völker und muß wiederhergestellt werden.

So geschah es. Und von einer Schuld und Buße Frankreichs war keine Rede.

Dies ist hundert Jahre her und daher vergessen. Das deutsche Volk ist schuldig gesprochen worden und soll büßen, auch wenn es seine Existenz verliert.

Nehmen wir an, alle Staaten Europas seien an den Komplikationen, die zum Weltkriege führten, gänzlich unbeteiligt und unschuldig wie Engel; die deutsche Regierung von 1914 habe böswillig, absichtlich und ohne irgendwelchen Anlaß den Weltkrieg vom Zaune gebrochen. Was ist die Schuld des deutschen Volkes?

Törichte Frage! Die Schuld des deutschen Volkes, für die es mit seinem Leben einzustehen hat, ist, daß es seiner Autokratie glaubte und gehorchte.

Jahrhundertlang hat das deutsche Volk seinen Autokraten geglaubt und gehorcht. Es wußte und kannte nichts anderes. Niemand hat ihm einen Vorwurf gemacht. Niemand hat es gewarnt oder belehrt. Alle Staaten schickten ihre Gesandten. Sie sagten der Autokratie Freundlichkeiten, sie machten bewundernde Berichte über Regierung, Organisation, Wirtschaft und Armee. Viele stellten Deutschland und sein System als Vorbild hin.

Wenn wir, die kleine Zahl der bürgerlichen Deutschen, die das System verurteilten, unsere Kritiken vorbrachten, so antwortete man uns: Seht auf das Ausland, das unser System billigt und anerkennt.

Vom Tage des Kriegsausbruches an war das Bild geändert. Als man die Gefahr des Systems erkannte, machte man das deutsche Volk verantwortlich. Als der Krieg zu Ende war, verurteilte man das Volk.

Das deutsche Volk aber hat, von dem Augenblick an, wo es sich von dem jahrhundertlangen Vertrauen in schrecklichem Erwachen loslöste, das System verurteilt und die Autokratie vernichtet.

Als im März dieses Jahres von Kapp und seinen Anhängern versucht wurde, das System wiederherzustellen, hat das deutsche Volk, das keine Armee, keine Polizei, keine Organisation mehr besaß, etwas getan, was niemals ein großes Volk vor ihm getan hat: es ist von einem Tage zum anderen in den ersten nationalen Generalstreik getreten, den die Welt gesehen hat, und hat in einer halben Woche die Machthaber zur Abdankung gezwungen.

Das hinderte nicht, daß Frankreich Frankfurt besetzte und, wie gewöhnlich, mit der Besetzung des Ruhrgebietes drohte.

Als der Krieg zu Ende ging, wendeten sich die Augen aller Deutschen zu einem amerikanischen Mann. Dieser Amerikaner fuhr als der mächtigste Mann der Erde nach Paris und ist gebrochen und krank zurückgekehrt.

Heute sind unsere Augen auf das amerikanische Volk gewandt. Wir wollen, daß das amerikanische Volk wisse, wie es in Europa zugeht, und sich sein Urteil bilde. Wir wissen, daß das amerikanische Volk mit seiner Präsidentschaftswahl beschäftigt ist. Wir erwarten, daß das amerikanische Volk im nächsten Frühjahr Frieden schließt. Wir vertrauen dem amerikanischen Volke.

10. Oktober 1920

DER VÖLKERBUND

Ein Schutzmann ist angestellt, um zu verhindern, daß in Städten zwischen Menschen Unfug geschieht.

Wenn ich einem Schutzmann sage: Ich habe keine Arbeit. Ich kann nicht leben. Ich habe Hunger. Ich habe keine Grundlage meines Daseins. Was wird er antworten?

In den meisten Ländern wird er antworten: Hat Sie jemand überfallen? Hat Sie jemand bestohlen? Hat Sie jemand beleidigt?

Wenn ich ihm sage: Nein, alles das ist nicht geschehen. Aber ich weiß nicht, wie ich leben soll. Es muß mir jemand mit seinem Besitz, mit seiner Macht, mit seiner Arbeit helfen — ich fürchte, er wird mir gar nichts antworten, sondern mich als einen Geisteskranken festnehmen.

Der Völkerbund soll eingesetzt werden, um zu verhindern, daß auf der Welt zwischen den Völkern Unfug geschieht. Krieg ist Unfug.

Man hat mehrere neue Staaten geschaffen und mehreren alten Staaten ihren Lebensraum beträchtlich verkleinert.

Es kann kommen, daß Staaten vor dem Völkerbund erscheinen und sagen: Ich kann weder leben noch sterben. Ich habe keine Nahrung, keine Rohstoffe, keine Arbeit, keine Guthaben, keine Schiffe, keine Kolonien. Ich soll mehr zahlen, als ich besitze. Ich bin überschuldet und verhungert. Es muß mir jemand helfen; jemand, der mehr hat, als er braucht, muß mir etwas von dem geben, was er hat.

Wird der Völkerbund antworten: Komm, es soll dir geholfen werden. Hier ist ein Verband opferwilliger Nationen, die die Lebensbedingungen eines jeden prüfen und aus ihrem Überfluß dem spenden, der zu wenig hat. Wir selbst haben ja die neuen Lebensbedingungen der Nationen schaffen helfen, deshalb werden wir denjenigen nicht verlassen, der zu kurz gekommen ist. Wird der Völkerbund diese menschliche und schöne Antwort geben?

Oder wird er eine diplomatische Antwort geben?

Oder wird er die Antwort des Schutzmanns geben?

Davon hängt viel ab.

An Frank E. Mason, Berlin, 10. Oktober 1920

OBERSCHLESISIEN

I

Die gegenwärtig brennendste Frage Deutschlands ist die oberschlesische.

Deutschland hat den wesentlichen Bestand seiner Erze, einen großen Teil seiner Kohlen, seine Auslandsinvestitionen, seine Schiffe und seine Kolonien verloren. Deutschlands Rohstoffe und Nahrungsmittel reichen für seinen Bedarf nicht entfernt. Für den Einkauf von Nahrungsmitteln und Bekleidung allein hat Deutschland jährlich eine beträchtliche Anzahl von Goldmilliarden zu zahlen. Diese Rechnung wurde ehemals beglichen durch die Zinsen ausländischer Investitionen, Leistung von Seetransporten, Kohlen und Erz und deren Produkte, andere Produkte industrieller Arbeit.

In Zukunft wird Deutschland versuchen müssen, den Ausfall durch industrielle Lohnarbeit, das heißt Verarbeitung ausländischer Rohstoffe zu begleichen.

Verliert Deutschland Oberschlesien, das mehr als den fünften Teil seiner verbleibenden Kohlenförderung enthält, so ist die Rohstoffwirtschaft Deutschlands auf das empfindlichste betroffen und kaum mehr aufrechtzuerhalten.

Die deutschen Einwohner Oberschlesiens, die in einzelnen Distrikten, zumal in den Städten, überwiegen, in anderen Distrikten eine starke Minderheit bilden, sind die Träger der Zivilisation des Landes und die Schöpfer seiner Industrie. Werden sie unter fremde Herrschaft gezwungen, so entsteht ein schweres östliches Problem.

Im Elsaß waren etwa tausend bis zweitausend Intellektuelle die Träger des französischen Gedankens; die übrige Bevölkerung war national indifferent, die Sprache war ausnahmslos deutsch. In Lothringen lagen die Verhältnisse stellenweise etwas anders. Dennoch hat neben dem lothringischen das elsässische Problem die westliche Welt fast ein halbes Jahrhundert beschäftigt und die Ursache eines unheilbaren Antagonismus gebildet. Erheblich ernster würde sich das oberschlesische Problem gestalten, wenn dieses Land, dessen ganze Intelligenz und halbe Einwohnerschaft deutsch ist, in den Besitz einer fremden und fremdsprachigen Nation überginge.

Schon die Loslösung der Stadt Danzig und die Zerspaltung des östlichen Deutschlands durch den polnischen Korridor sind eine schwere Belastung des nationalen Empfindens. Es ist überaus bedenklich, wenn eine oberschlesische Irredenta diesen Konflikt verschärft.

Unter diesen Umständen sollte man erwarten, daß alle Vorbereitungen für die Abstimmung, die von den okkupierenden Mächten getroffen werden, in der objektivsten Weise erfolgen.

Leider hat die Okkupation nicht verhindert, daß dauernde schwere Übergriffe von polnischer Seite erfolgten und erfolgen, mit der Tendenz, die Abstimmung zuungunsten Deutschlands zu beeinflussen.

Welcher Schade hierdurch bereits geschehen ist, läßt sich nicht ermessen. Dringend nötig ist, daß Abhilfe erfolgt. Bei völlig unbeeinflusster Abstimmung ist der Verbleib des Landes bei Deutschland zu erhoffen. Der Druck, der gegenwärtig auf ihm lastet, muß beseitigt werden. Es ist eine Frage, die ganz Europa interessiert, daß nicht durch das

Ergebnis eines dunklen Tags ein schwerer Mißgriff geschieht, der seine Wirkung auf unabsehbare Zeit erstrecken kann.

Auch hier zeigt sich einer der Grundfehler des Versailler Friedens, eines Abkommens, das auch insofern beispiellos ist, als es über den Kopf der betroffenen Nationen hinweg geschlossen wurde, die nicht zugelassen wurden, ihre eigene Sache zu vertreten.

Vor der Abstimmung, 1. November 1920

II

Das Ergebnis der Abstimmung ist trotz polnischer Vergewaltigungen überwiegend deutsch. Zugegebenermaßen haben die Alliierten es vermocht, eine Grenzlinie zu finden, die sowohl dem Abstimmungsergebnis wie auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage Oberschlesiens Rechnung trägt. Der Weg, den sie einschlugen, um zu einer Grenzlinie zu kommen, entspricht nicht dem Vertrag von Versailles, denn nicht nur wurde eine dritte Stelle, der Völkerbundsrat, beauftragt, die den Alliierten obliegende Aufgabe zu lösen, sondern die Alliierten begaben sich durch feierliche Erklärung des Rechts, die so gefundene Lösung zu beanstanden. Es liegt somit nicht sowohl eine Willensentscheidung der alliierten Mächte vor, sondern ein im Vertrag nicht vorgesehener Schiedsspruch, der zum voraus die Billigung der Alliierten gefunden hat. Die Mangelhaftigkeit dieses Schiedsspruches ist dadurch gegeben, daß er undurchführbar ist ohne weitere Überschreitung des Versailler Vertrages, denn er verlangt Eingriffe in die deutsche Souveränität, die im Vertrag nicht vorgesehen sind, und erreicht nach

Auffassung der Alliierten seine Wirkung nur dadurch, daß kaum durchführbare wirtschaftliche Verständigungen zwischen Polen und Deutschland erzwungen werden sollen. Solche Erzwingung sieht der Vertrag von Versailles nicht vor. Vielmehr bestimmt er ausdrücklich im Artikel 92, letzter Absatz, daß freie Abmachungen zwischen Polen und Deutschland in Aussicht genommen werden. Es ist somit durch den Sachverhalt selbst die Tatsache zugegeben, daß eine dem Vertrag selbst entsprechende Lösung nicht gefunden werden konnte. Mit dem vorgeschriebenen Recht des Vertrags von Versailles ist die getroffene Entscheidung nicht zu vereinbaren. Sie verstößt aber auch gegen das ungeschriebene Recht des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker und macht die Hoffnung des deutschen Volkes auf das ihm zugesicherte fair play in der ober-schlesischen Frage zunichte. Würde die getroffene Entscheidung zur Wirklichkeit werden, so würde damit annähernd eine Million deutscher Staatsbürger dem kulturellen und wirtschaftlichen Niedergang preisgegeben werden; die deutsche Regierung will die Verantwortung solcher Schädigung vorwiegend deutscher Menschen nicht auf sich laden. Sie wird daher einen Delegierten zu den bevorstehenden Verhandlungen entsenden. Sie verwahrt sich jedoch gegen jede Beeinflussung ihrer Souveränitätsrechte, die ihr noch über den Vertrag von Versailles hinaus durch Vergewaltigung zugemutet werden könnte.

Nach der Abstimmung, die am 20. März 1921 stattfand

WIRTSCHAFTSFRAGEN

ÜBER EIN REICHSELEKTRIZITÄTS- MONOPOL

I

Als wichtige Aufgabe der künftigen Finanzpolitik des Reiches erscheint es mir, daß die Einnahmen möglichst unabhängig gemacht werden von Abgaben und Steuern und daß Eingänge geschaffen werden, die sich in stärkerer Progression vermehren, als dies allgemein bei Konsumartikeln der Fall zu sein pflegt. Erfahrungsgemäß sind die stärksten Einnahmesteigerungen zu erwarten aus Industriebetrieben, und als solche kommen wiederum in Frage diejenigen, die konkurrenzlos ohne Schädigung des Wirtschaftslebens gehandhabt werden können, also in erster Linie Elektrizität, Brennstoffmaterialien (Kohlen, Petroleum), Bodenprodukte (Kali).

Allerdings handelt es sich hier um eine Politik der Zukunft, denn die Anfangseinnahmen werden im Verhältnis zum gegenwärtigen Reichsbudget von nahezu drei Milliarden keine erhebliche Rolle spielen. Dagegen werden sie eine dauernde, starke Steigerung erfahren und in wenigen Jahrzehnten sich zu Positionen erheben, die mit den größten Einnahmen des Budgets vergleichbar sein dürften.

II

Ein staatlicher Betrieb für Monopole ist schwer zu handhaben. Es empfiehlt sich, modernere Wege zu beschreiten, wie solche von den Kommunalverwaltungen bereits vielfach angestrebt werden (Königs-

berg, Straßburg, Darmstadt, Rheinisches Elektrizitätswerk). Der Gedanke der neuen Monopole würde darin bestehen, daß Besitzer das Reich ist, während die Exploitation durch Pachtgesellschaften erfolgt. Die Pachtgesellschaft hat für Verzinsung der jeweils verausgabten Beträge aufzukommen und den überschießenden Gewinn zu teilen. Die Verträge sind in kurzen Intervallen kündbar. Das Reich ist am Kapital der Pachtgesellschaften (das relativ klein sein kann) angemessen beteiligt, ernennt eine Anzahl von Aufsichtsratsmitgliedern bzw. Kommissarien und kontrolliert die Geschäftsführung. Ein unrechtmäßiger Gewinn könnte von einer Pachtgesellschaft nicht gemacht werden, da sie bei der Liquidation allen Besitz herzugeben hat. Eine unordentliche Geschäftsführung würde durch geeignete Auswahl der Kräfte und dauernde staatliche Kontrolle zu vermeiden sein.

III

Als erstes großes Monopol würden die Elektrizitätsbetriebe ins Auge zu fassen sein. Durch ihre Verstaatlichung würde dem Gesamtwirtschaftsleben insofern ein wesentlicher Dienst geleistet werden, als man dem Idealzustand der Elektrizitätserzeugung und -verteilung sich mit einem Schlage stärker nähern würde, als dies bisher durch eine wenn auch tätige private Initiative möglich war, da die zersplitterten Interessen der Kommunen, Kreise, Provinzen und Staaten entgegenstanden.

Technisch würde erreicht werden:

- a) einheitliche Konzentration der Elektrizitätserzeugung an den geeignetsten Stellen (Wasserkraft, Kohlenlager, Industriezentren);

- b) gleichmäßige Verteilung der Leitungen über das ganze Reich nach dem Bedarf der Groß- und Kleinindustrie, der städtischen Beleuchtung und des landwirtschaftlichen Konsums, in einheitlichen Netzen;
- c) möglichste Einheitlichkeit der Tarife;
- d) Verbilligung der Erzeugung durch Wegfall kleiner, ungeeignet gelegener, schlecht rentabler, schlecht verwalteter Werke und überflüssiger Verwaltungsapparate;
- e) Verwertung großer Maschineneinheiten, modernster Einrichtungen und Ausgleich der Konsumkurve durch Heranziehung chemischer Industrien oder anderer Dauerkonsumenten.

Zur Illustration dessen, was modern und groß angelegte Betriebe im Vergleich zu kleinen und antiquierten zu leisten vermögen, sei bemerkt, daß bis vor wenigen Jahren elektrische Kraft kaum unter sechszehn Pfennig pro Kilowattstunde verkauft wurde, während heute dem Eisenbahnfiskus bereits Offerten vorliegen (Lauban/Königszelt), die unter drei Pfennig heruntergehen.

Von größter Bedeutung wird die Vereinheitlichung der Elektrizitätsbetriebe in dem Augenblick, wo die Frage der elektrischen Bahnen aktuell wird, denn der enorme Konsum dieser Bahnen kann von den gegenwärtigen Elektrizitätswerken nicht befriedigt werden und würde, wenn nicht Verständigungen mit den vorhandenen Unternehmungen erfolgen, dazu führen, daß ein zweites Leitungsnetz in Deutschland neben das bestehende gelegt werden muß und daß beide Klassen von Anlagen nebeneinander herlaufen. Von der Größe des Strombedarfs der Bahnen kann man sich ein Bild machen, wenn

man berücksichtigt, daß nach Elektrifizierung der Verkehrsnetze innerhalb Groß-Berlins eine Milliarde Kilowattstunden jährlich erforderlich werden, also fünfmal so viel, als das größte Elektrizitätswerk Europas, die Berliner Elektrizitätswerke, gegenwärtig liefern.

IV

Um sich ein Bild zu machen, welche prozentualen und absoluten Einnahmen aus dem Elektrizitätsmonopol zu erwarten sind, kann man von folgenden Erwägungen ausgehen. Unter der Voraussetzung, daß man durch Expropriation die elektrischen Betriebe durchschnittlich zu einer Kapitalisationsquote von $5\frac{1}{4}\%$ erwirbt und hiergegen Reichsanleihe ausgibt, deren Verzinsung und Amortisation $4\frac{1}{4}\%$ kosten soll, werden erspart:

1. 1% Zwischengewinn zwischen den beiden Kapitalisationsraten;
 2. $\frac{1}{2}\%$ Amortisation, da eine Tilgung bei unbegrenzter Konzessionsdauer nicht mehr erforderlich ist (Abschreibungen und Erneuerungen bleiben wie bisher erhalten);
 3. die durch rationellen Betrieb und geeignete Disposition erzielbaren Ersparnisse, die sich auf mindestens 1% belaufen werden;
- somit im ganzen $2\frac{1}{2}\%$.

Es kann ohne Optimismus angenommen werden, daß der jährliche Zuwachs des Reinertrages mindestens $\frac{1}{2}\%$ ergeben wird.

Schätzt man die gegenwärtig zur Elektrizitätsabgabe an Dritte dienenden Anlagen in Deutschland auf eine Million Kilowatt mit einem Kapital von einer Milliarde Mark, so würden bei Verstaatlichung

dieser gesamten Betriebe sofort fünfundzwanzig Millionen jährlich verfügbar sein, von denen ein relativ kleiner Betrag für die Tätigkeit der Pachtgesellschaften abzusetzen wäre. Der jährliche Zuwachs dieser Reineinnahme würde sich auf mindestens fünf Millionen belaufen, so daß man nach Ablauf von zehn Jahren mit einer Reineinnahme von fünfundsiebzig Millionen Mark rechnen könnte.

Indessen würde zunächst der Betrag von einer Milliarde noch nicht aufzuwenden sein, da man in erster Linie die größeren und lukrativeren städtischen, kommunalen und privaten Unternehmungen erwerben und nur sukzessive mit der Verstaatlichung der übrigen vorgehen würde.

Es ist hier einstweilen nicht gerechnet mit der Erhebung einer besonderen Elektrizitätsabgabe, durch die die Einnahmen bedeutend vermehrt werden könnten. Wenn auch durch eine solche Abgabe das Elektrizitätsmonopol sofort in die Reihe der großen Reichseinnahmequellen sich stellen würde, wäre im allgemein-wirtschaftlichen Interesse erwägenswert, von einer Belastung ganz abzusehen oder sie nur auf einen kleinen Betrag zu normieren, der für Kraftabgabe großen Umfangs minim sein müßte. Keinesfalls sollte, wenn eine Elektrizitätsabgabe sich als erforderlich herausstellt, der durchschnittliche Betrag sich auf mehr als $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Pfennig für Licht und mittlere Verkaufskraft berechnen. Elektrochemische Betriebe, bei denen Elektrizität sozusagen als Rohmaterial funktioniert, müßten steuerfrei verbleiben. Bei einer Elektrizitätsabgabe von durchschnittlich $\frac{1}{2}$ Pfennig pro Kilowattstunde würden die jährlichen Einnahmen sich um ca. zehn Millionen Mark erhöhen.

V

Zur Einleitung der Aktion würde ein Gesetz zu schaffen sein, wonach dem Reich das Recht zusteht, alle solche Anlagen, die zur Elektrizitätsabgabe an Dritte dienen, zu expropriieren, sowie auch bei Aktiengesellschaften die Expropriation der Aktien vorzunehmen. Als Kapitalisationsquote würden $5\frac{1}{4}\%$ zugrunde zu legen sein. Für Unternehmen, die bisher noch keine Rentabilität erbracht haben, würden unschwer geeignete Bestimmungen getroffen werden können, ebenso für solche, deren Konzessionen nur noch von kurzer Dauer sind. Gleichzeitig würde das Gesetz bestimmen, daß die expropriierten Betriebe verpachtet werden dürfen, daß das Reich sich an den Pachtgesellschaften beteiligt und sie in der bereits erwähnten Weise kontrolliert. Es würden für Deutschland etwa fünf bis zehn Pachtgesellschaften in Frage kommen, die mit den hauptsächlichen Konsumbezirken, also Brandenburg, Rheinland-Westfalen, Baden, Württemberg, Sachsen, Schlesien, Bayern, zusammenfallen würden.

Ausgeschlossen von der Expropriation blieben Anlagen, die dem Eigenbedarf dienen. Daß solche Anlagen in übermäßigem Umfang erbaut werden und somit dem Reichsmonopol Konkurrenz machen, ist nicht zu befürchten, solange die wirtschaftlichen Grundsätze gewahrt bleiben, die eher zu einer Verbilligung als zu einer Verteuerung der Elektrizität führen. Ausgeschlossen bleiben ferner selbstverständlich alle Fabrikationsunternehmungen.

VI

Als Motivierung dem Reichstage gegenüber wäre es nicht erforderlich, auf die neue Einnahmequelle

hinzuweisen als auf eine Deckung eines vorhandenen Bedarfes. Es wäre vielmehr empfehlenswert, durch eine großzügige Ankündigung dem Parlament und der Nation klarzumachen, daß hier ein neuer sozial-industrieller Weg beschritten wird, der der Allgemeinheit zugute kommt und der späteren Generationen die Last der direkten und indirekten Abgaben erleichtert. Hinzuweisen wäre auf das Vorgehen der Eisenbahnen in den Einzelstaaten, der Post und Telegraphie im Reich und auf die Tatsache, daß die Elektrizität und ihre Anwendung vermutlich ein Gebiet ist, das diesen erstgenannten Faktoren an kapitalistischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung mindestens gleichzustellen sei.

Durch die Verwaltung des ersten Monopols würde alle Gehässigkeit, die jetzt gegen den Allgemeinbegriff der Staatsmonopole waltet, beseitigt werden, und es würde durch die Heranziehung der Industriekräfte des Landes ein Gebiet gemeinschaftlicher Arbeit geschaffen, das die Angliederung weiterer Monopolobjekte dem Volke, dessen Phantasie durch die neuen Ideen lebhaft beschäftigt werden würde, sympathisch erscheinen lassen müßte.

Als verwaltende Behörde des Elektrizitätsmonopols und der künftigen Monopole würde ein Reichsindustrialamt zu schaffen sein, das nach industriellen und kaufmännischen Grundsätzen zu verwalten wäre. Dieses Industrialamt müßte die nötigen Hilfskräfte zur Prüfung und Beaufsichtigung, Errichtung und Verwaltung von Elektrizitätsunternehmen, ferner geeignetes Personal haben, das mit allen Fragen der Technik, des Verkehrs, der Tarifpolitik, der Abschätzung und Finanzierung vertraut wäre.

Diese Behörde würde sich mit jedem neu hinzutretenden Monopol eine neue Abteilung schaffen, die mit entsprechenden Spezialisten besetzt ist, und selbst die Ausarbeitung der für die Zukunft ins Auge zu fassenden Objekte in die Hand nehmen.

Bis zur Errichtung einer solchen Behörde, wie auch für die Vorbereitung der Gesetzentwürfe, die genauere Kalkulation der aufzuwendenden Beträge und der voraussichtlichen Einnahmen würde eine geraume Zeit, vielleicht bis zum Herbst dieses Jahres, in Aussicht zu nehmen sein. Während dieser Periode wäre ein Bureau zu errichten, das unter der Leitung eines Fachmannes die nötigen Erhebungen und Ausarbeitungen vornehmen würde. Dieser Fachmann müßte über eingehende Erfahrungen im Elektrizitäts- und Kommunalbetriebe, über juristische Kenntnisse und statistische Fähigkeiten verfügen. Die Einsetzung einer Kommission von Fachleuten wäre nicht zu empfehlen, da diejenigen Fachleute, die genügende Einsicht und Erfahrung haben, fast durchweg Interessenten sind, während die Nichtinteressenten auf elektrischem Gebiet meist an vorgefaßten Meinungen theoretischer Art leiden und das praktische Gebiet nur unvollkommen beherrschen.

Herr Dr. L. hatte die Freundlichkeit, mir von der gutachtlichen Ausarbeitung Kenntnis zu geben, die er im Auftrage des Reichsschatzamts unternommen hat. Ich bitte um die Erlaubnis, mich zu dieser wertvollen Arbeit äußern zu dürfen, die mir doppelt

interessant erscheint, weil sie gleichzeitig die Spiegelung des Problems in einer auf kommunale Interessen abgestimmten Intelligenz darbietet und sich somit zu meinen in erster Linie industriellen Erwägungen teilweise in Gegensatz stellt.

Zu meiner Freude stimmt Dr. L. dem Gedanken des Elektrizitätsmonopols und, was besonders beachtenswert erscheint, des Reichsmonopols grundsätzlich bei.

Dagegen erhebt er Bedenken gegen das Projekt einer sofortigen Verstaatlichung, und zwar:

1. der Schwierigkeit wegen (es seien 2200 Elektrizitätswerke zu verstaatlichen),
2. der hohen Kosten wegen, die er auf zwei Milliarden schätzt,
3. der Form der Bewirtschaftung wegen.

Ich kann diesen Bedenken nicht zustimmen.

Ad 1. Die Verstaatlichung würde nach meinen Vorschlägen nur eine sukzessive sein und möglicherweise in ihren letzten Konsequenzen erst nach Jahrzehnten durchgeführt werden. Besonders würde man für den Anfang unter den weniger rentablen Werken eine rigorose Auswahl treffen.

Ad 2. Die Ankaufssumme wird deswegen eine so hohe, weil Dr. L. mit enormen Beträgen für die Abfindung der kommunalen Abgabeforderungen, Gewinnanteile und Heimfallsrechte rechnet.

Ich hatte meinen Rentabilitätsannahmen die gegenwärtigen Abrechnungen zugrunde gelegt, bei denen diese sämtlichen Belastungen zuungunsten des Ergebnisses berücksichtigt sind. Ich hatte es einstweilen dahingestellt, ob es empfehlenswert wäre, diese Belastungen — natürlich abgesehen von Heimfallsrechten — zunächst ruhig weiterbestehen

zu lassen oder abzulösen. Löst man sie ab, und zwar sämtlich und sofort, so sind hierfür allerdings große Beträge notwendig, die aber insofern sehr rentabel angelegt sein würden, als man diese an sich stark steigerungsfähigen Renten keinesfalls zu 5% oder gar zu 4% zu kapitalisieren brauchte.

Ad 3. erwähnt Dr. L. die bekannten grundsätzlichen Einwendungen gegen alle Pachtsysteme: Gefahr des Raubbaus bei kurzem Vertrag, Abhängigkeit des Verpächters bei langem Vertrag. Gegen diese Gefahren — die bei einem zwar langen, aber jederzeit einseitig kündbaren Verhältnis verringert sind — lassen sich genügende industrielle Kautelen schaffen.

Eine erfreuliche Übereinstimmung ergibt sich dann wieder in der grundsätzlichen Zustimmung zu dem Prinzip, daß das Monopol nicht unter rein staatlicher Verwaltung und Exploitation stehen dürfte.

Zum Schluß entwickelt Dr. L. einen interessanten Modus, um das Elektrizitätsmonopol sozusagen automatisch, durch allmähliche Eingewöhnung und Überführung zu erreichen, und zwar unter Benutzung des Starkstromgesetzes.

Es soll die Gründung neuer Überlandzentralen der Industrie überlassen bleiben, jedoch soll 1. der Einfluß und die Beteiligung des Reiches in diejenigen Zentralen hineinwachsen, die eines Wegemonopols bedürfen, 2. die übrigen sollen auf dem Wege des Heimfalls allmählich fiskalisiert werden.

Industriell bedenklich ist der erste Teil dieser Proposition. Denn das Reich würde gezwungen Teilhaber einer großen Zahl von unrentablen Unternehmungen werden, während die rentablen ihm sehr spät zufallen.

Der zweite Teil ist annehmbarer, aber er verschiebt die wirklich große Bedeutung des Monopols in eine ferne Zukunft und führt dazu, daß in den letzten Jahren vor dem Heimfall alle technischen Anlagen veralten.

Die gesamte Proposition ist aber deshalb von ganz besonderem Interesse, weil hierin die kommunale Disziplin eines weitblickenden Mannes sich ausspricht und weil somit ein deutlicher Fingerzeig gegeben ist, in welcher Richtung bei öffentlicher Diskussion des Gesetzes Gegenvorschläge zu erwarten sind.

Ich habe deswegen nochmals in Erwägung gezogen, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, das Elektrizitätsmonopol mit seinen wesentlichsten Vorteilen sofort herbeizuführen und dabei doch nach Möglichkeit alle opponierenden Interessen unberührt zu lassen, insbesondere aber den kapitalistischen Umfang des Unternehmens für den Anfang auf ein Minimum zu reduzieren.

Hierbei bin ich zu folgender Lösung gekommen:

1. Beschränkung des Monopols auf Überlandzentralen, die nicht verstaatlicht werden müssen, sondern nach Maßgabe des allgemeinen Interesses verstaatlicht werden können.
2. Verpflichtung aller Kommunen und öffentlichen Transportunternehmungen, soweit sie im Bereich verstaatlichter oder wegeberechtigter Überlandzentralen liegen, ihre Zentralen nicht zu erweitern, sondern allen Strom, den sie über ihre heutige Produktionsfähigkeit hinaus brauchen, von den Überlandzentralen zu beziehen.

(Diesen Weg beschreitet die industrielle Entwicklung fast ausnahmslos ohnehin.)

3. Erteilung der Wegeberechtigung an nicht-staatliche Überlandzentralen nur unter gewissen Kautelen (Beteiligungsrecht des Reiches, Aufsichtsrecht, Heimfallrecht).
4. Bewirtschaftung der staatlichen Werke durch Pachtgesellschaften.

Bei Beschreitung dieses Weges würde:

1. die Frage des öffentlichen Monopolinteresses über jeder Diskussion stehen;
2. man würde zunächst nur eine relativ kleine Zahl bestehender Werke zu übernehmen haben, deren investiertes Kapital sich kaum auf 150 Millionen belaufen würde und die relativ billig sind, weil sie noch keine sehr hohen Erträge bringen;
3. diese Erträge würden rapid steigen durch den Anschluß der Kommunen und Transportunternehmungen (an deren Zögern die Zentralen heute noch laborieren).

(Ich berechne den Gesamtabatz der staatlichen Zentralen für das Jahr 1925 auf 5 Milliarden Kilowattstunden, die bei einem Durchschnittspreis von 5 Pfennig einen Umsatz von 250 Millionen Mark repräsentieren. Diese Leistung entspricht bei einer durchschnittlichen Benutzung von 2000 Stunden einer Gesamtanlagegröße von 2,5 Millionen installierten Kilowatt, die einen Kostenaufwand von höchstens 1 Milliarde beanspruchen dürften. Nach Verzinsung dieses Aufwandes würde ein Gewinn von ca. 2 Pfennig pro Kilowattstunde, so-

mit ein Überschuß von etwa 100 Millionen Mark zu erwarten sein, der im Laufe der Zeit erheblich steigerungsfähig wäre.)

4. Das Monopol würde in kurzer Zeit ein allgemeines werden, indem die Kommunen allmählich ihren ganzen Strombedarf bei den staatlichen Werken decken;
5. die Kommunen und kommunalen Konzessionäre behalten zunächst — und vielleicht auf immer — den Stromverschleiß innerhalb der Städte, wodurch ein großes Arbeitsgebiet ihnen erhalten und dem Staate erspart wird. Ihr Tarifwesen würde einer Aufsicht unterliegen. Hierbei ist es nicht ausgeschlossen, daß die staatlichen Überlandzentralen auch lokale Zentralen größeren und kleineren Umfangs, falls ihnen diese zu günstigen Bedingungen angeboten werden, übernehmen können, wobei sie diese entweder selbst bewirtschaften oder lokalen Organisationen zur Bewirtschaftung übergeben können.

Mit einem Wort ließe sich der Gedanke dieses Monopols so definieren:

Die Elektrizitätserzeugung im großen, ihre Verteilung über Landesgebiete ist Sache des Reiches. Die Elektrizitätsverteilung im kleinen ist Sache der Interessenten.

*Zwei Briefe an den Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. Wermuth,
vom 6. Januar und 27. April 1911*

DIE FUNKTION DES AUFSICHTSRATS

In allen Industriestaaten hat sich das Aktienrecht ziemlich in der gleichen Zeit herausgebildet, wobei gewisse Muster des französischen, englischen und belgischen Rechts einen allgemeinen Einfluß ausgeübt haben. Diese Aktiengesetzgebung läßt einen ziemlich freien Spielraum für das gegenseitige Verhältnis der verschiedenen Organe der Gesellschaft, die aus Generalversammlung, Aufsichtsrat und Direktion bestehen. Was den Aufsichtsrat betrifft, so ist ihm überall die Aufgabe gestellt, die Geschäftsführung zu überwachen. Die Kompetenz des Aufsichtsrates erweitert sich in erster Linie dadurch, daß er Recht und Pflicht hat, die Direktoren anzustellen und der Direktion eine Instruktion zu geben, gewisse Rechte der Geschäftsführung zu erteilen, andere sich selbst vorzubehalten. Hierin liegt schon eine beträchtliche Freiheit des Aufsichtsrats, sich seinen Kreis enger oder weiter vorzuschreiben, und eine weitere Freiheit besteht darin, innerhalb der Geschäftstradition diese Bedingungen in der Richtung einer Erweiterung oder Einschränkung zu interpretieren.

In Frankreich, England und Belgien hat sich in der Praxis eine sehr weite Interpretation der Aufsichtsratspflichten ergeben. Insbesondere nach französischer Gepflogenheit, die in der Aktiengesellschaft immer noch in erster Linie eine Assoziation von Geschäftsleuten erblickt, die gemeinschaftlich ein Geschäftsgebiet bearbeiten, bedeutet der Aufsichtsrat die Vertretung der Großaktionäre, die zu-

meist in eigener Person dem Verwaltungskörper angehören. Es finden monatlich mehrmals Sitzungen statt, in denen alle laufenden Geschäfte besprochen werden, und der Direktor ist in vielen Fällen nur ein ausführendes Organ einer anonymen Behörde. Diese Geschäftsform hat den Nachteil der Passivität. Schnelle Entschlüsse sind schwer zu fassen. Eine Tendenz der übermäßigen Fesselung und der Unpersönlichkeit tritt hervor, die der Ausdehnung der Geschäfte vielfach hinderlich geworden ist.

In Deutschland ist das Leben der Aktiengesellschaft jünger; der große Aufschwung begann in den achtziger Jahren und fand ein so ungeheures Feld der Betätigung vor, daß eine Expansion sondergleichen befördert und erreicht worden ist. Es sind in dem letzten Menschenalter wohl etwa zehntausend Aktiengesellschaften in Deutschland entstanden. Es gibt außer den Vereinigten Staaten wohl kaum ein Land, in dem die Aktienform so sehr zur maßgebenden Unternehmerform geworden ist wie bei uns. Diese gewaltige Entwicklung fand, wie immer in geschichtlichen Epochen es der Fall zu sein scheint, ihre Generation von erobernden und schöpferischen Naturen. Und da diese zumeist die Gründer ihrer eigenen Werke wurden, so strebten sie danach, alle Fäden ihrer Organisation so lange wie möglich in der Hand zu behalten. Vor die Wahl gestellt, entweder vom Sitze des Aufsichtsrats oder vom Sitze der Direktion aus die Geschäfte zu lenken, wählten sie den Direktionssitz. Und da die Unternehmungen ganz und gar auf sie gestellt waren, so trat eine Epoche ein, in der die Tätigkeit des Aufsichtsrats sich auf das Notwendigste beschränkte oder gänzlich zurücktrat. In dieser ersten Epoche war es daher

nicht von größerer Bedeutung, wer dem Aufsichtsrat angehörte. Meistens waren es in erster Linie einige Vertreter der gründenden Bank, vielfach technische oder kaufmännische Vertrauensleute, ab und zu auch repräsentative Persönlichkeiten, und es konnte sich die Meinung entwickeln, daß eine Aufsichtsratsvertretung Sache der Gunst, der Protektion und der Beziehungen sei.

Mit dem Fortschreiten unserer Entwicklung veränderte sich das Bild. Durch Konzentration verschmolzen Gesellschaften zu größeren Organismen. Die Folge war, daß in dem Aufsichtsrat Mischungen der Komponenten erfolgten, die die vereinigten Interessen nunmehr repräsentieren sollten. Des ferneren schieden allmählich eine Reihe der führenden Direktionsmitglieder aus. Die Zahl und Qualität des Zuwachses war nicht überall auf der Höhe der ersten Konquistadoren, und wohl oder übel mußte der Aufsichtsrat ein größeres Maß von Verantwortlichkeit und Initiative übernehmen, das ihm vor allem fühlbar wurde, als er vor die schwierige Frage gestellt wurde, den ersten Ersatz für den ausscheidenden Gründer zu beschaffen. Endlich aber trat ein völlig neues Motiv in den Kreis der geschäftlichen Entwicklung: Die Zentralisation gewisser Industriezweige machte es nötig, Filialgesellschaften, Tochterunternehmungen, Hilfs gesellschaften, Betriebsunternehmungen zu schaffen, die dem Gesamtzweck des Hauptunternehmens dienten und dennoch eine selbständige Form deswegen erforderten, weil ihr Geschäftskreis neue und verschiedenartig zu lösende Aufgaben mit sich brachte. Wir haben heute Zentralbetriebe, deren angegliederte Unternehmungen zu Hunderten

zählen, und in dieser Verzweigung der Organisation liegt eine derjenigen Stärken, die es ermöglichen haben, in einem geographisch und physisch ungünstig veranlagten Lande eine so führende Industrialstellung zu behaupten.

Gerade in diesen Ablegern der Hauptgesellschaften trat zum ersten Male wieder das alte französische Prinzip zutage, daß im Aufsichtsrat diejenigen Kräfte vertreten sein müssen, die aus dem Aktienbesitz entstehen. Die Aktien befinden sich im Besitz des Zentralunternehmens, und der Aufsichtsrat wird hier deshalb gebildet von den Direktoren des Zentralunternehmens und ihnen nahestehenden Vertrauensleuten, die die gesamte ungeteilte Verantwortung für ihren Aktienbesitz zu tragen haben, dessen Erträgnis für die Geschäftsführung des Hauptunternehmens vielfach von entscheidender Bedeutung ist. Die Einfügung außenstehender oder gar dekorativer Aufsichtsratsmitglieder wird hier schon längst nicht mehr geduldet. Es herrscht die Tendenz vor, den Aufsichtsrat kleiner zu gestalten, und wenn ein Wunsch der eintretenden Mitglieder in Frage kommt, so ist es meist der, sich nicht allzu sehr zu zersplittern und durch die Mannigfaltigkeit der Posten zu überlasten. Überblickt man nun diese großen Gebilde, so haben sie eine gewisse Ähnlichkeit mit Staatsorganisationen im kleinen. Ein Staat hat nicht das Recht, sich gegen Expansion zu wehren mit der Begründung, daß seine Leiter die Kraft oder Übersicht verlieren, sondern hat die Aufgabe, sich so zu organisieren, daß er jedem Gebietszuwachs gerecht werden kann. Das gleiche gilt von Aktienunternehmen von überragender wirtschaftlicher Bedeutung. Sie haben die Pflicht, die ihnen

zur Existenz erforderlichen oder zuträglichen Lebensbedingungen zu erfüllen. Sie können dieser Aufgabe nur dann gerecht werden, wenn sie eine Interessenvertretung innerhalb ihrer Unterorganisationen schaffen, die eine Übersichtlichkeit dauernd ermöglicht. Gerade die Aktienform bietet diese Organisationsmöglichkeit, und so sehen wir, daß sich die Leiter der großen Zentralunternehmen wohl oder übel als Verwaltungsmitglieder einer größeren Zahl von unterorganisierten, ihnen nahestehenden oder befreundeten Gesellschaften etablieren müssen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Manchmal erscheint die Zusammensetzung und Zusammengehörigkeit dieser Positionen unverständlich oder problematisch. In den meisten Fällen ergibt sie sich bei näherer Untersuchung des Geschäftskreises der Hauptunternehmung. Verhältnismäßig selten beginnen die Fälle zu werden, in denen sich irgendeine dieser verantwortlichen Persönlichkeiten bestimmen läßt, in den Aufsichtsrat eines Unternehmens zu treten, das seinen Kreisen fernsteht, und die Zahl der Ablehnungen dürfte gegenwärtig die Zahl der Bewerbungen, soweit sie von kompetenter Seite stammen, erheblich überwiegen.

Die geschilderten Verhältnisse führen dazu, daß die gegenwärtige Epoche die Tendenz zeitigt, die Verantwortung des Aufsichtsrats unter Entlastung der Direktion zu verstärken. Je weniger eine Gesellschaft in der Lage ist — und gerade die kleinen und schwieriger auflebenden Gesellschaften sind selten dazu in der Lage —, sich ein hochbezahltes und bedeutendes Direktorium zu halten, um so mehr muß der Aufsichtsrat, meistens vertreten durch ein oder zwei seiner aktivsten Mitglieder, in die

Tätigkeit der eigentlichen Geschäftsleitung eindringen und sich in eine Zwischenposition der Verwaltung und Geschäftsführung begeben. Aber auch bei den größeren Gesellschaften besteht die Gefahr, daß die ersten Organisatoren nicht mehr durch eine Nachkommenschaft von ähnlicher Stärke ersetzt werden können, und dementsprechend wächst auch hier die Aufgabe und Mitwirkung der Aufsichtsratskollegien.

Wenn in der letzten Zeit eine gewisse Agitation entstanden ist, um die Vereinigung verschiedener Aufsichtsratspositionen in einer Hand zu bekämpfen, so ist hierdurch nicht der eigentliche Angriffspunkt getroffen, der die Ursache des Phänomens bildet. Solche Angriffe müßten sich direkt gegen die Verzweigung der Großunternehmungen richten, um ihrer selbstgestellten Aufgabe gerecht zu werden. Dieser Verzweigung aber verdanken wir einen großen Teil unserer industriellen Stärke, und die Angreifer müßten sich darüber klar sein, daß, wenn wir hier in eine ähnliche Zersplitterung zurück-sinken, wie sie vor dreißig Jahren bestanden hat, die Konkurrenz im In- und Ausland nicht mit den gleichen Waffen bekämpft werden kann. Durch die Verzweigung verbilligen die Gesellschaften den Bezug der Rohmaterialien und die Hilfserzeugnisse. Auf der anderen Seite heben sie ihren Absatz und hierdurch ihre Leistungsfähigkeit, indem sie sich durch Betriebsunternehmungen und ähnliche Organisationen einen eigenen Absatz verschaffen. In welcher Weise ein zersplittertes Industrialsystem diesen Erfordernissen: Verbilligung des Rohstoffes und Erweiterung der Leistungsfähigkeit, genügen soll, ist bisher noch unbewiesen, und

es erscheint recht zweifelhaft, wie dieser Nachweis, der sich auf Präzedenzen im Ausland nicht stützen kann, jemals gelingen könnte. Müssen wir daher für die gegenwärtige Wirtschaftsperiode bei der Verzweigung der Unternehmungen es belassen, so werden wir uns mit einer Vereinigung mehrerer Aufsichtsratsstellen in einer Hand abzufinden haben. In den letzten Tagen wurde ein Fall aktuell, in welchem dem Aufsichtsrat einer blühenden Gesellschaft, die auf dem Gebiete elektrischer Betriebe eine führende Position verteidigt, der Vorwurf gemacht wurde, daß der Aufsichtsrat untätig der Entwicklung des Unternehmens zuschauen. Gerade in diesem Falle war der Vorwurf schwer zu begründen. Eine Anzahl ihrer blühendsten Unternehmungen verdankt die Gesellschaft der mitwirkenden Tätigkeit ihrer Aufsichtsratsmitglieder. Sie verdankt ihr ferner die Wahl eines überaus hervorragenden Generaldirektors, sie verdankt ihr weiter einen starken Rückhalt für ihre manchmal umfassenden und in früheren Zeiten nicht immer bequemen Finanzierungen.

Bei allen Kritiken unseres deutschen Wirtschaftssystems sollte man im Auge behalten, daß unter den Evolutionen des letzten Menschenalters dieses Gebiet wohl die größte Stärke gewonnen und dem Reiche mitgeteilt hat. Die Form dieser wirtschaftlichen Evolution aber ist die des Aktienunternehmens, und die in Deutschland ausgebildete Spezialität des Aktienorganismus ist die der Verzweigung. Gerade auf industriellem Gebiet können wir über eine Verteuerung der Konsumgüter am wenigsten uns beklagen. Die Gefahr eines Monopolismus blieb uns somit erspart. Die Wirtschaftsform, der wir

nicht nur die Entwicklung unseres Nationalwohlstandes, sondern einen erheblichen Teil unserer politischen Stärke verdanken, sollte man nicht ohne weiteres verurteilen, wenn eine gewisse Häufung der Verantwortlichkeiten in einzelnen Händen eine ihrer unerläßlichen Konsequenzen bildet.

Vossische Zeitung, 20. April 1914

WIE DENKEN SIE ÜBER STEUERN?

1. Es geht nicht an, daß Steuern und Lasten wie in früheren Zeiten nach Willkür, Bequemlichkeit und leichter Durchführbarkeit wahllos auferlegt werden. Ein grundsätzlicher Wirtschaftsplan muß bestehen, der nicht darauf hinzielt, die deutsche Wirtschaft auszusaugen, sondern sie nach neuen Grundsätzen umzubauen und zu kräftigen. Einen solchen Wirtschaftsplan habe ich in der Schrift „Die neue Wirtschaft“ dargelegt.

2. Den verderblichen Wirkungen der sozialen Umschichtung, die durch Kriegsgewinne einerseits, durch Rückgang schwer betroffener Wirtschaften andererseits uns droht, muß sofort und in grundsätzlicher Form entgegengewirkt werden. Die bestehende Form der Kriegsgewinnbesteuerung ist mechanisch und genügt dieser Aufgabe nicht; es bedarf einer Veredelung dieser Steuer, so daß sie nicht blindlings jeden Vermögenszuwachs der letzten Jahre trifft, sondern sich nach dem Verhältnis der Bereicherung richtet. Weit stärker als einer, der sein Vermögen um eine mäßige Verzinsung hat anwachsen sehen, muß der herangezogen werden, der es verdoppelt, verzehnfacht oder ver Hundertfacht hat.

Auf eine Anfrage des Kleinen Journals, 16. Mai 1918

VERSCHULDUNG UND ÜBERSCHULDUNG EINES STAATES

Wenn jemand jedes Jahr neue Schulden macht, so viel, daß sie allmählich sein Vermögen übersteigen, so sagt man: dieser Mann überschuldet sich, und die Forderungen, die man gegen ihn hat, betrachtet man als gefährdet.

Kann ein Staat sich überschulden?

Wenn das Deutsche Reich dreihundert Milliarden Nationalvermögen hat und sechshundert Milliarden Anleihen ausgibt: ist es dann überschuldet? Ist das zweite Hundert Milliarden Reichsanleihe schlechter als das erste?

Nein.

Wir wollen nicht hoffen, daß das zweite Hundert voll wird; doch wenn es würde und selbst das dritte, das vierte, das sechste hinzukäme, so wäre das Reich nicht überschuldet, und das letzte Stück Anleihe wäre so gut, wie das erste am Tage seiner Ausgabe gewesen ist.

Ein Staat kann sich nur dann überschulden, wenn er seinen Bedarf vom Auslande leiht. Das tun wir nicht.

Was also geschieht, wenn ein Land im Innern, gleichsam bei sich selbst, hohe Schulden aufnimmt?

Zweierlei: Einmal entwertet sich das Geld; denn Anleihen sind bis zu einem gewissen Grade den Umlaufsmitteln gleichzusetzen, und diese bleiben nur so lange vollwertig, als sie sich nicht stärker vermehren als die Gegenwerte — Metall und Waren —, gegen die sie ausgegeben sind. Diese Geldent-

wertung schreitet in allen Staaten fort, die in den Krieg verwickelt sind, und kein Rentenvermögen entgeht ihr, gleichviel ob es in Anleihe oder anderen Werten angelegt ist.

Sodann nivellieren sich die Vermögen und Einkommen. Denn die Selbstverschuldung des Landes bedeutet eine Umschichtung der Vermögensansprüche; der Staat hat die Aufgabe des Ausgleiches, er muß das Geld von allen Seiten aufsaugen, um es zu den anspruchsberechtigten Gläubigern hinzuleiten, die auch ihrerseits als Staatsbürger wiederum Steuerzahler sind und zur Aufbringung des Geldes, das sie zu empfangen haben, beitragen. Der Staat aber muß die schwachen Schultern schonen und die starken nach ihrer Stärke belasten; daher wird allmählich der größere, dann der mittlere Besitz nivelliert.

Die Aufbringung des Staatsbedarfs durch innere Anleihen ist weitaus die mildeste und wenigst belastende. Versagte das Mittel der Anleihen, so wäre der Staat gezwungen, die Umlaufsmittel erheblich zu vermehren, und die Geldentwertung schritte entsprechend fort.

Aus der Vermehrung der Reichsschuld entsteht somit für den Gläubiger keine Gefahr. Jeder Zeichner aber darf sich sagen, daß er nach seinen Kräften der Geldentwertung entgegenwirkt.

Korrespondenz Hochstetter, 11. September 1918

DIE NEUE GESELLSCHAFT

Es gibt wirtschaftliche Forderungen, und es gibt gesellschaftliche.

Beide berühren sich: die wirtschaftliche Reform geht aus von der Erzeugung und Verteilung der Güter, die gesellschaftliche Reform geht aus vom Aufbau der sozialen Schichten.

Beide Reformen bezwecken das gleiche: Hebung und gerechten Ausgleich des Wohlstandes.

Die Fehler unseres Gesellschaftsaufbaues waren:
Anhäufung des Vermögens und der Macht in wenigen Händen,

Übermäßige Ungleichheit des Einkommens,
Müßiggang großer Schichten,
Erblichkeit des Proletariats,
Unmöglichkeit des Aufstiegs.

Eine rein mechanische Aufteilung der Vermögen und Einkommen würde nichts nützen. Es kämen auf den einzelnen ein paar hundert Taler mehr Vermögen und ein paar hundert Mark mehr Einkommen, aber der Wirtschaftsprozeß wäre zerrüttet, der Geldwert sänke, und die Ungleichheit wäre bald wieder da.

Hand in Hand mit den gesellschaftlichen Reformen muß die Hebung des Produktionsprozesses gehen, die auf anderen Blättern geschildert ist. Die Hauptfehler aber werden sofort beseitigt:

1. Durch die politische Revolution ist die alte, starre Schichtung beweglich geworden. Die politische Macht ist nicht mehr Alleinbesitz der feudalen, agrarischen, bureaukratischen und kapitalistischen Klasse.

2. Die großen Agrarvermögen werden abgetragen dadurch, daß der Großgrundbesitz nicht mehr wie bisher durch seinen Einfluß auf die Verwaltung sich den Steuern und Lasten entziehen kann; dadurch, daß die Fideikomnisse und Majorate abgeschafft werden; dadurch, daß eine gerechte Agrarpolitik die Riesengüter aufteilt und in bäuerliche Siedlungen verwandelt.
 3. Die Kriegsgewinne werden zurückgezahlt.
 4. Eine obere Vermögensgrenze wird festgesetzt.
 5. Eine stark ansteigende Einkommensteuer wird erhoben, die in ihren obersten Stufen bis zu 90% ausmacht.
 6. Das Erbrecht wird begrenzt. Große Erbschaften werden stark besteuert.
 7. Luxuriöser Aufwand und Verbrauch wird beschränkt und scharfer Steuer unterworfen.
 8. Das Bildungs- und Fortbildungswesen wird gehoben und jedem Befähigten zugänglich.
 9. Beteiligung der Arbeiter und Beamten an Ertrag und Verwaltung der Unternehmungen.
- Was wird hierdurch erreicht?
1. Abbau der großen Vermögen und Einkommen zugunsten des Staates und der Minderbemittelten; Übertragung der Lasten auf die stärkeren Schultern.
 2. Aufhebung der schroffen Gegensätze in Einkommen und Lebensführung; die Schichtung ist nicht mehr starr und erblich; Auf- und Abstieg findet statt; es gibt nicht mehr Bourgeois und Proletarier, sondern alle sind Bürger mit gleichen Lebensansichten.
 3. Die Beschränkung des Müßiggangs, der überflüssigen und unsittlichen Berufe hebt die

Produktion, das Volkseinkommen und den Wohlstand.

4. Die Beschränkung des Luxus und Aufwandes erspart Nationalvermögen, verbessert die Handelsbilanz und die Kaufkraft, lenkt die Gütererzeugung auf wertvolle, der Allgemeinheit nützliche Produktion und vermehrt abermals den Wohlstand.

Der Einwand, daß große Vermögen nötig sind, um Kapital für die Industrie zu schaffen, ist falsch. Viele mittlere Vermögen werden stärkere Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen liefern als wenige große. Es muß nur die Sparkraft und der Sparwille gehoben, unnützer Kapitalexport verhindert werden.

Die Gesellschaft muß volkstümlich, die Wirtschaft sittlich werden.

1919

PRODUKTIONSPOLITIK

Die Aufgabe einer gesunden Wirtschaft ist nicht erfüllt, wenn sie im Laufe eines Jahres die ihr aufgegebenen Gütermenge nutzbringend erzeugt hat. Darüber hinaus hat sie für Erhaltung und Erneuerung ihrer Betriebsmittel zu sorgen. Versäumt sie das, so treibt sie Raubbau, zehrt von ihrem Bestande und geht zugrunde.

Für Erhaltung sorgt sie, indem sie jeden entstehenden Schaden und Verlust an vorhandenen Betriebsmitteln aus bereiten Mitteln unverzüglich ausgleicht, für Erneuerung, indem sie alljährlich freie Mittel ansammelt, deren sie sich im Falle des Bedarfs bedient.

Es ist nicht unbedingt nötig, daß diese angesammelten freien Mittel in barem Gelde oder sonstiger greifbarer Form zur Verfügung stehen; es ist zulässig, daß sie, investiert, im Betriebe mitarbeiten, nämlich unter der Voraussetzung, daß im Bedarfsfalle das Unternehmen auf Grund seiner Leistungsfähigkeit und seiner Bilanzausweise sich die erforderlichen Beträge auf dem Wege des Kredits oder anders beschaffen kann.

Buchmäßig ergeben sich zwei Wege, um die jährlichen Rückstellungen in der Bilanz auszudrücken: es kann auf der Aktivseite geschehen, indem man regelmäßig die Buchwerte der Betriebseinrichtungen um einen Erfahrungssatz verkleinert, den man Abschreibung nennt; es kann auf der Passivseite ein Posten gebildet und jährlich um die entsprechende Zuweisung erhöht werden, den man als Erneuerungsfonds bezeichnet.

Nimmt man die Lebensdauer etwa einer Arbeitsmaschine mit fünfzehn Jahren an, so genügt eine jährliche Abschreibung von etwa $7\frac{1}{2}\%$, auf den ursprünglichen Buchwert berechnet, um in etwas weniger als fünfzehn Jahren den Buchwert auf Null oder, wie man gewöhnlich sagt, um ein Konto nicht auflösen zu müssen, auf eine Mark zu verringern. Im gleichen Zeitraum würde sich bei entgegengesetzter Buchungsweise ohne Zinsberücksichtigung ein Erneuerungsfonds angesammelt haben, der dem vollen Anschaffungswert der Maschine entspricht.

Wird nun die ausgediente Maschine aus dem Betriebe entfernt und ihr Gegenwert von den Aktiven abgesetzt, so entsteht in keinem Falle ein Verlust; denn im ersten Fall stand der Gegenstand mit keinem wesentlichen Betrage mehr zu Buche, im zweiten Falle wird der angesammelte Erneuerungsfonds getilgt, und sein Gegenwert ist zur Anschaffung einer neuen Maschine verfügbar.

Bisher galten die beiden langjährigen Gepflogenheiten der Abschreibung und der Rückstellung als gleichwertig. Sie waren es, solange der Geldwert stetig blieb; durch die Entwertung unserer Währung tritt die Unzulänglichkeit der Abschreibung im Vergleich zur Rückstellung zutage.

Denn die Abschreibung kann nicht weiter als bis zur Erschöpfung des Buchwertes geführt werden, die Rückstellung dagegen kann man auf ein Vielfaches des Buchwertes treiben; und dies ist in Zukunft, da wir auf eine Rückkehr zu vollwertiger Währung für lange Zeit nicht hoffen dürfen, geboten.

Eine Maschine oder Betriebseinrichtung irgendwelcher Art kostet heute etwa das Fünfundzwanzig-

fache ihres in Goldmark ausgedrückten und gebuchten Friedenswertes. Rechnen wir mit einer erheblichen Besserung unserer Währung im Laufe von fünfzehn Jahren, so mögen wir den Wiederanschaffungswert auf das Fünfzehnfache des Ursprungswertes beziffern.

Wäre somit eine im Jahre 1913 beschaffte Einrichtung im Jahre 1928 gänzlich, also bis auf eine Mark abgeschrieben, so wäre nur für ein Fünfzehntel des Erneuerungsbetrages vorgesorgt; vierzehn Fünfzehntel blieben durch Beschaffung neuer Mittel entweder unter entsprechender Erhöhung der Buchung oder zu Lasten des Verlustkontos zu decken, obwohl die Gesamtanlage durch diese Neuanschaffung nicht um einen Pfennig wertvoller oder rentabler geworden ist.

Anders, wenn im Jahre 1918 die erforderlichen Erneuerungsfonds in voller Höhe verfügbar sind. In voller Höhe: das bedeutet, daß sie das Fünfzehnfache des ursprünglichen Buchwertes ausmachen müssen.

Buchmäßig läßt sich, wie man sieht, das Problem auf dem Wege der Abschreibung überhaupt nicht mehr bewältigen. Auf dem Wege der Rückstellung nur dann, wenn man ganz andere als die gewohnten Sätze ins Auge faßt.

Für den Erneuerungsaufwand einer Betriebseinrichtung, die aus dem Jahre 1915 stammt und die, sagen wir, noch zehn Lebensjahre vor sich hat, bevor sie unbrauchbar wird oder veraltet, mögen bisher 40 % zurückgestellt sein. Im Laufe von zehn Jahren sollten also, wenn möglich, weitere 1460 % zurückgestellt werden, um rechtzeitig mit dem fünfzehnfachen Buchwert abzuschließen. Das

bedeutet also einen erforderlichen jährlichen Rückstellungsaufwand von künftig 146 % gegenüber vormals etwa $7\frac{1}{2}$ %.

Schlimmer liegt die Sache, wenn es sich um ältere Einrichtungen handelt. Nehmen wir das Ursprungsjahr 1910, die vermutliche Lebensdauer bis 1925, die bisherige Auffüllung mit 80 %, so bleiben in fünf Jahren 1420 % anzusammeln, somit jährlich 284 % des Ursprungswertes.

Es handelt sich also um Beträge in der Größenordnung zwischen hundert und mehreren hundert Prozent jährlich gegenüber vormals mindestens fünf, höchstens fünfundzwanzig und bei nebensächlichen und ganz kurzlebigen Einrichtungen gelegentlich dreißig bis fünfzig.

Den Baulichkeiten war man früher geneigt, eine Lebensdauer von fünfzig Jahren zuzusprechen und sie demgemäß mit $1\frac{1}{2}$ —2 % zu tilgen, obwohl die meisten in kürzerer Frist veralteten. Die erwartete Steigerung des Bodenpreises glich den geringen Fehlbetrag aus. Heute verlangen sie Tilgungsbeträge in der Größenordnung von 30 %.

Einwendungen können gegen diese Erwägungen erhoben werden, jedoch nicht stichhaltige. Man kann sagen: die bisher gepflogenen Rückstellungen waren, den reichlichen Zeitläuften entsprechend, höher als unbedingt nötig; man kann empfehlen, in Zukunft Betriebseinrichtungen länger auszunützen und seltener zu erneuern.

Das eine ist so bedenklich wie das andere. Freilich hat man selten gewartet, bis die Produktionsmittel den natürlichen Tod der Altersschwäche starben, dem eine lange Periode der Unwirtschaftlichkeit voranzugehen pflegt: man hatte die Mittel,

sie gegebenenfalls schon im rüstigen Alter auszuscheiden, sobald eine neue Technik vollkommeneren Ersatz und höhere Leistung gewährte. Diesen Grundsatz zu verlassen und das Alte zu bewahren, solange es noch einigermaßen klappert und hält, ist gefährlicher denn je.

Denn inmitten einer hundertfach reicheren und leistungsfähigeren Weltkonkurrenz haben wir um so hartnäckiger gegen Überalterung zu kämpfen. Fallen wir aus dem Tritt der Technik — und die Gefahr ist groß —, so können wir, die Lohnarbeiter der Welt, nicht mehr hochgesteigerte, qualifizierte und konkurrenzfähige Arbeit leisten, sondern müssen uns mit schlechtbezahlter, hinterwäldlerischer Flick- und Hausarbeit begnügen, deren Schweiß und guter Wille sich vergeblich müht, den Vorsprung vollkommenerer Mechanik auszugleichen.

Nun ist es leichter gesagt als getan, statt 10 % Abschreibungen 100 % und mehr Rückstellungen zu schaffen: diese Beträge müssen verdient werden. Im Vorübergehen sei bemerkt, daß auch die Steuerpraxis sich mit diesen Verhältnissen wird abfinden müssen: der steuerfreie Rückstellungsaufwand ist zu vervielfachen.

Ein Zahlenbeispiel zur Erläuterung. Gegeben sei eine typische Fabrikationsgesellschaft der Fertigindustrie mit 10 Millionen Aktien- und 10 Millionen Obligationenkapital, die gewohnt ist, 10 %, also 1 Million, an Dividenden zu verteilen. Die Buchwerte ihrer Betriebseinrichtungen werden sich erfahrungsgemäß auf 7 bis 8 Millionen belaufen. Das Bruttoergebnis betrug bisher bei einem Umsatz von 15 Millionen etwa 2½ Millionen, davon wurden 800000 Mark für Abschreibungen, 700000 Mark

für Obligationszinsen, Reserven und Fürsorgen, 1 Million Mark für Dividenden verbraucht.

Wir haben gesehen, daß in Zukunft mindestens der zehnfache Erneuerungsbetrag vorgesehen werden muß, also statt 800 000 Mark jährlich 8 Millionen. Bleibt somit alles übrige beim Alten — von der bedeutenden Erhöhung der Geschäftskosten wollen wir ganz absehen —, so müssen fürderhin statt 2,5 Millionen 9,7 Millionen verdient werden, um die Rechnung auszugleichen. Um 1 Million Dividende zu verteilen, müssen statt 2,5 Millionen Bruttogewinn nahezu 10 Millionen Bruttogewinn bereitstehen. Der Bruttogewinn muß sich mindestens vervierfacht haben.

Das ist, abgesehen von der Schwerindustrie, bei der überwiegenden Mehrheit der deutschen Industrien nicht annähernd der Fall, auch wenn man einzelne Konjunkturgewinne auf ältere Warenbestände in Rechnung zieht, die sich überdies nicht wiederholen. Jede Industrie aber, deren Gewinnsteigerungen mit diesen Anforderungen nicht Schritt halten, mag sie mit ihren Dividendenausschüttungen noch so vorsichtig sein, zehrt von ihrer Substanz, verarmt, verfällt der Rückständigkeit.

Freilich: die Geldentwertung hat den Umsatz gesteigert. Aber nur zahlenmäßig, dem scheinbaren Werte nach; nicht, wenn man die erzeugten Gütermengen in Betracht zieht. Die haben sich verringert, und somit bleibt die Umsatzsteigerung proportional beträchtlich hinter der Geldentwertung zurück.

Im Falle unseres Rechenbeispiels dürfen wir annehmen, daß der Umsatz nicht von 15 Millionen auf 150 Millionen, sondern höchstens auf 80 Millionen gewachsen ist, daß aber der Gewinn aus

Gründen, die wir erörtern werden, mit diesem Wachstum keineswegs Schritt gehalten hat. Es mag, in schlechtem Gelde gerechnet, sich bestenfalls verdoppelt oder verdreifacht haben.

Es ist daher nicht zu verwundern, wenn am erforderlichen Aufbringen, wie es zu unerläßlichen Abschreibungen und Erneuerungen nötig wäre, etliche Millionen jährlich fehlen, und da nicht die mindeste Aussicht besteht, daß sich die geschilderten Verhältnisse in absehbarer Zeit von Grund auf ändern, so ist der Zeitpunkt vor auszusehen, wo das Unternehmen an vorzeitiger Überalterung und Verwahrlosung zugrunde geht.

Wie ist diese Rechnung ins Gleiche zu bringen?

Umsatz und Gewinn müssen mindestens proportional der Geldentwertung erhöht werden.

Es zeigt sich hier am Einzelbeispiel, daß Produktionspolitik im großen und kleinen die entscheidende Forderung ist, wenn wir am Leben bleiben wollen.

Die amerikanischen Löhne betragen, auf gleiche Münze berechnet, das Siebenfache der unseren; dennoch ist Amerika gegen uns auf dem Weltmarkt mehr als konkurrenzfähig. Hat man sich in Deutschland klargemacht, was das bedeutet?

Das bedeutet, da die Preise unserer Rohstoffe und Frachten zwar durch Geldentwertung entsprechend verteuert, dennoch im Durchschnitt eher unter als über dem Niveau der Amerikaner liegen, daß der Wirkungsgrad der amerikanischen Arbeit ein Mehrfaches im Vergleich zum deutschen ist.

Das bedeutet, da der amerikanische Arbeiter im Durchschnitt 6 Dollar, gleich 300 Mark, somit

250 Mark täglich mehr als der deutsche verdient, daß eine deutsche Fabrik, die ihre Waren zu amerikanischen Preisen auf den Weltmarkt bringt, bei gleicher technischer Leistungsfähigkeit und annähernd gleichen, auf Dollar bezogenen Rohstoffpreisen in 300 Arbeitstagen 300×250 , somit 75 000 Mark pro Kopf des beschäftigten Arbeiters über den legitimen Fabrikationsgewinn hinaus verdienen müßte. Ein Unternehmen, das 10 000 Arbeiter beschäftigt, müßte somit außer dem üblichen Fabrikationsgewinn 750 Millionen, dreiviertel Milliarden, Reingewinn jährlich vereinnahmen.

Jeder weiß, daß davon in Wirklichkeit keine Rede ist. Vielen Fertigindustrien fällt es schwer, im Wettbewerb mit Amerika auch nur ihre normalen Gewinnzuschläge aufrechtzuerhalten, an Übergewinne ist nicht zu denken.

Woher kommt das ?

1. Eine Anzahl vornehmlich schwerindustrieller Halbprodukte sind monopolistisch weit über die Geldentwertungsgrenze verteuert. Feinbleche z. B. auf nahezu das Vierzigfache des Friedenswertes, obgleich keines der in die Erzeugung eingehenden Elemente sich auch nur annähernd in diesem Verhältnis verteuert hat. Die Überteuering der Halbfabrikate mußte eine bedeutende Preiserhöhung der Fertigprodukte nach sich ziehen, und diese hat erheblich zu einem weiteren produktionsschädigenden Momente beigetragen, nämlich

2. dem Käuferstreik. Er ist international und überall die Reaktion gegen monopolistische Ausnutzung des Warenmangels, wie er zu Anfang des Jahres bestand, und gegen die Verteuerungen des Detailhandels. In Deutschland kommt hinzu, daß

in den Monaten des Valutentiefstandes eine panische Flucht vom Geld hinweg zur Ware hin ausbrach, die zu Überdeckungen veranlaßte und die Handelsläger und Vorratskammern, vor allem die Hamsterläger des schnell bereicherten Gelegenheitshandels mit überteuerten Waren füllte. Die Geldflucht bemächtigte sich beliebiger Warengattungen, ohne Rücksicht auf ihre Absatzmöglichkeit, und stapelte sie auf; Städte und Konsumanstalten taten das gleiche. Ein unbedeutender Artikel, wie das sogenannte Isolierrohr, übernahm Handelsfunktionen, wie bei wilden Stämmen die Kaurimuschel. Die Segnungen der freien Wirtschaft gestatteten, daß auf diesem Gebiet zwölf neue Fabriken entstanden, um deutsche Arbeitskraft und deutschen Rohstoff in Handelsformen zu bringen, die der Bedarf nicht verlangte. Der Käuferstreik, teils als freiwillige Verbrauchseinschränkung, teils als Reaktion gegen solche Erscheinungen, verbunden mit dem Kohlenmangel, der erst in den nächsten Monaten seinen Höhepunkt erreichen wird, hat den Beschäftigungsgrad unserer Fabriken bedeutend verringert, die Wirtschaftlichkeit der Produktion geschwächt und durch Übersetzung der Läger und Verlangsamung des Zahlungsverkehrs ihre Finanzlagen gefahrdrohend angespannt.

3. Diese Erscheinungen bleiben aber an Tragweite bedeutend zurück hinter der Tatsache, daß der Wirkungsgrad unserer Arbeit sich, besonders am amerikanischen gemessen, ungünstig gestaltet hat.

Am wenigsten da, wo es sich, wie in der Kohlen- und Eisenindustrie, um Massenprodukte handelt und wo der Arbeiter sein Tagesprodukt zu jedem Zeitpunkt deutlich vor Augen hat. Am meisten



da, wo die Arbeit sich kompliziert und individualisiert, wo die Entstehung des einzelnen Arbeitsstückes schwer zu verfolgen, von Zutaten und Werkzeugen abhängig ist.

Hier waren früher neben der Arbeitsgewöhnung Akkord, Meisteraufsicht und Fabrikdisziplin treibende Kräfte. Ihre Überspannung hat zur Abschaffung de facto geführt, und ein Ersatz ist bisher so wenig wie in Rußland gefunden.

Mangelhafte Ernährung und politische Verdrossenheit sprechen mit, sind aber, wie der erheblich bessere Wirkungsgrad der Arbeit im Kohlenbergbau zeigt, nicht entscheidend. Von eigentlicher Arbeitssabotage, wie die Syndikalistensie vertreten, kann nicht geredet werden. Wohl aber besteht eine Gleichgültigkeit gegenüber dem Werk, dem Werkzeug und Werkstück, die auf wirtschaftlicher und sozialer Verstimmung beruht und die nicht anders als durch wirtschaftliche und soziale Reformen behoben werden kann und behoben werden muß.

Obwohl es bequemer ist, wenig zu arbeiten als viel, wird der deutsche fertigungsindustrielle Arbeiter seine Arbeitsintensität wiedergewinnen, wenn er Willen und Erfolg wirtschaftlich-sozialer Reformierung erkennt, die nicht nur aus dieser praktischen Notwendigkeit, sondern aus absoluter Forderung geboten ist.

Produktionspolitik, organische Wirtschaft!

Noch immer ist der Mehrzahl nicht deutlich geworden, welche ungeheuere Ergiebigkeit in diesen Begriffen liegt, vergleichbar nur der Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft, die durch wissenschaftlichen Betrieb ihre Erträge im letzten Jahrhundert verfünffacht hat.

Für heute mögen wir von Amerika ausgehen.

Amerika kennt den Begriff der organischen Wirtschaft noch nicht. (Kennte es ihn, so wäre unsere unorganische Industrialwirtschaft erledigt.) Doch die physischen Voraussetzungen Amerikas schaffen Bedingungen, die der organischen Wirtschaft um einen Schritt näherkommen als die unseren. Und schon dieser Schritt genügt, um bei siebenfach höheren Löhnen die Konkurrenz Europas zu schlagen.

Amerika hat fast alle erforderlichen Rohstoffe im Lande, überdies verhältnismäßig nah beieinander gelagert oder durch vorzügliche künstliche und natürliche Verkehrsstraßen verbunden. Das bedeutet auf die Dauer Ungeheures, und dieser Vorsprung ist nicht einzuholen. Im Augenblick bedeutet es wenig, denn gerade durch die Zerrüttung unseres Geldwesens sind unsere heutigen Rohstoffpreise von den amerikanischen kaum verschieden. Heute liegt die Entscheidung anderswo; da, wo sie uns angeht.

Amerika ist das reichste Land der Erde. Auch das ist noch nicht entscheidend, denn an sich braucht das reichste Land noch nicht billiger zu arbeiten als das ärmste, auch das Gegenteil ist möglich. Doch wir kommen näher: denn als reichstes Land hat Amerika den größten industriellen Verbrauch und Absatz, einen größeren als ganz Europa zusammen genommen.

Das Entscheidende aber ist, daß Amerika diese gewaltige Produktion in nicht übermäßig vielen, verhältnismäßig großen, gut eingerichteten und voll ausgenutzten Werken bewältigt, daß die Zahl der Typen begrenzt und somit der Vorteil der

Massenherstellung auf alle anwendbar ist. Hier wird die Annäherung an rational-organische Wirtschaft bemerkbar.

Im Vergleich hiermit ist unsere Fabrikation zersplittert, unregelmäßig, durch Unterbrechung und Anlaufarbeit gehemmt, Transport, Arbeit, Zeit und Material vergeudend.

Unsere Aufgabe ist, was uns an Mengen fehlt, durch Ordnung und Systematik zu ersetzen.

Was an Ersparnis und Mehrleistung gewonnen werden kann, übertrifft jede Berechnung. Das mindeste ist eine Verdoppelung der deutschen Industrieproduktion bei nahezu gleichbleibenden Kosten. Wäre die Vorstellung dieser Wirkungen ausreichend verbreitet, so wäre die Produktionsreform nicht einen Tag aufzuhalten.

Ein Beispiel kleinster Abmessung. Ein Versuch im Reaktionsglase.

Angenommen, 3 Maschinenfabriken stellen je 3 Hauptprodukte her: Dampfpumpen (D), Ölmotoren (O) und Kolbendampfmaschinen (K). Von jeder Gattung nach Größe und Ausführung 10 verschiedene Typen, also insgesamt 30 Typen, in je drei verschiedenen Konstruktionen = 90 Ausführungen; zu ihrer Herstellung stehen in jeder Fabrik 3 Werkstätten zur Verfügung. Der gesamte Auftragseingang der 3 Fabriken belaufe sich auf 6000 Stück, auf jede Type entfallen somit durchschnittlich 200 Stück, und jede Fabrik hätte somit im ganzen etwa 66 Stück von jeder Type zu liefern. Das ist keine sehr bedeutende, aber eine respektable Leistung. Besonders kostspielige Einrichtungen zur Massenfabrikation rechtfertigt sie nicht, zumal eine Sicherheit dauernden Absatzes nicht gegeben ist,

überdies gehen die Aufträge unregelmäßig ein, dauernd müssen die 9 Werkstätten auf andere Typen umgestellt werden, je nachdem Aufträge vorliegen, bald sind sie überlastet, bald unausgenutzt.

Angenommen nun, die drei Fabriken beschließen, ihre Interessen zu vereinigen und ihre Betriebe rationell zu organisieren. Sie stellen fest, welche Maschine die beste ist, und finden, daß die Maschine D von der ersten, O von der zweiten, K von der dritten am besten und am zweckmäßigsten hergestellt wird. Sie finden ferner, daß, ohne dem Bedarf zu schaden, die Zahl der Typen von je 10 auf je 6 vermindert werden kann. Es gibt also jetzt nicht mehr 30 Typen und 90 Ausführungsformen, sondern nur noch insgesamt 18 Typen = 18 Ausführungsformen, und jede Fabrik hat nicht mehr 30 Konstruktionen, sondern nur noch 6.

Da auf jede Fabrik 2000 Maschinen entfallen, die sich auf 6 Typen verteilen, hat eine jede 333 Maschinen gleicher Ausführung statt 66 zu liefern, das heißt jeden Tag 1 Maschine von jeder Art. Der Auftragseingang hängt nicht mehr von Zufällen des Verkaufs ab, sondern nur noch von der Aufnahmefähigkeit des Marktes, er läßt sich übersehen, bleibt gleichmäßig, erspart Umstellungen und gestattet Dispositionen auf lange Sicht. Es können Serien von mehreren hundert Stück gleichzeitig in Arbeit genommen werden, die Bedingungen der Massenfabrikation sind gegeben, die sorgfältigsten arbeitssparenden Einrichtungen rechtfertigen sich.

Jeder Techniker wird bestätigen, daß in diesem Falle die Herstellungskosten sich auf Bruchteile kleiner Ordnung verringern. Eine Kostenvermin-

derung auf ein Viertel oder ein Fünftel ist nichts Ungewöhnliches.

Das bedeutet, daß mit dem gleichen Aufwand an Arbeit und Kosten die vier- bis fünffache Gütermenge hergestellt werden kann. Werden die Verkaufspreise den Herstellungskosten entsprechend verringert, so wächst der Absatz in bedeutender Progression und verringert abermals die Selbstkosten.

Gleichzeitig haben aber die drei Fabriken vereinbart, ihre Verkaufsorganisationen zu vereinigen. Bisher hatte eine jede 10 Zweigniederlassungen unterhalten. Diese verringern sich auf ein Drittel, und es werden nochmals 10 % vom Umsatz erspart, also etwa ebensoviel, als bisher jede der Fabriken an Reingewinn einnahm.

Analoge Ersparnisse ergeben sich aus zentralisierter Rohstoffbeschaffung und aus der Möglichkeit, Hilfsfabrikationen anzugliedern, die bei zersplittertem Betriebe aus Mangel gleichartigen Absatzes unlohnend bleiben.

Hatte bis dahin keine der Firmen für Forschungs- und Experimentationsarbeit etwas Erhebliches ausgeben können, so werden jetzt auf gemeinschaftliche Kosten drei Versuchsanstalten errichtet, die aus den Erfahrungen der drei Werke Nutzen ziehen und sie rückwirkend befruchten.

(Noch immer hängt ein Teil der theoretischen Volkswirtschaft an der Romantik der „Erfindung“ und glaubt, Betriebskonzentration sei dem technischen Fortschritt hinderlich. Was man „Erfindung“ nennt, ist heute fast durchgängig „Konstruktion“ oder „chemische Synthese“ und entstammt den Versuchswerkstätten und Laboratorien, deren es unter stetig wachsenden Kosten und Zeit-

aufwänden zur praktischen Fertigstellung bedarf. Das Problem der wissenschaftlich-technischen Konkurrenz gegen die valutenstarken Länder ist eine unserer entscheidenden Lebensfragen. Wie soll heute ein einzelnes Werk Entwicklungskosten aufbringen, die sich in wichtigen Fällen leicht auf eine bis zwei Millionen Dollar, gleich fünfzig bis hundert Millionen Mark belaufen? Nur die Konzentration kann helfen).

Das Beispiel bedeutet einen verschwindend kleinen Ausschnitt aus dem Gebiet der organischen Wirtschaft.

Wie mikroskopisch und daher ins Ungeheure multiplizierbar der geschilderte Experimentalvorgang zu betrachten ist, geht daraus hervor, daß es Industrien gibt, in denen die Typen nicht nach Dutzenden, sondern nach Zehntausenden zählen, somit selbst bei gewaltigen Umsätzen fast nirgends eine wirkliche Massenherstellung möglich ist. Desgleichen gibt es Industrien, deren Organe für Projektierung, Konkurrenzierung, Verkauf und Reklame vielfache Zehnmillionenbeträge verschlingen.

Überraschender als das Ergebnis ist die Antwort auf die Frage: Warum in aller Welt geschieht nichts? Warum sind die Dinge nicht längst in Fluß?

Einmal: weil ein einflußreicher Teil des Handels nicht will und sich mit allen Mitteln entgegenstellt. Dieser einflußreiche Teil des Handels, der infolge eigenartiger politischer Verknüpfungen unser ganzes wirtschaftliches Leben beherrscht, fürchtet einen Verlust erheblicher Gewinnquellen, wenn die Wirtschaftsformen sich vereinfachen und übersichtlicher werden und die Konkurrenz sich verringert. Er verlangt die „freie“, das heißt die unorganische

Wirtschaft und benutzt die volkstümliche Abneigung gegen die Zwangswirtschaft im Ernährungs-wesen, um die falsche Vorstellung zu erwecken, organische Wirtschaft habe mit Zwangswirtschaft etwas zu tun.

Sodann: ein Teil der erfolgreichen Wirtschaftsführer will nicht, weil er keine Lust hat, sich mit anderen zusammenzutun, seine Herrschaft zu teilen und sich in die Karten sehen zu lassen. Besonders für Privatfirmen mag die Zumutung unbequem sein, denn hier werden Privatgewinne gemacht, die man ebenso ungern teilt, wie mitteilt.

Dennoch geht die Entwicklung diesen Weg und rascher, als man denkt, denn die Erkenntnis läßt sich nicht durch Interessen verdunkeln. Mag man das Ziel organische Wirtschaft, Gilde oder Sozialtrust nennen; hier laufen die beiden Ströme zusammen, die unsere Entschlüsse mitreißen: Produktionspolitik und Sozialpolitik.

Hier vereinigen sich die beiden entscheidenden Tendenzen: gleichzeitig die Produktion zu vervielfachen und dem Arbeiter Anteil an Ertrag und Verwaltung zu sichern.

Nur der Sozialtrust, aus organischer Wirtschaft erwachsen, gibt dem Arbeiter und Angestellten die Möglichkeit, den Ertragszufällen des Einzelwerkes enthoben an der zentralen Stelle seines Gewerbes einblickend, mitwirkend und anteilnehmend sich als wirtschaftenden, für die Gemeinschaft tätigen Faktor zu fühlen. Nur durch diese organische und psychologische Umstellung kann unsere Wirtschaft ins Gleichgewicht kommen, kann sie produktiv und sozial schöpferisch, ja vorbildlich werden.

Vossische Zeitung, 15. September 1920

ZIRKULATIONSFORMEN

Waren sind beweglich, Anlagen sind unbeweglich. Dennoch wird von beiden verlangt, daß sie ihr Zugehörigkeitsverhältnis zu einem Besitzer jederzeit ändern können: über das natürliche Bewegungssystem der Güter, das sie von der Gewinnungsstelle zur Verarbeitung, von dort zum Verbrauch oder zur Verwendung führt, lagert sich ein zweites Bewegungssystem, das des Eigentumsanspruchs, das unsichtbar in einem zweiten Reiche sich vollzieht, in welchem nicht die Dinge, sondern ihre Abbilder kreisen.

Wer einen Sack Mehl kauft, um zu backen, der nimmt eine Ware mit sich, die er sieht, greift und verwendet; wer ein Landgut kauft, ergreift Besitz durch Auflassung, Handanlegung, übernimmt das Besitztum und richtet sich ein. Hier fällt der Erwerb des sichtbaren, individuellen Dinges mit dem des unsichtbaren Machtanspruchs zusammen. Die Güterbewegung ist differenziert.

Wer tausend Wagen Mehl zur Lieferung an einem bestimmten Tage kauft, das er nicht verbacken kann noch will, das er vielleicht nicht einmal einlagern könnte, sondern das er weiterzugeben oder aufzuteilen gedenkt; wer einen Pfandbrief kauft, der einen Grundwertanspruch darstellt, jedoch nicht auf eine bezeichnete Liegenschaft, sondern auf den gesamten Pfandbesitz einer Bank, der erwirbt einen unpersönlichen, undifferenzierten Besitz, einen Machtanspruch, der mit der natürlichen Bewegung des Gutes nicht zusammenfällt. Das

Mehl, das er gekauft hat, lagert in Speichern, die er nicht kennt, bewegt sich auf Bahnen, von denen er nichts weiß, zu Verbrauchern, die er nicht bestimmt. Das verpfändete Grundstück wird bebaut, vermietet, ausgetauscht, ohne daß er es erfährt.

In der sichtbaren Ebene der realen Wirtschaft bewegen sich die Güter, in der unsichtbaren Ebene der Machtansprüche bewegen sich die Besitzrechte. Diese Doppelheit ist der Ausdruck unserer Universalwirtschaft, die nur dadurch bestehen kann, daß jeder einzelne seinen Besitz der Wirtschaft zur Verfügung stellt und daß die gemeinsame Wirtschaft im Verhältnis gedachter Ansprüche jedem die Güter zur Verfügung stellt, die er verlangt; daß der Produktionsprozeß seinen eigenen Gesetzen folgt, die unabhängig sind von der Verteilung der Ansprüche und Anrechte.

Nicht durch bewußte Einrichtung und Vereinbarung, sondern durch selbsttätige Umgestaltung des Wirtschaftslebens auf dem Wege der Substitution des Grundes sind in der zweiten Ebene, der des Besitzanspruchs, getreue Abbilder entstanden, die den Realien der ersten Ebene entsprechen. Ich nenne diese Abbilder Zirkulationsformen.

Die Zirkulationsform des undifferenzierten Besitzes, des Besitzes schlechthin, der seinen Anspruch noch nicht gewählt hat, ist das Bankguthaben; das Sparkassenbuch; der Scheck: Besitzformen, deren Eigenwert freilich im stillen Einverständnis des Eigentümers seitens der Bank zum Teil in differenziertere Formen geleitet wird, insoweit er in Wechseln, Anleihen oder Hypotheken Unterkunft findet.

Die Zirkulationsform des Staatsbesitzes und des freien Nationalvermögens ist die Staatsanleihe.

Die Zirkulationsform der undifferenzierten Ware ist der Wechsel, die der differenzierteren Ware der Lieferschein und das Konossement.

Die Zirkulationsform der Detailware und der persönlichen Dienstleistung ist das Bargeld und die Banknote. Hieraus ergibt sich im Vorübergehen die Sinnlosigkeit der Metaldeckung: eine Wechseldeckung genügt, sofern sie einen ausreichenden Betrag in Auslandswechseln einschließt, um die Valuta zu schützen. Das Gesetz der Umlaufsmittel ist nicht: Geldschatz mal drei, sondern nicht mehr und nicht weniger, als Detailwaren und Dienste in erfahrungsmäßigem Umlauf sind.

Die Zirkulationsform des Grundbesitzes ist der Pfandbrief; in differenzierterer Art die Hypothek.

Die Zirkulationsform der gewerblichen Anlage ist die Obligation und Aktie. Bei der Ungleichartigkeit des gleichzeitigen Erträgnisses verschiedener Wirtschaftsgebiete hat sich eine gänzlich undifferenzierte Zirkulationsform des Gewerbes nicht herausgebildet. Bei verändertem Wirtschaftsaufbau ist sie denkbar.

Die wenig ausgebildete Zirkulationsform des Kleingewerbes ist der Genossenschafts- und Personalkredit.

Der Wert der Realgüter, die eine Zirkulationsform nicht gefunden haben, ist im nationalen Haushalt unbedeutend. Es sind vornehmlich die unbelasteten Restbeträge der Grundwerte und Privatgeschäfte, bezahlter und benutzter Hausrat, Kunstwerke und Sammlungen. Mit anderen Worten: fast jeder Wert der nationalen Wirtschaft hat sein Abbild und seinen Gegenwert in irgendeiner Zirkulationsform, und umgekehrt ist jeder, der besitzt,

gezwungen, seinen Besitz in eine dieser Zirkulationsformen zu kleiden und somit, mag er wollen oder nicht, an der nationalen Wirtschaft mitzuwirken. Selbst wenn er Banknoten aufspeichert, hat er nichts anderes getan, als der Reichsbank ein zinsloses Darlehn gegeben. Eine Entziehung von der Nationalwirtschaft findet nur dann statt, wenn Kapital mitsamt seinen Erträgen dem Auslande überlassen wird oder wenn wirtschaftlich wertlose Stoffe — Juwelen und andere Luxusgüter — erzeugt oder vom Ausland bezogen werden oder wenn brauchbare Stoffe mit der Absicht der Einsperrung dem Verbrauch vorenthalten werden. Da das letztere in Friedenszeiten nachweislich in keinem irgendwie nennenswerten Umfange geschieht, fallen jene neueren Theorien dahin, die auf der Annahme eines Kapitalstreiks beruhen.

Wollte man bei wirtschaftlichen Betrachtungen sich daran gewöhnen, den Begriff der Zirkulationsformen anzuwenden und hiermit gewissermaßen eine doppelte Buchführung der Vorgänge zu schaffen — indem nämlich das Endergebnis aller Güterbewegung mit dem Ergebnis der Bewegung des Abbildes übereinstimmen muß —, so würde manche Verwirrung beseitigt, die heute sich mit den Begriffen des Geldes und Kapitals verknüpft. So würde zum Beispiel eine Lehre nicht mehr ernst genommen werden können, die aus einer Umgestaltung einzelner Zirkulationsformen, etwa der Banknoten, eine Beschleunigung des realen Güterumlaufs erhofft, der in Wirklichkeit ausschließlich von technischen Gegebenheiten abhängt. Ebenso würde manche Spekulation über Geldentwertung und Geldüberwertung sich erledigen, wenn man sich

klarmacht, daß ebensoviel an Umlaufsmitteln geschaffen werden darf und muß, als dem Noteninstitut an echten Warenwechseln zufließt.

Der Vorgang der Immobilisierung ist nicht umkehrbar. Zwar erzeugen neugebaute Fabriken wiederum Warengüter, jedoch in jährlich begrenztem Ausmaß; die Mauern, Dächer, Maschinen lassen sich mit einigermaßen erträglicher Ausbeute in Waren nicht zurückverwandeln.

Würden mit einem Schlage alle Güter der Erde, mit Ausnahme der in weiterem Sinne verzehrbaren, immobilisiert, so wäre in diesem Augenblick der Produktionsprozeß erstarrt, denn es fehlte ihm an Betriebsstoffen, Halbfabrikaten, Zwischenprodukten, Fertigwaren.

Da nun der Sinn der unverzehrbaren Ware die Immobilisierung ist und da wiederum die restlose Immobilisierung den Wirtschaftsvorgang vernichtet, so muß es eine obere Grenze geben, bis zu der die jährliche Immobilisierung vorschreiten darf, während ihre Überschreitung kritisch ist.

Diese obere Grenze ist gegeben durch die nationale Ersparnis, soweit sie nicht ins Ausland wandert. Den genauen Gegenwert dieser heimbehaltenen Ersparnis erblicken wir am Ende des Jahres in zweierlei Form: in Anlagen und Verbesserungen einerseits, in vergrößerten Warenlagern anderseits. Da die Aufspeicherung in Lagern und die Kapitalausfuhr sich nicht sprunghaft ändert, finden wir somit in Bauten, Anlagen und Meliorationen das sichtbare Maß der nationalen Ersparnis. Wer die Reichsgrenze überschritt, ohne die Eisenbahn zu verlassen, erblickte in der verminderten Zahl der Neubauten, Bahnhofserweiterungen, Wegebauten

den auffälligen Gegensatz zur deutschen Sparkraft.

Immobilisiert eine Nation in einem Jahre mehr, als sie erspart hat, so kommt sie in ähnliche Lage wie ein Landmann, der zuviel verbaut. Es fehlt ihr an Betriebsmaterialien; sie muß ihre ausländischen Besitztümer angreifen, um die fehlenden Waren zu erhalten, sie muß vom Auslande Waren leihen, sie muß ihren Immobilisationsprozeß, ja schließlich ihren Produktionsprozeß aus Mangel an eigenem Material verlangsamen.

Dies ist der Punkt der industriellen Krisis, wie er sich auf der Ebene der Realien ausdrückt. Auf der Ebene der Zirkulationsformen müssen wir die Abbildung des Vorganges erblicken.

Die Unumkehrbarkeit des Immobilisationsvorganges spiegelt sich folgendermaßen:

Beim Verbrauch von Waren zur Herstellung von Anlagen verschwinden Wechsel — durch Rückzahlung —, und es entstehen Aktien, Obligationen und Hypotheken, im schlimmsten Fall auch Finanzwechsel. Diese Werte sind nicht rückverwandelbar.

Der Sättigungsvorgang spiegelt sich so: Käufer von Aktien, Obligationen und Hypotheken ist der Sparer. Die Tatsache, daß das Land nicht mehr verbauen kann, als es erspart, drückt sich dadurch aus, daß der Kapitalist nicht mehr von diesen Zirkulationsformen aufnehmen kann, als sein Vermögenszuwachs beträgt. Sein Betriebskapital kann und darf er nicht in Anlagewerte verwandeln. Geschieht es dennoch, so müssen zunächst die Banken standhalten; ihre Behälter, die für flüssige Mittel bestimmt sind — Wechsel, Kasse und tägliche Guthaben —, füllen sich mit Aktien, Obligationen,

Grundwerten und gelegentlich Finanzwechseln; der Stand der Banken versteift sich.

Selbsttätig wirkt der steigende Bankdiskont der Entstehung von Wechseln entgegen, zieht vielleicht zunächst auch einiges ausländische Kapital herbei; dann aber fehlt es dem Gewerbetreibenden an Betriebsmitteln; er muß seine Tätigkeit einschränken und gleichzeitig hohe Zinsen zahlen. Seine Erträge verschlechtern sich, der Wert der Aktien sinkt, das Überangebot an Werten tritt hinzu; nun ist auch der Entstehung neuer immobiler Zirkulationsformen Halt geboten: das Gründen und Erweitern hört auf und somit das Bauen.

Hier betreten wir wieder die Ebene der Realien. Der Produktionsprozeß ist verlangsamt, das Bauen und Immobilisieren hat aufgehört; ja selbst der Verbrauch hat sich durch die Ungunst der Zeitläufte vermindert. Die verkleinerte Produktion kommt nun der Erzeugung beweglicher Waren zugute, zunächst solcher, die zur Rückerstattung der geliehenen Auslandsgüter dienen. Die Volksparsnis wächst wiederum an, sie dient zunächst zur Beschaffung von Betriebsstoffen und zur Anfachung des Produktionsprozesses, die Wirtschaft kommt in Gang.

In der Ebene der Zirkulationsformen haben die Auslandsforderungen sich vermindert; die Kapitalisten beginnen, bei gesteigerten Erträgen und gesunkenen Kursen die Banken von ihren Anlagewerten zu entlasten; diese werden aufnahmefähig für Wechsel, der Diskont sinkt, Geld, wie man sagt, wird angeboten; der Wert der Anlagen vermehrt sich dreifach: durch steigenden Ertrag, durch höhere Kapitalisierung und durch wachsende Nachfrage; es werden wiederum neue Anlagewerte geschaffen

— und abermals ist die Spiegelwirkung auf der Ebene der Realien das verstärkte Bauen.

Hiermit sind die Bedingungen für die wirtschaftliche Hochkonjunktur gegeben, die wiederum anhält, über das Ziel schießt, indem sie mehr verbaut, als das Land erspart hat, und somit den Kreisprozeß erneuert.

Die Kenntnis dieser Zusammenhänge führt ohne weiteres zu Beobachtungsformen, die jede beginnende Krisis voraussehen lassen und zur Milderung, ja zur Vermeidung überleiten, sobald das allgemeine Bewußtsein dämpfend in den Gang eingreift. Das sicherste Vorzeichen der Krise ist das Steigen des Zinsfußes im Verfolg einer Hochkonjunktur.

1920

DER KERN DES ÜBELS

Unbegreiflich ist es und nur durch das Versagen der berufenen Wissenschaft zu erklären, daß nicht seit Jahr und Tag die eine Frage im Brennpunkt der öffentlichen Erörterung steht, die Frage nach der letzten und entscheidenden Ursache unserer Geldentwertung.

Denn von ihrer Beantwortung hängt alles ab, was wir zu tun haben; die beiden Möglichkeiten ihrer Beantwortung führen zu zwei diametral verschiedenen Einstellungen unserer inneren und äußeren Politik; wird sie falsch beantwortet, so ist jeder unserer Schritte fehlerhaft.

Wir gleichen einem Menschen, der vor dem Tode steht, indem er an zwei verschiedenen Krankheiten leidet. Der Pfuscher, der sorgsam feststellt, jede der beiden sei ein Übel, sich aber nicht fragt, welche von beiden die lebensgefährliche ist, wird abwechselnd und ohne Plan an den Symptomen kurieren und mit jedem angewandten Mittel das Leiden verschlimmern. Der Diagnostiker dagegen wird das Grundübel erkennen und alle Mittel auf eine Heilung konzentrieren, selbst auf die Gefahr, daß eine Medizin zeitweilig das Nebenübel verschärft.

Wir alle wissen, daß Inflation und passive Zahlungsbilanz gemeinsam die Geldentwertung verschulden. Die Frage jedoch, welches das Grundübel, welches das Nebenübel sei, wird kaum gestreift und nur in gelegentlichen Schlußfolgerungen falsch beantwortet.

Am leichtesten machen es sich diejenigen Kenner,

die aus Vertrautheit mit Provisionsgeschäften ihre Autorität in Wirtschaftsfragen herleiten und den Standpunkt vertreten: wenn die Geschäfte blühen, so gedeiht das Land. (Nirgends blühen „die“ Geschäfte so herrlich wie in verkommenen Ländern.)

Andere sagen einfach: Stellt die Notenpresse still, und es ist allen geholfen. Wie macht man das? Nun, man spart. Was heißt das: sparen? Nun, der Staat muß weniger Geld ausgeben. Es muß mehr gearbeitet und weniger vertan werden.

Es mag sein, daß in einzelnen Amtsstellen mehr gearbeitet und weniger ausgegeben werden kann. Ist es aber möglich, die Unterstützung der Arbeitslosen einzustellen? Ist es möglich, die Frachten des Reiches durch Multiplikation den Frachten des Weltmarktes anzupassen? Ist es möglich, auf Getreideankäufe zu verzichten und den Brotpreis zu vervielfachen? Ist es möglich, den Schuldenausgleich und die Wiedergutmachungskosten zu zahlen und den Gegenwert in vollem Umfang sofort durch Steuern zu decken? Ist es möglich, jeden Kulturaufwand zu unterdrücken und Erziehung und Wissenschaft größere Not leiden zu lassen, als sie leiden?

Nehmen wir an, das alles sei möglich; noch mehr als das: es sei geschehen und durchgeführt. Wir werden gesteigerte Arbeitslosigkeit, Teuerung, Hungersnot und Revolten im Lande haben, alle Einrichtungen werden schmählicher verkommen, als sie verkommen sind, — aber der Geldwert ist gebessert, das Ziel ist erreicht. (Es bleibe dabei außer acht, daß im gleichen Augenblick unser Export zerstört, unsere Industrie von Beschäftigungslosigkeit bedroht ist.)

Ist das Ziel wirklich erreicht?

Nein. Denn alsbald beginnt das Abgleiten des Geldwertes von neuem.

Wir haben vergessen, unsere Handelsbilanz zu prüfen. Wir haben vergessen, daß, wenn wir am 1. Januar des Jahres erwachen, wir nur eines mit Sicherheit über unsere Zukunft wissen: wir können nur dann das Jahr überleben, wenn es uns gelingt, für etwa fünf Goldmilliarden Nahrungsmittel, Kleidungsrohstoff und Metallbedarf vom Ausland zu kaufen — — und zu bezahlen. Fünf Goldmilliarden aber sind, milde gerechnet, fünfzig Papiermilliarden, und fünfzig Papiermilliarden sind etwa vier tägliche Arbeitsstunden.

Hat man denn einmal die Grundrechnung gemacht? Wir haben gegen acht Millionen industrielle Arbeiter. Die leisten jährlich etwa sechzehn Milliarden Arbeitsstunden, die bei unseren heutigen unvollkommenen Organisations- und Arbeitsformen Werte von rund hundert Milliarden Papiermark erzeugen. Davon sollen fünfzig zum Ankauf unentbehrlicher Nährstoffe (mittelbarer und unmittelbarer), Faserstoffe und Metalle dienen; zehn, vielleicht zwanzig Milliarden sind nach den Grundsätzen „freier“ Wirtschaft bisher für überflüssige und schädliche Luxuseinfuhr vergeudet worden; dreißig Milliarden sollen nach den menschenfreundlichen Beschlüssen von Boulogne uns als jährliche Minimallast auferlegt werden — natürlich mit steigender Skala —, somit bleibt für Hausung, Kleidung, Arbeitsmittel, Staats- und Kulturbedarf — nichts.

Tatsächlich ist seit Kriegsende nichts geblieben. Wir haben vom Ausverkauf, vom Vorhandenen und vom Pump gelebt und mehr verzehrt als geschaffen.

Hätten wir also, selbst unter bitteren Opfern, unseren Geldwert stabilisiert, ja gebessert — er käme von neuem ins Gleiten, denn wir müssen kaufen und haben nichts zum Zahlen. Die Geschäftemacher freilich meinen, es werde sich alles finden, denn die Geschäfte (nicht wahr?) gehen recht gut, und das freie Spiel der Kräfte bringt alles ins gleiche.

Es haben somit alle diejenigen unrecht, die uns versprechen, wir würden unsere Wirtschaft und unseren Geldwert in Ordnung bringen, wenn wir unsere Aufgaben aufs äußerste zulässige oder unzulässige Maß beschränken, die Steuerschraube aufs schärfste anziehen, unseren Staatshaushalt ins Gleichgewicht bringen, die Notenpresse stoppen. Das alles würde neben schweren Nachteilen manche Vorteile haben; retten würde es uns nicht.

Deshalb sind, nebenbei bemerkt, alle Versuche nutzlos, zum Teil gefährlich, durch sogenannte Konsolidierung der schwebenden Schuld, als da sind Zwangsanleihen, beschleunigte Eintreibungen, illusorische Überbesteuerungen, das Tempo unserer Verschuldung um ein paar Monate zu verzögern. Eine Kapitals- und Kreditkrise ist leicht hervorgerufen, und es ist gänzlich gleichgültig, ob wir eine gegebene unvermeidliche Schuldenlast schon im Juni oder erst im September erreichen.

Es läßt sich aber das gestellte Problem in genügender Annäherung auch rechnerisch erfassen. Es läßt sich mit ausreichender Deutlichkeit darlegen, daß die Inflation jetzt und in Zukunft, verglichen mit unserer Unproduktivität, das kleinere Übel ist, daß sie für sich allein den Geldwert in weit geringerem Umfang geschädigt hat als die Handelsbilanz, daß

also nur von dieser Katastrophe oder Gesundung abhängt.

Seit mehr als einem Jahrzehnt habe ich mich bemüht, eine Betrachtungsweise in wirtschaftliche Erörterungen einzuführen, von der einige Grundbegriffe, vor allem die Trennung der Rechnung in die Aufstellungen der „Realseite“ und der „Papierseite“, sich einzubürgern beginnen. Es entspricht dieses Verfahren der kaufmännischen Bilanzierung, angewandt auf ein ganzes Volksvermögen, und es erscheint dabei der Begriff des Geldes als das, was er ist, nämlich als eine überlieferungsmäßig zusammengefaßte Sondergruppe aus dem umfassenden Komplex der Wertsymbole.

Könnte man mit starken Fernrohren vom Mars her unser ganzes Wirtschaftswesen genau verfolgen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Vergrößerung nicht ausreicht, um Gedrucktes oder Geschriebenes zu lesen, so könnte sich der Beobachter vollkommene Rechenschaft ablegen von einem großen und vielleicht logischen Produktions- und Verteilungsprozeß. Er würde aber keine Ahnung davon haben, daß bei uns allerhand Papiere zirkulieren, er würde die Eigentumsansprüche von Personen an Güter nicht kennen, er würde nicht wissen, was Geld, Vermögen und Schuld ist.

Mit anderen Worten: er würde die Realseite unserer Wirtschaft beobachten und zu ihrer Erklärung keiner Erkenntnis der Papierseite bedürfen. Er würde das Korn wachsen, die Mühlen mahlen, die Hochöfen schmelzen und die Arbeitsmaschinen gestalten sehen, er würde die Transporte der Güter auf Schienen und Wasserflächen, ihre Verteilung auf Märkten und in Läden verfolgen, ihren Verzehr

in Häusern erblicken und alles verständlich finden. Was auf der linken Seite einer Geschäftsbilanz verzeichnet zu sein pflegt, ist ihm wahrnehmbar; die Kontrolle der rechten Seite, auf der die Passiven stehen, fehlt ihm, und doch ist sein Bild geschlossen, ja lückenlos. Er beobachtet uns mit den Augen einfacher Buchführung, während uns die doppelte Buchführung derart ins unbewußte Denken übergegangen ist, daß wir mehr von den Symbolen der Passivseite als von den Realien der Aktivseite reden. Das war zu Homers Zeiten anders; damals gab es nur den Begriff der Güter; keines der Symbole, nicht einmal die Grundschild war bekannt, Rinder und Metallbarren waren Zirkulationsware und Wertmesser.

Heute sind im Okzident fast alle sichtbaren Besitztümer mit Symbolen belegt. Dem Grund und Boden und den Gebäuden entspricht die Hypothek, der Pfandbrief, die Obligation, den Fabrikeinrichtungen die Aktie, dem Staatseigentum das Staatspapier, dem Rohstoff- und Großwarenlager der Wechsel und das Bankguthaben, der Marktware das Giralgeld und der Geldschein. Dies alles mit fließenden Grenzen: denn es stehen oft unbefugtermaßen Obligationen gegen Einrichtungen, Wechsel gegen Gerätschaften und dergleichen mehr.

Von Symbolen ungedeckt sind im wesentlichen nur die unbelasteten Restbestände des Grundwertes, Kunstwerke und Hausrat, soweit ihnen nicht Versicherungspolice gegenüberstehen; überdeckt oder vielmehr überlastet sind hingegen die meisten Staats- und Kommunalbesitztümer. Im ganzen halten sich somit Realien und Symbole ziemlich genau die Wage.

Nun wird erkennbar, daß das sogenannte Geld, gleichviel ob Geldschein oder Giralgeld, nur einen engen Ausschnitt aus der Gesamtheit der Wertsymbole bedeutet. Eine Vermehrung des Geldes im engeren Sinne kann daher nie eine vollproportionale Entwertung bewirken. (Anders in den Zeiten der französischen Revolution: damals war der größte Teil der Besitztümer noch nicht symbolisiert; die Umlaufsmittel machten den weitaus größten Teil der Wertsymbole aus.)

Nebenher ergibt sich, was selbstverständlich sein sollte, leider aber vielen Verfassern von Geldreformprojekten unbekannt ist: daß keinerlei Umgestaltung der Wertsymbole den Produktions- und Verteilungsprozeß der Realien, der eigenen technischen Gesetzen folgt, grundsätzlich beschleunigen oder verbessern kann.

Alle Wertsymbole sind in Deutschland in Mark ausgestellt. Ihre Endsumme ergibt somit einen Markbetrag. Der Wert der Mark ist in jedem Augenblick rechnerisch feststellbar, und zwar durch Division des gesamten Realienwertes durch die Endsumme sämtlicher in Mark ausgestellter Wertsymbole. Diese Division ergibt den inneren Wert der Mark, der höher oder niedriger sein kann als der durch die Zahlungsbilanz regulierte Auslandswert.

Beläuft sich also zu irgendeinem Zeitpunkt die Endsumme der Wertsymbole auf tausend Milliarden oder eine Billion, so ist die Definition des inneren Marktwertes: eine Mark gleich dem billionten Teil des Nationalvermögens.

Bewerten wir das deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege auf 350 Goldmilliarden und rechnen wir, daß es sich seither durch Abnutzung, Miß-

brauch, Verlust und Enteignung auf 200 Milliarden verringert hat. Rechnen wir ferner, daß die Erhöhung der Weltpreise im Vergleich zum Golde für die meisten Gütergattungen 50 bis 100 % beträgt, setzen jedoch für diese Erhöhung nur 25 % in Rechnung, so ergibt sich ein heutiger Wert von 250 Goldmilliarden.

Diesem Wert steht gegenüber erstens die volle — und damals zutreffende — Endsumme der Wertsymbole, wie sie vor dem Kriege bestand, also 350 Milliarden, zweitens die Summe der seither geschaffenen Wertsymbole, denen kein realer Wertzuwachs entspricht.

Die neuen Wertsymbole setzen sich zusammen:
aus den schwebenden und konsolidierten Schulden des Reiches, der Staaten und Kommunen,
aus der Vermehrung der Umlaufsmittel,
aus neuen Auslandsschulden,
aus denjenigen Wertpapieren, die von Aktiengesellschaften und Gewerbetreibenden in Umlauf gesetzt sind, um auf dem Weltmarkt Waren zu gestiegenem Marktpreis zu kaufen, nachdem die früheren gleichwertigen, aber billig eingesetzten verbraucht waren: also Papierschöpfung ohne Wertschöpfung.

Wir werden diese vier Kategorien keinesfalls zu niedrig bewerten, wenn wir sie mit 500 Milliarden einsetzen. Das ergibt, zugezählt zu den 350 Milliarden der Vorkriegszeit, eine Endsumme der Wertsymbole von 850 Milliarden. Ihr steht ein Realwert von 250 Milliarden gegenüber; somit beläuft sich der heutige innere Marktwert auf $250 : 850$ Milliarden, das heißt auf nicht ganz 30 Pfennige. Das ist ungefähr das Dreifache des Auslandswertes.

Erschrecken wir nicht davor, eine sehr realistische Rechnung für das Jahr 1923, 1924 oder 1925 zu machen: es ist ganz gleichgültig, welches Jahr der geneigte Leser sich wählt; ich meine schlechthin dasjenige, in dem unsere Inflation, gleichviel mit welchen retardierenden Mitteln wir sie bekämpfen, ob wir wollen oder nicht, auf die Riesensumme von 1500 Milliarden angewachsen sein wird.

In diesem bedenklichen Jahre wird die Endsumme der Wertsymbole sich auf 1850 Milliarden belaufen. Angenommen, es habe sich bis dahin unsere Substanz zwar nicht verbessert, aber auch nicht verschlechtert, so beträgt der innere Markwert noch immer nahezu 14 Pfennig, das heißt fast das Einundeinhalbfache des heutigen Auslandswertes.

Hieraus ergibt sich mit Deutlichkeit: Keine Minderung der Inflation rettet uns. Was uns vernichtet, ist die Handlungs- und Zahlungsbilanz. Sie hat unseren inneren Geldwert auf den dritten Teil geworfen, sie fährt fort, ihn zu entwerten, gleichviel mit welchen Mitteln wir ihn innerlich zu konsolidieren trachten. Was allein uns retten kann, ist Produktionspolitik: mehr produzieren, weniger verbrauchen. Denn wenn auch die „Geschäfte“ noch so gut gehen: ein Volk, das mehr verbraucht als schafft, geht zugrunde.

Den furchtbaren Ernst dieser Rechnung sollten auch die Vertreter der fremden Mächte in Brüssel verstehen. Oberster Grundsatz jeder Entschädigung sollte sein, daß sie nicht von der lebensnotwendigen Substanz, sondern nur vom Erträgnis genommen werden darf. Wir müssen arbeiten und werden arbeiten, sofern man uns arbeiten läßt. Wirksam arbeiten, in dem Maße, als es unsere Lage erfordert,

können wir jedoch nur dann, wenn wir unsere Arbeit neuorganisieren und eine Produktionspolitik betreiben, wie ich sie oft genug dargelegt habe.

Was bedeutet denn schließlich, im Sinne eines sich selbst herstellenden Gleichgewichtes betrachtet, die Entwertung der Münzeinheit? In hundert Jahren, wenn ein vollkommener Ausgleich sich vollzogen hat, bedeutet sie wenig; es kann unseren Nachkommen ziemlich gleichgültig sein, ob die Münzeinheit, mit der sie rechnen, so groß ist wie ein Pfund Sterling oder so klein wie ein Real, vorausgesetzt, daß ihre Wirtschaft gesund ist und daß ihre Einnahmen, auf die Münzeinheit berechnet, den richtigen Betrag ausmachen. Für den Augenblick bedeutet die Entwertung der Münzeinheit sehr viel, und zwar das Folgende:

Erstens bedeutet sie, daß das arbeitslose Einkommen, das im wesentlichen Gläubigereinkommen ist, seine Kaufkraft verloren hat. Vor zwei Menschenaltern konnte sich ein Kaufmann zur Ruhe setzen, wenn er zwanzig Jahre gearbeitet und 100000 Mark erspart hatte. Von seinen Zinsen konnte er sich Bedienung halten und so viel Fleisch, Butter und Getränk verbrauchen, als er Lust hatte und seine Gesundheit gestattete. Heute ist ein Mann, der sich vor dem Kriege mit dem zehnfachen Vermögen, mit einer Million Mark, zur Ruhe gesetzt hat, nach Leistung des Notopfers, der auferlegten Steuern und unter Berücksichtigung des Geldwertes nicht mehr imstande, von seinen Zinsen zu leben; er steht vor der Wahl, sein Vermögen aufzuzehren oder von neuem zu arbeiten.

Es bedeutet zweitens, daß in einem von Waren entblößten Lande die Waren sehr begehrt sind und

derjenige daher sehr gut daran ist, dessen Vermögen aus Waren besteht. Daher konnten sehr viele Waren- und Güterbesitzer Kriego- und Revolutionsgewinner werden; ihre Vermögen haben sich vervielfacht. Es ist eine Verschiebung des Gläubigerbesitzes zugunsten des Realienbesitzes eingetreten. Ein verarmtes Land trachtet, sich, wenn auch auf Kosten der eigenen Landesgenossen, zu entschulden. Die Solonische Seisachtheia vollzieht sich von selbst.

In gleichem Maße entschuldet sich der Staat. Seine jährliche Zinsenlast, in Arbeitsstunden ausgedrückt, ist nicht wesentlich höher als vor dem Kriege. Freilich sind zugleich seine besten Einnahmequellen zerstört.

Es bedeutet drittens, daß es nicht mehr jedem einzelnen freisteht, zu Lasten der Volkswirtschaft im Auslande so viel Güter zu kaufen, als ihm beliebt. Die Auslandsgüter an sich sind höchstens um 50 bis 100 % verteuert: doch der Deutsche, der sie erwerben will, muß den zwanzigfachen Preis bezahlen. Leider — so darf man sagen, soweit es sich um reinen Luxusbedarf handelt — ist diese Spannung noch nicht prohibitiv. Doch sie lehrt, daß ein verarmtes Land so viel wie möglich erzeugen und ausführen, so wenig wie möglich einführen und verbrauchen soll. Diese Spannung — also die Geldentwertung — wird und muß so lange sich verschärfen, bis das heute noch sehr entfernte Gleichgewicht zwischen Verbrauch und Produktion hergestellt ist.

Es bedeutet endlich, und dies ist das schmerzlichste, daß ein dauerndes Mißverhältnis selbst zwischen dem Arbeitseinkommen und den Lebenskosten bestehen wird. Diese Tatsache ist bisher noch nicht genügend erkannt; fast durchweg herrscht

die Meinung, die Arbeitseinkommen müßten sich doch endlich einmal den „Weltmarktpreisen“ — gemeint sind die Lebenskosten — anpassen.

Dies kann leider nicht geschehen. Es ist ein Verhältnis entstanden, das unentrinnbar ist, solange unsere Wirtschaft nicht aktiv wird, und das ich den Entbehnungsfaktor nennen will.

Würde in unserer heutigen Lage der Entbehnungsfaktor gleich Null, das heißt, stiege das Arbeitseinkommen so weit, daß es alle vernünftigen Lebensbedürfnisse deckte, so würden alsbald alle diese teils zurückgehaltenen, teils neu entstehenden Bedürfnisse gestillt, es würden zahlreiche Waren aus dem Markt genommen, die sonst der Ausfuhr oder der Wiederherstellung des Produktionsprozesses gedient hätten, es müßten in erhöhtem Umfange Neueinfuhren beschafft werden, für die keine Bezahlung zur Verfügung stände, und ein neues beschleunigtes Sinken des Geldwertes träte ein.

Solange unsere Wirtschaft nicht ausgeglichen ist, läuft der Geldwert vor dem Lohne davon. Ein Ruhepunkt kann nicht eintreten, es ist mit Wahrscheinlichkeit zu befürchten, daß er mit jeder neuen uns auferlegten Last sich erheblich vergrößert.

Betrachten wir das Ergebnis der Erörterung, so kommen wir zu folgenden Schlüssen:

Solange es unklar war, ob Inflation oder Handelsbilanz das größere und entscheidende Übel ist, konnte man zwischen zwei politischen Wegen schwanken.

War Inflation das größere und unabhängige Übel, so war der gegebene Weg: Abbau. Konsolidierung der Staatsschuld, Zwangsanleihe, Erhöhung und

beschleunigte Eintreibung der Steuern, jede denkbare Ersparnis im Staatshaushalt, selbst auf Kosten der Kulturaufgaben, Sanierung des Volkshaushalts von der Geldseite. In dieser Richtung haben sich denn auch nahezu alle Reformen bewegt.

Es hat kein Bedenken, sie in mäßigen Grenzen fortzusetzen, über das Maß getrieben führen sie zu der schweren Gefahr der Finanzkrisen, des wirtschaftlichen, technischen, kulturellen und verwaltungsmäßigen Absterbens. Zum Ziele, das haben wir gesehen, führen sie nie: ob wir den Punkt der Billionenschuld um ein Jahr früher oder später überschreiten, ist völlig gleichgültig; überschreiten werden wir ihn, und es kann, wenn unsere Produktionswirtschaft gesundet, im Zeitpunkt des Überschreitens unser Geldwert erheblich besser sein, als er heut ist. Wir können leben bei einer Billioneninflation, wenn Produktion und Verbrauch, Einfuhr und Ausfuhr im Gleichgewicht stehen. Wir können nicht leben, auch wenn ein Wunder uns schuldenfrei und inflationsfrei machte und die Passivität unserer Wirtschaft bestehen bleibt.

Da nun, wie wir gesehen haben, nicht die Inflation, sondern die von ihr unabhängige, ja sogar von ihr gemilderte Passivität der Wirtschaft der Kern des Übels ist, so ist die entgegengesetzte Politik, die Politik von der Realienseite, uns auferlegt und entscheidend.

Wir haben Produktionspolitik zu treiben, nicht Geschäftspolitik. Es kommt nicht darauf an, ob sich unsere Schulden vorübergehend erhöhen. Es kommt darauf an, daß wir unser Weniges an Rohstoffen und Halbfabrikaten im Lande behalten und hochverfeinerte Lohnträger expor-

tieren. Es kommt darauf an, daß wir uns Absatzgebiete sichern. Es kommt vor allem darauf an, daß wir durch arbeitsteilende Organisation, durch arbeit- und materialersparende Technik unsere gesamten Produktionsmethoden reformieren. Es kommt darauf an, daß wir richtige Verbrauchs- und Einfuhrpolitik betreiben. Es kommt darauf an, daß bei der Beurteilung aller materiellen Arbeit der volkswirtschaftliche Nutzen über den privatwirtschaftlichen gestellt werde.

Das einzige, was wir haben und behalten, ist unsere Arbeitskraft, sind unsere zweiunddreißig Milliarden Arbeitsstunden. Ihr Wirkungsgrad, das heißt, ihre werterzeugende Kraft, ist heute viel zu gering. Weder Naturgesetze noch technische Schwierigkeit, sondern lediglich Unkenntnis und Indolenz stehen einer beliebigen Steigerung dieses Wirkungsgrades im Wege, und kein feindlicher Wille kann sie hindern. Im Gegenteil: unsere Gegner werden erkennen müssen, daß sie aus unserer heutigen Wirtschaft nicht das erhalten können, worauf sie Anspruch erheben, sie werden uns helfen müssen, unsere Produktion zu fördern, wenn sie zu ihrem Rechte kommen wollen. Finanzkontrollen werden ihnen so wenig helfen wie uns, was wir brauchen, ist Arbeitsmöglichkeit und organische Produktion.

Vossische Zeitung, 1. Januar 1921

DIE PRODUKTION EINES LANDES

Die Produktion eines Landes wird verwendet:

1. ein Teil zur Vernichtung durch den weiteren Produktionsprozeß (Roh-, Hilfsmaterialien, Feuerung usw.);
2. teilweise zum Lebensunterhalt;
3. der letzte Rest ist Ersparnis.

(„2“ ist nicht identisch mit dem Einkommen des Landes, denn auch „1“ enthält Einkommensbestandteile.)

Alle Ersparnis des Landes, mit Ausnahme der Auslandsinvestitionen, ist sichtbar: als Bauten, Lager, Meliorationen, Verkehrseinrichtungen usw. (Mit Ausnahme etwaiger Schuldentilgung.)

Da Wechsel, Hypotheken, Aktien, Obligationen die zirkulationsfähigen Abbilder von Waren, Bauten, Fabriken usw. sind, so kann aus ihrer Zunahme auf die Investitionen geschlossen werden.

Mit Abzug der Verschuldung gegen das Ausland bedeuten alle Investitionen Ersparnisse, soweit nicht Ansprüche ans Ausland sich vermindert haben.

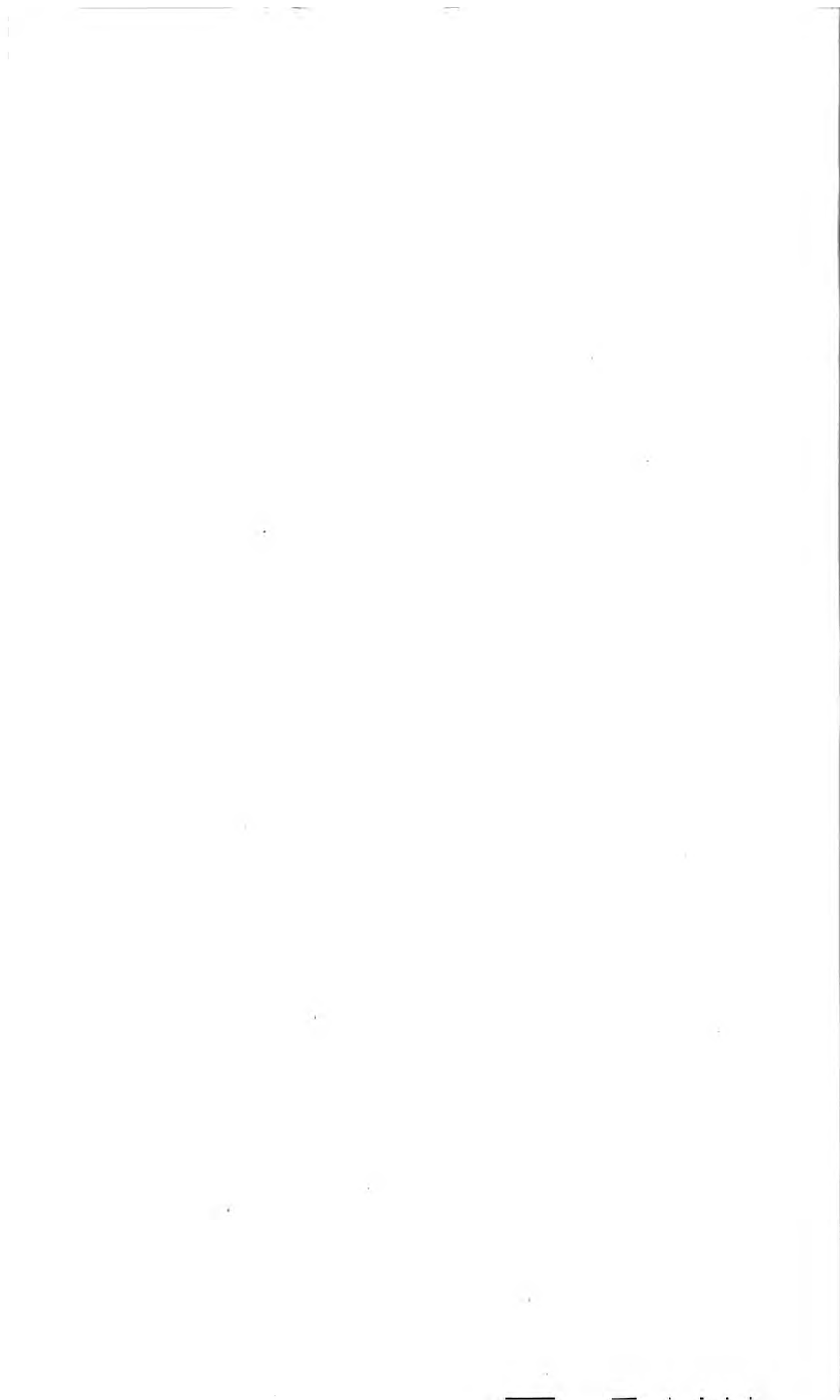
Denn Investitionen können nur gemacht werden, nachdem jedermann gelebt und seinen Unterhalt bezahlt hat. Abzuziehen sind die Entwertungen bestehender Anlagen.

Das Einkommen Deutschlands soll 30 Milliarden betragen. Da das Vermögen etwa 300 Milliarden beträgt, verzinst es sich mit 10%. Mit anderen Worten: wenn jemand 100 Mark verdienen will, so müssen 1000 Mark für ihn ausgelegt werden und arbeiten.

Wenn das gesamte Einkommen von 30 Milliarden gleichmäßig verteilt würde, so käme auf den Kopf 500 Mark. Hieraus ersichtlich, daß in der Steigerung des Konsumanteils mehr liegt als im Ausgleich.

Kultur, eine Wohlstandsfrage. Deutschlands heutige Kulturkrise: die neuen Einkommen von 20000 Mark.

Undatiertes Fragment



REPARATIONSPOLITIK

DEUTSCHLANDS PRODUKTIONSBILANZ

Soweit man über Auslandsnachrichten noch erschrecken kann, bin ich erschrocken über die Notizen, die Ihre heutige Morgennummer aus London und Bern gebracht hat.

Zunächst heißt es im „Daily Telegraph“: Die Verhandlungen in Brüssel „hätten mehr gebracht, als man erwartete“. Sodann: „Die angestellte Untersuchung habe zum Ergebnis geführt, daß Deutschland einen bedeutenden Schadenersatz leisten könne, viel mehr, als man allgemein angenommen habe.“ Ferner: „Seine wirtschaftliche Lage sei entschieden vielversprechend.“ Weiter: „Man könne eine bedeutende Zahlungsfähigkeit erwarten, und zwar zu einer sofortigen Zahlung in Waren und möglichst auch in barem Gelde.“

Das alles kann Stimmungsausdruck und Stimmungsmache sein. Ganz sicher ist es der übelwollende Schlußsatz: „Die Methode sei sehr lehrreich für die Alliierten wie für die Deutschen selbst gewesen, die unter dem Kreuzverhör gezwungen worden waren, bestimmte Tatsachen und Schätzungen aufzustellen, deren Tragweite sie selber nicht richtig erfaßt gehabt hätten.“

Schlimmer sind die Nachrichten aus Bern bzw. Brüssel, die sich auf eine angebliche Veröffentlichung der Brüsseler Untersuchungen beziehen.

Zunächst wird uns vorgeworfen, daß wir 90 bis 130 Milliarden Mark den eigenen Untertanen (gemeint sind wohl die durch Sequestrierung

Geschädigten) vorschießen. Das wird sich aufklären, denn es handelt sich um eine ausdrückliche Bestimmung des Versailler Vertrages, wonach Deutschland seine von Sequestrierung betroffenen Staatsangehörigen zu entschädigen hat. Es wäre interessant, wenn hier zum ersten Male seitens unserer Gegner eine offenkundige Änderung des Versailler Vertrages vorgeschlagen würde, und dieser Vorschlag wäre zu prüfen.

Sodann aber wird auf die Blüte der Metall- und Textilindustrie hingewiesen und damit die Lebensfähigkeit der deutschen Industrie begründet. Das heißt: es werden einzelne Industrie- oder Geschäftsgebiete herausgegriffen, die einen Gradmesser für die Tragkraft einer Gesamtwirtschaft bedeuten sollen.

Endlich wird auf die Möglichkeit einer Steigerung der Kohlenförderung hingewiesen.

Es wäre geradezu entsetzlich, wenn unseren Gegnern auch bei wenig wohlwollender Beurteilung nicht zum Bewußtsein gekommen wäre, daß die Leistungsfähigkeit einer Gesamtwirtschaft einzig und ausschließlich aus ihrer gesamten Produktionsbilanz hergeleitet werden kann.

Diese Produktionsbilanz besteht aus der Gegenüberstellung einerseits der gesamten Produktionsfähigkeit an Gütern, andererseits des unentbehrlichen Nationalverbrauchs und der unentbehrlichen Einfuhr im Lande nicht gewinnbarer Rohstoffe.

In unserem Falle kann nachgewiesen werden, daß nach den bekannten eingetretenen Verlusten an Überschußgebieten, Erzen, Kohlen, Schiffen, Auslandsguthaben, Auslandsinvestitionen, beim Rückgang unserer Äcker, Verkehrseinrichtungen,

Produktionsanlagen und Menschenkräfte die deutsche Gesamtproduktion nicht mehr ausreicht, um einerseits das Land zu ernähren, andererseits die notwendige Einfuhr an Nahrungsmitteln und denjenigen Rohstoffen, die die Voraussetzung jeder Produktion bilden, zu gestatten.

Es kann ferner nachgewiesen werden, daß wir seit Friedensschluß mehr verbraucht haben als produziert, indem wir von unseren vorhandenen Besitztümern und von Krediten lebten.

Diese Realrechnung der Produktionsbilanz ist die entscheidende. Keine Betrachtung der Finanzlage oder einzelner Industriegebiete kann jemals zu einem Urteil darüber führen, ob und in welchem Umfange ein Land eine Mehrleistung nach außen, die in letztem Sinne stets eine Mehrleistung an Produktion sein muß, auf sich nehmen kann.

Ich setze voraus, daß, wenn die Verhandlungen in Brüssel zu einem wie immer gearteten vorläufigen Abschluß und Zwischenurteil geführt haben, die Produktionsbilanz weitaus den erheblichsten Teil der Erörterungen ausgemacht haben muß. Die hervorragenden Sachverständigen, die Deutschland dorthin entsandt hat, sind zwar in erster Linie Finanzleute, doch ist ihre Kenntnis des nationalen Produktionsvorganges unzweifelhaft eine ausreichende, um uns Sicherheit darüber zu gewähren, daß vollkommene Klarheit über die deutsche Produktionsbilanz den Verhandlungsgegnern gegeben worden ist. Vielmonatige Vorarbeiten gaben Gelegenheit, alle einschlägigen Materialien zu sammeln, um sie in einem entscheidenden Moment endgültig zu verwerten.

Aufgabe der Verhandlungen, sobald sie fortgesetzt

werden, muß es sein, von den Ententevertretern Auskunft darüber zu erbitten, wieso die Frage der Produktionsbilanz nicht in ihren Darlegungen volle Würdigung erfahren hat. Es ist ja durchaus möglich, daß die erste über Bern gekommene Notiz nur einen kleinen und verstümmelten Teil des Berichtes enthält. Aber auch in diesem Falle wäre eine Argumentation, die sich auf wirtschaftliche Einzelgebiete oder auf die allgemeine Finanzlage bezieht, in vollem Widerspruch zu der grundsätzlichen Erfassung des Problems, das nur von einer Betrachtung der Produktionsbilanz ausgehen kann.

Über diese Wahrheit kann selbst die absprechendste Beurteilung nicht hinwegschreiten, daß mit zweiunddreißig Milliarden Arbeitsstunden bei heutigen Einrichtungen und Organisationen nicht mehr als ein bestimmtes Güterquantum erzeugt werden kann, daß von diesem Güterquantum nur so viel für Entschädigungen zur Verfügung steht, als nicht durch dringende Lebensbedürfnisse des Landes verbraucht oder für Bezahlung unentbehrlicher Einfuhr beansprucht wird.

Berliner Tageblatt, 31. Dezember 1920

ARBEITSSTUNDEN

Das eine Wort, das in Brüssel und Paris hätte gesprochen werden müssen, um Klarheit in den Taumel der Milliarden zu bringen, ist nicht gesprochen worden.

Man hat von Steuern und Staatshaushalt, von Ein- und Ausfuhr, von Schulden und Guthaben gesprochen, aber nicht von Arbeitsstunden.

Man hat Millionen und Milliarden defilieren lassen, aber nicht daran gedacht, wie sie erzeugt werden. Die meisten Staatsmänner und Finanzmänner denken in Papier. Sie sitzen in ihren Kabinetten und blicken auf Papiere, die vor ihnen liegen, und auf dem Papier sind Zahlen verzeichnet, die abermals Papiere bedeuten. Sie vergessen, daß Papiere Symbole sind für Güter, deren Erzeugung sie nie oder in flüchtigen Paradebesichtigungen gesehen haben. Sie schreiben Nullen, und neun Nullen bedeuten eine Milliarde. Eine Milliarde spricht sich leicht und rundlich aus, aber niemand kann sich eine Milliarde vorstellen.

Was ist eine Milliarde? Hat ein Wald eine Milliarde Blätter? Hat eine Wiese eine Milliarde Halme? Wer weiß das? Wenn man den Tiergarten rodete und auf seinen Boden Weizen säte: wieviel Halme würden da wachsen? Zwei Milliarden.

Was wir an Kriegsentschädigung leisten, muß erarbeitet werden. Es sei denn, daß wir unsere Arbeitsmittel, Grund und Boden, Bauten und Einrichtungen hingeben. Dann bliebe uns zwar nichts; aber unsere Gläubiger hätten keine Werte. Werte werden

diese Dinge nur durch Arbeit. Alles, was wir zahlen, sind in letzter Linie Güter. Güter sind Arbeit.

Rechnungseinheit für die Grundprobleme der Weltwirtschaft wird künftig die Arbeitsstunde sein.

Die Arbeitsleistung eines Tieres, eines Menschen, eines Volkes ist begrenzt. Sie wird bei gegebener Kraft gemessen in Zeit. Diese Zeit nennt man Arbeitsstunden.

Das wußten die Herren weder in Brüssel noch in Paris, oder wenn sie es wußten, so wollten sie es nicht sagen. Sonst hätten sie immer wieder nur von dem einen geredet: von der Arbeitsstunde. Dieses Wort aber wurde nicht genannt.

Es ist sehr einfach nachzuweisen, daß es viele Steuern gibt, die wir noch nicht haben oder erhöhen können. Aber gibt es eine Steuer, die ein Kilo Roggen wachsen läßt oder ein Kilo Kohle fördert?

Herr Doumer sagte: Wenn Deutschland zehn Milliarden Waren ausgeführt hat, so kann es auch zehn Milliarden zahlen. Lloyd George, der zwar kein geborener Volkswirt ist, fand doch die Antwort: Womit soll Deutschland die Rohstoffe kaufen, an die es seine Arbeit heftet?

Warum hat man nicht die einfache Rechnung aufgestellt, die unsere Arbeitsleistung ans Licht stellt?

Fünfzehn Millionen landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter sind uns geblieben. Mehr kann ein Land von sechzig Millionen nicht aufbringen, denn mit ihren Angehörigen machen sie fast fünf Sechstel der Bevölkerung aus.

Das Jahr hat 300 Arbeitstage, der Arbeitstag hat nach internationaler Vereinbarung 8 Arbeitsstunden. Das ergibt für jeden Mann 2400 Arbeitsstunden im Jahr und für 15 Millionen Arbeitende insgesamt 36 Milliarden Arbeitsstunden.

Nach heutigem Stande der Technik, der in Deutschland mindestens so hoch ist wie in der übrigen Welt, kann man mit einer reinen Wertschöpfung von einer halben Goldmark in einer Arbeitsstunde rechnen. Das bedeutet eine gesamte Werterzeugung des Landes von 18 Milliarden.

Vor dem Kriege war die Wertschaffung größer. Da verfügten wir über die Einkünfte unserer Auslandsguthaben und Auslandsanlagen, über den Ertrag einer gewaltigen Handelsflotte und die Ausbeute mächtiger Eisenerzlager, über die Erzeugnisse von Elsaß-Lothringen, Westpreußen und Posen. Nicht davon zu reden, daß das Wirtschafts- und Verkehrssystem im besten Stande und der Boden nicht durch Raubbau geschmälert war.

Damals lebte das Volk in mäßigem, aber wachsendem Wohlstande und verbrauchte für seine Lebensführung jährlich an Werten etwa 24 Milliarden.

Heute verbrauchen wir mehr, als wir erzeugen, denn wir leben teilweise von Ausverkauf und Pump. Hat es damit ein Ende, so müssen wir unseren Verbrauch auf die Hälfte einschränken.

Denn von den 18 Milliarden Werten, die wir erzeugen, müssen wir 6 Milliarden hergeben zur Bezahlung der Einfuhr lebenswichtiger Nahrungsmittel und Rohstoffe, die die Grundlage unserer Produktion bilden.

Es bleiben somit für unseren Verbrauch 12 Milliarden statt 24. Diese 12 Milliarden aber sollen sich durch Zahlung der Kriegsentschädigung allmählich bis um 6 Milliarden verringern.

Dann bleiben für unseren Eigenverbrauch 6 Milliarden gegenüber jetzt 12 und vormals 24. Aber auch das nur unter der Voraussetzung, daß es uns

gelingt, den ungeheuren Betrag von 12 Milliarden, den gleichen wie in unserer Blütezeit und der Blütezeit der Weltwirtschaft, zu exportieren. Solange 300 Millionen Konsumenten aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet sind, ist das unmöglich.

Die Forderung von 6 Milliarden jährlicher Kriegsentschädigung — die 12prozentige Ausfuhrabgabe darf nicht vergessen werden — bedeutet also folgende Alternative:

Entweder: es wird von uns verlangt, daß wir unseren Verbrauch auf den vierten Teil des Friedensbedarfes einschränken. Man betrachte den bescheidenen Vorkriegshaushalt einer Arbeiterfamilie — fünf Sechstel der Bevölkerung — und prüfe, ob eine Einschränkung auch nur um ein Drittel menschenwürdig und menschenmöglich ist. —

Oder: wir werden gezwungen, unsere Arbeitszeit ohne Verbrauchserhöhung — also ohne Reallohn-erhöhung — um mehrere Stunden täglich zu verlängern. Da für diese Verlängerung wesentlich nur die industrielle Arbeiterschaft in Betracht kommt — denn die Landwirtschaft kann nicht durch Mehrarbeit beliebig viel mehr erzeugen —, so würde der Ausgleich der Kriegsentschädigung die Ausdehnung des Arbeitstages um 6 Stunden, nämlich von 8 auf 14 Stunden bedeuten.

Wissen die Arbeiterschaften der Ententestaaten, was ihre Staatsmänner in ihrem Namen von der deutschen Arbeiterschaft fordern? Weiß es Amerika? Wissen es die neutralen Staaten, daß man von Deutschland nicht mehr und nicht weniger als die Fronarbeit des vierzehnstündigen Arbeitstages verlangt?

Weiß man, welche weltwirtschaftliche Wirkung

diese vierzehnstündige Gefängnisarbeit eines Sechzigmillionenvolkes anderthalb Menschenalter lang hervorruft?

In einigen Monaten wird man es wissen oder zum mindesten ahnen.

Die Londoner City tröstet sich über die hereingebrochene Krisis und glaubt, sie werde kurz sein; man hofft, eine bessere Wirtschaftstendenz werde die erschreckende Zahl von einer Million Arbeitslosen, die kein Land auf die Dauer ertragen kann, resorbieren.

Man vergißt den Ausfall der dreihundert Millionen Konsumenten. Die Einheit der Weltwirtschaft ist zerrissen, als hätte ein Komet den Erdplaneten in zwei Teile gespalten. Amerika kann unter gewaltigen Anstrengungen und Opfern in Jahren seine Wirtschaft zu einer geschlossenen Einheit zusammenschweißen, indem es seine Urproduktion verringert und seine Endproduktion steigert. England kann es nicht, denn es ist Vermittler zwischen Produzenten und Konsumenten.

Die Krisis ist nicht Sache weniger Monate. Durch Zwangsarbeit einer noch so großen Nation wird sie nicht gelöst. Die Weltwirtschaft ist solidarisch und solidarisch verhaftet.

Berliner Tageblatt, 9. Februar 1921

JA ODER NEIN

Deutschland zählt sich an den Knöpfen ab, ob es ehrlich bleiben soll. Ein zweites Versailles. Wehe den Besiegten und doppelt Wehe denen, die aus der Geschichte nichts lernen.

In Spaa war es nötig, sich für Unterzeichnung einzusetzen, weil es nicht anging, bei innerkritischen Zeiten das Ruhrtal zu gefährden um zwei Millionen Tonnen Kohlen monatlich, die wir leisten konnten und geleistet haben. Heute steht nicht zur Frage: Besetzung oder Nichtbesetzung, sondern: Besetzung sofort oder Besetzung später. Zwischen diesem Sofort und Später liegt der Rest unserer Ehre und Existenz. Der Rest unserer Ehre ist: daß wir halten, was wir versprechen, und nichts versprechen, was wir nicht halten können.

Wir konnten diese Dinge billiger haben, doch davon ein andermal. Es ist stille geworden um jene, die aus diplomatischer Finesse ein Jahr lang nicht zu bestimmen waren, mit Zahlen herauszurücken, und die jeden als Landesverräter bezeichneten, der über eine Milliarde hinausging. Bis London kostete der Gegenwartswert der Zahlung 53 Milliarden, heute kostet er über 132 Milliarden. Die Reise der Staatsfunktionäre unter Ausschluß störender Elemente hat sich gelohnt, und der Beifall auf den Bahnhöfen war wohlverdient.

Der Zahlungsplan der Entente ist mit absichtlicher Sorglosigkeit geschrieben; ein Dokument der Ironie, teils bestimmt, das französische Publikum zu täuschen, teils das deutsche. Der Franzose

labt sich am zweiten Paragraphen: da ist die ganze Schuld von 132 Milliarden mit einem Male sauber in drei Serien geteilt und liquidiert. (Leider haftet nicht der Schuldner, der wechselnde Beträge zahlt, sondern ohne Garantie die Reparationskommission.) Der Deutsche tröstet sich mit dem vierten Paragraphen: da hat er nicht mehr zu zahlen als 2 Milliarden jährlich und 26 % von etwas, das er nicht kennt, nämlich der Ausfuhr. (Leider muß dies etwas, damit es gezahlt werden kann, sich selbst ins Ungemessene steigern, und indem es sich steigert, steigt die Zahlung, und indem sie steigt, steigert sich das Etwas weiter, und so — nicht etwa in infinitum! bewahre, höchstens bis zu der milden Grenzleistung von 7,92 Milliarden jährlich. Größenordnung: Norwegisches Nationalvermögen.)

Auf den ersten Blick macht es den Eindruck, als sollte das dritte Hauptstück, die 82 Milliarden, erst dann ausgegeben werden, wenn die Leistungsfähigkeit Deutschlands es zuläßt, — so etwa war es im Versailler Verträge vorgesehen. Aber nein: diese Bestimmung ist aufgehoben, die Reparationskommission verlangt sofort neue Coupons, sobald der Ausfuhrtribut eine Milliarde übersteigt. Auf kleine Widersprüche kommt es nicht an; nach § 4 braucht in keinem Jahr mehr gezahlt zu werden, als der Dienst der ausstehenden Schuldverschreibungen erfordert; nach § 11 sollen die „nicht benötigten, überschießenden Eingänge“ angesammelt und für die „durch jeweils ausgegebene Bons nicht gedeckte Schuld“ reserviert werden. Die „nicht gedeckte Schuld“ — das ist zunächst natürlich der an 132 Milliarden fehlende Betrag. Es sind aber der Wohltätigkeit keine Schranken gesetzt. Auch die

belgische Schuld an die Alliierten ist zu zahlen, auch unsere Valutenschuld an Belgien. Von den Besatzungskosten wird aus Höflichkeit nicht geredet. Auch Schulden an die Türkei und dergleichen mehr sind zu begleichen, die Guthaben hat man gestrichen. Wenn man es genau rechnet, kommen vermutlich noch ein paar Dutzend Milliarden heraus.

Der Sinn ist:

Erstens soll so viel gezahlt werden wie möglich. Das ist verständlich: Deutschland soll und will zahlen, soviel es kann, und der Sieger, der Richter in eigener Sache ist, hat das Recht, sich nicht zu genieren.

Zweitens. Da alle Zahlung Export ist, wollen die Empfänger sich gegen industrielle Unterbietung schützen. Das ist zwar ein gewisser Widerspruch, aber es läßt sich darüber reden.

Drittens. Deutschland soll zahlen, aber nicht wieder hochkommen. Je mehr es zahlt — ausführt —, desto tiefer soll es sich in Schuld verstricken. Das ist ein schwerer Widerspruch und weder sittlich noch politisch zu rechtfertigen.

Viertens. Die Forderung soll in Frankreich nach viel, in Deutschland nach wenig aussehen. Das ist ein verständliches politisches Kunststück, hat aber kurze Beine und schafft Widersprüche und Unklarheiten.

Fünftens. Deutschland soll nie in der Lage sein, zu leisten, was es versprochen hat. Es soll jedes Jahr winseln und betteln, entschuldigen und versprechen, und die andern wollen, je nach ihrer Interessenkonstellation, barmherzig, schnöde, drohend oder vernichtend auftreten und Recht zu jeder Repressalie und Folter haben. Das ist unmöglich, und deshalb dürfen wir nicht unterschreiben.

Wir dürfen aber auch nicht rundweg ablehnen. Sonst verdienen wir den Vorwurf, daß wir uns der Schuld entziehen. Wir sollen erklären:

1. Wir erkennen die Schuld von 50 Milliarden an und leisten jährlich eine Zahlung von 3 Milliarden zur Verzinsung und Tilgung.

2. Wir erkennen die weitere Schuld von 82 Milliarden an, jedoch unter Vorbehalt eines unparteiischen Schiedsgerichts, das von fünf zu fünf Jahren unsere Leistungsfähigkeit prüft und die jährlichen Zahlungen festsetzt, die nach 42 Jahren ihr Ende finden.

3. Wir leisten unter Anrechnung auf den Dienst der Gesamtschuld eine jährliche Ausfuhrabgabe von 10 %.

4. In diese Gesamtleistung ist die Gesamtverpflichtung an die Alliierten eingeschlossen.

5. Kriegerische Sanktionen sind ausgeschlossen. Die Unantastbarkeit der deutschen Grenzen wird gewährleistet.

Wenn dieses Anerbieten abgelehnt wird, so mögen die Alliierten einmarschieren. Es steht dann vor der Welt fest, daß sie diese kriegerische Handlung vorgenommen haben, um eine unparteiische Nachprüfung unserer Leistungsfähigkeit zu vermeiden und um eine Ausfuhrabgabe von 26 statt 10 % zu erzwingen, und es steht für uns fest, daß sie über lang oder kurz doch einmarschiert wären.

Die Frage: ob 10 oder 26 % Ausfuhrabgabe, ist nicht eine Frage der Willkür, sondern der Existenz und des inneren Friedens. Deutschland soll die 26 % an den Exporteur bezahlen. Hat man sich klargemacht, was das bedeutet? Es bedeutet, daß die Regierung vierzig Jahre lang einen Krieg

gegen die eigene Wirtschaft führt. Auf der einen Seite weiß sie, daß lebenswichtige Einfuhr und Reparation nur durch Ausfuhr bezahlt werden kann. Auf der anderen Seite ist sie gezwungen, auf jedes Ausfuhrgut im Werte von 3846 Mark einen Tausendmarkschein zu kleben, nur daß dieser Tausendmarkschein ohne Gegenleistung ihrer Schuldverpflichtung zuwächst.

Eine gänzlich veränderte Handelspolitik ergibt sich hieraus, eine bis zum äußersten getriebene Binnenwirtschaft. Daß die Einfuhr radikal beschränkt werden muß, versteht sich von selbst. Aber auch die Ausfuhr kann nur durch ein allgemeines Verbot geregelt werden, auf das von Fall zu Fall Ausnahmen zugelassen werden, und zwar auf dem Wege der Verhandlung zwischen Regierung und Exportgruppen. Denn keine Regierung kann ertragen, daß es jedem Exporteur freisteht, mit jeder Ausfuhrrechnung, die er aufstellt, den Staatssäckel um 26% des Betrages zu erleichtern. Neben vielem anderen würde auch der Fall eintreten, an dem jede der alliierten Regierungen ein Interesse hätte: fremde Exporteure lassen sich in Deutschland nieder, führen aus, was nicht niet- und nagelfest ist, fordern von der deutschen Regierung eine Prämie von 26% auf ihre billigen Erwerbungen, treiben der eigenen Regierung eine Erhöhung der Reparationsleistung zu und lassen sich für diese Gefälligkeit belohnen. Dann haben es freilich die fremden Regierungen leicht, sich „Leistungen und Dienste“ für den Wiederaufbau zu sichern. Der von der Reparationskommission ernannte Obmann setzt den „Wert“ fest, Deutschland liefert die Ware „auf Verrechnungskonto“ und zahlt 26 % in bar darauf.

Diese Schwierigkeiten bestehen auch bei einer Abgabe von 10 %, doch verlieren sie etwas von ihrem grundsätzlichen Charakter. Die Unterzeichnung des Londoner Protokolls in seiner jetzigen Form ist mehr als ein Fehler: sie ist ein Schritt auf dem Wege zur bewußten Unehrllichkeit.

Berliner Tageblatt, 10. Mai 1921

DIE DEUTSCH-ITALIENISCHEN BEZIEHUNGEN

Mehrfach ist in Italien die Befürchtung ausgesprochen worden, es könnten die Verhandlungen, die zwischen Herrn Loucheur und mir angebahnt sind, zu wirtschaftspolitischen Konstellationen führen, die Deutschlands und Italiens Interessen voneinander entfernen. Dies ist nicht der Fall. Die Verhandlungen zielen lediglich darauf hin, einerseits den französischen Wiederaufbau zu beschleunigen, andererseits die Lasten des Londoner Ultimatums für Deutschland dadurch erträglicher zu machen, daß an die Stelle von Goldleistungen Sachleistungen gesetzt werden.

Eine Politik, die Deutschlands und Italiens Interessen voneinander entfernte, wäre nicht nur ein Widersinn im Hinblick auf die überaus wertvolle Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen der beiden Nationen, sondern sie wäre auch ein Widerspruch im Sinne der allgemeinen wirtschaftlichen Notwendigkeiten Europas, die aufs dringendste eine Zusammenarbeit aller großen Wirtschaftsfaktoren fordern.

Was ist der Grund der tiefen Depression, die sich auf das Wirtschaftsleben der ganzen Welt gesenkt hat? Nehmen Sie ein Uhrwerk und zerschlagen Sie es mit einer Axt in viele Teile: so wird nicht jeder einzelne Teil als eine verkleinerte Uhr weiter laufen und die Zeit anzeigen, sondern Sie haben einen Trümmerhaufen in der Hand, und es bedarf eines sorgsamsten Technikers, um die Teile wieder zusammenzufügen und das Werk wiederherzustellen.

Die Weltwirtschaft war ein einheitlicher Mechanismus, beruhend auf dem Austausch der Produkte bei angespannter Produktionstätigkeit eines jeden Teiles. Heute ist ein Teil der Welt aus der Produktion ausgeschieden und ein anderer Teil aus dem Konsum. Amerika findet keine Abnehmer für seine Rohstoffe, England findet keine Abnehmer für seine Erzeugnisse, Rußland ist aus dem Wirtschaftsprozeß der Erde vollkommen ausgeschieden. Deutschland und Österreich befinden sich in doppelt schwerer Lage, da sie im Konsum ebenso gehemmt sind wie im Absatz.

Nun wird die internationale Lage weiterhin gefährdet durch die Tatsache, daß Deutschland Lasten auf sich nehmen mußte, die jede Vorstellung übersteigen. Was ist eine Milliarde? Kein Mensch kann sich diese Zahl vorstellen, und die Deutschland auferlegte Last von 132 Milliarden ist so groß, daß man astronomische Begriffe zu Hilfe rufen muß, um sie zu verstehen.

Wie kann eine solche Last ertragen werden? Wenn es überhaupt gelingt, sie tragbar zu machen, so kann es nur durch eine ins Gigantische gesteigerte Ausfuhr geschehen. Denn dies ist das Merkwürdige: die deutsche Last muß in Gold oder in Goldwerten gezahlt werden. Das Land aber hat keine Goldminen; es kann daher Goldwerte oder Golddevisen nur dadurch schaffen, daß es sie kauft, und es kann sie nur kaufen durch Ausfuhr.

Diese Ausfuhr muß aber noch erheblich größer sein, als es der jährlich zu zahlenden Summe entspricht: denn Deutschland hat keine Rohstoffe, mit Ausnahme von Kohle, und nicht genügend Lebensmittel, um seine Einwohner zu ernähren. Um daher

Rohstoffe und Nahrungsmittel zu kaufen, muß abermals die Ausfuhr gesteigert werden, und da diese Ausfuhr selbst wiederum nur in Veredelungen besteht, indem nämlich fremde Rohstoffe mit deutscher Arbeitskraft umgeformt werden, so entsteht nochmals die Notwendigkeit, diese Rohstoffe zu bezahlen, die die Hälfte des Wertes der Ausfuhr ausmachen, und es muß somit die Ausfuhr abermals entsprechend gesteigert werden.

Alle diese Leistungen finden ihre Grenze in der deutschen Arbeitskraft, die nicht über mehr als etwa 36 Milliarden Arbeitsstunden verfügt.

Wie wäre das Ergebnis, wenn Deutschland sich, wie das Londoner Ultimatum es verlangt, zu einem Ausfuhrstaate unbekannter Größe entwickelte und doppelt soviel Waren auf den Weltmarkt schleuderte, als sein Export vor dem Kriege betragen hat?

Der Weltmarkt ist kleiner, als man ihn gewöhnlich schätzt. Vor dem Kriege betrug er etwa das Dreifache der amerikanischen Ausfuhr, und dabei war inbegriffen alles Getreide und alle Rohstoffe, die die Länder miteinander austauschten. Heute ist der Weltmarkt gewaltig zusammengeschrumpft. Es ist schwer zu sagen, ob er noch die Hälfte seines früheren Umfangs behalten hat.

Welche Verwüstung des Ausfuhrmarktes würde es bedeuten, wenn Deutschland gezwungen wäre, einen doppelt so großen Anteil, als es früher beanspruchte, von diesem verkleinerten Markte zu monopolisieren? Welche Verwüstung der Preise würde es bedeuten, wenn Deutschland gezwungen würde, die übrigen Nationen so stark zu unterbieten, daß ihm dieser gewaltige Anteil des Weltmarktes zufällt?

Sie sehen, ich spreche nicht von der Situation Deutschlands, sondern von der Lage des Welthandels und der übrigen Nationen. Aber schon jetzt erkennen Sie, daß die Bestimmungen des Ultimatums — wie es ja auch im Texte des Aktes vorgesehen ist — so modifiziert werden müssen, um nicht allein für Deutschland, sondern auch für die übrigen Nationen die Leistung tragbar zu machen.

Es gibt Länder, zu denen auch Frankreich gehört, bei denen der Begriff des Rentners eine große Rolle spielt. Ein Rentner ist ein Mann, der am ersten Tage eines jeden Vierteljahrs eine bestimmte Summe in Empfang nimmt, die ihm von seinen Schuldnern, Mietern oder Pächtern gezahlt wird. Das Leben dieses Rentners war in früheren Zeiten ein sehr bequemes — durch den Krieg hat es sich leider verändert —, denn er brauchte wenig zu arbeiten und wurde von anderen ernährt.

Auf den ersten Blick scheint es nicht unmöglich, daß auch eine Nation sich in den Zustand eines Rentners begeben könnte, indem sie einem anderen Lande einen großen Tribut auferlegt, der an jedem ersten Tage des Quartals pünktlich entrichtet werden muß. Aber was für den einzelnen zutrifft, das trifft nicht für Nationen zu. Wollte eine Nation sich darauf verlassen, sich in vierteljährlichen Tributzahlungen von einer anderen Nation einen Teil ihrer Lebensbedürfnisse überweisen zu lassen, so wäre das Ergebnis Arbeitslosigkeit im eigenen Lande.

Schon jetzt ist die Arbeitslosigkeit in den führenden Ländern bedeutend. In Amerika erreicht sie den Betrag von 5 Millionen, in England übersteigt sie den von 2 Millionen. Ist es ein Trost, wenn ein Land sich sagt, daß ein Teil seiner Arbeitslosen

durch die Zahlungen eines anderen Landes ernährt wird?

Die Verhandlungen, die ich mit Herrn Loucheur, einem weitblickenden französischen Staatsmann, geführt habe, zielen darauf hin, einen Teil der deutschen Leistungen in eine solche Form zu bringen, daß sie für Frankreich und die übrigen Länder verdaulich werden: indem sie nämlich verwendet werden für den Wiederaufbau, der an sich eine dringend wirtschaftliche und moralische Notwendigkeit Europas ist. Diese Verhandlungen schließen nicht aus, daß mit jedem anderen der alliierten Länder Vereinbarungen ähnlicher Art getroffen werden, die geeignet sind, schädliche Formen und schädliche Folgen der Leistungen zu vermeiden. Aber auch dies wird nicht genügen. Es wird nötig sein, daß generelle Verständigungen zwischen allen am Kriegsergebnis beteiligten Nationen getroffen werden, um dahin zu wirken, daß weder die Empfangsberechtigten noch die Zahlungsverpflichteten an dem Leistungsverhältnis Schaden leiden oder zugrunde gehen.

Die wirtschaftliche Welt ist sehr krank. Es ist höchste Zeit, daß alle Autoritäten, über die Europa verfügt, an das Krankenbett gerufen werden, um zu beraten, welche Maßnahmen der Heilung nötig sind. Eine der Fiebererscheinungen zeigt sich in dem gewaltigen Aufsteigen der amerikanischen Valuta, das hervorgerufen ist durch die erste große Goldzahlung, die Deutschland am 31. August zu leisten hat. Diese Tatsache gibt zu ernststen Bedenken Anlaß und sollte nicht verkannt werden.

Sollte es zu wirtschaftlichen Verständigungen zwischen den Nationen kommen, so würde es mir eine große Freude sein, wenn Italien in erster Linie

zu denjenigen gehörte, mit denen uns enge und erneute wirtschaftliche Beziehungen verbinden.

Mehrere Jahrzehnte hindurch habe ich während meiner industriellen Tätigkeit einen lebhaften Anteil an der großen Entwicklung genommen, die der italienischen Industrie vor dem Kriege beschieden war. Die Genueser elektrischen Unternehmungen sind Zeugen dieses tätigen Anteils, und finanzielle Unternehmungen Oberitaliens haben gleichfalls mir die Möglichkeit tätiger Mitwirkung gestattet. Es ist bis zum Kriege kein Jahr vergangen, in dem ich nicht mehrmals Italien besuchte, teils um industrielle Arbeiten zu fördern, teils um den großen Erinnerungen des Landes und den Schönheiten seiner Natur zu huldigen. Sieben Jahre lang war es mir nicht beschieden, das Land zu betreten, ich hoffe aber, daß die amtliche Tätigkeit, die mich von meinem nächsten Besuche trennt, dazu beitragen wird, die Beziehungen zwischen Italien und Deutschland zu verengern.

*Geschrieben nach Ernennung Rathenaus zum Wiederaufbauminister
(29. Mai 1921)*

SPRÜCHE UND AUSSPRÜCHE

Dem deutschen Volke wünsche ich einen Willen.

Berliner Lokalanzeiger, Osternummer 1914

1806 hat die tiefsten deutschen Kräfte emporgerufen.

1815 hat die Reaktion und das Metternichwesen eingeleitet. Gebe Gott, daß 1915 Ruhm und Einkehr vereinigt; daß äußeres Wachstum nur aus innersten Kräften quillt.

Beitrag für „Das Land Goethes“, 8. September 1915

Ein Krieg zwischen Amerika und Deutschland ist politisch zwecklos, wirtschaftlich schädlich, für die Zukunft der beiden Länder gefahrvoll und entspricht nicht den Gesinnungen der beiden Nationen.

27. Juni 1916

Der Krieg reift die Erkenntnis, daß Wirtschaft nicht Sache des Einzelnen, sondern Sache Aller ist. Das wird im Rahmen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbaues seine weitesttragende und fruchtbarste Wirkung sein.

Wiener Fremdenblatt, 4. Dezember 1916

Wirtschaft ist nicht mehr Privatsache, sondern Gemeinschaftssache.

An Felix Marquart, M. d. R., Leipzig, 30. Juli 1917

Zu jeder Stunde kannst du dich im Innersten erkennen: wage es, die Quellen deines Wollens zu erforschen.

Für den Kalender „Kunst und Leben“, 26. Januar 1917

Das überzeugende Recht und die hinreißende Kraft, die Jugend zu unseren Idealen von Glauben, Vaterland und Staat hinzuführen, ist uns gewonnen, sobald wir Glauben, Vaterland und Staat zur unverkümmerten geistigen und seelischen Heimat eines jeden, wes Standes und Bekenntnisses er sei, geschaffen haben.

An Pfarrer Ernst Lobmann-Falkenberg (Mark), 4. August 1917

„We are constantly confusing thinking and investigation, because owing to commercial over-tension, and laziness of thought, the province of thinking has been assigned to those who have become investigators because they did not wish to become men of action.“

The Continental Times, Berlin, 25. Februar 1918

Wir werden neben der furchtbaren Schule der äußeren Politik gleichzeitig die kaum minderschwere der inneren durchzumachen haben. Unsere Parlamentarier sind an Verantwortung und Disposition nicht gewöhnt, und es wird eine Zeitlang dauern, bis sie herausgefunden haben, daß Parteiverhältnisse allein keine Ministerien schaffen.

14. Oktober 1918

Ein zivilisierter und gesitteter Staat hat keinen Anlaß, das brutale, veraltete, ungerecht und einseitig wirkende Mittel des Staatsbankrottes anzuwenden, das überdies seinen Kredit zerstört.

Von den Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, um den gleichen Zweck zu erreichen, nenne ich nur zwei: einschneidende Kapitalrentensteuer und Valutenkonvertierung.

Neue Berliner Zeitung, 21. Februar 1919

Ausgleich des Besitzes und Einkommens ist ein Gebot der Sittlichkeit und der Wirtschaft. Im Staate darf und soll nur einer ungemessen reich sein: der Staat selbst. Aus seinen Mitteln hat er für Beseitigung aller Not zu sorgen. Verschiedenheit der Einkünfte und Vermögen ist zulässig, doch darf sie nicht zu einseitiger Verteilung der Macht und der Genußrechte führen.

Genossenschaftliches Volksblatt, Basel, 1919

Es kann uns nicht geholfen werden, aber wir können uns helfen, indem wir mit vorhandenen Mitteln und Arbeitskräften unsere Produktion vervielfachen. Dies geschieht, sobald wir unsere Wirtschaft organisieren.

8-Uhr-Abendblatt, Berlin, 22. Juni 1920

Wer deutsche Menschen von deutscher Erde trennt,
versündigt sich am Geist der Völker
und schlägt ins Herz Europas eine Wunde,
die niemals heilt.

Beitrag für den Pressedienst für Oberschlesien, 27. November 1920

Neujahrswunsch: Weniger Rede, mehr Gedanken;
weniger Interessen, mehr Gemeinsinn; weniger Vor-
satz, mehr Willen; weniger Wissen, mehr Urteil;
weniger Zwiespalt, mehr Charakter.

Berliner Tageblatt, 1. Januar 1921

ANMERKUNGEN

Von dem Herausgeber stammen die folgenden Überschriften, die um der Bequemlichkeit willen hinzugefügt wurden: Demokratisches Erwachen; Über die Zukunft des deutsch-französischen Verhältnisses; Friedenswege; Zur Frage der „Entindustrialisierung Belgiens“; Wie kann die wirtschaftliche Lage Deutschlands gerettet werden?; Über ein Reichs-elektrizitätsmonopol; Verschuldung und Überschuldung eines Staates; Die deutsch-italienischen Beziehungen.

Zu S. 15: Der Artikel bezieht sich auf die durch die Reichstagswahlen vom 25. Januar 1907 geschaffene Lage, die nach Rathenaus Meinung einen „unsichtbaren“ Sieg des liberalen Gedankens erkennen ließ und den Beginn eines Rückstroms der Massen vom sozialen zum liberalen Gedanken anzudeuten schien. Fürst Bülow's Feldgeschrei für diese Wahlen war die viel bespöttelte „konservativ-liberale“ Paarung, die auf eine Selbsttäuschung hinauslief, da die Stimmen der Sozialdemokraten sich um etwa eine viertel Million vermehrt hatten (insgesamt: $3\frac{1}{4}$ Millionen), trotz dem gewaltigen Druck des für die offizielle Parole arbeitenden behördlichen und gesellschaftlichen Apparates. Da die von Friedrich Naumann erhobene linksliberale Forderung, das preußische Dreiklassenwahlrecht aufzuheben, bei Bülow und seinen agrarischen Blockfreunden auf keine Gegenliebe stieß, verwehte der liberale Frühling so schnell, wie er gekommen war.

Zu S. 23: Das Fragment geht von der großen Erregung aus, die im deutschen Volke das am 28. Oktober 1908 im Daily Telegraph veröffentlichte Interview des Kaisers mit seinen englischen Gastfreunden auf der Insel Wight hervorrief. Auch im Reichstag fand sie einen starken und fast einmütigen Widerhall.

Zu S. 31: In seiner Betrachtung „Der Kaiser“ (S. Fischer, Berlin 1919) nimmt Rathenau Bezug auf dieses Fragment: „Viele Jahre vor dem Krieg schrieb ich an

einer Schrift, die hieß ‚Psychologie der Dynasten‘. Sie ist nicht gedruckt, nicht einmal beendet. In jener Zeit, die eine Form ihres Anhängigkeitsbedürfnisses mit dem Namen des monarchischen Gefühls bezeichnete und damit nicht den kühlen Begriff des kleineren Übels, sondern eine schlechthin sittliche Forderung verband, in jener Zeit war es mir nicht möglich, den richtigen Ton zu finden. Denn das vollkommen Sinnwidrige, das zu schildern ich mich unterfangen hatte, neigte, so sehr ich mich bemühte, gerecht und unbeteiligt zu bleiben, als Hohn zu wirken; ein Gefühl aber, das mißleitet und mißbraucht, doch immer ein menschliches blieb, durfte nicht mit kalter Sachlichkeit, die wider Willen an Ironie grenzte, abgetan werden.“

Zu S. 52: Das Zitat stammt aus dem 3. Buche der Horazischen Oden, X, 10:

Ingratam Veneri pone superbiam
Ne currente retro funis eat rota.

Das Bild ist von einem lastenwindenden Drehrade genommen, dessen Seil wegen Überlastung plötzlich reißt.

Zu S. 63 ff.: Die drei Aufrufe: „Festigkeit“, „Die Stunde drängt“, „Vae Victis“ umschreiben den gleichen Gedanken, der in dem berühmten, in der Vossischen Zeitung am 7. Oktober 1918 veröffentlichten Aufruf zur Erneuerung der Front und zur levée en masse zum Ausdruck kam (abgedruckt in „Nach der Flut“ und in der „Kritik der dreifachen Revolution“).

Zu S. 72 ff.: Mit diesem Entwurf zur Bildung einer Partei der deutschen Freiheit und den drei Wahlflugblättern (S. 81 ff.) vergleiche man, um die von Rathenau erstrebte Erweiterung und Vertiefung des Begriffs der Demokratie weit über das Formale hinaus zu erkennen, den Aufsatz über den Parlamentarismus aus dem Jahre 1913, Gesammelte Schriften Bd. I, S. 235 ff., die Abhandlung über den Neuen Staat, Gesammelte Schriften Bd. V, S. 263 ff., und die Reden zur Begründung eines Demokratischen Volksbundes (16. November 1918; Gesammelte Reden, S. 27 ff.), über die Demokratische Entwicklung (28. Juni 1920; Gesammelte Reden, S. 51 ff.) und die hauptsächlich dem Thema: Freie oder organi-

sierte Wirtschaft? gewidmete Aussprache auf dem Demokratischen Parteitag in Nürnberg (12. Dezember 1920; Gesammelte Reden, S. 121 ff.).

Zu S. 81 ff.: Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung fanden am 19. Januar 1919 statt. Die Flugblätter wurden im Wahlkreis Weißwasser in der Oberlausitz verbreitet.

Zu S. 102 ff.: Den Schlußabsatz dieses Artikels, von: Was also geschehen soll? ab, hat der Verfasser zum Beweis für die Konsequenz seiner Auffassung und seines Urteils unter die Erinnerungen aufgenommen, die der „Kritik der dreifachen Revolution“ angehängt sind.

Zu S. 117: Dieser wichtige, wesentliche Gedanken und politische Überzeugungen Rathenaus zusammenfassende Aufsatz, der unmittelbar vor den Reichstagswahlen im Juni 1920 geschrieben wurde (S. 139), berührt alle großen in diesen kritischen Jahren behandelten Fragen, so die russische Revolution (S. 119 ff.), die Wege zum Neuen Staat und zur Neuen Gesellschaft (Gesammelte Schriften Bd. V, S. 263 ff. und S. 339 ff.), die Zukunft des Rätegedankens und seine Verwertung für die Erneuerung des westeuropäischen Parlamentarismus (vgl. zu S. 119 ff.: Gesammelte Reden, S. 64 ff.).

Zu S. 145: In der von Jean Finot herausgegebenen Revue Mondiale hatte Paul Reboux Bruchstücke eines politischen Romans veröffentlicht, welcher der deutsch-französischen Versöhnung die Wege bereiten sollte. Sein Held Jacques Réal spricht die Ideen Reboux' aus. Einen Abschnitt aus diesem mutigen Bekenntnisbuch hatte die Wochenschrift Das Tage-Buch, Jahrgang 1, Heft 35, Berlin, 11. Sept. 1920, unter dem Titel „Der einzige Weg“ veröffentlicht und „begutachtende“ Äußerungen von bekannten deutschen Persönlichkeiten, u. a. von Wichard von Moellendorf und Walther Rathenau erbeten. Die Antwort Rathenaus wurde in Heft 38, am 12. Oktober 1920, veröffentlicht.

Die Stimmung, gegen die Reboux anzukämpfen hatte, war diese: Deutschland werde erst an dem Tage reich genug sein, seine Kriegsschuld zu bezahlen, an dem es stark genug geworden sein werde, die Zahlung zu verweigern. Diese Wahrscheinlichkeit lasse in Frank-

reich das Unbehagen weiterwuchern und nähere das Mißtrauen gegen Deutschland. Dagegen verfocht Réal-Reboux die These, die ihn in den Geruch des schlechten Patrioten brachte, aber von einer nicht geringen Anzahl von Gesinnungsgenossen — meist freilich noch in behutsamer Zurückhaltung — lebhaft bejaht wurde: daß es für den Ruhm und die Rettung Frankreichs kein anderes Mittel als ein deutsch-französisches Bündnis gebe; daß die Kehrseite des Sieges eine alle Volkskräfte aufzehrende Not sei, die nur vor einer deutsch-französischen Versöhnung weichen würde; daß diese nicht nur den Interessen Deutschlands und Frankreichs, sondern denen der ganzen Welt dienen würde. Für die Wiedergeburt Deutschlands und die Wiedergeburt Frankreichs gebe es keine größere Sicherheit als ein Bündnis der beiden Länder. Die Erinnerung an böse Vergangenheiten dürfe diesen Rettungsweg nicht verschütten; Frankreich brauche nicht zu fürchten, düpiert zu werden. Kurz, Réal-Reboux wählte das Bündnis, „weil alles dem Krieg vorzuziehen ist, weil uns der Anblick der verwüsteten Norddepartements davor warnt, andere Gegenden in ähnliche Wüsten zu verwandeln. Im Interesse von Finanzgruppen mag es liegen, die Völker gegeneinander zu hetzen. Im Interesse der Völker liegt es, die Geldleute ihre Kämpfe untereinander auskämpfen zu lassen. Das Kriegsgeschrei ‚Freiheit oder Tod‘ ist absurd. Was schiert mich die Freiheit, wenn ich tot bin. Lügner sind die, die uns ermutigen, ihre eigenen Interessen zu verteidigen, indem sie uns zurufen: ‚Der schönste Tod ist der Tod fürs Vaterland‘. Das schönste Los ist, zu lieben, zu schaffen und zu leben. Das Einzelwesen mag sich der Gesellschaft opfern, aber nicht der Aktiengesellschaft. Die Erinnerung an unsere einund-einhalb Millionen Tote sollte uns vor neuen Opfern warnen. Ich habe meine Gedanken ausgesprochen, weil derjenige, der die Wahrheit erkennt und sie aus Schwäche oder Eigennutz unterdrückt, ein Mitschuldiger der Lüge ist.“

Zu S. 178: Vgl. „Vom Aktienwesen. Eine geschäftliche Betrachtung“, S. Fischer, Berlin 1917.

- Zu S. 239: Das Thema der Arbeitsstunden hat W. R. auch in seiner am 12. Januar 1922 vor dem Obersten Rat der Alliierten in Cannes gehaltenen Rede gestreift. Vgl. Gesammelte Reden, S. 369 ff.
- Zu S. 244: Am gleichen 10. Mai, wo dieser Artikel veröffentlicht wurde, trat Joseph Wirth mit der Annahme des sog. Londoner Ultimatums seine Kanzlerschaft an. Am 29. Mai wurde Rathenau zum Wiederaufbauminister ernannt.
-



INHALT

POLITISCHE AUFSÄTZE

Transatlantische Warnungssignale (1898) . . .	9
Die neue Ära (1907)	15
Demokratisches Erwachen (1908)	23
Über die Zukunft des deutsch-französischen Verhältnisses (1909)	26
Zur Psychologie der Dynasten (nach 1908) . .	31
Den Finger auf die Wunde (1912)	52
Friedenswege (1916)	57
Von Frankreich, Italien, England, Rußland und der Schweiz aus gesehen (1916).	60
Festigkeit (1918)	63
Die Stunde drängt (1918)	68
Vae victis (1918)	70
Aufruf zur Bildung einer „Partei der Deutschen Freiheit“ (1918)	72
Drei Wahlflugblätter (1918)	
1. Rettet die Revolution	81
2. Die Wirtschaft der Zukunft	86
3. Kapitalismus	90
Zur Frage der „Entindustrialisierung Belgiens“ (1919)	93
Unsere Kriegsgefangenen (1919)	96
Brief an Lazare Weiller, Mitglied der französi- schen Deputiertenkammer (1919)	97
Versailles (1919)	101
Das Ende (1919)	102
Es war keine Revolution (1919)	106
Wie kann die wirtschaftliche Lage Deutsch- lands gerettet werden? (1919/20)	108

An Frankreich (1920)	113
Reden wir deutsch! (1920)	117
Was sollen wir Herrn Reboux antworten? (1920)	145
Amerika und wir (1920)	149
Der Völkerbund (1920)	156
Oberschlesien:	
I. Vor der Abstimmung (1920)	158
II. Nach der Abstimmung (1921)	160

WIRTSCHAFTSFRAGEN

Über ein Reichselektrizitätsmonopol (1911)	165
Die Funktion des Aufsichtsrats (1914)	178
Wie denken Sie über Steuern? (1918)	186
Verschuldung und Überschuldung eines Staates (1918)	187
Die neue Gesellschaft (1919)	189
Produktionspolitik (1920)	192
Zirkulationsformen (1920)	208
Der Kern des Übels (1921)	216
Die Produktion eines Landes (undatiert)	230

REPARATIONSPOLITIK

Deutschlands Produktionsbilanz (1920)	235
Arbeitsstunden (1921)	239
Ja oder Nein (1921)	244
Die deutsch-italienischen Beziehungen (1921)	250

SPRÜCHE UND AUSSPRÜCHE

592

ANMERKUNGEN

264

DRUCK DER
SPAMERSCHEN BUCHDRUCKEREI
IN LEIPZIG



